

Heft 18

Denkströme

Journal der
Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig

Herausgegeben vom Präsidenten der
Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig



Leipziger Universitätsverlag 2017

Gedruckt mit Unterstützung des Sächsischen Staatsministeriums
für Wissenschaft und Kunst

Wissenschaftlicher Beirat: Michael Göttfert, Jens Haueisen, Wilfried Hofmann,
Wolfgang Huschner, Joachim Mössner, Hans Ulrich Schmid, Manfred Wendisch,
Hans Wiesmeth, Christian Winter

Redaktion: Pirmin Stekeler-Weithofer
Fachlektorat: Hendrikje Wehnert, Lektorat: Agnes Silberhorn
Redaktion Denkströme:
Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig
Karl-Tauchnitz-Str. 1, 04107 Leipzig, denkstroeme@saw-leipzig.de

Die Online-Ausgabe ist über <<http://www.denkstroeme.de>> abrufbar.
Dort finden sich auch alle Informationen zur Manuskripteinreichung.

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen
Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
über <<http://dnb.dnb.de>> abrufbar.

Jede Verwertung des Werkes außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist unzu-
lässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Übersetzung, Nachdruck, Mikroverfilmung
oder vergleichbare Verfahren sowie für die Speicherung in Datenverarbeitungsanlagen.
[Der voranstehende Eintrag bezieht sich nur auf die beim Leipziger Universitätsverlag
erschienene Druckauflage. Die PDF-Dateien der Online-Ausgabe stehen unter der Creative
Commons BY-NC-ND-Lizenz <<http://creativecommons.org/licenses/by-nc-nd/3.0/de/>>. Für
weitergehende Nutzungen setzen Sie sich bitte mit den jeweiligen Autoren in Verbindung.]

© 2017 Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig
Verlag: Leipziger Universitätsverlag

Gestaltung und Satz:
Barbara Zwiener, Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig
Druck: druckhaus köthen GmbH & Co. KG

Printed in Germany

ISSN: 1867-6413

Inhaltsverzeichnis

Editorial	5
Beiträge	
Bernhard Müller Zukunftsstadt – Zwischenrufe zur Debatte um die Zukunft der Städte. Eine Einführung in das Themenheft	9
Michael Opielka Zukunftsstadt für Menschen – Soziale Nachhaltigkeit und die Transformation der Städte	19
Juliane Mathey, Stefanie Rößler, Iris Lehmann, Anne Bräuer, Wolfgang Wende Biodiversität, Klimawandel und Stadtentwicklung – Anforderungen an städtische Grün- und Freiräume	28
Clemens Deilmann Siedlungsstruktur-Effizienz?	44
Matthias Lerm Anpassung an die sich ändernden klimatischen Verhältnisse durch Synthese von Städtebau und Stadtdurchgrünung	57
Sigrun Kabisch Sozialräumliche Differenzierung und Bevölkerungsentwicklung auf regionaler, städtischer und Quartiersebene	71
Tim Leibert Aktuelle demographische Entwicklungstrends in Sachsen-Anhalt: Licht am Ende des Tunnels im »Labor des demographischen Wandels«?	82
Alexandra Weitkamp Ökonomische Rahmenbedingungen in Klein- und Mittelstädten – Chancen und Grenzen der Stadtentwicklung	108

Diskussionen

Achim Hahn	
Zukunftsstadt – Teilhaben statt Zuschauen	119
Catrin Schmidt	
Grüne Stadt: Urbanität und Natur	133
Stefan Rettich	
Zuwanderung und die Wohnungsfrage: Anmerkungen zu Standard, politischen Steuerungsinstrumenten und zur Rolle der Kommunen	137
Melanie Humann, Klaus Overmeyer	
Nutzergetragener Städtebau oder wie Bürger ihre Stadt an Planung beteiligen	151

Berichte & Notizen

Herausforderung Quartiersmanagement. Engagement in Gebieten mit besonderen sozialen Bedarfen am Beispiel des Stadtteils Dresden Prohlis	
Beitrag von Veronika Gottmann	157
Kommunale Wohnungswirtschaft und demographischer Wandel – Erfahrungen der KommWohnen Görlitz GmbH bei der Umsetzung eines revitalisierenden und ökologischen Stadtumbaus	
Beitrag von Arne Myckert	164
Stadtland Thüringen – Modellentwicklung für die Landstadt von Übermorgen	
Beitrag von Bertram Schiffers	166
Zum Abschluss der Thomas-Müntzer-Ausgabe	
Beitrag von Armin Kohnle	172
Philipp Jakob Spener. Briefe aus der Dresdner Zeit. Band 4: 1690–1691	
Beitrag von Klaus vom Orde	174
Lebensfragen. Nikolaj Ivanovič Pirogov (1810–1881) als Erinnerungs- figur (Relationes, Band 20)	
Beitrag von Ortrun Riha	177
Autoren	179

Editorial

Die Stadtbevölkerung wird in den kommenden Jahrzehnten auf der ganzen Welt deutlich zunehmen – voraussichtlich mit weit überdurchschnittlichen Zuwächsen in Asien und Afrika, möglicherweise auch bei uns, bedingt durch Zuwanderung und demographischen Wandel. Dies wirft eine ganze Reihe von Fragen auf, mit denen sich die Wissenschaft beschäftigen muss, soll der mit dieser Entwicklung einhergehende soziale Wandel in geordneten Bahnen bleiben und das Wohlergehen der Bevölkerung nicht darunter leiden.

Eine der grundsätzlichen Fragen, die in diesem Heft in verschiedenen Varianten immer wieder aufgegriffen wird, gilt der Struktur der künftigen Stadt: Wird es »die« Zukunftsstadt überhaupt geben oder erwartet uns eher ein Potpourri von Stadttypen, je nach regionalen und nationalen Gegebenheiten? Unter welchen Bedingungen lässt sich die Stadt der Zukunft zugleich menschlich und naturverträglich, gar sozialverträglich gestalten? Was also benötigen die Menschen der Zukunft für ein gutes Leben? Die Erkenntnis, dass Siedlungsstrukturen das Ergebnis komplexer gesellschaftlicher Systeme sind, spiegelt sich gerade in diesen Fragen.

Manches spricht für die »grüne« Zukunftsstadt. Die Stadt als Gegenpol zur umgebenden Landschaft verblasst zunehmend, die »Grüne Infrastruktur« sollte demnach – gleichsam als Ersatz für die Landschaft – zunehmend Einzug in die Städte halten, auch in Hinblick auf die Folgen des zu erwartenden Klimawandels und für die Erhaltung und Förderung der Biodiversität in urbanen Räumen. Aber der Wettbewerb um die Fläche führt in vielen Fällen, auch bei uns, eben doch zu einer Bebauung. Wie also können freiraumbezogene Argumente in den stadtpolitischen Aushandlungsprozessen durchsetzungsstärker gemacht werden?

Diese Diskussion um Ressourceninanspruchnahme wird durch das globale städtische Wachstum intensiviert werden und an Bedeutung gewinnen. Die sich weiter beschleunigenden Urbanisierungsprozesse in Asien und Afrika werden wohl Anlass geben für die vorausschauende Betrachtung der Ressourcenströme, auch um unkoordinierte Rohstoffextraktionen im städtischen Umland vermeiden zu helfen.

Darüber hinaus darf eine zukunftsorientierte Stadtentwicklung Fragen der sozialräumlichen Differenzierung nicht verdecken. Ungleichverteilung von Bevölkerungsgruppen im Raum hinsichtlich ihrer sozialen Schichtzugehörigkeit, Berufsgruppe, Religion, ethnischen Zugehörigkeit oder Alter können zu einer gesellschaftlichen Herausforderung werden, wenn damit Integrationshemmnisse verbunden sind.

Was also ist die Zukunft der Stadt? Wie können wir die gegenwärtige Stadt, auf der diese Zukunft bauen soll, charakterisieren? Kann sie diese Zukunft aus eigener Kraft, ohne zentralstaatliche Eingriffe erreichen?

Fragen über Fragen, die in einem Symposium sowie in zahlreichen weiteren Veranstaltungen der Arbeitsgruppe Stadtentwicklung der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig aufgeworfen und fachübergreifend unter Beteiligung der Praxis diskutiert wurden. Die betreffenden Vorträge bilden den Schwerpunkt des vorliegenden Hefts der *Denkströme*.

Über ausgewählte aktuelle Forschungsergebnisse und damit verbundene neue Publikationen informieren einige Akademievorhaben im Berichtsteil des Heftes.

Hans Wiesmeth

Beiträge

Bernhard Müller

Zukunftsstadt – Zwischenrufe zur Debatte um die Zukunft der Städte

Eine Einführung in das Themenheft

Städte sind weltweit ›en vogue‹. Mittlerweile leben mehr als 50 % aller Menschen in einer Stadt (wobei der Begriff ›Stadt‹ von Land zu Land unterschiedlich definiert wird), im Jahr 1950 waren es hingegen nur 30 %. Im Jahr 2050 werden es zwei von drei Menschen sein. In Deutschland leben drei Viertel der Bevölkerung in Städten. Und damit liegen wir auf der globalen Urbanisierungsskala gerade mal nur am Ende des oberen Drittels der Staaten der Erde. Städte erleben derzeit eine ›Renaissance‹ – nicht nur als wichtigste gesellschaftliche, wirtschaftliche und politische Bezugspunkte, sondern auch als Orte kultureller Vielfalt, von Innovationen, neuen Formen gesellschaftlichen Miteinanders und der Identifikation. Dies gilt hierzulande sicherlich für die Metropolen und die anderen Großstädte in Ost und West. Aber es trifft – in abgeschwächtem Maß und mit gewissen Einschränkungen – auch für Mittel- und Kleinstädte in Deutschland zu, die gerade für die Versorgung und die wirtschaftliche Stabilisierung ländlicher Räume enorm wichtig sind. Sie haben eine große Bedeutung als Wohn- und Lebensorte sowie als gesellschaftliche und wirtschaftliche Zentren. Gleichzeitig stehen Städte vor der Aufgabe, komplexe stadtentwicklungspolitische Fragestellungen zu bewältigen und adäquate Lösungen für die Herausforderungen der Zukunft zu finden, zum Beispiel für den Klimawandel, den demographischen Wandel, den wirtschaftlichen Wandel und den technologischen Wandel. Dies erfordert gesellschaftliche Transformationen und Stadtumbauprozesse im weitesten Sinn, die vor dem Hintergrund der spezifischen Rahmenbedingungen und lokalen Handlungsmöglichkeiten einen Beitrag zur nachhaltigen Stadtentwicklung leisten.

Die Frage nach ökologischer, ökonomischer und sozialer Nachhaltigkeit ist schon heute untrennbar mit dem Lebens- und Wirtschaftsraum Stadt verbunden. Städte beanspruchen weltweit nur etwa 2 % der Landfläche, sind aber für 70 % der Wirtschaftsleistung verantwortlich. Allerdings gehen auch über 60 % des Energieverbrauchs, 70 % der Treibhausgasemissionen und 70 % des gesamten Müllaufkommens auf ihr Konto. Hinzu kommt, dass Städte oft die Orte sind, an denen sich Armut und soziale Brennpunkte konzentrieren. Wenn wir eine nachhaltige Entwicklung anstreben, dann entscheidet sich vor allem in den

Städten, ob uns dies gelingt. Städte haben also eine Schlüsselstellung im weltweiten Bemühen um mehr Nachhaltigkeit.

Dass dies weltweit in verstärktem Ausmaß wahrgenommen wird, macht vor allem die sogenannte Agenda 2030 sichtbar. Sie wurde 2015 von den Vereinten Nationen verabschiedet und formuliert globale Nachhaltigkeitsziele (im Englischen: Sustainable Development Goals, SDG). Die Nachhaltigkeitsziele sind nicht nur Ausdruck eines komplexeren Verständnisses von globaler Entwicklung, sondern enthalten zum ersten Mal in der Geschichte der Vereinten Nationen auch ein von der internationalen Staatengemeinschaft verabschiedetes Ziel zur Stadtentwicklung.¹ Das Nachhaltigkeitsziel Nummer 11 besagt, dass Städte und Siedlungen bis zum Jahr 2030 inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestaltet werden sollen. Wie dies geschehen soll, zeigen konkrete Zielfestlegungen (Targets), die die Handlungsfelder spezifizieren und Erwartungen fassbar machen. Sie sind inzwischen durch Indikatoren untersetzt worden, die dies messbar machen. Die darauf aufbauende Nachhaltigkeitsberichterstattung der Vereinten Nationen soll kontinuierlich über den Fortgang der Bemühungen in Richtung auf mehr Nachhaltigkeit informieren.

Neben den Nachhaltigkeitszielen der Vereinten Nationen ist die »Neue Städtische Agenda« (New Urban Agenda, NUA) von Bedeutung. Sie wurde bei *Habitat III*, der Weltkonferenz für Wohnen und nachhaltige Stadtentwicklung in Quito im Jahr 2016, verabschiedet und im gleichen Jahr durch die Vollversammlung der Vereinten Nationen bestätigt. Sie greift das Nachhaltigkeitsziel Nummer 11 der Agenda 2030 auf und stellt den Fahrplan für die nachhaltige Stadtentwicklung der kommenden zwanzig Jahre vor.² Beide Dokumente, die Agenda 2030 und die Neue Städtische Agenda, sind wegbereitend für die Stadt der Zukunft, und seit ihrer Verabschiedung haben sich viele Staaten auf den Weg gemacht, neue Konzepte für eine nachhaltige Stadtentwicklung zu erarbeiten. Auch wenn die NUA eine unverbindliche Vereinbarung ist, so ist sie doch sowohl für nationale Regierungen als auch insbesondere für Stadtverwaltungen von großem Wert, denn sie stellt klare Forderungen für eine moderne Stadt: Eine kompakte Siedlungsentwicklung mit angemessenen öffentlichen Räumen und Freiflächen, der sparsame Umgang mit Ressourcen, die Stärkung

1 United Nations (Hg.), *Resolution adopted by the General Assembly on 25 September 2015. 70/1. Transforming our world: the 2030 Agenda for Sustainable Development*, o. O. 2015, <https://sustainabledevelopment.un.org/content/documents/21252030%20Agenda%20for%20Sustainable%20Development%20web.pdf> (9.9.2017).

2 United Nations (Hg.), *Resolution adopted by the General Assembly on 23 December 2016. 71/256. New Urban Agenda*, o. O. 2016, <http://habitat3.org/wp-content/uploads/New-Urban-Agenda-GA-Adopted-68th-Plenary-N1646655-E.pdf> (9.9.2017).

öffentlicher Verkehrsmittel und gesunde Lebensbedingungen für alle Stadtbewohnerinnen und -bewohner gehören dazu.

In Europa wurde im Jahr 2016 ein ähnlicher Prozess zu einem ersten Ergebnis gebracht. Die »Städteagenda für die Europäische Union«, die im *Pakt von Amsterdam* bei einem informellen Treffen der für Stadtentwicklung zuständigen Minister der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union beschlossen wurde, beinhaltet zwölf Schwerpunktthemen, die für Kommunen in Europa von besonderer Bedeutung sind und bei denen in besonderem Maße Handeln angesagt ist: Integration von Migranten und Flüchtlingen, Luftqualität, städtische Armut, Wohnungswesen, Kreislaufwirtschaft, Arbeitsplätze und Qualifikationen in der lokalen Wirtschaft, Anpassung an den Klimawandel (einschließlich grüner Infrastrukturlösungen), Energiewende, nachhaltige Landnutzung und naturbasierte Lösungen, städtische Mobilität, digitaler Wandel sowie innovatives und sozialverantwortliches öffentliches Beschaffungswesen.³

In Deutschland erarbeiteten seit Anfang 2013 Fachleute aus Kommunen, Wissenschaft, Wirtschaft und Zivilgesellschaft in Zusammenarbeit mit den relevanten Ministerien, d.h. dem Bundesforschungsministerium und dem Bundesumweltministerium, unter Beteiligung des Bundesministeriums für Wirtschaft und des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur im Rahmen der aus der Hightech-Strategie der Bundesregierung hervorgegangenen *Nationalen Plattform Zukunftsstadt* (NPZ) eine strategische Forschungs- und Innovationsagenda (FINA). Diese zielt auf CO₂-neutrale, energie- und ressourceneffiziente, klimaangepasste, wandlungsfähige, lebenswerte und sozial inklusive Städte der Zukunft, und sie ist seither in vielerlei Hinsicht handlungsleitend für Forschung und Praxis.⁴

In der FINA wurden sieben prioritäre Innovationsfelder für die Zukunftsstadt identifiziert: zivilgesellschaftliche Akteure als Treiber urbaner Transformation, Stärkung und Unterstützung kommunaler Transformation, nachhaltiger Umbau urbaner Siedlungs- und Raumstrukturen, Pionierprojekte für urbane Infrastrukturen, Werkzeuge und Verfahren für Planung und Wissensmanagement, neue Rahmenbedingungen für urbane Innovation sowie strategisches Finanzmanagement und Geschäftsmodelle. Die FINA enthält gleichzeitig zwei Strukturmaßnahmen für die Umsetzung der Forschungs- und Innova-

3 Council of the European Union (Hg.), *Establishing the Urban Agenda for the EU. Pact of Amsterdam*, o.O. 2016, https://ec.europa.eu/futurium/en/system/files/ged/pact-of-amsterdam_en.pdf (9.9.2017).

4 Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hg.), *Zukunftsstadt. Strategische Forschungs- und Innovationsagenda*, o.O. 2015, <https://www.fona.de/mediathek/pdf/Zukunftsstadt.pdf> (9.9.2017).

tionsthemen, nämlich neue Formate für Forschung und Innovation zu erproben und strategische Kapazitäten und Institutionen zu etablieren und auszubauen.

Die FINA wurde im Wissenschaftsjahr 2015, das dem Thema »Zukunftsstadt« gewidmet war, vorgestellt. Gleichzeitig wurde ein Wettbewerb auf den Weg gebracht, bei dem Kommunen gemeinsam mit der Wissenschaft die Möglichkeit gegeben wird, neue Wege der Stadtentwicklung zu erproben und entsprechende Innovationen zu generieren. Das Wissenschaftsjahr war zugleich der Rahmen für eine Vielzahl von Veranstaltungen und Aktionen, die nicht nur dem fachlichen Diskurs dienen, sondern auch weit in die Öffentlichkeit hinein wirken und die Sensibilität der Bürgerinnen und Bürger für die Herausforderungen und Chancen einer nachhaltigen Stadtentwicklung erhöhen sollten.

Die Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig war bei diesem Prozess aktiv beteiligt – maßgeblich seitens der Arbeitsgruppe zum Thema »Stadt der Vergangenheit – Stadt der Zukunft. Zur Transformation des Urbanen am Beispiel von Stadtregionen« (kurz: AG Stadtentwicklung), die unter dem Dach der Strukturbezogenen Kommission Landeskunde im Mai 2013 eingerichtet worden war. Die Arbeitsgruppe, deren Arbeitsgegenstand die vielgestaltigen Transformationsprozesse der stadtreionalen Entwicklung im mitteldeutschen Raum in den letzten Jahrzehnten sind und die sich mit Erfahrungen und Perspektiven der stadtreionalen Entwicklung anhand von Beispielen aus dem Einzugsgebiet der Akademie beschäftigt, führte im Jahr 2015 eine Reihe von öffentlichen Veranstaltungen zur Zukunft der Städte durch.

Mit dem Akademie-Forum zum Thema »Renaissance der Stadt – Chancen für die Zukunft« wurde die Reihe im April 2015 in Zusammenarbeit mit dem Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung Dresden (IÖR) und mit MDR Figaro eröffnet. Die folgenden Fragen wurden diskutiert: Wodurch stiften Städte Identität? Welche Rolle spielen sie für ihr Umland? Warum gehen die Menschen zurück in die Stadt? Welche sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen und städtebaulichen Konsequenzen hat das? Und vor allem: Gilt dies für alle Städte gleichermaßen? Wie sieht die Entwicklung konkret in Mitteldeutschland aus, wo es sowohl wachsende als auch schrumpfende Städte gibt? Inwieweit muss man hier differenzieren? Welche Chancen bieten sich dadurch für die Zukunftsstadt? Es wurde bei der Diskussion deutlich, dass man derzeit durchaus von einer Wiederbelebung des Städtischen sprechen kann. Städte haben Konjunktur. Allerdings drohen ländliche Räume demgegenüber vielerorts in den Hintergrund zu treten und von Entwicklungsprozessen »abgehängt« zu werden, gerade dort, wo auch noch Abwanderung und Alterung die Entwicklungsperspektiven mitbestimmen. Neue Entwicklungskonzepte und zielgerichtetes Handeln tun Not.

»Klein- und Mittelstädte – Labore für den Stadtumbau« stand als Thema im Mittelpunkt des *Denksalons Ökologischer und Revitalisierender Stadtumbau*, der im September 2015 in Görlitz stattfand und bei dem die Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig als Mitveranstalter neben dem Interdisziplinären Zentrum für ökologischen und revitalisierenden Stadtumbau (IZS) des IÖR und der Technischen Universität (TU) Dresden auftrat. Im Denksalon standen die Herausforderungen, Strategien und Erfahrungen eines ökologischen und revitalisierenden Stadtumbaus in Klein- und Mittelstädten im Fokus: Vor welchen Herausforderungen stehen Klein- und Mittelstädte beim Umgang mit dem demografischen und sozioökonomischen Wandel sowie den Anforderungen eines ökologischen Umbaus? Was unterscheidet sie hinsichtlich ihrer Handlungsmöglichkeiten von Großstädten? Welche Strategien und Handlungsansätze haben speziell Klein- und Mittelstädte, um ihre Ziele zu erreichen? Welche Erfahrungen haben verschiedene Akteure bei der Umsetzung konkreter Vorhaben eines ökologischen und revitalisierenden Stadtumbaus in Klein- und Mittelstädten? Im Denksalon stand die stabilisierende Rolle von Klein- und Mittelstädten als Zentren der Versorgung und Entwicklung, gerade auch in ländlich geprägten Räumen, zur Diskussion. Beispiele, die besprochen wurden, machen durchaus Hoffnung, dass einseitige negative Entwicklungsprozesse vermieden werden können.

Im Oktober 2015 fand schließlich die Tagung zum Thema »Zukunftsstadt grün – offen – lebendig« im Kulturrathaus Dresden statt. Die Tagung wurde von der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig in Zusammenarbeit mit der Sächsischen Akademie der Künste, dem IÖR sowie MDR Figaro organisiert und durchgeführt. Die Hauptfrage, um die sich die Vorträge und Diskussionen drehten, lautete: Wie sieht die nachhaltige Stadt der Zukunft aus? Sind es die technisch hoch gerüsteten »Smart Cities«, in denen wir in der Zukunft leben werden, oder doch eher Ökostädte, in denen Umwelt- und Ressourcenschutz Vorrang haben? Oder sind es die unwirtlichen Orte, in denen man aufgrund von Sicherheitsproblemen sich nicht mehr traut, am Abend das Haus zu verlassen? Wir kennen heute viele Beispiele aus Mittel- und Südamerika, wo dies zum Problem geworden ist. Welche Wege können und müssen wir gehen? Wie lassen sich wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, Ressourcenschonung, kulturelle Vielfalt und soziale Gerechtigkeit in der Stadt der Zukunft miteinander vereinbaren? Die Tagung zeigte eine Reihe von innovativen Gedanken und Lösungsansätzen auf, die in diesem Heft teilweise nachzulesen sind.

Beiträge der beiden letztgenannten Veranstaltungen bilden die Grundlage dieses Themenhefts der *Denkströme*.⁵ Autoren aus Wissenschaft und Praxis

⁵ *Denkströme*. Journal der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig,

zeigen in längeren Beiträgen wie auch in kürzeren Statements ein facettenreiches Bild der heutigen Lage von Städten und der Herausforderungen für die Stadt von morgen. Michael Opielka vom Institut für Zukunftsstudien und Technologiebewertung Berlin, setzt sich in einem Einführungsbeitrag jenseits von »Science-Fiction, die Zukunft als eine Fortschreibung der Gegenwart mit technologischen Zaubereien« versteht, mit sozialer Nachhaltigkeit und der Transformation von Städten auseinander. Er versteht soziale Nachhaltigkeit als Urbanisierungsprogramm und greift drei Begriffe heraus: Demographie, Diversity und Sharing. Ein Ergebnis seiner Darlegungen ist, dass die Zukunftsstadt vor allem Räume sozialer Nachhaltigkeit zur Verfügung stellen muss, die sich nicht aus dem technologisch-wirtschaftlichen Verlauf ergeben. Und er fragt, ob die Zukunftsstadt mehr an Geteiltem kennen wird.

Vier Beiträge beleuchten die ›Grüne Stadt: Juliane Mathey, Stefanie Rößler, Iris Lehmann, Anne Bräuer und Wolfgang Wende vom Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) in Dresden machen darauf aufmerksam, welche neuen Anforderungen Klimawandel und Biodiversität an die Stadtentwicklung der Zukunft stellen und wie Städte darauf reagieren können, indem sie stärker als bisher auf die geeignete Auswahl von Stadtvegetation bei ihrer Grünplanung achten. Sie machen aber auch deutlich, dass es keine Patentlösungen gibt, sondern dass sich die Auswahl der Stadtvegetationsstrukturen und die entsprechenden Maßnahmen an den jeweiligen Charakteristika einer Stadt, ihrer historischen Struktur, den kulturellen Besonderheiten, den ökologischen Standortbedingungen sowie den vorhandenen Ressourcen orientieren muss.

Clemens Deilmann, ebenfalls vom IÖR, betrachtet die grüne Stadt aus einem anderen Blickwinkel, nämlich aus der Perspektive der gebauten Umwelt und der durch sie verursachten Materialströme. Er fragt nach der Effizienz von Siedlungsstrukturen und nennt beeindruckende Zahlen: Die gebaute Umwelt umfasst 82 % des gesamten nationalen Nettoanlagevermögens in Deutschland, 10 % des jährlichen Bruttoinlandsprodukts entfallen auf die Bautätigkeit, und 90 % aller Materialströme, Landwirtschaft und Energieträger ausgenommen, stehen mit ihr in direktem Zusammenhang. Als eine Lösung für eine effizientere Stadt sieht er die bessere Nutzung von Ressourcenschonungspotenzialen, zum Beispiel durch das Recycling von Baustoffen und eine verbesserte siedlungsstrukturelle Planung. In einem Zwischenruf aus der Praxis beschäftigt sich Matthias Lerm, Stadtarchitekt der Stadt Jena und zuvor einige Jahre lang in der Stadtverwaltung von Dresden in Sachen Nachhaltigkeit unterwegs, mit

hg. vom Präsidenten der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Heft 18 (2017), www.denkstroeme.de/heft-18.

dem scheinbaren Gegensatz von Begrünung und städtischer Dichte. Er sieht durchaus Möglichkeiten, beides sinnvoll miteinander zu verbinden: die Stadt sowohl kompakt als auch grün zu gestalten. Die ›kompakte Stradt im grünen Netz‹, ein Leitbild, das auch die Stadtentwicklung in Dresden prägt, sieht er im übertragenen Sinn und vor dem Hintergrund seiner eigenen Praxis als zielführend für die Stadt der Zukunft an. Katrin Schmidt von der TU Dresden beleuchtet in der Rubrik *Diskussionen* das Verhältnis von Urbanität und Natur. Ihre Überzeugung drückt sie gleich zu Beginn ihrer Darlegungen aus: »Die Stadt der Zukunft wird [...] deutlich grüner sein als die historische Stadt.«

Eine weitere Reihe von Beiträgen widmet sich der Problematik des sozio-demographischen und ökonomischen Wandels in Städten. Sigrun Kabisch vom Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ) in Leipzig, setzt sich mit der sozialräumlichen Differenzierung und Bevölkerungsentwicklung auf regionaler, städtischer und Quartiersebene auseinander. Sie zeigt, dass unterschiedlich geprägte Siedlungsstrukturen zur Vielfalt des gesellschaftlichen Zusammenlebens gehören. Sozialräumliche Differenzierungen werden aber dann problematisch, wenn die Wohnadresse zur stigmatisierten sozialen Adresse wird. Auch in Zukunft wird dies zentral bleiben. Tim Leibert vom Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL) in Leipzig diskutiert vor dem Hintergrund der Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt die Frage, ob es schon Licht am Ende des Tunnels im ›Labor des demographischen Wandels‹ gibt. Er zeigt eine Reihe von positiven Trends auf, etwa steigende Geburtenraten und eine rückläufige Abwanderung. Deren Dauerhaftigkeit muss sich nach seiner Überzeugung aber erst noch erweisen. Vor diesem Hintergrund sieht er keine Entwarnung für die Stadt der Zukunft.

Alexandra Weitkamp von der TU Dresden erörtert in ihrem Beitrag ökonomische Rahmenbedingungen in Klein- und Mittelstädten aus der Sicht des Landmanagements. Sie betrachtet den Zusammenhang zwischen Maßnahmen der Stadtentwicklung einerseits und Bodenwerterhöhungen andererseits, aus denen sich solche Maßnahmen grundsätzlich refinanzieren. Sie stellt fest, dass insgesamt die Bodenwertsteigerungen in Klein- und Mittelstädten tendenziell geringer sind als in Großstädten. Während bei Stadterweiterungen, zum Beispiel in wachsenden Städten, solche Maßnahmen relativ leicht zu finanzieren sind, können im Stadtumbau, insbesondere in schrumpfenden Städten und Regionen, Bodenwerte oft nur stabilisiert bzw. kann nur eine konjunkturelle Wertminderung verringert werden. Grenzen sind dem Stadtumbau durch unrentable Kosten gesetzt, d. h. dort, wo Ausgaben die Einnahmen übersteigen. Solche Kosten sind privatwirtschaftlich nicht zu finanzieren. Ihr Fazit: Während sich die Siedlungserweiterung privatwirtschaftlich finanzieren lässt, müssen für schrumpfende Regionen Fördermittel unterstützend eingesetzt werden.

Stefan Rettich von der Universität Kassel diskutiert die Zuwanderung und die damit verbundenen Wohnungsfragen: »Wie wird die Zuwanderung unsere Städte verändern, welchen Einfluss hat sie auf die ohnehin offene Wohnungsfrage, und welche Fragen stellen sich für Politiker, Architekten und Stadtplaner?« Geht man davon aus, dass, wie vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit geschätzt, in Zukunft mindestens 350.000 Wohnungen pro Jahr benötigt werden, dann wird es ein erhebliches Wohnungsdefizit geben, denn es werden jährlich 100.000 Wohnung unterhalb des Bedarfs fertig gestellt. Er fordert, die Kommunen besser als »Kommandozentralen« auszustatten. Als Zentralen der Krisenbewältigung benötigen sie laut Rettich deutlich mehr und flexiblere Handlungskompetenzen und ein stärkeres Mitspracherecht bei der Ausgestaltung und Implementierung von Förderprogrammen für den Wohnungsbau. »Die Wohnungsfrage bleibt daher was sie immer war, eine politische«.

In einem dritten Themenblock geht es schließlich um Instrumente der Stadtentwicklung, insbesondere um die Einbeziehung von Bürgerinnen und Bürgern, d. h. Planung *mit* den Bewohnern statt *für* die Bewohner. So eröffnet Achim Hahn von der TU Dresden die Rubrik *Diskussionen* mit seinem Beitrag »Teilhaben statt Zuschauen« aus der Sicht des Architekturtheoretikers und -kritikers: Er fragt grundsätzlich, wie man überhaupt zu einer Wissenschaft der Stadt finden kann und formuliert Fragestellungen für die Stadt der Zukunft, z. B.: Was ist der primäre Daseinssinn der Stadt? Was bedeutet Wohnen-können in der Stadt? Und wie nehmen Menschen ihre Stadt »in Gebrauch? Mit Blick auf die Stadt der Zukunft fordert er eine Wissenschaft, die beschreibt und nicht nur erklären will. Melanie Humann von der HTW Dresden und Klaus Overmeyer von der Bergischen Universität Wuppertal sind in den *Diskussionen* mit einem Beitrag zum Thema »Nutzergetragener Städtebau oder wie Bürger ihre Stadt an Planung beteiligen« vertreten. Sie beschäftigen sich mit der aktiven Stadtgesellschaft und sogenannten »Raumunternehmen«, d. h. selbstbestimmten Raum- und Projektentwicklern, die sich aufgelassene Orte schrittweise aneignen, besondere Nutzungsmischungen und Netzwerke bilden und über kluge Finanzierungsstrategien eine langfristige Perspektive aufbauen. Ihre Schlussfolgerung lautet: Raumunternehmen schaffen Nachbarschaften. Das macht sie für die Stadt der Zukunft attraktiv.

In der Rubrik *Berichte & Notizen* sind schließlich drei Beispiele aus der Praxis zum Themenblock »Teilhabe« versammelt: Veronika Gottmann verdeutlicht die großen Herausforderungen des Quartiersmanagements am Beispiel von Prohlis, einer Großwohnsiedlung am Stadtrand von Dresden, in der die Einwohnerzahl seit 1990 von fast 25.000 Einwohnern auf gerade mal 15.000 gesunken ist. In ihrem Beitrag geht es um Engagement in Gebieten mit

besonderen sozialen Bedarfen. In Prohlis sind nur etwa 30 % der erwachsenen Bevölkerung erwerbstätig, über 50 % sind Rentnerinnen und Rentner, die Zahl der Arbeitslosen liegt bei fast 15 %. Kinder und Jugendliche leben zu fast 60 % in Bezug von Leistungen nach Hartz IV. Überraschend ist, so Gottmann, dass viele, die selbst in sozial schwierigen Situationen leben, sich engagieren und aktiv sein wollen. Dies ist ein ›Schatz‹ für zukünftige Stadtentwicklung, den man aber ohne Unterstützung nicht heben kann. Sie fordert deshalb, dass Strukturen geschaffen werden, die dieses Engagement tragen – sie fordert eine ausreichend finanzierte und mit Räumlichkeiten ausgestattete Gemeinwesenarbeit.

Arne Myckert von KOMMWOHNEN, der Nachfolgerin der früheren Kommunalen Wohnungsbaugesellschaft in Görlitz, führt den Leser in die komplexe und nicht leicht zu bewältigende Realität der kommunalen Wohnungswirtschaft in schrumpfenden Mittelstädten zurück. Vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen, zum Beispiel mit dem Verfall gründerzeitlicher Baubestände, fordert er einen deutlich flexibleren Umgang mit Altbaubeständen, um den Niedergang von Wohnquartieren zu stoppen und sie wieder aufzuwerten.

Bertram Schiffers von der Internationalen Bauausstellung Thüringen GmbH in Weimar zeigt in seinem Beitrag schließlich die Bedeutung von ›Großveranstaltungen‹ wie internationalen Bauausstellungen für die Stadt der Zukunft auf. Und er weitet dabei den Blick von der Stadt im engeren Sinn auf die Stadtlandschaft und die für die Stadt der Zukunft immer wichtiger werden den Stadt-Land-Beziehungen. Nur anhand der regionalen Ressourcen und mit den lokalen Akteuren, so seine Erfahrungen, lässt sich die Stadt der Zukunft oder in seinem Fall die »Landstadt von Übermorgen« in einer Verbindung von Kulturlandschaft und Baukultur zukunftsgerecht realisieren.

In den Beiträgen wird deutlich, wie anregend die Diskussion um die Stadt der Zukunft ist und sein kann. Welches Fazit ist nun aber aus den Beiträgen zu ziehen? Erstens wird deutlich, dass die Stadt dort, wo sie es noch nicht ist, grüner werden muss. Dies verlangt allein schon der Klimawandel, der Städte zur Anpassung zwingen wird. Die kompakte Stadt im ökologischen Netz könnte ein Leitbildentwurf hierfür sein.

Zweitens wird die Stadt noch mehr als bisher mit Fragen des sozialen Zusammenhalts und der wirtschaftlichen Kohäsion konfrontiert sein. Sprengkräfte gibt es viele: zum Beispiel Niveauunterschiede in der Bildung, ungleiche Chancen, die Entstehung oder Verstärkung sozialer Brennpunkte, soziale Verdrängungsprozesse aufgrund der Aufwertung von Stadtteilen und Quartieren, oder die Integration von Flüchtlingen, die aus ganz verschiedenen Gründen zu uns kommen, sei es aufgrund von kriegerischen Auseinandersetzungen, Terror und Unterdrückung, wirtschaftlicher Not oder aufgrund des Klimawandels und der Zerstörung ihrer Existenzgrundlagen.

Dies führt zu einem dritten Aspekt: Partizipation, soziales Engagement und die Aneignung von Raum durch seine Nutzer bilden ein Gut, das es zu bewahren und zu fördern gilt. Dies funktioniert langfristig aber nicht ohne entsprechende Unterstützungsstrukturen durch den Staat und die Kommunen. Neue Initiativen entstehen häufig in Nischen. Sie brauchen meist eine geraume Zeit bis sie den »Mainstream« beherrschen können. Diese Erkenntnis der Transformationsforschung sollte stärker Beachtung finden. Transformationen zur Nachhaltigkeit sollten gerade in Städten und Stadtregionen beschleunigt werden. Den Nährboden dafür gibt es. Nur müssen die damit verbundenen Chancen noch besser erkannt werden.

Michael Opielka

Zukunftsstadt für Menschen – Soziale Nachhaltigkeit und die Transformation der Städte

Das 21. Jahrhundert könnte das Jahrhundert der Städte werden. Die Stadtbevölkerung dürfte sich bis 2050 weltweit von heute etwa 4 Milliarden auf dann 6,5 Milliarden Menschen vergrößern, etwa zwei Drittel der Menschheit werden dann in Städten leben. Knapp 90 % dieses Wachstums der Stadtbevölkerungen in diesem Zeitraum werden in Asien und Afrika erwartet.¹ Angesichts dieses gewaltigen sozialen Wandels in nur etwas mehr als einer Generation stellt sich die Frage nach seiner Richtung: Wird die Zukunftsstadt eine ›grüne Stadt‹ sein, eine nachhaltige Utopie, eher eine Dystopie zwischen Megalopolis und Slum oder wird es *die* Zukunftsstadt überhaupt nicht geben, sondern ein Potpourri von Stadttypen je nach regionaler und nationaler Regulierungspotenz? Ich werde diese Frage in drei Schritten diskutieren. Zunächst wird das Konzept ›Zukunftsstadt‹ mit einigen Überlegungen der Zukunftsforschung korrespondiert. Im zweiten Schritt wird ein komplexer Mehrebenenfokus auf die deutsche und europäische Stadt im globalen Kontext versucht. Im dritten Schritt soll das Denkprogramm ›Soziale Nachhaltigkeit‹ auf das Konzept ›Zukunftsstadt‹ angelegt werden. Ziel wäre die Identifikation einiger Bedingungen, die die Stadt der Zukunft zugleich menschlich und naturverträglich gestalten.

1. Zukunftsstadt

Was können wir über die Zukunft wissen? Wir werden uns im Folgenden mit verschiedenen Prognosen, Voraussagen über künftige Situationen beschäftigen. Vielleicht sind daher einige epistemische Überlegungen zu den Möglichkeiten von Prognosen hilfreich. Philip E. Tetlock, ein ausgewiesener Empiriker

1 UN DESA – United Nations Department of Economic and Social Affairs (Hg.), *World Urbanization Prospects. The 2014 Revision. ST/ESA/SER.A/366*, New York 2015; WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (Hg.), *Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte*, Hauptgutachten, Berlin 2016.

auf dem Gebiet der Politischen Psychologie, berichtete in seinem jüngsten Buch *Superforecasting* über ein Forschungsprojekt, das durch das Intelligence Advanced Research Projects Activity (IARPA), einer Organisation des *Office of the Director of National Intelligence* der USA, gefördert wurde. Geheimdienste sind auf Prognosen angewiesen. Doch Prognosen scheinen keineswegs verlässlich: »In meinem Experiment mit politischen Experten waren Prognosen über einen Zeitraum von fünf und mehr Jahren hinweg reines Glücksspiel.«² Noch bemerkenswerter erschien Tetlock, dass Prognosen so gut wie nie im Nachhinein überprüft wurden. Im *Good Judgment Project* der IARPA sollten in einem mittleren Vorhersagebereich Methoden zur korrekten Einschätzung von Wahrscheinlichkeiten entwickelt werden. Rekrutiert wurden knapp 2.800 Freiwillige (»Normalbürger«), von denen sich ein kleiner Teil (58) zu »Superprognostikern« entwickelte. Letztere zeichneten sich vor allem durch zwei Eigenschaften aus: Sie aktualisierten ihre Vorhersagen häufiger und – vor allem – aktualisierten sie ihre Überzeugungen.³ Das Nachdenken über die »Zukunftsstadt« operiert offensichtlich in einem weiteren Vorhersagebereich, der Zeithorizont »2050« wurde bereits angesprochen. Dennoch dürften die beiden genannten Eigenschaften auch für diese Forschungsperspektive ertragreich sein. Beginnen wir also unseren Blick in die Zukunft mit einem Blick auf vergangene Vorstellungen der Zukunft der Stadt.

In Robert Zemeckis Film *Zurück in die Zukunft II* gelangen zwei Männer mit einem fliegenden Zeitmaschinenauto aus dem Jahr 1985 in das Jahr 2015. Sie sehen vieles, das uns unterdessen vertraut ist, Videotelefone, intelligente Kleidung, Häuser, die mit ihren Bewohnern kommunizieren, Uhren, die das Wetter voraussagen, Bezahlung mit Fingerabdruck. Manches gibt es bis heute nicht, wie Fusionsreaktoren mitten in der Stadt oder eben auch die fliegenden Autos. Anderes sah man nicht voraus, weder den Aufstieg des Internet noch die damit einhergehende Vernetzung und Digitalisierung, die das damals neue Faxgerät schon wieder weitgehend überflüssig macht. Der Beitrag der Science-Fiction in Kunst, Literatur und Video für Stadtzukünfte ist zumindest inspirierend: »Science-Fiction-AutorInnen nutzen die Stadt als Handlungsort, um einen gesellschaftlichen Entwurf zu erzählen, der meist als Kritik an die Gegenwart gerichtet ist. Dabei sind bestimmte Formen von Stadt besonders hilfreich. Eine von einer Mauer oder Kuppel umzogene Festungsstadt hilft, einen Konflikt zwischen Gemeinschaften vor den Toren und innerhalb der Stadt plastisch vor Augen zu führen. Die jeweilige Stadt wird für die Geschichte

2 Philip E. Tetlock und Dan Gardner, *Superforecasting. Die Kunst der richtigen Prognose*, Frankfurt a. M. 2016, S. 259.

3 Ebd., S. 168.

pointiert, radikalisiert, übertrieben dargestellt und in eine eindeutige Form gebracht. Die am häufigsten genannten Stadtformen sind extrem besiedelte, unabhängige Megastrukturen, die Kuppelstadt, die fliegende Stadt, die totale Stadt bzw. Sprawls, die zu einer Megastadt zusammenwachsen, die unterirdische Stadt und die schwimmende Stadt. Die digital überwachte Stadt, oftmals von totalitären Strukturen und mysteriösen Computern, ist ein weiteres typologisches Muster.«⁴ Freilich, ernsthafte Projektionen der Zukunft, gar ein Beitrag zur Zukunftsforschung sind aus der Science-Fiction nicht zu erhalten.

Auch in der Zukunftsforschung selbst dominierten lange Zeit technologische Fokussierungen, wie Elke Seefried in ihrer zeitgeschichtlichen Arbeit *Zukünfte. Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung zwischen 1945 und 1980* zeigen konnte.⁵ Die Planungswissenschaften – vor allem die Stadt- und Regionalplanung – nahmen seit den 1950er Jahren einen enormen Aufschwung. Neben der Forstwirtschaft – aus der bekanntlich die Ökologie als Disziplin oder zumindest Nachhaltigkeit als Konzept entstand (der sächsische Kammer- und Bergrat Hans Carl von Carlowitz gilt als ihr Begründer)⁶ – waren es die Planungswissenschaften und die Demographie, die weit vorausliegende Zeithorizonte zum Forschungsgegenstand machten. Freilich auch hier: Nachhaltigkeit war lange Zeit kein Normativ.

Seit Ende des 19. Jahrhunderts wurden stadtreformerische Ideen formuliert, um auf die sozialen, räumlichen und ökologischen Auswirkungen zu reagieren, die insbesondere infolge der Industrialisierung entstanden sind. Neue städtebauliche Leitbilder versuchten Antwort zu geben auf die Fragen, wie man mit Bevölkerungswachstum, den daraus resultierenden Anforderungen an Verkehr und Logistik, städtischen Ver- und Entsorgungsprozessen sowie mit der Neuordnung von Produktion und Handel umgehen könne: das ›Gartenstadtkonzept‹ von Ebenezer Howard (1898), die in der »Charta von Athen« von Le Corbusier (1933) beschriebene funktionale Stadtplanung, die ›Broadacre City‹ von Frank Lloyd Wright (1932), die ›Stadtlandschaft‹ von Hans Scharoun (1946) oder die ›Autogerechte Stadt‹ von Hans Bernhard Reichow (1959). »Mit der Rückbesinnung auf die Qualitäten der funktional und sozial-räumlich durchmischten, kompakten und gewachsenen europäischen Stadt wurde spätestens seit Ende der 1970er Jahre ein Paradigmenwechsel in der

4 Steffen Krämer, Carolin Pätsch und Belinda Rukschcio, »Die Stadt von Übermorgen: Von Science Fiction lernen«, in *Detail – Das Architekturportal*, 2015, <http://www.detail.de/artikel/die-stadt-von-uebermorgen-von-science-fiction-lernen-13357> (4.8.2017).

5 Elke Seefried, *Zukünfte. Aufstieg und Krise der Zukunftsforschung 1945-1980*, Berlin/Boston 2015.

6 Ulrich Grober, *Die Entdeckung der Nachhaltigkeit. Kulturgeschichte eines Begriffs*, München 2010.

europäischen Stadtentwicklung eingeleitet. Stadtplanung stand nicht mehr nur unter einem modernistisch-funktionalistischen Paradigma, sondern der behutsame Umbau der gebauten Stadt mit ihrem historischen Erbe mit entsprechenden sozialen und ökonomischen Transformationsprozessen rückte zunehmend in den Fokus und führte zu ersten Ansätzen einer integrierten Stadtentwicklungsplanung.«⁷ Während Städte im weltweiten Maßstab gewaltig wachsen – 50 % des Baubestandes des Jahres 2050 entstehen noch – haben wir in Regionen wie Deutschland oder Österreich eine herausfordernde Gleichzeitigkeit von Wachstum und Schrumpfung. Auch das macht konzeptionelle Innovationen drängend, die beispielsweise mit dem Gedanken des ›Genug‹, des ›Post-Growth‹ bzw. der ›Suffizienz‹ verbunden werden. Hilfreich erscheint hier das in der Nachhaltigkeitsdebatte präsente Modell der drei Prozesse »Effizienz-Konsistenz-Suffizienz«, das teils auf unternehmerische Nachhaltigkeitsstrategien bezogen wird,⁸ sinnvollerweise aber für alle stoffbezogenen Nachhaltigkeitsstrategien gelten kann. Joseph Huber hatte schon in den 1990er Jahren »Konsistenz vor Effizienz vor Suffizienz« und eine »Gesamtstrategie der abgestuften Präferenzen« gefordert. Sie müsse »zuerst und vor allem versuchen, die ökologische Angepasstheit der Stoffströme durch veränderte Stoffstromqualitäten zu verbessern (Konsistenz), um dann, auch aus ökonomischen Gründen, die Ressourcenproduktivität dieser Stoffströme optimal zu steigern (Effizienz), und wo beide Arten von Änderungen in ihrem Zusammenwirken an Grenzen geraten, da müssen wir uns eben zufrieden geben (Suffizienz).«⁹

Die Initiative *Zukunftsstadt* des Bundesministeriums für Bildung und Forschung ist eine gute Plattform für diese Diskurse. Zugleich steht sie für die Ambivalenzen und Widersprüche des Diskursfeldes, so heißt es in der Strategischen Forschungs- und Innovationsagenda (FINA): »Die Zukunftsstadtinitiative ist ein *Wachstumsmotor* und damit auch ein Schlüssel für die Marktpositionierung der deutschen Wirtschaft in einer immer stärker globalisierten Ökonomie. Während in der Vergangenheit Versorgungssicherheit Haupttriebfeder für urbane Regionen war, *muss* die Stadt der Zukunft dies nun mit einer Agenda der Nachhaltigkeit und Ressourceneffizienz verbinden, um zum einen die Kosten, z. B. für die Infrastruktur, zu senken, aber auch gleichzeitig im Wettbewerb der Städte attraktiv zu bleiben. Die Verbindung mit der globalen Welt drückt sich

7 BMBF (Hg.), *Nationale Plattform Zukunftsstadt. Langfassung der Strategischen Forschungs- und Innovationsagenda (FINA)*, Berlin 2015, S. 8.

8 Stefan Schaltegger, Roger Burritt und Holger Petersen, *An Introduction to Corporate Environmental Management. Striving for Sustainability*, Sheffield 2003, S. 25.

9 Joseph Huber, *Nachhaltige Entwicklung. Strategien für eine ökologische und soziale Erdpolitik*, Berlin 1995, S. 157.

– anders als in der Vergangenheit – weniger über die Magistralen physischer Mobilität als vielmehr durch die Vernetzung mit modernen Informations- und Kommunikationssystemen aus. Damit entstehen neue Verbindungen zwischen den städtischen Ökonomien. Es entstehen aber auch neue Räume der Kommunikation in den Städten, die neuartige Produzenten-Konsumenten-Beziehungen ermöglichen. Neue intelligente industrielle Fertigungsprozesse (Industrie 4.0) eröffnen neue Chancen für die Produktion in Ballungsräumen.«¹⁰

Man kann an solchen Überlegungen kritisch sehen, dass sie Zukunft zunächst als eine Arena des Ökonomischen betrachten, dessen Nebenfolgen kompensativ bearbeitet werden sollen: »Die Zukunftsstadt *sozialverträglich* gestalten.«¹¹ Wäre aber eine Herangehensweise, eine Denkweise der Zukunftsstadt möglich, die *vom Menschen her, vom Sozialen her* kommt? Die systematisch nicht nur ökonomische und ökologische Nachhaltigkeit reflektiert, sondern *Soziale Nachhaltigkeit*? Zur Beantwortung dieser Fragen sollen im nächsten Schritt einige Befunde zur Stadtentwicklung im globalen Zusammenhang diskutiert werden.

2. Große Transformation und Urbanisierung

Im 2011 veröffentlichten und breit rezipierten Gutachten *Welt im Wandel* skizzierte der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) einen ›Gesellschaftsvertrag‹ für eine zweite ›Große Transformation‹ der Weltgesellschaft.¹² Der vom Wirtschaftshistoriker Karl Polanyi geprägte Begriff der »Great Transformation« bezeichnete die tiefgreifenden Veränderungen zunächst der westlichen (und nördlichen) Gesellschaftsordnungen in Richtung Marktwirtschaft und Nationalstaat vor allem im 19. Jahrhundert und ihre weltweite Ausdehnung im 20. Jahrhundert. Umweltschäden und insbesondere die bedrohlichen Veränderungen des Weltklimas sollten, so der WBGU, im 21. Jahrhundert durch eine zweite Große Transformation in Richtung einer nachhaltigen Weltordnung gestoppt werden. Auf diesen Überlegungen baut nun das 2016 veröffentlichte Gutachten *Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte* auf: »Von den Entscheidungen, die in Städten in den nächsten wenigen Jahren und Jahrzehnten getroffen werden, hängt der Fortgang der Großen Transformation wesentlich ab. Hier

10 BMBF, Nationale Plattform Zukunftsstadt (Fn. 7), S. 13 f.

11 Ebd., S. 14.

12 WBGU (Hg.), *Welt im Wandel – Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation*, Hauptgutachten, Berlin 2011.

muss ein Paradigmenwechsel stattfinden: Weg von inkrementellen Ansätzen, die im Wesentlichen von kurzfristigen Anforderungen getrieben sind, hin zu transformativen Änderungen mit strategischem, langfristigem Blick auf die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit und die Schaffung von Urbanität, die menschliche Lebensqualität dauerhaft befördert.«¹³ Auch dieses Gutachten verdient eine breite Rezeption und wird sie erhalten. Es ist für unsere Überlegungen nicht nur einschlägig, sondern zeichnet sich auch dadurch aus, dass es die zentrale Bedeutung kulturellen und institutionellen Wandels diskutiert und nicht davor zurückschreckt, genau und programmatisch in einer Zeit zu argumentieren, in der politische Diskurse zunehmend abgekoppelt sind von einer Gegenwart, die von Spaltung, Extraktion der Naturgrundlagen, Gewalt und Intoleranz geprägt scheint.

Für die Umbruchsituation des ›Jahrhunderts der Städte‹ entwickelte der WBGU zunächst einen ›normativen Kompass‹ mit drei Dimensionen:

- erstens die Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen durch Beachtung planetarischer Leitplanken und den Schutz der lokalen Umwelt,
- zweitens die Sicherstellung substanzieller, politischer und ökonomischer Teilhabe der Stadtbewohner und
- drittens die Sicherung der soziokulturellen wie räumlichen Diversität der Städte und ihrer Stadtgesellschaften und die Gestaltung einer Pluralität urbaner Transformationspfade: »Jede Stadt muss auf ›ihre eigene Art‹ den Weg in eine nachhaltige Zukunft suchen. Diese ›Eigenart‹ ist nicht nur von großer Bedeutung für die Herstellung urbaner Lebensqualität und Identität, sondern ist auch unverzichtbare Ressource im Sinne der Entfaltung jeweils stadspezifischer Kreativitäts- und Innovationspotenziale.«¹⁴

Bemerkenswert ist die Einführung der kulturwissenschaftlich geprägten Kategorie der ›Eigenart‹ der soziokulturellen und räumlichen Diversität in die Nachhaltigkeitsdiskussion, die auf den Einfluss des Kommissionsmitgliedes Claus Leggewie zurückgehen dürfte. Der normative Fokus basiert damit auf drei Dimensionen von Nachhaltigkeit, die sich vom (seit der Klimakonferenz in Rio de Janeiro 1992) üblichen ›Dreieck der Nachhaltigkeit‹ – ökologische, ökonomische und soziale Nachhaltigkeit¹⁵ – nicht unerheblich unterscheiden: Die Kategorie der ökonomischen Nachhaltigkeit wird auf die Bürgerebene

13 WBGU, Der Umzug der Menschheit (Fn. 1), S. 3.

14 Ebd., S. 4.

15 Michael Opielka, »Soziale Nachhaltigkeit aus soziologischer Sicht«, in *Soziologie* 45/1 (2016), S. 33–46.

gebrochen – als ökonomische Partizipation – und um politische Partizipation erweitert; die Kategorie der sozialen Nachhaltigkeit wird auf soziokulturelle und räumliche Diversität konzentriert oder begrenzt. Allein die Kategorie ökologische Nachhaltigkeit verbleibt im üblichen Diskursrahmen. Mit diesem Kategorienwechsel des WBGU geht eine weitere kulturwissenschaftliche Pointe einher, die Soziologen durchaus befremdet (eine Disziplin, die dem WBGU-Gutachterkreis leider nicht angehört): Während die Kategorialisierung von Nachhaltigkeit bislang – wenn auch meist implizit – sowohl die Akteurs- als auch die Systemsicht einnahm, wird die Kategorie Ökonomie hier – erweitert um Politik – auf Partizipation (der Stadtbewohner) konzentriert, Funktionsinteressen von Wirtschaft treten zurück. Genau das war jedoch das Problem relevanter Akteure vor jener paradigmatischen Überlegung der Rio-Konferenz, sie befürchteten eine Dominanz des Natur- bzw. Umweltschutzes gegen ökonomische Systemimperative. Die Bewegungsjournalistin Naomi Klein hat den Konflikt auf den Nenner »Kapitalismus vs. Klima«¹⁶ gebracht. Im weltweiten UN-Maßstab wurden wirtschaftliche Interessen allerdings nicht nur in kapitalistischen Marktgesellschaften gegen Naturinteressen in Anschlag gebracht. Umgekehrt ist der Verlauf bei der dritten Kategorie »Eigenart«, die praktisch die Dimension der sozialen Nachhaltigkeit beerbt: Hier ist im WBGU-Normativ nur noch die Systemperspektive prägend, die Stadt bzw. die Stadtgesellschaft.

Wir werden sehen, dass diese kategorialen Entscheidungen den Weg dafür bahnen, bestimmte Fragestellungen an die Zukunft der Städte innerhalb des nationalen und internationalen Governance-Gefüges zu unterlassen. Vor allem fehlt der WBGU-Perspektive, wie praktisch der gesamten Nachhaltigkeitsdiskussion, bislang ein systematischer Einbezug moderner Wohlfahrtsstaatlichkeit, als Normativ wie als Würdigung von Akteuren und geronnenen Institutionen. Wir werden diese enorme Herausforderung im dritten Schritt vertiefen, wenn wir genauer beschreiben, was unter Sozialer Nachhaltigkeit als Urbanisierungsprogramm verstanden werden kann. Doch zunächst wollen wir die Erträge der WBGU-Perspektive skizzieren und würdigen.

3. Soziale Nachhaltigkeit als Urbanisierungsprogramm

Sie nehmen ihren Ausgang im »Capabilities«-Konzept des Nobelpreisträgers für Ökonomie aus dem Jahr 1998, Amartya Sen. Der Capabilities Approach¹⁷ liefert die theoretischen Grundlagen für den Human Development Index und

16 Naomi Klein, *Die Entscheidung. Kapitalismus vs. Klima*, Frankfurt a. M. 2016.

17 Amartya Sen, *Commodities and Capabilities*, New Delhi 2007.

den Human Poverty Index, über die u. a. in den Weltentwicklungsberichten seit 1990 Rechenschaft abgelegt wird. Im Vordergrund steht die Frage, was der Mensch für ein gutes, gelingendes Leben benötigt. Materielle Güter und Ressourcen werden für diesen Zweck nur als, allerdings wichtige, Mittel und nicht als Selbstzweck betrachtet. Es geht um Befähigungen, über die der Mensch verfügen muss, damit er sein Leben erfolgreich gestalten kann. Wir müssen dann für die Stadt der Zukunft fragen: Was benötigen die Menschen der Zukunft für ein gutes Leben?

Ich möchte dies anhand von drei Themen untersuchen und dabei nicht, wie in der Science-Fiction, die Zukunft als eine soziale Fortschreibung der Gegenwart mit technologischen Zaubereien verstehen: (1) Demographie, (2) Diversity und (3) Sharing.

Wenn wir über die *demographische Entwicklung* nachdenken, fällt zunächst ihre enorme Spreizung im Weltmaßstab auf. Das Gutachten des WBGU zum ›Umzug der Menschheit‹ und zur ›transformativen Kraft der Städte‹ beschreibt das eindrucksvoll.¹⁸ Gemeinsam ist allerdings allen Regionen die Zunahme der Lebenserwartung und damit die Notwendigkeit einer Auseinandersetzung mit Alter und Pflegebedürftigkeit. Wir können davon ausgehen, dass durch die Zunahme der Hochbetagtheit im Jahr 2050 50 % mehr Pflegebedürftige leben. Während heute noch etwa 70 % der Pflege in und von den Familienangehörigen geleistet wird, erscheint völlig offen, ob dies auch in Zukunft geschehen kann. Gerade das urbane Leben ist von einer Zunahme mobiler Einpersonenhaushalte geprägt, Gemeinschaft und Verantwortung müssen neu inszeniert werden. Die technologische Utopie einer biochemischen Heilung von Demenz oder noch zugespitzter: Der medizinische Aufschub von Alterungsprozessen – ›Forever young, then die quickly‹ – versuchen, die sozialen und psychologischen Erfordernisse zu vermeiden. Selbstverständlich gibt es auch technologische Innovationen mit gewaltigen sozialen Folgen, im Bereich der Demographie war dies beispielsweise die orale Empfängnisverhütung, die zugleich Familienplanung und sexuelle Libertät möglich machte. Ganz sicher werden neue Technologien, von Gesundheits-Apps über intelligente Häuser, Smart Homes, bis hin zu Pflegerobotern den Umgang mit Alter und Pflege beeinflussen. Zugleich wird die Diskussion um einen selbstbestimmten Tod, angetrieben von einer eher materialistisch-hedonistischen Freiheitskultur, einer auch beängstigenden technologischen Überstimmung der Altersmedizin und einer Durchökonomisierung sozialer Beziehungen, möglicherweise zu ganz neuen Konflikten führen, in denen sich Kranke, Pflegebedürftige und Behinderte umfassend davor fürchten müssen, als nicht mehr Lebenswerte stigmatisiert zu werden.

18 WBGU, Der Umzug der Menschheit (Fn. 1).

Das ›sozialverträgliche Ableben‹ würde dann von der Ironie zur Bedrohung. Kann die Zukunftsstadt ihre Bewohner dazu befähigen, menschlich zu sein und gemeinschaftlich zu leben?

Nicht weniger bedeutend erscheint unter der Perspektive sozialer Nachhaltigkeit die Frage, wie die Zukunftsstadt das Thema *Diversität* lösen kann. Michel Houellebecqs eindrucksvoller Roman *Die Unterwerfung* zeichnete ein Modell der Auflösung von Homogenitäten, ein Aufgehen hergebrachter nationaler und kultureller Identitäten in einem Amalgam der Vorteilsnahme und des Egoismus.¹⁹ Stadtplaner und Architekten leben üblicherweise in schönen Häusern, die möglichst dem goldenen Schnitt folgen, in der Regel in gut sanierten Altbauten; sie leben in Gebäuden, die für eine weite Zukunft gebaut wurden und planen zumeist Häuser, die nach einer Generation den Abriss verdienen. Der Einzug der Peripherie in die alten Metropolen und der Aufstieg der Peripherie zu neuen Metropolen des globalen Südens und Ostens hat zu tiefen Verunsicherungen über das Verhältnis von Diversität und Homogenität geführt. Die Zukunftsstadt wird vor allem Räume sozialer Nachhaltigkeit²⁰ zur Verfügung stellen müssen, die sich nicht aus dem technologisch-wirtschaftlichen Verlauf ergeben: Räume für Kultur, für Öffentlichkeit – Plätze, Säle, Kirchen.

Als drittes Thema der sozialen Stadtzukunft möchte ich den Fokus auf *Sharing* legen. Nicht nur die Allmende Schweizer Bergbauern, die gemeinsam genutzten Weiden, legen Zeugnis des Öffentlichen ab, der Gemeingüter, der ›Commons‹, sondern die Stadt ist als Prinzip ein Feld des Geteilten: Der Klassiker des Sharing ist das Hotel. Bibliotheken, Straßenbahnen, ja das Öffentliche überhaupt wird geteilt, übertrifft das Private, Eigene, Partikulare, Egoistische. Wird die Zukunftsstadt mehr an Geteiltem kennen, werden AirBnB, Teilauto oder andere Innovationen die Zukunft prägen oder bleiben sie ein Feld für junge Leute mit Geldmangel?

Im neuen *Jahrbuch für die urbane Debatte – Narango*²¹ findet sich ein feines Bild: Das ›urbane Wohnzimmer‹. Das klingt moderner, anschlussfähiger als der alte Begriff ›Heimat‹. Aber er meint vielleicht dasselbe.

19 Michel Houellebecq, *Die Unterwerfung*, Köln 2015.

20 Opielka, Soziale Nachhaltigkeit aus soziologischer Sicht (Fn.15) sowie Michael Opielka, *Soziale Nachhaltigkeit. Auf dem Weg zur Internalisierungsgesellschaft*, München 2017.

21 Open Urban Institute (Hg.), *Narango – Jahrbuch für die urbane Debatte*, Frankfurt a. M. 2016.

Juliane Mathey, Stefanie Rößler, Iris Lehmann, Anne Bräuer,
Wolfgang Wende

Biodiversität, Klimawandel und Stadtentwicklung – Anforderungen an städtische Grün- und Freiräume

Einführung

Die aktuelle und künftige Stadtentwicklung ist u. a. geprägt von zwei zentralen Herausforderungen: dem Umgang mit den Folgen des zu erwartenden Klimawandels sowie dem Erhalt und der Förderung urbaner Biodiversität. Diese Themen stehen im Kontext gesellschaftlicher, ökonomischer und sozialer Transformationsprozesse. Insbesondere die Diskussion um Umweltgerechtigkeit, d. h. den gleichberechtigten Zugang zu Umweltressourcen und gesunden Lebenswelten, oder das Bestreben von Städten und Stadtregionen, eine hohe Lebensqualität als wichtigen Wettbewerbsvorteil zu erhalten, verdeutlicht die Bedeutung städtischer Grün- und Freiraumstrukturen.¹

Für den Umgang mit den Folgen des Klimawandels bilden die positiven bioklimatischen Wirkungen städtischer Grün- und Freiräume verbunden mit ihren gesundheitlichen Wohlfahrtswirkungen wichtige Ansatzpunkte für die Anpassung von Städten und für die Erhaltung städtischer Umwelt- und Lebensqualität.² Die Biodiversität in der Stadt, und damit auch die Vielfalt von Grünstrukturen sowie von Pflanzen und Tieren, ist eine wichtige Voraussetzung für die Bereitstellung dieser ökologischen Leistungen (Ökosystemdienstleistungen). Hinsichtlich der Erhaltung und Förderung urbaner Biodiversität spielen Städte eine ambivalente Rolle. Einerseits sind Städte für viele Pflanzen und Tiere Rückzugsräume sowie Ersatzlebensräume und Trittsteinbiotope, da hier eine hohe Struktur- und

1 Torsten Wilke, »Umweltgerechtigkeit und das Problemfeld Stadtentwicklung und Grünflächen«, in Deutsche Umwelthilfe (Hg.), *Umweltgerechtigkeit. Handlungsmöglichkeiten für mehr soziale Gerechtigkeit durch kommunalen Umweltschutz*, Radolfzell 2009, S. 26–27; Björn Brei u. a., »Gesundheitsressource Stadtgrün. Gesundheitswissenschaftliche Implikationen für Stadtplanung und Landschaftsarchitektur«, in *Stadt + Grün* 12 (2010), S. 17–22; Entente Florale (Hg.), *Jahrbuch 2011 für mehr Grün in Städten*, Hamburg 2011.

2 Stefanie Rößler, »Klimawandelgerechte Stadtentwicklung durch grüne Infrastruktur«, in *Raumforschung und Raumordnung* 73/2 (2015), S. 123–132; Wolfgang Wende, Stefanie Rößler und Tobias Krüger (Hg.), *Grundlagen für eine klimawandelangepasste Stadt- und Freiraumplanung*, Heft 6, Berlin 2014.

Lebensraumvielfalt vorherrscht. Im Allgemeinen ist die Pflanzen- und Tierwelt der Städte wesentlich vielfältiger als die der intensiv genutzten Agrarlandschaften und Forstflächen, die die Städte umgeben; in der Stadt finden sich zwar oft Allerweltsarten, aber nicht zuletzt auch seltene, gefährdete und damit besonders schützenswerte Pflanzen- und Tierarten.³ Andererseits bedeutet Stadtentwicklung auch den Verlust, die Veränderung oder die Störung von Ökosystemen und hat damit eine hohe Verantwortung für die Erhaltung und Förderung von biologischer Vielfalt.

Durch die Berücksichtigung der mikroklimaregulierenden Funktionen von Grün- und Freiraumstrukturen bietet sich die Chance, das Thema urbane Biodiversität im Sinne der UN-Biodiversitätskonvention⁴ in der Stadtplanung mitzudenken. Künftig gilt es, die vielfältigen Synergien zur Bereitstellung von Ökosystemdienstleistungen, die mit der Erhaltung und Förderung städtischer Grünräume – und damit auch biologischer Vielfalt in Städten – einhergehen, noch stärker in den Blick zu nehmen.⁵

Vor diesem Hintergrund soll es im vorliegenden Beitrag sowohl um die klimatischen Wirkungen städtischer Grün- und Freiräume als auch um deren Potenziale für den Erhalt und die Förderung von Biodiversität in urbanen Räumen gehen. Die vorgestellten Stadtvegetationsstrukturtypen mit ihren klimatischen Wirkungen und Biodiversitätspotenzialen sowie die Planungsempfehlungen sind ein Ergebnis aus dem vom Bundesamt für Naturschutz (BfN) geförderten F+E-Projekt »Noch wärmer, noch trockener? Stadtnatur und Freiraumstrukturen im Klimawandel«.⁶ Teile des hier vorliegenden Beitrages sind auch einer Veröffentlichung zu den 30. Osnabrücker Baumpflegetagen aus dem Jahr 2012 entnommen.⁷

3 U. a. Franz Rebele, »Typen von Industriebrachen und deren Bedeutung für den Arten- und Biotopschutz«, in *Gleditschia* 24/1–2 (1996), S. 287–302; Herbert Sukopp und Rüdiger Wittig (Hg.), *Stadtökologie – Ein Fachbuch für Studium und Praxis*, Stuttgart 1998.

4 United Nations (UN) (Hg.), *Convention on Biological Diversity*, concluded at Rio de Janeiro on 5 June 1992; New York 1992; Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) (Hg.), *Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt*, Bonn 2007.

5 Ingo Kowarik, Robert Bartz und Miriam Brenck (Hg.), *Naturkapital Deutschland – TEEB DE. Ökosystemleistungen in der Stadt – Gesundheit in der Stadt – Gesundheit schützen und Lebensqualität erhöhen*, Berlin/Leipzig 2016.

6 Juliane Mathey u. a., »Noch wärmer, noch trockener? Stadtnatur und Freiraumstrukturen im Klimawandel«, in Bundesamt für Naturschutz (Hg.), *Naturschutz und Biologische Vielfalt* 111 (2011).

7 Juliane Mathey u. a., »Aktuelle Anforderungen an städtische Grün- und Freiraumstrukturen«, in *Tagungsband zu den 30. Osnabrücker Baumpflegetagen am 4.–5. September 2012*, Berlin/Hannover 2012, S. 11–23.

1. Hintergrund: EU-Biodiversitätsstrategie und Grüne Infrastruktur als grundlegende Konzepte

Wichtig für Fragen der Stadtentwicklung sind die Aussagen der Europäischen Biodiversitätsstrategie 2020, welche die politische Entscheidungsebene adressiert. Die EU-Biodiversitätsstrategie formuliert entsprechende Ziele: »Target 2: Maintain and restore ecosystems and their services; Action 6b) The Commission will develop a Green Infrastructure Strategy by 2012 to promote the deployment of green infrastructure in the EU in urban and rural areas, including through incentives to encourage up-front investments in green infrastructure projects and the maintenance of ecosystem services [...]«. ⁸ Zur Umsetzung des Schutzes urbaner Biodiversität fokussiert die EU damit auf das Konzept der »Grünen Infrastruktur«, die gleich der »grauen« Infrastruktur ein wichtiges Element von Städten ausmachen soll. Ein Blick in strategische Dokumente der EU liefert weitere Hinweise für eine Definition: »Grüne Infrastruktur ist ein strategisch geplantes Netzwerk natürlicher und naturnaher Flächen mit unterschiedlichen Umweltmerkmalen, das mit Blick auf die Bereitstellung eines breiten Spektrums an Ökosystemdienstleistungen angelegt ist und bewirtschaftet wird und terrestrische und aquatische Ökosysteme sowie andere physische Elemente in Land- (einschließlich Küsten-) und Meeresgebieten umfasst, wobei sich grüne Infrastruktur im terrestrischen Bereich sowohl im urbanen als auch im ländlichen Raum befinden kann.« ⁹ Der Aufbau grüner Infrastruktur bezieht sich hier eben explizit auch auf den urbanen Raum und adressiert nicht allein die Förderung und Entwicklung von Biodiversität, sondern auch den Erhalt und die Entwicklung von Ökosystemdienstleistungen. Zudem wird deutlich, dass die Entwicklung grüner Infrastruktur im Sinne eines strategischen Ansatzes verstanden werden sollte.

Aber: Welche urbanen Typologien machen grüne Infrastruktur wirklich aus? Neben den klassischen städtischen Typen wie Parks oder privaten Gärten, aber auch innerstädtischen naturnahen Gebieten sind auch explizit Grünflächen innerhalb von Gewerbegebieten oder Industrieflächen, auf Stadtbrachen oder Baulücken bis hin zu vertikalen Grünelementen und Dachbegrünungen angesprochen. ¹⁰ Das Konzept der Grünen Infrastruktur fokussiert insbeson-

⁸ European Union (Hg.), *The EU Biodiversity Strategy to 2020*, o.O. 2011, S.15, <http://ec.europa.eu/environment/nature/info/pubs/docs/brochures/2020%20Biod%20brochure%20final%20lowres.pdf> (21.8.2017).

⁹ COM-European Commission (Hg.), *Green Infrastructure (GI) – Enhancing Europe’s Natural Capital*, European Commission 249 final, Brüssel 2013.

¹⁰ Günter Arlt und Iris Lehmann, »Ökologische Leistungen«, in *Bundesbaublatt* 57/1

dere auf das Potenzial der Multifunktionalität urbaner Grün- und Freiflächen.¹¹ So sollen diese u. a. die Funktion der Erholung oder der Möglichkeit zu sportlicher Betätigung erfüllen, durch den gleichzeitigen Ausbau als Retentionsfläche Hochwasservorsorge leisten und mikroklimatisch wirksam werden.

Die Definitionen und Zielstellungen der EU müssen in regionale und lokale Konzepte überführt werden, damit sie wirksam werden. Die EU setzt bei urbaner Biodiversität vor allem auf das Konzept der ›Grünen Infrastruktur‹, wobei es hierbei primär um eine Strategieentwicklung geht. Die Landschaftsplanung in Deutschland stellt bereits Instrumente zur Verfügung, um eine solche Strategie in der kommunalen und lokalen Praxis umzusetzen.¹² Der Infrastrukturbegriff folgt dem Leitbild der ›Vernetzung‹, geht aber weit über den Netzgedanken des europäischen Natura 2000 Netzes hinaus. Natura 2000 soll gleichwohl Teil der grünen Infrastruktur sein. Innovative Elemente grüner Infrastruktur sind vor allem jenseits klassischer Grünflächen zu suchen. Neben diesen Einführungen in das Konzept grüner Infrastruktur zeigen die folgenden Abschnitte, wie dieses Konzept umgesetzt und im Hinblick auf den Klimawandel und die Erhaltung und die Förderung der Biodiversität ausformuliert werden kann.

2. Bedeutung städtischer Grün- und Freiräume für die Anpassung an die Folgen des Klimawandels

2.1 Klimatische Besonderheiten in Städten

Städte sind durch spezifische klimatische Bedingungen – Trockenheit, hohe Temperaturen, ein verändertes Windfeld – geprägt, die sie zu bioklimatischen Belastungszonen machen. Durch den Klimawandel wird sich die Situation voraussichtlich verschärfen. Die prognostizierte Zunahme der durchschnittlichen Lufttemperaturen und vor allem die prognostizierte Dauer und Intensität von

(2008), S. 12–15.

11 Stephan Pauleit u. a., »Multifunctional Green Infrastructure Planning to Promote Ecological Services in the City«, in Jari Niemelä u. a. (Hg.), *Urban Ecology. Patterns, Processes, and Applications*, New York 2011, S. 272–285; European Environment Agency (Hg.), *Green infrastructure and territorial cohesion. The concept of green infrastructure and its integration into policies using monitoring systems*, EEA Technical report No. 18 (2011), Kopenhagen 2011; Mark A. Benedict und Edward T. McMahon, *Green Infrastructure. Linking Landscapes and Communities*, Washington 2006.

12 Stefan Heiland und Wolfgang Wende, »Wege zur Umsetzung – Integration von Ökosystemleistungen in Entscheidungen der Stadtentwicklung: 9.4 Steuern und Entscheidungen durch Planung«, in Kowarik u. a., *Naturkapital Deutschland (Fn. 5)*, S. 235–251.

Hitzeperioden werden sich stark auf die Lebensqualität in Städten auswirken. Wichtige Ansatzpunkte für die Planung an den Klimawandel angepasster Städte sind die klimaregulierenden und positiven bioklimatischen Wirkungen von Stadtgrün.¹³ Klimatische Wirkungen der Stadtvegetation sind beispielsweise Temperaturabsenkung, Erhöhung der Luftfeuchtigkeit und Änderung der Luftzirkulation. Allerdings ist die städtische Vegetation auch den Folgen des Klimawandels ausgesetzt. Vor allem Trockenheit, Hitzeperioden, veränderte phänologische Phasen, aber auch neue Schad- und Krankheitserreger können das Stadtgrün in der Erfüllung der von ihm erwarteten ökologischen Dienstleistungen beeinträchtigen.¹⁴ Das Wissen um die klimatischen Effekte von Stadtgrün ist nicht neu.¹⁵ So ist das Thema Stadtklima und die Sicherung biometeorologisch positiver Effekte in urbanen Räumen spätestens seit Mitte der 1980er Jahre regelmäßiger Bestandteil ökologisch orientierter Landschafts- und Stadtplanung. Allerdings fehlten bislang detaillierte Kenntnisse über die (mikro-)klimatischen Wirkungen auf der Ebene spezifischer städtischer Vegetationsstrukturtypen, die den gesamten städtischen Raum abdecken, insbesondere überwiegend baulich genutzte Gebiete.

2.2 Klimatische Wirkungen städtischer Grün- und Freiraumstrukturen

Ausgangspunkt für die Untersuchungen war die Annahme, dass Wirkungszusammenhänge zwischen typischen städtischen Vegetationsstrukturen und deren klimatologischen Leistungen bestehen. Auf Grundlage der Empfehlun-

13 U. a. Michael Bruse, »Stadtgrün und Stadtklima. Wie sich Grünflächen auf das Mikroklima in Städten auswirken«, in *LÖBF-Mitteilungen* 1 (2003), S. 66–70; Wilfried Endlicher und Andreas Kress, »Wir müssen unsere Städte neu erfinden. Anpassungsstrategien für Stadtregionen«, in *Informationen zur Raumentwicklung* 6/7 (2008), S. 437–445; Wilfried Endlicher, *Einführung in die Stadtökologie*, Stuttgart 2012.

14 Diana E. Bowler u. a., »Urban greening to cool towns and cities: A systematic review of the empirical evidence«, in *Landscape and Urban Planning* 97/3 (2010), S. 147–155; Andreas Roloff, Detlev Thiel und Henrik Weiß (Hg.), *Urbane Gehölzverwendung im Klimawandel und aktuelle Fragen der Baumpflege*, Tagungsband zu den Dresdner StadtBaumtagen am 15./16.3.2007 in Dresden, Tharandt 2007 (= Forstwissenschaftliche Beiträge Tharandt, Beiheft 6).

15 Manfred Horbert, »Klimatologische Aspekte der Stadt- und Landschaftsplanung. Landschaftsentwicklung und Umweltforschung«, in *Schriftenreihe im Fachbereich Umwelt und Gesellschaft der Technischen Universität Berlin* Nr. 113 (2000); Peter Werner, »Klimawandel, was tun? Regulierung des Stadtklimas durch qualifizierte Grüngestaltung«, in *Stadt + Grün* 12 (2010), S. 11–16.

gen zur »flächendeckenden Biotopkartierung im besiedelten Bereich« nach Schulte u. a.¹⁶ sowie den Stadtbiotoptypenkartierungen der Stadt Dresden aus den Jahren 1993 und 1999 wurde der städtische Raum so typisiert, dass sich differenzierte flächenbezogene Aussagen im Hinblick auf klimatische Ausgleichsfunktionen von Stadt- und Vegetationsstrukturen ableiten lassen.¹⁷ Es wurden 57 Stadtvegetationsstrukturtypen identifiziert, die hinsichtlich ihres Grünvolumens, ihrer Grünflächen- und Vegetationsschichtungsanteile sowie ihres Versiegelungsanteils charakteristische Kennwerte aufweisen (Abb. 1).¹⁸

1. Wohnbebauung, gemischte Bauflächen sowie Industrie-, Gewerbe- und Sonderflächen	7. Grünland
1.1 Baufläche mit reich strukturierten, parkartigen Gärten	7.1 Intensivgrünland
1.2 Baufläche mit reich strukturierten Gärten, mittlerer bis hoher Laubgehölzanteil	7.2 Grünland ohne bzw. weitgehend ohne Gehölze
1.3 Baufläche mit strukturarmen, intensiv gepflegten Gärten	7.3 Grünland mit Hochstauden
1.4 Vegetationsarme bis vegetationslose Baufläche	7.4 Grünland mit Gehölzen
1.5 Baufläche mit keinem bzw. gering ausgeprägtem Gehölzbestand	8. Bäume, Kleingehölze und Gebüsche
1.6 Baufläche mit ausgeprägtem Gehölzbestand	8.1 Gebüsch; Vorwaldgebüsch
2. Verkehrsanlagen und Verkehrsflächen	8.2 Hecke; Strauchreihe
2.1 Bahnanlage; Gleisanlage; Bahndamm	8.3 Baumreihe; Baumgruppe
2.2 Straßenverkehrsfläche mit Begleitgrün	8.4 Streuobstwiese
2.3 Verkehrsanlage; Verkehrsfläche stark bis vollständig versiegelt	8.5 Markanter Einzelbaum
2.4 Verkehrsfläche; Parkplatz; begrünt	9. Wälder (Laub-, Nadel- und Mischwälder)
3. Grünanlagen	9.1 Wald
3.1 Grünanlage mit geschlossenem Baumbestand	9.2 Aufforstung; Baumschule
3.2 Grünanlage mit wechselndem Anteil an Gehölzen	9.3 Kahlschlag; Schlagflur
3.3 Scher-, Zier-, Sportrasen	9.4 Lichtung mit krautiger Vegetation
3.4 Vegetationsfreie bzw. -arme Grünanlage	9.5 Lichtung mit Wildwiese oder Wildacker
3.5 Grünanlage mit jungem bis dichtem Baumbestand	9.6 Ausgeprägter Waldsaum
3.6 Gehölzreiche Grünanlage; Obstbaumbestand	10. Naturnahe Feucht- und Nassstandorte
3.7 Gehölzarme Grünanlage mit überwiegender Zierfunktion	10.1 Naturnaher Feucht- oder Nassstandort mit Röhricht; Röhricht-, Binsen-, Seggensümpfen
3.8 Gehölzarme Grünanlage mit überwiegend Rasenflächen	10.2 Naturnaher Feucht- oder Nassstandort mit Hochstaudenfluren
4. Stadtbrachen	10.3 Naturnaher Feucht- oder Nassstandort mit verbuchten Flächen
4.1 Stadtbrache mit Ruderal- und Staudenfluren (Sukzession jüngerer Stadiums)	10.4 Naturnaher Feucht- oder Nassstandort mit baumbestandenen Flächen
4.2 Stadtbrache mit beginnender Gehölzsukzession (ältere Brache)	11. Uferzonen
4.3 Stadtbrache mit Sukzessionswald (alte Brache)	11.1 Uferzone mit Röhricht, Binsen, Seggen
5. Aufschüttungen und Abgrabungen	11.2 Uferzone mit Hochstauden; Ufergehölz
5.1 Verbuschende bis verbuchte, renaturierte Aufschüttung oder Abgrabung	11.3 Uferzone mit Rasenböschungen
5.2 Vegetationsarme bis verbuchte Aufschüttung oder Abgrabung	11.4 Vegetationsarme und -lose Uferzone
5.3 Vegetationslose bis vegetationsarme Aufschüttung oder Abgrabung	12. Trockenrasen und Heiden
6. Landwirtschaftliche Nutzflächen	12.1 Trocken- und Halbtrockenrasen; Heiden
6.1 Ackerfläche	12.2 Verbuschte bis baumbestandene Trockenrasen und Heiden
6.2 Obstkulturlfläche	13. Offenstandorte
6.3 Erwerbsgartenbaufläche	13.1 Felsbereich
6.4 Grabeland	13.2 Sandfläche
6.5 Weinberg	13.3 Düne

Abb. 1: Übersicht über die 57 Stadtvegetationsstrukturtypen.¹⁹

16 Arbeitsgruppe Methodik der Biotopkartierung im besiedelten Bereich, »Flächendeckende Biotopkartierung im besiedelten Bereich als Grundlage einer am Naturschutz orientierten Planung«, in *Natur und Landschaft* 61/10 (1993), S. 491–526.

17 Günter Arlt, u. a., *Auswirkungen städtischer Nutzungsstrukturen auf Grünflächen und Grünvolumen*, Dresden 2005 (=IÖR-Schriften 47), S. 136.

18 Mathey u. a., Noch wärmer, noch trockener? (Fn. 6); Iris Lehmann u. a., »Urban vegetation structure types as a methodological approach for identifying ecosystem services – Application to the analysis of micro-climatic effects«, in *Ecological Indicators* 42 (2014), S. 58–72.

19 Mathey u. a., Noch wärmer, noch trockener? (Fn. 6).

Auf dieser Datengrundlage wurden unter Anwendung der Programme ENVI-Met²⁰ und HIRVAC-2D²¹ auf teilstädtischer und gesamtstädtischer Ebene Modellierungen zu klimatischen Wirkungen durchgeführt, um strukturbasierte Aussagen zu klimatischen Wirkungen von Stadtgrün abzuleiten.

Zur Darstellung der klimatischen Wirkungen der einzelnen Stadtvegetationsstrukturtypen (Abb. 1) wurde mit dem Modellierungstool ENVI-Met jeweils die Situation an einem strahlungsreichen Sommertag (Mitte Juli) simuliert. Die Ergebnisse der Modellierung des durchschnittlichen Temperaturverhaltens (Lufttemperatur in 1,2 m Höhe) von Stadtvegetationsstrukturtypen zeigen, dass diese ganz unterschiedliche klimatische Wirkungen entfalten. Die potenziellen Abkühlungseffekte im Vergleich zu einer Asphalt-Referenzfläche bewegen sich für eine 1 ha große Fläche über den Tagesverlauf von 2,1 K bis 0,1 K. So gibt es auch in ausgewiesenen Grünanlagen eine große Bandbreite. Während beispielsweise in Grünanlagen mit einem eher gemischten und dichten Baumbestand (Typ 3.5, Abb. 1, 2, 3), eine Temperaturminderung von bis zu 2,1 K potenziell erreichbar ist, können auf großen Rasenflächen (Typ 3.3, Abb. 1, 2) tagsüber Abkühlungseffekte von durchschnittlich 1,0 K erwartet werden. Ausgetrockneter Rasen (Abb. 4) wirkt tagsüber allerdings klimatisch wie eine versiegelte Fläche. Brachflächen mit unterschiedlichen Sukzessionsstadien können ebenfalls Abkühlungseffekte von ca. 1,5 K erzeugen (Typen 4.1–4.3, Abb. 1, 2). In bebauten Gebieten zeigen sich mit 1,7 K die höchsten Abkühlungseffekte in Wohngebieten mit starker Durchgrünung (Typ 1.2, Abb. 1).

Die Regulationswirkungen von städtischen Freiräumen und Vegetationsstrukturen variieren im Tagesverlauf (Abb. 2). Tagsüber werden die klimatischen Wirkungen durch das Zusammenwirken von direkter Sonneneinstrahlung, Schatten, Windstärke und -richtung bestimmt. In den Nachtstunden führen hohe Versiegelungsanteile, dichter Gebäudebestand (Abb. 5), aber teilweise auch dichter Baumbestand dazu, dass sich Flächen durch die Wärmespeicherung am Tag bzw. durch gebremste Abstrahlungsmöglichkeiten nicht abkühlen können. So treten vereinzelt auch geringe Erwärmungseffekte in den Abendstunden und am frühen Morgen im Vergleich zur Referenzfläche auf. Wegen geringer Aufheizung am Tage, weniger Wärmespeicherung und hoher Evaporation ist die Kühlwirkung von Grünanlagen besonders in den Abend-

20 Michael Bruse und Heribert Fleer, »Simulating surface-plant-air interactions inside urban environments with a three dimensional numerical model«, in *Environ Modell Software* 13 (1998), S. 373–384.

21 Valeri Goldberg und Christian Bernhofer, »Quantifying the coupling degree between land surface and the atmospheric boundary layer with the coupled vegetation-atmosphere model HIRVAC«, in *Annales Geophysicae* 19 (2001), S. 581–587.

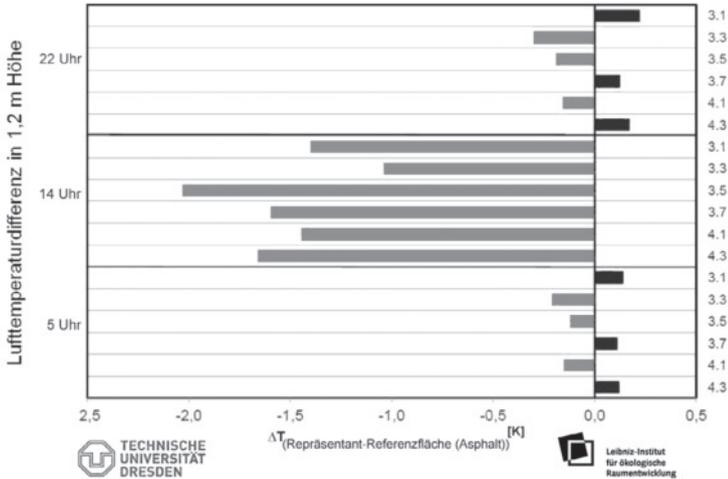


Abb.2: Abkühlungspotenziale ausgewählter Stadtvegetationsstrukturtypen der Hauptkategorien 3 »Grünanlagen« und 4 »Stadtbrachen« zu verschiedenen Tageszeiten: 5 Uhr, 14 Uhr, 22 Uhr (Modellierungsergebnisse); Stadtvegetationsstrukturtypen siehe Abbildung 1.²²



Abb. 3: Schattenplätze in Grünanlagen sind begehrte Aufenthaltsorte an Sommertagen, Foto: S. Rößler.

und Nachtstunden viel höher als die der bebauten Umgebung. Offene unversiegelte Flächen weisen hauptsächlich in der Nacht hohe Abkühlungspotenziale auf. Die Modellierungsergebnisse zeigen deutlich, dass das gesamte Freiraumsystem mit all seinen Elementen klimawirksam ist. So trägt neben den expliziten Grünflächen auch der Vegetationsbestand innerhalb der Bebauung zur Bereitstellung klimatischer Ausgleichsleistungen bei. Dabei sind Stadtvegetationsstrukturtypen mit möglichst wenig versiegelten Flächen und einer vielfäl-

²² Mathey u. a., Noch wärmer, noch trockener? (Fn. 6).

tigen Vegetationsstruktur mit unterschiedlichen Strauch- und Baumhöhen als mikroklimatisch günstig zu bewerten.²³



Abb. 4: Ausgetrockneter Rasen wirkt tagsüber klimatisch wie eine versiegelte Fläche, Foto: S. Rößler.



Abb. 5: Dicht bebaute Gebiete heizen sich im Sommer besonders stark auf, Foto: R. Bendner.

3. Bedeutung städtischer Grün- und Freiräume für den Erhalt und die Förderung urbaner Biodiversität

3.1 Biodiversität in Städten

›Biodiversität‹ bedeutet Vielfalt der lebenden Organismen aller Art sowie der ökologischen Zusammenhänge, in denen diese Lebewesen existieren. Biodiversität schließt gemäß dieser Definition die Vielfalt innerhalb der Arten (geneti-

23 Ebd.

sche Vielfalt), Vielfalt zwischen den Arten (Artenvielfalt) und die Vielfalt von Ökosystemen (Vielfalt der Lebensräume) ein.²⁴ Wesentlichen Einfluss auf die biologische Vielfalt hat die Landnutzung. Je intensiver die Nutzungen erfolgen, umso stärker greifen sie in die natürlichen Gegebenheiten der Standorte ein. Stätten höchst intensiver Landnutzung, dichtester menschlicher Besiedlung und stärkster Veränderung der natürlichen Gegebenheiten sind städtisch-industrielle Agglomerationen.²⁵ Trotzdem weisen die meisten Städte eine überraschend hohe Raumdiversität und damit ökologische Vielfalt auf, die eine ebenso überraschend große Artenvielfalt bedingt.²⁶

Die Komplexität und Vielfalt städtischer Strukturen sind vielfach als wesentliche Faktoren biologischer Vielfalt beschrieben worden.²⁷ Strukturell kann eine Stadt als ein mosaikartiges Gefüge von Habitaten²⁸ bzw. Stadtvegetationsstrukturtypen charakterisiert werden. Städtische Biotope sind selten naturnah und häufig Störungen durch direkte menschliche Aktivitäten sowie durch eine hohe Dynamik an Flächennutzungsänderungen ausgesetzt. Zur biologischen Vielfalt einer Stadt tragen alle Flächen und die dort lebenden Pflanzen und Tiere bei, die sich innerhalb der mehr oder weniger geschlossenen Siedlungsfläche einer Stadt befinden.²⁹

3.2 Urbane Biodiversität und Klimawandel

Die Erbringung klimatischer Regulationsleistungen basiert auf dieser Vielfalt an Lebensräumen und Arten im städtischen Raum. Es stellt sich die Frage, inwiefern im Hinblick auf Veränderungen der biologischen Vielfalt diese Regulationsleistungen im Zuge des Klimawandels weiter bereitgestellt werden können.³⁰ Zahlreiche Studien zeigen, dass Städte heute schon im Vergleich zur

24 UN, Convention on Biological Diversity (Fn. 4).

25 Wolfgang Haber, »Nutzungsdiversität als Mittel zur Erhaltung von Biodiversität«, in *Berichte der ANL* 22 (1998), S. 71–76.

26 Ebd., nach J.H.Reichholz, *Siedlungsraum. Zur Ökologie von Dorf, Stadt und Straße*, München 1989; Herbert Sukopp, *Stadtökologie. Das Beispiel Berlin*, Berlin 1990; O.L.Gilbert, *Städtische Ökosysteme*, Radebeul 1994.

27 Peter Werner und Rudolf Zahner, *Biologische Vielfalt und Städte. Eine Übersicht und Bibliographie*, Bonn-Bad Godesberg 2009 (= BfN-Skripten 245).

28 Marc J.Mazerolle und Marc-André Villard, »Patch characteristics and landscape context as predictors of species presence and abundance: A review«, in Werner und Zahner, *Biologische Vielfalt und Städte* (Fn. 27).

29 Werner und Zahner, *Biologische Vielfalt und Städte* (Fn. 27).

30 Moritz von der Lippe, Ina Säumel und Ingo Kowarik, »Cities as drivers for Bio-

umgebenden Landschaft oft wesentlich artenreicher sind, und dass sie als Ersatzlebensräume für heimische Arten und als Ansiedlungstrittsteine für wärme- und trockenheitsliebende Arten dienen können.³¹ Auch wenn die Bedeutung von Städten als »Einwanderungshilfe« ambivalent gesehen wird, können sich hier relativ einfach Arten einbürgern, die helfen, die Biodiversität auch unter Klimawandelbedingungen in der gesamten Landschaft aufrechtzuerhalten. Es ist davon auszugehen, dass sich die Überlebenschancen sowohl nicht heimischer als auch heimischer, eher frostempfindlicher Arten verbessern werden.³² Allerdings unterscheiden sich auch im städtischen Bereich die Biotoptypen bzw. Stadtvegetationsstrukturtypen hinsichtlich ihrer Anpassungsfähigkeit an die Folgen des Klimawandels. Manche Stadtvegetationsstrukturtypen reagieren besonders empfindlich auf Trockenheit, Wärme oder geänderte Windverhältnisse, während andere aufgrund ihrer Struktur, Feuchtigkeitsverhältnisse und Artenzusammensetzung diesbezüglich tolerant oder sogar resistent sein können.³³ Letztere bieten sich an, im Zuge von Anpassungsmaßnahmen eine wichtige Funktion zu übernehmen. In der Deutschen Anpassungsstrategie an den Klimawandel wird die Erhaltung der Biodiversität als eine Voraussetzung angesehen, die Anpassungsfähigkeit natürlicher Systeme zu erhalten. Integrative Maßnahmen sollen dabei Synergien zwischen Naturschutz, Klimaschutz und Anpassung nutzen und die Biodiversität erhalten.³⁴

4. Planungsempfehlungen

4.1 Hinweise zur Ausgestaltung städtischer Grün- und Freiraumsysteme

Detaillierte Kenntnisse über die mikroklimatischen Regulationspotenziale einerseits und die Biodiversitätspotenziale verschiedener Vegetationsstrukturen und Freiraumtypen andererseits bilden eine wichtige Grundlage für freiraumplanerische Klimaanpassungsmaßnahmen. Aufbauend auf vorhandenen

logical Invasions – The Role of Urban Climate and Traffic«, in *Die Erde* 136/2 (2005), S. 123–143.

31 BMU, Nationale Strategie zur biologischen Vielfalt (Fn. 4).

32 Lippe u. a., Cities as drivers for Biological Invasions (Fn. 30); Herbert Sukopp und Angelika Wurzel, »The Effects of Climate Change on the Vegetation of Central European Cities«, in *Urban Habitats* 1/1 (2003), S. 66–86.

33 Mathey u. a., Noch wärmer, noch trockener? (Fn. 6).

34 Bundesregierung, *Deutsche Anpassungsstrategie an den Klimawandel (DAS)*, Berlin 2008.

Kenntnissen zu Funktionen und Wohlfahrtswirkungen von Stadtgrün sowie auf den Ergebnissen der Strukturanalyse und der Modellierungen lassen sich folgende Hinweise für die Ausgestaltung und Unterhaltung städtischer Grün- und Freiraumstrukturen ableiten:

- Die Verteilung der Freiräume über die Stadt beeinflusst die erzielbaren klimatischen Wirkungen. Ein kleinräumig engmaschiges und reich strukturiertes Freiraumsystem im Innenbereich, ergänzt durch offene Kaltluftbahnen aus den Randbereichen, kann über den gesamten Stadtbereich mikroklimatisch wirken. Je höher der Anteil vegetationsgeprägter Stadtvegetationsstrukturtypen an der Stadtfläche, desto günstiger ist in der Regel die klimatische Wirkung auf das Stadtklima. Mit Blick auf einen auch innerstädtischen Biotopverbund, vielfältige Trittsteine und Ausweichhabitate sowie Verknüpfungen mit dem umgebenden Landschaftsraum bietet ein solches Freiraumsystem gute Voraussetzungen für den Erhalt vielfältiger Lebensräume.
- Die klimatischen Wirkungen von Freiräumen stehen in einem direkten Zusammenhang mit den jeweiligen Flächengrößen. Messbare Temperaturreduzierungen innerhalb einzelner Freiräume können bereits bei Flächen kleiner als 1 ha festgestellt werden. Je größer eine Fläche, desto stärker ist in der Regel auch das Binnenklima auf dieser Fläche ausgeprägt. Auch kleine Flächen oder Einzelstrukturen können in einem Standortmosaik Nischen für einzelne Arten bieten und einer Reihe von Pflanzen- und Tierarten als Trittsteinbiotope dienen. Größere Grünräume stellen Rückzugsgebiete, Ergänzungs- bzw. Ersatzlebensräume sowie Habitatmosaiken für Tiere bereit und können Einwanderungs-, Einbürgerungsfunktionen (Lebensraum für sogenannte Neueinwanderer) bzw. Neuentwicklungsfunktionen (Entwicklung neuer Biotoptypen und neuer Lebensgemeinschaften) erfüllen.³⁵

35 U.a. Bernhard Klausnitzer und Ulrich Klausnitzer, »Städtische Brachflächen – potentielle Naturschutzgebiete für Insekten? Ein Literaturüberblick«, Herbert Zucchi und J. Fliße, »Städtische Brachen aus tierökologischer Sicht unter besonderer Berücksichtigung der Wirbeltiere (Vertebrata)«, in Rüdiger Wittig und Herbert Zucchi (Hg.), *Städtische Brachflächen und ihre Bedeutung aus der Sicht von Ökologie, Umwelterziehung und Planung*, Frankfurt a.M. 1993 (= Geobotanische Kolloquien 9); Herbert Sukopp, »Welche Biodiversität soll in Siedlungen erhalten werden?«, in Norbert Müller (Hg.), *Biodiversität im besiedelten Bereich – Grundlagen und Beispiele zur Umsetzung des Übereinkommens über die Biologische Vielfalt*, Tagungsbeiträge der gleichnamigen Veranstaltung vom 13. bis 15. Mai 2004 in Jena, Jena 2005 (= CONTUREC 1, Schriftenreihe des Kompetenznetzwerkes Stadtökologie), S. 15–18.

- Stärker als die Größe beeinflussen Bebauungsstruktur und Vegetationsausstattung einzelner Freiräume die mikroklimatischen Ausgleichspotenziale. Je größer das Grünvolumen, desto höher ist in der Regel der Abkühlungseffekt tagsüber. Diese Aussage ist allerdings differenziert zu betrachten, da beispielsweise beim Luftaustausch auch die Vegetationsstruktur (z. B. Kronenschluss von Bäumen) und die Lage zur Hauptwindrichtung eine Rolle spielen. Struktur- und damit i. d. R. artenreiche Freiräume stellen aus dem Blickwinkel urbaner Biodiversität sicherlich wertvolle Bestandteile des städtischen Freiraumsystems dar. Aber auch Magerstandorte oder frühe Sukzessionsstadien auf Brachen mit entsprechend geringem Grünvolumen bereichern das städtische Lebensraumangebot³⁶ und können beispielsweise gut zur nächtlichen Abkühlung oder Kaltluftleitung beitragen.³⁷
- Mit Blick auf die jeweiligen planerischen Ziele ist abzuwägen, welche klimatischen Wirkungen an einem bestimmten Ort im Stadtgefüge wünschenswert sind, ob beispielsweise die erzielbaren Abkühlungseffekte einer Fläche tagsüber oder nachts an den Rändern einzelner Grünflächen angestrebt werden. Dies steht in einem engen Zusammenhang mit der Funktion und der Nutzung der jeweiligen Freiräume. Die häufig anzutreffende Gestaltung von Grünanlagen mit vielfältigen Gehölzen und größeren Rasenflächen bewirkt meist beides, sowohl nächtliche Abkühlung, als auch Milderung der Wärmebelastung am Tage.³⁸
- Die Potenziale zur Bereitstellung klimatischer Ausgleichsleistungen hängen auch vom Management der Freiräume ab; so ist beispielsweise künftig insbesondere die Wahl klimaangepasster und standortgerechter Pflanzenarten wichtig.³⁹ Hierbei muss künftig noch stärker auch auf nichtheimische Pflan-

36 U. a. verschiedene Autoren in Wittig und Zucchi, *Städtische Brachflächen und ihre Bedeutung* (Fn. 35); Richard Köhler, »Tierökologische Untersuchungen an Brachflächen im östlichen Ruhrgebiet«, in Akademie des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.), *Stadtbiotopkartierung*, NUA-Seminarbericht, Band 2 (1998), S. 22–34; Konrad Reidl, »Ökologische Bedeutung von Brachflächen im Ruhrgebiet«, in ebd., S. 9–21.

37 Juliane Mathey u. a., »Brownfields as an Element of Green Infrastructure for Implementing Ecosystem Services into Urban Areas«, in *Journal of Urban Planning and Development* 141/3 (2015), S. 1–13.

38 Werner, *Klimawandel, was tun?* (Fn. 15).

39 Sten Gillner und Andreas Roloff, »Eignungsempfehlungen für Stadtbäume unter den Bedingungen des Klimawandels«, in Wende u. a., *Grundlagen für eine klimawandelangepasste Stadt- und Freiraumplanung* (Fn. 2), S. 77–89; Andreas Roloff, Stephan Bonn und Sten Gillner, »Konsequenzen des Klimawandels. Vorstellung der Klima-Arten-Matrix (KLAM) zur Auswahl geeigneter Baumarten«, in *Stadt + Grün* 5 (2008),

zen zurückgegriffen werden,⁴⁰ was die biologische Vielfalt in Städten bereichern kann, aber auch zu Zielkonflikten mit dem naturschutzfachlichen Zielstellungen führen kann.

4.2 Steckbriefe für Stadtvegetationsstrukturtypen

Zur Anwendung der Erkenntnisse für die Planung und das Management städtischer Vegetation und Freiräume wurden für die Stadtvegetationsstrukturtypen (SVST) Steckbriefe erarbeitet (Abb.6).⁴¹ Sie unterstützen die Einschätzung des Status Quo, die Priorisierung von freiraumplanerischen und naturschutzfachlichen Maßnahmen sowie die Ableitung von Handlungsempfehlungen. Die Steckbriefe enthalten für jeden Stadtvegetationsstrukturtyp folgende Informationen: (1) Beschreibungen der Vegetationsstruktur, Flächennutzung und Bebauungsstruktur einschließlich Angaben zum mittleren Versiegelungs- und Überbauungsgrad mit Foto, (2) qualitative Beschreibungen der klimatischen Wirkungen (Temperaturverhalten, Thermisches Empfinden (PMV), Luftaustauschpotenzial, Randwirkung zu den Nachbarflächen, Temperaturabsenkungsvermögen in Abhängigkeit zur Flächengröße) und (3) Hinweise zu den Biodiversitätspotenzialen (Diversität, Lebensraumfunktion und Regenerationsfähigkeit eines SVSTs sowie Gefährdungsrisiko eines SVSTs durch den Klimawandel). Zu bedenken ist, dass die klimatische Wirkung und die Biodiversität eines Stadtvegetationsstrukturtyps außerdem durch Parameter wie Größe, Isolation und Vernetzung beeinflusst werden.

S.53–60.

40 Deutsche Gartenamtsleiterkonferenz, Arbeitskreis Stadtbäume (Hg.), *Positionspapier: Verwendung von nicht heimischen Baumarten am innerstädtischen Straßenstandort*, 2010 http://www.galk.de/projekte/pr_down/pospapier_heimischebaumarten_akstb_101108.pdf (30.7.2017).

41 Mathey u. a., Noch wärmer, noch trockener? (Fn. 6).

1. Wohnbebauung, gemischte Bauflächen sowie Industrie-, Gewerbe- und Sonderflächen

1.2 Baufläche mit reich strukturierten Gärten, mittlerer bis hoher Laubgehölzanteil

Foto: S. Stutzlemer

Vegetationsstruktur

- durchschnittlicher bis hoher Laubgehölzanteil (teilweise Kronenschluss)
- z. T. alter Laubbaumbestand
- jüngere Laubgehölze und Koniferen sowie Zierrasenflächen
- einfache Struktur

Vegetationsflächen		
Vegetations-schichtung	Grünflächenanteil (Draufsicht) [%]	Spez. Grünvolumen [m³/m²]
„niedrig“	40	0,20
„mittel“	8	0,12
„hoch“	23	2,20
Gesamt	71	2,52

Flächennutzung / Bebauungsstruktur

- Wohnbauflächen
- Einzel- und Reihenhäuserbebauung; *Flächenanteil: extrem hoch*
- Blockrand- und Zeilenbebauung; *Flächenanteil: mittel*
- viel- und mehrgeschossige Wohnbebauung; *Flächenanteil: sehr gering*
- Flächen öffentlicher u. halböffentlicher Einrichtungen; *Flächenanteil: gering*
- Gewerbeflächen; *Flächenanteil: gering*
- Industrieflächen; *Flächenanteil: sehr gering*

Kenngrößen: Versiegelungsgrad ca. 38 %; Überbauungsgrad ca. 20 %

Biodiversität

- Diversität: (1) reich strukturiert
- Lebensraumfunktionen: viele Pflanzen- und Tierarten; (4) Arten mit komplexen Lebensraumansprüchen, (5) Arten mit rückläufiger Bestandsentwicklung
- Regenerationsfähigkeit: (3) schwer bis (4) bedingt regenerierbar
- Gefährdungsrisiko durch den Klimawandel: (2) mäßig gefährdet

Klimatische Wirkungen

	Modellansatz: ENVI-Met	
	Tag	Nacht
Temperaturverhalten	deutliche Abnahme	kaum Änderung
Thermisches Empfinden (PMV)	leicht warm	kühl bis kalt

Ein deutliches Luftaustauschpotenzial auf der Fläche ist tagsüber und nachts vorhanden. Eine deutliche Randwirkung ist auf die Nachbarflächen gegeben.

Modellansatz: HIRVAC-2D

Temperaturabkühlungsvermögen in Abhängigkeit zur Flächengröße

Abb.6: Beispielsteckbrief für den Stadtvegetationsstrukturtyp 1.2 »Baufläche mit reich strukturierten Gärten, mittlerer bis hoher Laubgehölzanteil.«⁴²

42 Ebd.

5. Ausblick

Eine nachhaltige Siedlungsentwicklung muss sich mit den absehbaren Auswirkungen des Klimawandels sowie den Herausforderungen zum Erhalt und zur Förderung von Biodiversität auseinandersetzen. Städtische Freiräume und Vegetation als Ausdruck urbaner Biodiversität sind mit den von ihnen erbrachten Ökosystemdienstleistungen – vor allem im Hinblick auf eine Klimaregulation – zentrale Bestandteile städtischer Klimaanpassungsmaßnahmen. Grün- und Freiflächen sollten daher nicht als Restflächen gesehen werden, sondern als wichtige Elemente zukünftiger Siedlungsentwicklung zur Verbesserung städtischer Umwelt- und Lebensqualität. Bei der Entwicklung einer »grünen Infrastruktur« geht es unter anderem auch darum, eine große Vielfalt unterschiedlicher Grün- und Freiräume bzw. Stadtvegetationsstrukturtypen zu fördern und gleichzeitig zu einer Verknüpfung der Grünstrukturen in der Stadt und gegebenenfalls mit der umgebenden Landschaft beizutragen. Aber: Grün ist nicht gleich Grün. Wie oben dargestellt, können verschiedene Grün- bzw. Freiraumstrukturen recht unterschiedliche klimatische Wirkungen und Biodiversitätspotenziale aufweisen. Sollen an einem bestimmten Ort im Stadtgefüge definierte klimatische Wirkungen erreicht werden, können die in den Steckbriefen zusammengefassten detaillierten Kenntnisse als Entscheidungsgrundlage dienen. Aber auch hierbei gilt, dass es keine Universalrezepte geben kann. Die Auswahl geeigneter Stadtvegetationsstrukturtypen und die gewählten Maßnahmen müssen sich an den jeweiligen Eigenheiten einer Stadt, ihrer historischen Struktur, den kulturellen Besonderheiten, den ökologischen Standortbedingungen sowie den vorhandenen Ressourcen orientieren.

Siedlungsstruktur-Effizienz?

1. Einleitung

Siedlungen sind in ihrer Struktur und Anordnung im Raum eine wichtige Basis für wirtschaftliche Leistungen der Gesellschaft und setzen den Rahmen für soziales Leben. Hinsichtlich zukünftiger Anforderungen können sie Hindernis für Wandel und Umbau sein, aber auch – neuinterpretiert – Ausgangspunkt und wichtige Ressource für Unbekanntes in der Zukunft. Form und Struktur von Siedlungen sind Ergebnisse menschlicher Aktivitäten (in Produktion, Konsum, Bildung, Gesundheit, Wohnen, Planung, Verwaltung, Politik etc.). Siedlungen in ihrer physischen Ausprägung sind ein Sediment der Geschichte – und dies im wahrsten Sinne des Wortes: 90 % der Materie, die länger als ein Jahr in der Gesellschaft verbleibt, sind mineralisch; davon 90 % in der gebauten Umwelt. Siedlungsstrukturen sind somit das Ergebnis unseres komplexen gesellschaftlichen Systems. In ihrer Entstehung und Entwicklung waren sie zu keiner Zeit an nur einem einzigen Leitbild, einem einzigen Paradigma oder nur einer einzigen Strategie orientiert. Warum also eine Betrachtung aus Sicht der Ressourceneffizienz?

Aufbau, Instandhaltung und Anpassung von Siedlungen verbrauchen bzw. binden nicht nur große Mengen an Fläche, Material und Energie (und somit Ressourcen), sie erfordern auch große Kapitalinvestitionen – die andernorts vielleicht fehlen. Siedlungsstrukturen verantworten aus Ressourcensicht den größten Massestrom der Gesellschaft und stellen das größte Stofflager. In Deutschland entfallen 10 % des jährlichen Gesamtbruttoinlandsprodukts und 90 % aller Materialströme (ohne Landwirtschaft und Energieträger) auf die Bautätigkeit. Der Nettowert der gebauten Umwelt beträgt 7.981 Mrd. €. Das sind beachtliche 82 % des gesamten nationalen Nettoanlagevermögens im Wert von 9.717 Mrd. €. Wohngebäude sind darin mit 46 %, Nichtwohnbauten mit 20 % und Straßen und Infrastruktur mit 15 % enthalten. Tiere, Pflanzen, langlebige Produktionsmittel und geistiges Eigentum entsprechen einem Wert von 1.736 Mrd. €. ¹ In der europäischen thematischen Strategie für die städti-

1 DESTATIS, Statistisches Bundesamt (Hg.), »Vermögensrechnung« <https://www.de->

sche Umwelt« heißt es: »Eine bessere Stadtplanung kann die Auswirkungen der täglichen Nutzung von Ressourcen wie Energie und Wasser verringern. Die Vermeidung der Zersiedelung der Landschaft durch eine auf hohe Bebauungsdichte und vielfältige Nutzung ausgerichtete Besiedlungsplanung bietet Umweltvorteile hinsichtlich Flächennutzung, Verkehr und Heizung und trägt zu einem niedrigeren Ressourcenverbrauch pro Kopf bei.«² Reutter sieht »Ressourceneffizienz als strategisches Prinzip zur zukunftsfähigen Stadtentwicklung« und Chance »für nachhaltiges Wirtschaften in Stadt und Region«.³

Das Ressourceneffizienzkonzept, aus der Unternehmens- und Konsumgütersphäre entwickelt, lässt sich aber nicht ohne weiteres auf Siedlungsstrukturen anwenden. Siedlungsstrukturen sind im Gegensatz zu den Konsumgütern extrem langlebige ›Güter‹. Die Siedlungsstruktur bestimmt auf lange Zeit Interaktionen, Warentransporte, Aufwand für soziale und technische Infrastruktur, Pflege und Instandsetzung der Gebäude⁴ (die Effizienz des städtischen Systems). Die langfristige Effizienz der gebauten Umwelt (Urban Fabric⁵) wiederum hängt nicht nur von ihrer Struktur, sondern auch von ihrer Fähigkeit ab, sich Veränderungen anzupassen zu können.

Der Beitrag wird im Folgenden einige Grundbegriffe erklären und an Hand von zwei konkreten Anwendungsbeispielen aufzeigen, dass durchaus positive Ansatzpunkte in der Anwendung des Effizienzkonzeptes auf die Siedlungsentwicklung gefunden werden können.

2. Ressourceneffizienz

Es ist notwendig, die Teilbegriffe ›Ressourcen‹ und ›Effizienz‹ zu erläutern, um das Konzept der ressourceneffizienten Siedlungsstrukturen zu verstehen. Im umfassenden Sinne wird unter dem Begriff *Ressourcen* jegliche zur Nutzung

statis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VGR/Vermögensrechnung/Tabellen/Nettoanlagevermögen.html (24.6.2017).

2 Kommission der Europäischen Gemeinschaften, *Mitteilung der Kommission an den Rat und das europäische Parlament über eine thematische Strategie für die städtische Umwelt*, KOM(2005) 718 endgültig, Brüssel 2006, S. 12.

3 Oscar Reutter, *Ressourceneffizienz – Der neue Reichtum der Städte: Impulse für eine zukunftsfähige Kommune*, München 2007, S. 9.

4 <http://ec.europa.eu/environment/archives/greenweek2011/content/prof-clemens-deilmann.html> (4.8.2017).

5 Urban Fabric meint die Summe der Gebäude (Wohn-, Gewerbe und Industrie), die Verkehrsinfrastruktur (Straßen und Schienen) und die technische Infrastruktur (Energieversorgung, Wasserversorgung und Sammelnetze).

verfügbare Form von Kapital verstanden. Im Sinne von Produktionskapital umfasst dies Material oder Energie für Produktionsprozesse (einschließlich wiederverwerteter Anteile), im Sinne von Naturkapital zählen hierzu natürliche Materialien (einschließlich Sonnenstrahlung, Luft und Wasser), die in sozio-ökonomischen Systemen genutzt werden. Menschliche Ressourcen können in Form von intellektuellem Kapital dargestellt werden.⁶

Natürliche Ressourcen als ein Ausschnitt der o. g. Ressourcen sind Gegenstand der in diesem Beitrag behandelten Perspektive. Zur Definition der natürlichen Ressourcen empfehlen Schütz und Bringezu auf Grundlage einer Auswertung unterschiedlicher Begriffsverwendungen auf nationaler und internationaler Ebene eine zweistufige Begriffsbestimmung, die wie folgt lautet:

»Natürliche Ressourcen umfassen im weiteren Sinne alle Funktionen des Ökosystems Erde sowie des Sonnensystems, die vom Menschen direkt oder indirekt genutzt werden oder genutzt werden können bzw. die die Grundlage seines (Über-)Lebens und Wirtschaftens und der Ko-Existenz mit der Natur darstellen. Dazu zählen z. B. Funktionen wie die Stabilität des Klimas, der Schutz vor schädlicher Strahlung durch die Ozonschicht, die Aufnahmefähigkeit für Schadstoffe, die Stabilität und Regenerationsfähigkeit natürlicher artenreicher Lebensräume und die Solarstrahlung.

Im engeren Sinne versteht man unter natürlichen Ressourcen zum einen biotische und abiotische Rohstoffe (Biomasse und Mineralien) und Wasser, die für die verschiedenen sozio-industriellen Zwecke (für Nahrungsmittel, Bau- und Werkstoffe, zur Energiegewinnung usw.) auf Grund ihrer stofflichen bzw. energetischen Eigenschaften oder technologischen Gegebenheiten der natürlichen Umwelt entnommen werden, und zum anderen das Land, das dafür und darüber hinaus für verschiedene Zwecke und in unterschiedlicher Weise und Intensität genutzt wird (für Siedlungen und Verkehr, Land- und Forstwirtschaft, Abgrabungen, als Erholungsraum und für Naturschutz).«⁷

Die letztgenannte, engere Definition der natürlichen Ressourcen ist der Ausgangspunkt für die Diskussion über Ressourceneffizienz von *Siedlungsstrukturen*. Aus raumplanerischer und ingenieurtechnischer Sicht sind Siedlungen durch eine spezifische räumliche und funktionale Ordnung der baulichen Elemente und der Anordnung von Freiflächen charakterisiert (Gebäude, technische und grüne Infrastruktur, Dichte der Elemente zueinander, Funktionszuordnungen). Aus Sicht der Materialwissenschaft (Materialflussanalyse,

6 Nach <https://sustainabilitydictionary.com/2005/12/03/resource/> (4.8.2017).

7 Helmut Schütz und Stefan Bringezu, »Ressourcenverbrauch von Deutschland – aktuelle Kennzahlen und Begriffsbestimmungen«, in *UBA-Texte* 02/08, Dessau-Roßlau 2008, S. 45 f.

Life Cycle Assessment) ist die Siedlung ein Teil des vorhandenen anthropogenen Lagers (Lage und Struktur von langlebigen Gütern, wie Gebäuden, Infrastruktur). Siedlungsaktivitäten und Siedlungsentwicklung haben Auswirkung auf die natürlichen Ressourcen im o. g. engeren Sinne – Fläche, Material und Energie. Allerdings ist diese Inanspruchnahme natürlicher Ressourcen um Fragen der Ressourcensubstitution zu erweitern. ›Gebrauchte‹ Materialien, Bauelemente oder ganze Gebäude können als (potenzielle) Ressource für die Entwicklung in der Zukunft verstanden werden – durch Weiterverwendung (Umbau, Modernisierung) und Weiterverwertung (Recycling).⁸ Die gebaute Umwelt ist ein bedeutsames, im wahrsten Sinne des Wortes ›gewichtiges‹ Materiallager. Beim Recycling ist die Rückgewinnung von Sekundärmaterial aus Abbruch und Abfallstoffen des Bauwesens ein Ansatz zur Ressourcenschonung.

Effizienz, *Suffizienz* und *Konsistenz* stehen als normative Grundkonzepte im Zentrum des Diskurses über Strategien der nachhaltigen Entwicklung.⁹ Der Effizienz-Begriff ist eine Grundkategorie der Ökonomik. Effizienzkonzepte vergleichen Input und Outputgrößen.^{10, 11, 12} Ausgangspunkt aller Effizienzkonzepte ist der Aspekt des Handelns unter Knappheit. Das allgemeine Effizienzkonzept, das auf wirtschaftlichen Mitteleinsatz abzielt, wird deshalb auch als ›ökonomisches Prinzip‹ bezeichnet, das ein Abwägen des Aufwands und Ertrags bedeutet. Nach dem ökonomischen Prinzip ist eine Einheit effizient, wenn mit einer gegebenen Inputmenge ein maximaler Output erzielt wird (Maximalprinzip) oder wenn ein gegebener Output mit einem minimalen Input erreicht wird (Minimalprinzip).¹³

Die Idee hinter den Effizienzstrategien ist die Entkopplung der Wohlfahrtsentwicklung vom Ressourcenverbrauch: d.h. mehr Produkte mit we-

8 Thomas Lichtensteiger (Hg.), *Bauwerke als Ressourcennutzer und Ressourcenspenden in der langfristigen Entwicklung urbaner Systeme*, Zürich 2006.

9 Holger Rogall, *Nachhaltige Ökonomie: Ökonomische Theorie und Praxis einer Nachhaltigen Entwicklung*, Weimar 2009.

10 U. a. Frank Figge, »Environmental Value Added – Ein neues Maß zur Messung der Öko-Effizienz«, in *Zeitschrift für Angewandte Umweltforschung* 14/1-4 (2001), S. 184–197.

11 Kurt Bohr, »Effizienz & Effektivität«, in Waldemar Wittmann u. a. (Hg.), *Handwörterbuch der Betriebswirtschaft*, Stuttgart 1993, S. 855–869.

12 Steffen Fleßa, *Gesundheitsökonomik. Eine Einführung in das wirtschaftliche Denken für Mediziner*, Berlin/Heidelberg 2005.

13 U. a. Andreas Kositzki, *Das öffentlich-rechtliche Kreditgewerbe. Eine empirische Analyse zur Struktureffizienz und Unternehmensgröße im Sparkassensektor*, Wiesbaden 2004, S. 38; Michael Schlander, »Gesundheitsökonomie: Der Effizienz auf der Spur«, in *Zeitschrift für Evidenz, Fortbildung und Qualität im Gesundheitswesen* 103 (2009), S. 117–125.

niger Ressourceneinsatz zu erzeugen. Für Industrieprodukte (Konsumgüter) mag die Strategie der Entkopplung bzw. die ›Dematerialisierung‹ ein geeignetes Paradigma sein, aber in Bezug auf Stabilität und langfristige Nutzbarkeit der Gebäude und Bauprodukte könnte dieser Ansatz falsch sein. Vermeintliche Effizienzgewinne auf Produktebene müssen kritisch hinsichtlich einer langfristigen Nutzbarkeit und Anpassungsfähigkeit (resilience) diskutiert werden. Problematisch ist auch, dass Bemühungen um ›Dematerialisierung‹ in Bauprodukten und Gebäuden zugleich durch eine Erhöhung der allgemeinen Ineffizienz des städtischen Gefüges (z. B. Dichteverlust in Siedlungsgebieten) aufgewogen werden. Ziel sollte ein sparsamerer Materialeinsatz für Siedlungsgebiete pro Wohneinheit (Häuser, Produktionsmittel) insgesamt sein. Dies leitet über zu stadtplanerischen Fragen nach Dichte und Verteilung der Funktionen. Es ist immer das Gesamtprodukt aus gebäudespezifischen und siedlungsstrukturspezifischen Ressourcenaufwendungen in einer Langzeitperspektive zu bewerten. Die Frage der Langfristeffizienz ist dabei eine der am schwierigsten zu beantwortenden Fragen.

Die mit der Effizienz verbundene Vorstellung von win-win-Situationen, mehr Output mit weniger Input zu erzeugen, dass also »die Realisierung eines Wohlstandsniveaus bei gleichzeitiger Schonung/Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen«¹⁴ möglich ist, ist vermutlich die Hauptursache dafür, dass das Effizienzkonzept so attraktiv erscheint. Schiller, Blum und Behnisch: »Dies umso mehr, als dass das politische Konzept eine direkte Entsprechung im umgangssprachlichen, typischerweise positiv konnotierten Effizienzbegriff hat. Dieser bezeichnet in der Regel ein angemessenes oder wünschenswertes Verhältnis von Aufwand und Nutzen, wobei die spezifischen Implikationen der Begriffsverwendung selten reflektiert werden: ›Vielfach dient das Adjektiv ›effizient‹ [...] lediglich als Synonym für das Adjektiv ›gut‹.‹ Vor diesem Hintergrund muss das Konzept Effizienz – ähnlich wie das darüber liegende Konzept ›Nachhaltigkeit‹ – für große Teile des politischen und gesellschaftlichen Diskurses vor allem als ›Boundary Object‹ aufgefasst werden. ›Boundary Objects‹ haben, gerade aufgrund ihrer Unschärfe oder Plastizität, das diskursive Potenzial, verschiedenen Akteursgruppen als Orientierung zu dienen und zugleich als gemeinsamer Bezugspunkt zwischen diesen zu vermitteln.«¹⁵

14 Gerd Schöll und Jens Clausen, »Öko-Effizienz – mehr Fragen als Antworten?«, in *Ökologisches Wirtschaften* 3 (1999), S. 10–11.

15 Georg Schiller, Andreas Blum und Martin Behnisch, »Resource efficiency of settlement structures: terms, conceptual implications and connecting factors to the resilience debate«, in *Raumforschung und Raumordnung* 70/4 (2012), S. 377–386.

3. Siedlungsstrukturelle Analyse

Welche Methode aus Sicht der Ressourceneffizienz eignet sich zur Untersuchung der Siedlungsstruktur? Die theoretische Grundlage für die Siedlungsanalyse im Rahmen der Ressourcennutzung wurde von Baccini und Brunner mit ›Metabolism of the anthroposphere‹ geschaffen.^{16, 17} Die darauf aufbauende Materialflussanalyse unter dem Label des Urban Metabolismus ist heute durch einen hohen Grad an Diversifikation gekennzeichnet. Beispiele gibt es auf Ebene nationaler Volkswirtschaften für Dänemark¹⁸, für den Wohnungsbestand in Deutschland¹⁹ oder für die gesamte bebaute Umwelt von Japan²⁰. Nationale Perspektiven werden durch Untersuchungen auf regionaler oder kommunaler Ebene, wie sie von Daxbeck, Kilialova und Obernosterer für Wien²¹ oder Sahely, Dudding und Kennedy für die Greater Toronto Area²² durchgeführt wurden, ergänzt. Diese Studien liefern den Hintergrund für noch weiter räumlich differenzierte Studien auf Ebene von Quartieren und Stadtteilen. Aus Sicht des Autors sind aber nur kleinräumliche Analysen (bottom up) geeignet, Fragen zur Ressourceneffizienz von Siedlungsstrukturen zu beantworten, denn es ist unabdingbar, Lagen und städtische Bebauungsmuster möglichst differenziert zu erfassen und zu modellieren. Für diese kleinräumliche Skala hat das Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung (IÖR) den Strukturtypenansatz (Urban Structure Type – UST) entwickelt. Über den Strukturtypenansatz

16 Peter Baccini und Paul H. Brunner, *Metabolism of Anthroposphere*, Heidelberg 1991.

17 Dies., *Metabolism of the Anthroposphere: Analysis, Evaluation, Design*, Cambridge 2012.

18 Daniel B. Müller, »Stock dynamics for forecasting material flows – Case study for housing in The Netherlands«, in *Ecological Economics* 59/1 (2006), S. 142–156.

19 Matthias Buchert u. a., »Nachhaltiges Bauen und Wohnen in Deutschland. Stoffflussbezogene Bausteine für ein nationales Konzept der nachhaltigen Entwicklung – Verknüpfung des Bereiches Bauen und Wohnen mit dem komplementären Bereich ›Öffentliche Infrastruktur‹«, in *UBA-Texte* 01/04 (2004), <https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/publikation/long/2600.pdf> (4.8.2017).

20 Seiji Hashimoto, Hiroki Tanikawa und Yuichi Moriguchi, »Where will large amounts of materials accumulated within the economy go? – A Material Flow Analysis of Construction Minerals for Japan«, in *Waste Management* 27/12 (2007), S. 1725–1738.

21 Hans Daxbeck, Albena Kisliakova und Richard Obernosterer, *Der ökologische Fußabdruck der Stadt Wien*, Ressourcen-Management-Agentur (RMA), Endbericht im Auftrag der Magistratsabteilung 22 – Umweltschutz der Stadt Wien, Wien 2001.

22 Halla R. Sahely, Shauna Dudding und Christopher A. Kennedy, »Estimating the urban metabolism of Canadian cities: Greater Toronto Area case study«, in *Canadian Journal of Civil Engineering* 30/2 (2003), S. 468–483.

lassen sich zudem moderne GIS-Tools für die Stadtanalyse nutzen und in das Konzept der Materialflussanalyse integrieren. Zahlreiche Publikationen sind hierzu erschienen.^{23, 24, 25}

Eine praktische Art und Weise, spezifische Eigenschaften von Siedlungen zu beschreiben, ist die Verwendung von Typologien (für Gebäude, Infrastruktur und städtische Gebiete). Dabei sind Stadtstrukturtypen (UST) grundlegende Raumeinheiten mit physiognomisch homogenen Eigenschaften hinsichtlich Form und Anordnung von Gebäuden und Freiflächen. Stadtstrukturtypen beschreiben Landnutzungen mit ähnlichen Funktionen, mit ähnlichen Umwelt- und Infrastrukturbedingungen und erlauben Rückschlüsse auf ihre Entstehungszeit. Sie bilden die morphologische Situation des Stadtgebiets²⁶ ab und lassen sich mit Datenbanken verknüpfen, die spezifische Informationen zu Flächen, Volumen, Materialien und Energie enthalten. Der daraus resultierende ›Ressourcen-Stadtplan‹ ermöglicht die Berechnung der Ressourcenintensität und der stofflichen Aufwendungen auf Ebene der Stadt, für städtische Teilräume bis zum Mikromaßstab (1–5 ha). Die empirische Arbeit der Kartierung nach Stadtstrukturtypen kann visuell auf der Grundlage von Karten und Luftbildern erfolgen oder halbautomatisiert unter Nutzung geoinformatischer Werkzeuge (z. B. des im IÖR entwickelten Werkzeugs ›Sementa‹).

Die Analyse der Siedlungsstrukturen (Abb. 1) kann sich auf den Status quo beziehen, aber auch die Dynamik der Veränderung lässt sich beobachten oder Entwicklungsszenarien für die Ex-ante-Studien können simuliert werden. Durch die Erstellung instruktiver Szenarien, z. B. in Zusammenarbeit mit Planungsbehörden, technischen Experten und Forschungspartnern, lassen sich Effekte verschiedener Entwicklungspfade aus Sicht der Ressourcenin-

23 U. a. Georg Schiller, »Urban infrastructure: challenges for resource efficiency in the building stock«, in *Building Research & Information* 35/4 (2007), S. 399–411.

24 Clemens Deilmann, »Verknüpfung von Verkehrserschließungsfläche und Wohngebäudebestandsstatistik mittels idealtypischer Strukturtypen der Wohnbebauung – Stoffströme und Flächenszenarien bis 2025«, in Andreas Blum und Karin Gruhler (Hg.), *Typologien der gebauten Umwelt – Modellierung und Analyse der Siedlungsentwicklung mit dem Strukturtypenansatz*, Aachen 2010, S. 61–80.

25 Martin Behnisch u. a., »Urban Pattern Specification using Spatial Metrics and Density Values«, in Hans-Knud Arndt, Gerlinde Knetsch und Werner Pillmann (Hg.), *Enviroinfo 2012. Man – Environment – Bauhaus*, Proceedings of the 26th International Conference »Informatics for Environmental Protection«, Dessau 2012, S. 319–329.

26 Stephan Pauleit und Friedrich Duhme, »Stadtstrukturtypen – Bestimmung der Umweltleistungen von Stadtstrukturtypen für Stadtplanung«, in *Raumplanung* 4 (1999), S. 33–44.

spruchnahme veranschaulichen, sodass sowohl städtische Verwaltungs- und Planungsmitarbeiter als auch Politiker für Fragen der Ressourceninanspruchnahme sensibilisiert werden können.

4. Einige beispielhafte Ergebnisse

4.1 Wer zahlt die Kosten für die Infrastruktur in Zeiten des Bevölkerungsrückgangs?

In einem gemeinsamen Projekt des Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung Dresden, des Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und des Ingenieurbüros Baur+Kropp Dresden wurde der Zusammenhang zwischen städtischer Dichte und Infrastrukturkosten untersucht. Ein besonderes Augenmerk lag auf indirekten Wirkungen des demografischen Wandels. Nicht nur in Ost-Deutschland, sondern auch in einigen schrumpfenden Regionen in West-Deutschland wird zukünftig eine geringere Anzahl Menschen die Kosten für die Infrastrukturen tragen müssen. In dem Projekt wurde die Entwicklung des städtischen Raums bis 2030 entlang möglicher Veränderungen der verschiedenen UST skizziert. Die Veränderung der Bevölkerungsdichte in diesen UST bis 2030 wurde mit den technischen Infrastrukturen in diesen städtischen Teilräumen verknüpft. In der Zukunft zu erwartende Kosten für die technische Infrastruktur (Trinkwasser und Kanalisation sowie lokale Straßen) wurden eingeschätzt und hochgerechnet. Das Ziel war, die Entwicklung der Infrastrukturkosten in Gemeinden mit rückläufiger Bevölkerung zu bewerten und insbesondere zu prüfen, ob die Stadt- und Infrastrukturplanung den steigenden Infrastrukturkosten durch gezielten Stadtumbau, Verdichtung und Siedlungsrückbau entgegenwirken könnten.

Um ein realistisches Bild institutioneller und technischer Einschränkungen für Infrastrukturanpassungsmaßnahmen zu zeichnen, wurden mehrere Workshops mit Vertretern der betreffenden Städte, Stadtplanung, Wohnungswirtschaft und zuständigen Versorgern durchgeführt und gemeinsam verschiedene Stadtumbau-Szenarien entwickelt. Diese Entwicklungsszenarien wurden bewusst kontrastierend angenommen, um die maximale Bandbreite möglicher Handlungsalternativen aufzuzeigen. Die Ergebnisse der verschiedenen Szenarien sind in der nachfolgenden Abbildung (Abb. 2) dargestellt. Die schlechte Erkenntnis war, dass sich steigende Kosten, die von den Bürgern aufgrund des Bevölkerungsrückganges geschultert werden müssen, auch durch Strategien der Verdichtung inkl. eines Teilrückbaues des Siedlungskörpers kaum abmildern lassen. Größere Auswirkungen haben die gewählten Unterhaltstrategien

auf den Erhalt und die Finanzierung der bestehenden Netze. Dies ist wenig überraschend, da die bestehenden Netze nachweislich kaum umzubauen waren. Wenn die Bevölkerung abnimmt, ist es für Kommunen, kommunale Unternehmen und Versorger wichtiger denn je, das Augenmerk auf die operativen Kosten zu lenken, Finanzierungsmodalitäten zu optimieren und Umsätze zu stabilisieren. Legt man die berechneten durchschnittlichen Kostensteigerungen zu Grunde und die sich abzeichnenden Probleme der Finanzierung zukünftiger Investitionen, so wird deutlich, dass zusätzliche finanzielle Hilfen erforderlich sein werden, um einen deutlichen Anstieg der Infrastrukturkosten zu vermeiden. An diesem Beispiel wird erkennbar, dass siedlungsstrukturelle Effizienzgewinne unter diesen speziellen Rahmenbedingungen nicht zu erzielen sind, und dass die stadtplanerischen Möglichkeiten zur Effizienzsteigerung leicht überschätzt werden.

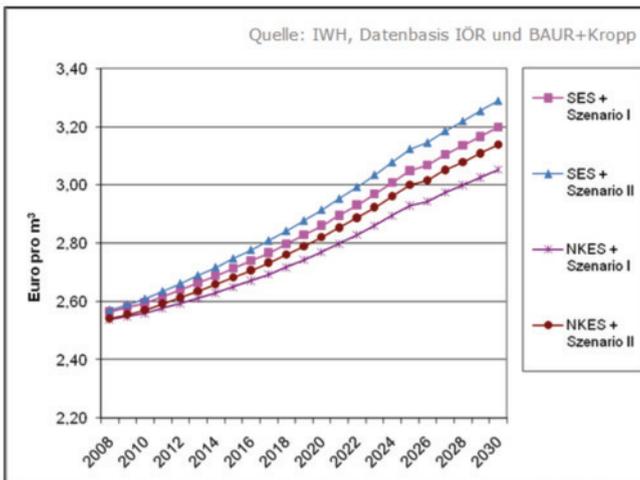


Abb. 2: Kosten für Trinkwasser pro cbm – Zersiedelung oder Bevölkerungsverlust, Quelle: Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung.

4.2 Ressourceneinsparpotenziale durch den Einsatz von Sekundärrohstoffen

Das Projekt »Ressourceneffizienzpotenzial in der Abfall- und Recyclingwirtschaft« in Kooperation mit der INTECUS GmbH Dresden untersuchte Möglichkeiten, wie Bau- und Abbruchabfälle aus dem Hochbau möglichst hochwertig rezykliert werden könnten (hochwertig bedeutet »vom Hochbau zur

Weiterverwendung im Hochbau) – bevor sie im Unterbau von Straßen oder als »bergbauliches« Verfüllungsmaterial verwendet werden. Der Typologie-Ansatz (für Gebäude und UST) kam zum Einsatz, um die bestehende gebaute Umwelt Deutschlands zu modellieren. Dieser typologisch differenzierende Schritt war notwendig, um die Unterschiede in der Materialzusammensetzung zwischen verschiedenen Nutzungstypen der Nichtwohngebäude, unterschiedlichen Mehr- und Einfamilienhäusern sowie unterschiedlichen Straßen abbilden zu können. Eine Verknüpfung zwischen Gebäude und technischen Infrastrukturen ist nur über den Strukturtypenansatz möglich. In mehreren Sensitivitätsrechnungen wurde der mögliche Einsatz von Sekundärrohstoffen für den Zeitraum 2010 bis zum Jahr 2050 untersucht. Bauproduktgruppen waren Beton, Ziegel, Kalksandstein, Porenbeton, Gips, Holz, Mineralwolle- und Hartschaumdämmung, Glas und Kunststoffe. Entlang dieser Produktgruppen wurden die Herkunft, Zusammensetzung und Verwertungswege der Bauprodukte bestimmt. Aktuelle innovative Technologien des Recyclings wurden ausgewertet, Optimierungspotenziale der technischen Prozesse recherchiert und daran anschließend wirtschaftliche Engpässe und typische Hindernisse zur Erhöhung des Recycling identifiziert. Als sehr anspruchsvoll und schwierig erwies sich die Diskussion mit den Verbandsvertretern zu möglichen Anteilen an Sekundärmaterial in neuen Bauprodukten. Zu quantitativen Setzungen solcher Beimengungen waren die Experten nur bereit, als eindeutig kommuniziert wurde, dass es sich lediglich um Testrechnungen handelt und die Setzungen unter der Annahme vorteilhafter Rahmenbedingungen einer zukünftigen Kreislaufwirtschaft getroffen wurden. Darüber hinaus waren Aussagen zur zukünftigen Bautätigkeit und den Gesamtmengen an Bauprodukten zu treffen. Die räumlich differenzierte Studie brachte u. a. zu Tage, dass die Recyclingpotenziale nicht auf nationaler, sondern auf regionaler Ebene diskutiert werden müssen. Grund hierfür sind Transportdistanzen, die je nach Veredelungsgrad des Produktes sehr unterschiedlich sind und bei den mineralischen Zuschlagstoffen im Allgemeinen nicht über 25 km weit reichen. Regionale Stoffstrombilanzen sind notwendig, um nachzuweisen, ob Angebot und Nachfrage nach Sekundärmaterial einander entsprechen und die Nutzung von Rezyklat ohne zusätzliche Transportaufwendungen realistisch ist. Die Testrechnungen zeigten, dass der Sekundärrohstoffeinsatz von 6 % (gegenwärtig) auf 16 % im Jahr 2030 und 20 % im Jahr 2060 ansteigen könnte. Der absolute Gesamtbetrag in Mio. Tonnen wird aber durch die künftige Nachfrage (Bautätigkeit allgemein) bestimmt. Aufgrund des Bevölkerungsrückgangs in Deutschland wird die Bautätigkeit auf lange Sicht zurückgehen. Dies bedeutet, dass der Gesamtbetrag an potenziell eingesetztem Sekundärrohstoff von 20 Mio. Tonnen im Jahr 2030 auf 12 Mio. im Jahr 2060 abnehmen wird. Dennoch: Angesichts eines Bau-

volumens im Hochbau von ca. 120 Mio. Tonnen (bzw. 75 Mio. Tonnen 2050) pro Jahr (nur statistisch erfasste Bautätigkeit) ist dies ein bedeutsamer Beitrag zur Ressourcenschonung durch Vermeidung der Neuinanspruchnahme von Primärrohstoffen.

Die Studie untersuchte auch den Beitrag bauplanerischer und siedlungsstruktureller Effekte auf die Ressourcenschonung. Folgende Annahmen wurden simuliert: Der Holzbauanteil im Wohnungsbau steigt von derzeit 15 % im EFH-Bau auf 30 %, im MFH-Bau von 2 % auf 15 %. Es wird angenommen, dass Betonbauteile durch neue Rezepturen und Bewehrungstechnologie mit 10 % Materialeinsparung realisiert werden (dies kann auch durch optimierte Spannweiten und materialbewusstes Entwerfen erreicht werden). Dreifachverglasung wird bei Nichtwohnungsbauten zum Regelfall. Die Dämmstoffmengen werden um 30 % gegenüber heute erhöht. Es werden zudem nur halb so viele Einfamilienhäuser gebaut wie in einem Szenario ›business as usual‹, dafür aber entsprechend mehr Wohneinheiten in Mehrfamilienhäusern. Die Übersetzung dieser Annahmen in Gebäudetypen und Stadtstrukturen errechnet ein weiteres Ressourcenschonungspotenzial von 6 bis 8 %, so dass sich in Summe möglicherweise unsere jährlichen Ressourceninanspruchnahme für das Bauen um 25 bis 30 % reduzieren ließe.

5. Schlussbemerkung

Das städtische Wachstum weltweit wird der Diskussion um Ressourceninanspruchnahme auf lange Sicht Nachdruck verleihen. Stadtentwicklung, Stadtplanung, Hochbaudesign und Management werden im Rahmen der Nachhaltigkeitsdebatte und mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit der Städte an Bedeutung gewinnen. Es ist hilfreich, wenn Instrumente zur Hand sind, die die Auswirkungen der Stadtentwicklung für den urbanen Metabolismus antizipieren und zuverlässige Informationen bereitstellen, damit Entscheidungen auch unter Berücksichtigung von Ressourcenschonungsaspekten getroffen werden. Vorstellungen von einer nachhaltigen Stadtentwicklung und Visionen, wie Null-Emissions-Städte, Zero-Waste-Cities oder Smart-Cities konkret aussehen könnten, sind hinsichtlich des urbanen Metabolismus kritisch zu reflektieren. Die vorgestellte Methode der Kombination von Stadtstrukturanalyse, Materialfluss und Effizienzanalyse kann auf nationaler Ebene hoch aggregierte Bilder, oder auch auf Stadtteilebene konkrete Bilder des Materiallagers und stofflicher, energetischer Optimierungspotenziale verdeutlichen. Es sind Zeitschnittbetrachtungen oder auch Veränderungsdynamiken abbildbar.

Die alltägliche Planungspraxis hat i. d. R. kaum Bezug zu Ressourcenimplikation, mit Ausnahme der Flächeninanspruchnahme und Bodenversiegelung. Stadtgestalterische Aspekte, funktionale Zuordnungen, Flächennutzungskonflikte, bau- und umweltrechtliche Belange bestimmen die tägliche Auseinandersetzung. Rohstoffinanspruchnahme und sogar die gut etablierten Fragen der Energieeffizienz werden nicht als Folgewirkungen stadtplanerischer Entscheidungen diskutiert, sondern einzig auf die Seite der Gebäudeplanung und des Gebäudemanagements verwiesen. Dennoch: Tatsache ist und bleibt, dass Stadtplanung Gebäudegrößen, Muster und Dichten der Bebauung bestimmt und damit auch die Infrastrukturen, die zur Erschließung der Siedlungsstrukturen dienen. Damit wird aber zugleich der Ressourcenaufwand bestimmt für Konstruktion und langfristig für Betrieb, Reparatur, Renovierung, Recycling und Entsorgung.

Es werden vermutlich die sehr dynamischen Urbanisierungsprozesse in Asien, Afrika und auch teils in Südamerika sein, die Anlass geben für die vorausschauende Betrachtung der Ressourcenströme, um mögliche regionale Rohstoffknappheiten vorherzusehen und unkoordinierte Rohstoffextraktionen im städtischen Umland vermeiden zu helfen. Ergebnisse der urbanen Materialflussanalysen werden in diesem Umfeld mehr sein als ein Add-on der allgemeinen Diskussion über die Landnutzung und Stadtplanung. Die Auseinandersetzung mit Materialflussanalysen und Energieanalysen im Zusammenhang mit Stadtentwicklung und Infrastrukturausstattung wird die Planer anhalten, über qualifizierte städtische Dichte und stadtregionale Entwicklungsstrategien nachzudenken. In den altindustrialisierten Ländern wird es um Fragen der Vermeidung von Effizienzverlusten gehen.

Matthias Lerm

Anpassung an die sich ändernden klimatischen Verhältnisse durch Synthese von Städtebau und Stadtdurchgrünung

Grün und Stadt sind nicht von vornherein synergetisch verwoben, vielmehr heißt es oft ›entweder-oder‹. Schon in den großen Erzählungen der Menschheit spiegelt sich dies wider, darunter etwa in der Bibel: Infolge des Sündenfalls wurde das als umfriedeter Garten geschilderte ›Paradies‹ ersetzt durch die Vision der Polis, der ›Stadt‹ in Gestalt des himmlischen Jerusalem. Seit der Sesshaftwerdung des Menschen verdrängten erst Siedlungen, später Städte die ursprünglichen Wiesen und Felder.

Stadt und Grün schließen sich derzeit oft gegenseitig aus. Doch unter den Bedingungen des Klimawandels steht ohne eine sinnvolle Verbindung von beidem die bisherige städtische Lebensqualität auf dem Spiel. Im folgenden Beitrag sollen daher verschiedene Anpassungsstrategien an sich ändernde klimatische Verhältnisse durch die Synthese von Städtebau und Stadtdurchgrünung betrachtet werden.

Zunächst sei die Maßstabsebene Quartier oder Baublock gewählt. Hier gibt es zwei wesentliche gegensätzliche Anpassungsprinzipien. Schaut man beispielsweise Richtung Süden, kann man in Städten, die das künftig bei uns zu erwartende Klima bereits jetzt schon haben, die Folgen eines oft Jahrhunderte währenden Anpassungsprozesses beobachten: In mediterranen Klimaten werden die Straßen, Gassen und Plätze häufig be- und übergrünt, meist mit Platanen (Abb. 1). Alternativ dazu wird schlichtweg so dicht gebaut, dass Plätze und Straßen die meiste Zeit des Tages im Schatten liegen und dadurch kühl gehalten werden – wobei auf die Verdunstungskälte der Bäume in diesem Fall verzichtet werden muss.



Abb. 1: Luftbild von Nîmes mit dichter Bebauung, schattigen Gassen und durch Platanen beschattetem Boulevard, Quelle: www.bing.com, Foto: Simmons.

Das gegensätzliche Prinzip findet sich in den ›guten‹, behaglich ausgestatteten Städten. Hier können die Straßen eng, hell und hart sein (Abb. 2). Die Begrünung erfolgt vom Rand aus, innerhalb der Quartiere/Höfe oder in der offenen Bauweise, die mit Grün durchzogen ist. In Dresden wären hier beispielhaft Striesen oder Löbtau zu nennen.



Abb. 2: Innenstadt von Mechelen mit ›harter‹, heller Straße und grünen Gärten und Höfen, Foto: Matthias Lerm.

Camillo Sitte beschrieb bereits Ende des 19. Jahrhunderts, dass oft schon ein wenig Grün genügt: »Der Großstadtmelancholiker ist ein solcher teils eingebildeter, teils wirklicher Kranker; er leidet an der Sehnsucht, am Heimweh nach der freien Natur. Diese Krankheit, die sich bis zur Erschlaffung aller Arbeitslust steigern kann, wird nicht durch unbewusstes Einatmen von noch so und noch so viel Kubikmeter Sauerstoff oder Ozon geheilt, sondern durch den Anblick des Grünen, durch die Vorstellung der lieben, teuren Mutter Natur. Damit kann und muss der Stadtbaumeister rechnen und nun wird seine Aufgabe auch lösbar; denn während die Forderung, für jede atmende Lunge etliche Quadratmeter Pflanzenblattfläche herzustellen, jede Stadt in ein endloses Villenviertel auflösen würde, genügt jetzt die bloße Vorstellung, ja der bloße Anblick von grünem Laubwerk, wenn auch nur des einzelnen Baumes, der über eine Gartenmauer mit mächtigem Astwerk überhängt und eine ganze Gasse belebt, oder der mächtigen Linde in einer abgeschiedenen lauschigen Platzecke, etwa bei einem plätschernden Brunnen, oder eines vertieften Rasen- oder Blumenfeldes vor den verkehrslosen Seitenflügeln eines hochragenden Monumentalbaues. Es ist ja eine bekannte Tatsache, dass die Phantasie keine plumpen Massenwirkungen braucht, sondern nur Anregungen, nur Anknüpfungspunkte.«¹

Denken wir uns aus den Abbildungen 1 und 2 die Komponenten jeweils anders kombiniert: »Harte« Straßen, »harte« Quartiere: Das wäre die übliche, gedanken-, leb- und verantwortungslose Stadt. Im Gegensatz dazu stehen »grüne« Straßen und »grüne« Höfe: Das ist die erstrebenswerte Stadt, die eine lebenswerte, vernünftige Synthese bildet, tauglich auch, im Klimawandel standzuhalten und die städtische Lebens- und Umweltqualität auch unter den Bedingungen extremerer Witterung, vor allem aber heißerer Sommer einigermaßen aufrechtzuerhalten.

Betrachtet man nun in einer nächsten Maßstabsebene den Stadtteil oder die Stadt, gilt es, zunächst verschiedene topografische Grundmuster zu unterscheiden, die jeweils unterschiedliche Anpassungsmöglichkeiten bieten:

1. Städte ohne wesentliche topografische Hindernisse:

Hier erfolgen Stadterweiterungen meist in konzentrischen Ringen, wie beispielsweise in Köln, Münster oder Mailand (Abb. 3). Es besteht die Notwendigkeit, »künstlich« Klimawandelausgleichsräume freizuhalten, beispielsweise Gewässer, Auen, Parke oder ausgedehnte, möglichst begrünte Verkehrsflächen.

¹ Camillo Sitte, »Großstadtgrün«, in ders., *Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen*, Reprint der 4. Auflage von 1909, Braunschweig/Wiesbaden 1983, S. 193.



Abb. 3: Mailand, Progetto Raggi Verdi: Grünzüge verknüpfen die kompakte Stadt mit ihrem Umland, Quelle: Progetto Raggi Verdi, Pgt – Comune di Milano.

2. Städte mit wesentlichen topografischen Hindernissen (meist Städte in Tälern):

Hier können Stadterweiterungen nur entlang der Talkorridore linear erfolgen, wie etwa in Stuttgart, Heidelberg oder Jena (Abb. 4). Ganze Quadranten sind von der intensiven Entwicklung linearer, städtisch kompakter Strukturen auszunehmen, etwa Gewässer, Auen, Parke, ausgedehnte, möglichst begrünte Verkehrsflächen und dazu auch noch Hänge und Hochflächen zur Kaltluftentstehung sowie zu deren Ein- und Durchleitung.



Abb. 4: Jena – kompakte, lineare Bebauungsbänder werden von ›grünen‹ (Wiesen, Wäldern, Parks zur Kaltluftentstehung) und ›blauen‹ Strukturen (Fluss- und Bachtälern) zur Kaltluftfein- und -durchleitung begleitet, Grafik: Matthias Lerm, Stadt Jena.

3. Mischformen – eine eher flächige Ausdehnung ist möglich, obwohl topografische Zäsuren vorhanden sind:

Als Beispiele können etwa Leipzig oder Dresden benannt werden, bei denen Flussauen oder ausgedehnte Stadtwälder (Leipziger Auwald, Dresdner Heide) großflächig von der baulichen Entwicklung auszusparende Areale bilden. Hier sind beide Anpassungsstrategien in Kombination anwendbar.

So werden beispielsweise in Dresden im kleinen und im großen Maßstab verschiedene Herangehensweisen kombiniert. Dies wird exemplarisch deutlich an den beiden wesentlichen gesamtstädtischen Planungsdokumenten der letzten Dekade. Im Planungsleitbild Innenstadt von 2007/08 (Abb. 5) lässt sich eine Synthese von intensiver Stadtentwicklung und Stadtdurchgrünung beobachten. Das Planungsleitbild bietet somit Beispiel für ein gestuftes System aus ausgedehnten Parks und Wiesen, linearen Grünzügen, Stadtboulevards und Allenen.

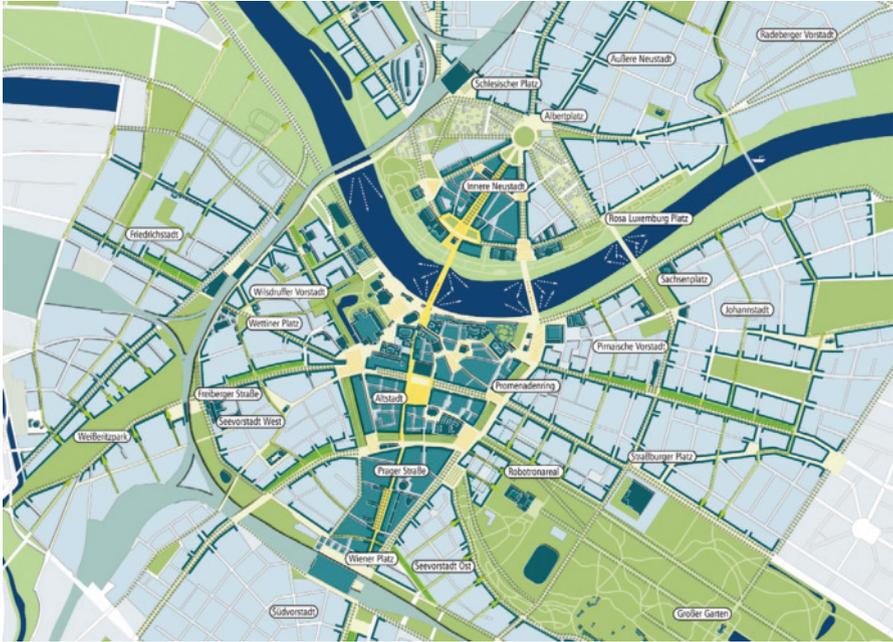


Abb. 5: Dresden, Planungsleitbild Innenstadt 2007/08 mit urbanen Stadtquartieren, durchzogen von breiten Alleen und Boulevards (Ausschnitt), Grafik: Franz Pesch, Pesch Partner im Auftrag der Landeshauptstadt Dresden.

Federführend vom Umweltamt wurde das Leitbild der »kompakten Stadt im ökologischen Netz« (Abb.6) erstellt. Darin wurde die Idee stadtklimatisch wirksamer Grünzüge noch deutlicher herausgearbeitet. Diese können in peripheren Räumen durch Talauen, Wiesen, Äcker oder Gärten gebildet werden. Je weiter die Bebauung innerstädtische Dichten annimmt, können an die Stelle solcher vergleichsweise wenig versiegelter Bereiche dann auch Boulevards, Alleen, Rasenflächen oder Spielplätze treten – wie es aus vorrangig stadtplanerischer Perspektive im Planungsleitbild Innenstadt dargestellt wurde.

In der Regel sind die Netzkomponenten also multifunktionale Räume, in denen sich mehrere ökologische Funktionen überlagern und ergänzen. Die stadtklimatische Wirkung als Luftleitbahn oder Ausgleichsraum wird künftig entscheidend sein hinsichtlich Bewahrung oder Einbuße der städtischen Lebensqualität, insbesondere bei sommerlichen Hitzeperioden.

Tatsächlich neu sind diese planerischen Ansätze nicht, fanden sie sich doch etwa im Städtebau des ausgehenden 19. Jahrhunderts, verstärkt dann in den sich anschließenden Phasen des Reformstädtebaus im ersten Viertel des 20. Jahrhunderts:

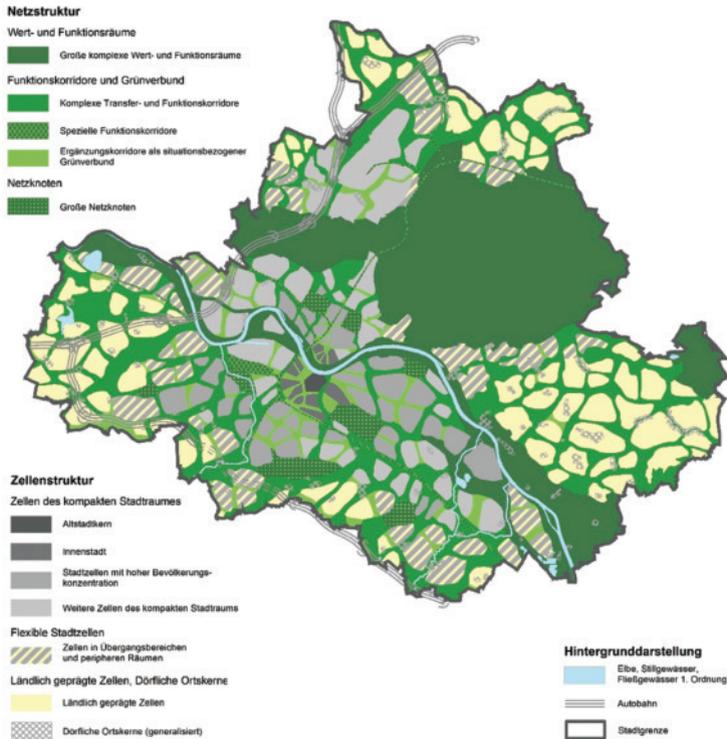


Abb.6: Dresden – die kompakte Stadt im ökologischen Netz. Strategisches Leitbild des Landschaftsplans der Landeshauptstadt Dresden, Quelle: Landeshauptstadt Dresden, Umweltamt (Hg.), *Landschaftsplan Dresden*, Anlage 5, Juni 2014.

In einer ›guten Stadt‹ sollten auch aus damaliger Sicht nicht nur durch Straßen verbundene Fabrikations-, Geschäfts- und Wohnviertel entstehen, sondern auch Alleen, Grünzüge und Boulevards, die sich – ausgehend von den inneren Ringboulevards und verknüpft durch Schmuckplätze und Parkanlagen – durch die gesamte Stadt ziehen. So engagierte sich etwa Peter Joseph Lenné für die Anlage von breiten, begrünten Ringstraßen, Schmuckplätzen und Boulevards, um allen Gesellschaftsschichten Anteil zu geben an vorteilhaften Lebensbedingungen der wachsenden Großstadt Berlin: »Denn je weiter ein Volk in seiner Kultur und in seinem Wohlstande fortschreitet, desto mannigfaltiger werden auch seine geistigen und sinnlichen Bedürfnisse. [...] Dahin gehören dann auch die öffentlichen Spazierwege, deren Anlage und Vielfältigkeit in einer großen Stadt nicht allein des Vergnügens wegen, sondern auch aus Rücksicht auf die Gesundheit dringend empfohlen werden muß.«²

² So zitiert nach Heinz Ohff, *Peter Joseph Lenné*, Berlin 2012, S. 133.

Um diese unverändert aktuellen Anforderungen besser erfüllen zu können, werden heutzutage oft Stadtbaumkonzepte erarbeitet. Jena hat in umfangreicher fachübergreifender Zusammenarbeit das Konzept »Stadt und Straßenbäume im Klimawandel – Stadtbaumkonzept zur nachhaltigen Sicherung und Entwicklung des Baumbestandes«³ vorgelegt, in dem es um die Erhaltung und Entfaltung eines vitalen und artenreichen städtischen Grüns in der Stadt auch unter den Bedingungen des voranschreitenden Klimawandels geht. Darin wurde durch den Stadtrat am 27. April 2016 unter anderem beschlossen, dass die Stadt ihren Baumbestand zukunftsfähig erhält und entwickelt, um sich an neue klimatische Herausforderungen anzupassen.

Die Zusammensetzung von Pflanzengesellschaften, auch des urbanen Raumes, weist auch zukünftig eine hohe Dynamik auf, die den jeweiligen Standorteigenschaften und klimatischen Bedingungen, aber auch der Verfügbarkeit geeigneter Arten folgt. Wichtig für das städtische Grün ist vor allem, dass es dauerhaft Bestand hat. Angesichts der zunehmenden Stressfaktoren im urbanen Raum tritt dabei die Frage der Pflanzenherkünfte häufig in den Hintergrund. Im ohnehin extremeren Stadtklima ist meist alles willkommen, was auch unter schwieriger werdenden klimatischen Bedingungen zur Erhaltung und Entwicklung stabiler und artenreicher städtischer Grünbestände beiträgt. Ggf. notwendige Anpassungen der Artenauswahl und -zusammensetzung folgen dabei dem sich entwickelnden Stand der Forschung und Anwendung zur Resilienz von Pflanzengesellschaften.

Neue Stadtbäume werden sich dabei einerseits im sommerlichen Trockenstress bei immer länger und häufiger werdenden Hitzewellen bewähren müssen, was für Provenienzen aus wärmeren Klimaten spräche, andererseits aber auch in den nach wie vor (wenn auch tendenziell seltener auftretenden) Kälteeinbrüchen. Dafür kämen vorrangig innerkontinentale Baumherkünfte in Frage, bei denen sich eine größere Hitze- und Trockenheitstoleranz mit Frosthärte verbinden könnte.

Hinsichtlich des Spezialproblems der »invasiven Neophyten« bei der Weiterentwicklung städtischen Grüns sind neue Ansätze nötig. Pflege von Pflanzungen oder deren Isolierung durch dichtes städtisches Gefüge und eine durchgängige Pflege können helfen, stadtklimaverträgliche Zukunftsbaumarten auch unter den Bedingungen des forcierten Klimawandels dauerhaft und pflegearm zu etablieren.

3 Stadt Jena (Hg.), *Bäume in Jena. Stadt- und Straßenbäume im Klimawandel Stadtbaumkonzept*, Jena 2016 (= Schriften zur Stadtentwicklung Nr. 7).

Naturschutz- und Ausgleichsflächen unterliegen demgegenüber speziellen Regulativen. Hier werden in den Pflege- und Entwicklungskonzepten meist ursprüngliche, charakteristische Arten präferiert und es wird versucht, die (sich auch natürlich vollziehende) Anpassung an sich verändernde Bedingungen durch eine geeignete Pflege zumindest zu verzögern. Es ist selbstverständlich, dass der Schwerpunkt an solch sensiblen Standorten auch weiterhin auf der Erhaltung und Förderung der bisherigen Arten liegen wird.

Die im Rahmen der Jenaer Klimaanpassungsstrategie⁴ erarbeiteten grundlegenden, auch kartographisch dargestellten Informationen zum Lokalklima, zu Böden, pflanzenverfügbarem Wasser, der jeweiligen Globalstrahlung, zu Versiegelung und Erwärmung des jeweiligen Standortes haben Eingang in das Stadtbaumkonzept gefunden. Diese Planungsdaten ermöglichen, Arten im Rahmen der Planungen im öffentlichen und privaten Bereich ganz konkret und standortspezifisch auswählen zu können. So kann zeitnah auf die jeweils aktuellen Erkenntnisse etwa zu Pathogenen, Einschränkungen in der Verwendung bestimmter Arten oder Verfügbarkeiten reagiert werden.

Die Erwartungen an das Stadtgrün sind groß⁵ und werden zukünftig noch größer werden: Stadtgrün ist Schmuck und Zierde, führt dank seiner wechselnden Erscheinung durch die Jahreszeiten, bietet Ruhe, Orientierung und – vor allem zunehmend mit dem Alter von Bäumen – Identität, kühlt durch Schatten und Verdunstung, bindet Staub, Schadstoffe und Kohlendioxid, ist vielfältiger Lebensraum und verdeckt manch misslungene Gestaltung. Der größte Nutzen hinsichtlich der Klimafolgen ist jedoch, dass vor allem Bäume unmittelbar in den Wasserkreislauf eingebunden sind. Sie nehmen Niederschlags- und Grundwasser auf, speichern und verdunsten es, halten den Boden zusammen und leben in Symbiose mit seinen Lebewesen. Von allen auf Klimaregulierung zielenden Begrünungsmöglichkeiten haben Bäume das günstigste Aufwand-Nutzen-Verhältnis.

Gerade die Kühlwirkung bei sommerlichen Hitzeperioden lässt es angemessen erscheinen, ihre Rolle mit der der leitungsgebundenen Infrastruktur gleichzusetzen und Bäumen daher den notwendigen unversiegelten Wurzelraum im Konzert der Anforderungen aller Versorgungsträger zuzubilligen. Deshalb ist es in Jena bereits seit vielen Jahren bewährte Praxis geworden,

4 Stadt Jena (Hg.), *Handbuch. Klimawandelgerechte Stadtentwicklung für Jena*, ExWoSt-Modellprojekt Jenaer Klimaanpassungsstrategie JenKAS, Jena 2012 (= Schriften zur Stadtentwicklung Nr. 3); ExWoSt-Pilotprojekt StadtKlima: Kommunale Strategien und Potenziale zum Klimawandel.

5 Die folgenden Absätze beruhen auf Matthias Lerm, »Stadt und Grün – Aspekte einer problematischen Beziehung«, in *Bäume in Jena* (Fn. 3), S. 6–11.

Wurzelgräben oder große Pflanzgruben anzulegen. Wo immer möglich, werden diese auch nicht weiter durch Wurzelschutz, der eigentlich Leitungsschutz heißen müsste, eingeeengt. Die Verbesserung der Standortverhältnisse von Bäumen ist eine wichtige Maßnahme, den Stadtbaumbestand an den laufenden Klimawandel anzupassen.

Nicht Bäume alleine vermögen all dies zu leisten, sondern auch Sträucher, Stauden, Blumenarrangements in Kübeln und Töpfen, Fassadenrankpflanzen und Dachbegrünungen, ja selbst das eine oder andere Kraut, das aus Ritzen und Spalten kriecht, hilft mit, die Stadt zu schmücken, zu beleben und anderen Lebewesen Nahrung und Versteck zu bieten. Das Grün in der Stadt verhindert so, dass sich die Stadt völlig von ihrer natürlichen Grundlage entfremdet und entfernt.

Der Klimawandel wird die städtische Lebensqualität auf den Prüfstand stellen: »Treibhausgase heizen den Planeten auf, und die nicht zuletzt von der globalen Temperaturverteilung diktierten Verbreitungsgrenzen von Tier- und Pflanzenarten werden ungewohnt heftig in Bewegung geraten. Die Anfänge sehen wir bereits jetzt.«⁶ Die Zunahme der Temperatur und extremer Wittersituationen werden viele verfügbare Ressourcen für Schadensbeseitigung und Wiederaufbau binden, zulasten der der Annehmlichkeit des städtischen Lebens (»Convenience«).

Angesichts des Klimawandels wird es nötig sein, Stadtgrün als vollwertige Infrastruktur – »Grüne Infrastruktur« – zu verstehen, die dabei hilft, die städtische Lebensweise auch unter extremeren Witterungssituationen und angesichts tierischer und pflanzlicher Schadorganismen aufrechterhalten zu können. Grüne Infrastruktur leistet dies ohne klimaschädliche Auswirkungen, wie sie häufig mit technischen Anpassungsreaktionen verbunden sind – etwa bei Fahrzeug- und Gebäudeklimatisierung oder technischem Hochwasserschutz.

Geht es um eine signifikante Temperaturabsenkung durch Begrünung der Stadt, so muss das gute Leben, das sich um 1900 eine begüterte Schicht in den behaglichen, schattigen Villenvierteln ermöglichte, künftig klimatischer Standard für die gesamte Stadt werden. Dass das möglich ist, zeigen die Ergebnisse der Forschungsarbeiten zur Klimaanpassung. Wird der Grünanteil in einem Quartier durch Entsiegelung, Straßen-, Wand-, Dach- und Hofbegrünung wesentlich erhöht, kann die Temperatur an heißen Sommertagen deutlich abgesenkt werden.

Natürlich kann es auch hinsichtlich erfolgversprechender Begrünungsstrategien kein »Weiter so« geben. Soll das Stadtgrün auch künftig mit all seinen

⁶ Bernhard Kegel, *Die Ameise als Tramp. Von biologischen Invasionen*, Köln 2013, S. 472, 512.

infrastrukturellen und ästhetisch-gesundheitsfördernden Leistungen wirksam werden (Abb. 7), bedarf es eines Umdenkens auf ganzer Linie.

Der ganze volle, pralle Instrumentenkasten, gespeist aus den langjährigen Erfahrungen erfolgreicher Stadtgärtner, ist weit zu öffnen; so beklagte doch schon Camillo Sitte im Wien des ausgehenden 19. Jahrhunderts das harte Leben der Stadtbäume: »Die stetige Neubepflanzung gehört zu den immerwährenden Budgetsorgen des Stadtgärtners, und doch wie jammervoll sieht dieses Baum-lazarett aus: im Herbst sind die Bäume der Stadtalleen die ersten, welche ihr dürres Laub frühzeitig herabschütteln; ein frisches, gesundes Grün ist niemals ihr eigen. Zu den Zerstörern der Straßenalleen gehört noch der Winterfrost, weil der Boden wegen der mangelnden Schneedecke friert; ferner die Leucht-gasausströmungen, welche den Boden verseuchen. [...] Bei den Wiener Ring-strassenalleen forderte anfangs die Wurzelfäule derart viele Opfer, dass nach-träglich je zwei oder mehrere Einzelgruben miteinander verbunden wurden, um den Wurzeln eine naturgemäßere Verbreitung zu ermöglichen.«⁷



Abb. 7: Jena – Stadt im Grünen: Auftrag auch für die Zukunft der städtischen Lebensweise unter den Bedingungen des sich verschärfenden Klimawandels, Foto: Matthias Lerm.

7 Sitte, Großstadtgrün (Fn. 1).

Zur Verbesserung von Baumstandorten kann auch gehören, das Regenwasser von den Gehbahnen direkt in die (vergrößerten) Baumscheiben einzuleiten, wobei durch geeignetes Substrat und eine leichte Erhöhung in der Mitte der Baumscheibe auszuschließen ist, dass der Baum »ersäuft«. Parkbuchten sollten in versickerungsfähigem Pflaster mit bewachsenen Fugen ausgeführt werden. Durch helle Asphalte oder Flächenbeton kann die Wärmeabstrahlung von Straßenflächen reduziert werden (Albedowirkung), was die Verdunstungsverluste der Bäume reduziert. Über Standortverbesserungen, Anreicherung der Bodenlebewelt, Verbesserung der Wasserbereitstellung und Bodenmelioration, Vergrößerung des durchwurzelbaren Bodenvolumens, Auswahl von auch im Klimawandel resilienten Gehölzarten, ein behutsames Pflege- und Erhaltungsregime bis hin zur Etablierung bürgerschaftlichen Engagements für das Stadtgrün gibt es vielfältige Möglichkeiten. Es bedarf auch der Privatinitiative bei der Begrünung von Vor- und Hausgärten, von Stellplätzen, Baulichkeiten und deren Umfeld. Öffentliches Engagement kann bei der Erhaltung und Weiterentwicklung der Stadt eine Vorreiterrolle einnehmen, wird jedoch alleine nicht ausreichen.

Stadtbäume waren und werden auch in Zukunft die wichtigsten biotischen Instrumente zu einer vergleichsweise kostengünstigen und machbaren Regulierung des Klimawandels sein: »In Zeiten des Umbruchs und der Erschütterungen werden keine Bäume gepflanzt, weil der Glaube an ihr Wachstum geschwunden ist und niemand zu hoffen wagt, daß sich die Kinder in ihrem Schatten ergehen werden. In diesem Betracht sind die Baumschulen ein politisches Barometer von großer Zuverlässigkeit: Die Umsatzzahlen gehen zurück, wenn die Zeiten ins Wanken zu geraten scheinen. Der Baum hat das, nationalökonomisch gesprochen, mit den Konsumgütern des gehobenen Bedarfs gemein. Im Verschwinden des Baumes aus unserer Landschaft und in der Ablösung des zeitbrauchenden Schattenspenders durch schnellwüchsiges Klettergehölz kommt das Misstrauen in die Gegenwart zu Ausdruck und das Gewappnetsein auf konvulsivische Veränderungen der Zustände. Das Pflanzen des Baumes ist demgemäß ein Akt des Protestes und des Trotzes oder ein solcher der großen Zuversicht.«⁸

Falls es gelingt, entlang eines Straßenzuges, in einem Quartier oder auf einem Platz die Begrünung deutlich zu vergrößern (außer Stadtbäumen tragen z. B. auch Entsiegelung, Fassaden- und Dachbegrünung dazu bei), könnte zumindest ein Teil des klimawandelbedingten Temperaturanstiegs auf quasi

8 Wolf Jobst Siedler, Elisabeth Niggemeyer und Gina Angreß, *Die gemordete Stadt. Abgesang auf Putte und Straße, Platz und Baum*, Berlin 1964, S. 77.

natürliche Weise reduziert werden. Kaltluftströme sind zur Kühlung der Stadt nutzbar zu machen, Auen und weitere Grünverbindungen so auszubauen und zu vernetzen, dass sie Witterungsextreme wirksam abpuffern.

Auf Ödland- und Brachflächen, an Gebäuderücksprünge und manch überraschend von der Natur ›vorgeschlagenen‹ Busch- und Baumstandorten kann und sollte man sich mit ruhigem Puls ansehen, was von einem solchen Vorschlag zu halten sei – ganz vergleichbar dem Gärtner, der die im Frühjahr im Blumenbeet aufgegangenen Kräuter danach betrachtet, ob sie nicht Blührefreude spenden könnten: Er lässt sie so lange heranwachsen, bis sie Art und Charakter preisgeben und entscheidet erst dann, ob er sie weiterhin behält und pflegt oder ausreißt. Es würde für eine hohe Kultur des Umgangs mit Bäumen in einer Stadt sprechen, wenn man sich ebenso verhielte, anstatt unmittelbar mit reflexartigem Ausreißen, Sägen und Fällen nachzukommen, sobald etwas nur entfernt nach ›Wildwuchs‹ aussieht. Oft sind diese ›Vorschläge der Natur‹ Ausdruck des vitalen Lebens- und Überlebenswillens alles Lebendigen – was für intelligente Anpassungen an den Klimawandel von großem Nutzen sein kann.

Die ›gute Stadt‹, also die ›klimagerechte‹ Stadt in Zeiten des Klimawandels, reduziert ihre Flächenansprüche, indem sie auf möglichst kleinstem Raum intensiv baut und (be-)wirtschaftet. Dadurch wird die Zersiedlung der kostbaren Landschaft vermieden, deren ökosystemische Leistungen und Ertragskraft für Mensch und Natur überlebenswichtig sind. Eine qualifizierte Weiterentwicklung städtischer Strukturen wird erst vervollständigt durch Erhalt und Schaffung von Grünzügen und Freiräumen, dank derer auch in den besonders strapaziösen Hitzeperioden kühlende Lüfte in die Stadt geführt werden. Eine weitere Ausdehnung der Stadt in geringer Dichte (Stadtauflockerung) jedoch wäre unverantwortlich angesichts der Tatsache, dass dies nur Wege verlängern, infrastrukturelle Aufwendungen vergrößern, den Klimawandel noch weiter beschleunigen und das urbane Leben insgesamt nur erschweren oder verhindern würde.

Die Stadt ist und bleibt auch unter den Bedingungen eines sich wandelnden Klimas die kulturvollste und ökologischste Siedlungsform der Menschheit. Die anstehenden Veränderungen beschreibt Thomas Sieverts in seinem Aufsatz *Zwischenstadt* wie folgt: »Wir kommen gar nicht darum herum, uns Gedanken über die unserer Gesellschaft angemessene Kulturlandschaft zu machen, weil diese sich von der von uns so geliebten alten Kulturlandschaft unterscheiden müssen. Diese Kulturlandschaft wird in den Ballungsräumen eine verstädterte Landschaft sein, eine Zwischenstadt zwischen Kultur und Natur. Stadt und Landschaft werden eine neue Symbiose eingehen müssen, polarisiert zwischen biotechnischen Anlagen in der Stadt und neuen Wildnissen in der

Landschaft. Stadtökologie wird sich dabei wandeln von einer vorwiegend der Analyse und dem Schutz vorhandener Landschaftsreste dienenden Wissenschaft zu einer Disziplin, die neue Formen von Stadt-Kulturlandschaften aktiv entwickelt.«^{9,10}

9 Thomas Sieverts, »Zwischenstadt. Zwischen Ort und Welt, Raum und Zeit, Stadt und Land«, in *Bauwelt Fundamente* 118 (1997), S. 55.

10 Danksagung: Ein besonderer Dank gilt Frau Petra Verch, Umweltamt der Landeshauptstadt Dresden, für die weiterführenden Hinweise zur Konzeption »Dresden – die kompakte Stadt im ökologischen Netz« sowie der Landeshauptstadt Dresden für die Erteilung der Veröffentlichungsgenehmigung hierzu und für das Planungsleitbild Innenstadt 2008.

Sigrun Kabisch

Sozialräumliche Differenzierung und Bevölkerungsentwicklung auf regionaler, städtischer und Quartiersebene

Einleitung

Im September 2015 fand der Bundeskongress Nationale Stadtentwicklungspolitik unter dem Titel »Städtische Energien – Integration leben« statt. Von zahlreichen Rednern aus Politik und kommunaler Praxis wurden die Herausforderungen aktueller und künftiger Stadtentwicklung benannt. Dabei nahm das Flüchtlingsthema eine zentrale Rolle ein – zu diesem Zeitpunkt durchaus nachvollziehbar, war doch auf kommunaler Ebene weithin unklar, mit welchen Strategien und Maßnahmen man die bevorstehenden immensen Aufgaben bewältigen könnte.

Dennoch darf diese neue Thematik die anderen, nach wie vor ebenso aktuellen Themen nachhaltiger, zukunftsorientierter Stadtentwicklung hinsichtlich sozialräumlicher Differenzierung und residentieller Segregation nicht verdecken. Die Fragestellungen nach den Ursachen, dem Ausmaß und den Auswirkungen von Ungleichverteilung von Bevölkerungsgruppen im Raum hinsichtlich ihrer sozialen Schichtzugehörigkeit, Berufsgruppe, Religion, ethnischen Zugehörigkeit oder Alter werden dann zu einer gesellschaftlichen Herausforderung, wenn damit gesamtgesellschaftliche und individuelle Integrationshemmnisse verbunden sind, die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben begrenzt wird und die betroffenen Bevölkerungsgruppen in lokaler Pfadabhängigkeit gefangen sind. Segregation wird zu einem gesellschaftlichen Problem, wenn Quartiere in sich geschlossen sind, im Sinne einer sozialen Adresse mit Stigmatisierungskraft existieren und als Orte der Konzentration von anomalem Verhalten, Armut und Kriminalität wahrgenommen werden.¹ Es werden damit klassische Fragen der sozialen Ungleichheit, die sich im Stadtraum abbilden, durch die Flüchtlingsthematik verstärkt, nicht neu geschaffen. Somit handelt es sich um komplexe Herausforderungen, die zeitlich und räumlich jüngst eine

1 Tilmann Harlander, Gerd Kuhn und Wüstenrot Stiftung (Hg.), *Soziale Mischung in der Stadt*, Stuttgart 2012; Hartmut Häußermann, Martin Kronauer und Walter Siebel (Hg.), *An den Rändern der Städte. Armut und Ausgrenzung*, Frankfurt a. M. 2002.

völlig neue Dynamik erhalten haben und auf verschiedenen geographischen Skalen von der regionalen Ebene über die städtische bis hin zur Quartiersebene spürbar sind. Sie verlangen detaillierte, kontextspezifische Analysen, deren Erkenntnisse zur Förderung urbaner Transformationen hin zu nachhaltiger Stadtentwicklung beitragen.

Diese Herausforderungen werden im Hauptgutachten des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen² mit dem Titel »Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte« thematisiert. Sie sind Bestandteil komplexer und umfassender Fragestellungen hinsichtlich der Gestaltung der »Zukunftsstadt«. Hiermit ist eine ganzheitliche Perspektive verbunden, die soziale, demographische, ökonomische, ökologische, städtebauliche und politische Dimensionen miteinander verbindet. Wir verstehen unter urbanen Transformationen grundlegende, radikale Änderungen von Stadtentwicklung. Das Einstellen auf nichtlineare Entwicklungen, der Umgang mit und die Inkaufnahme von Brüchen und Sprüngen, der Mut zum Experiment, veränderte Akteurs- und Machtstrukturen sowie transparente und partizipative Strukturen und Entscheidungswege sind Komponenten urbaner Transformationen.³

Kurzum, veränderte Rahmenbedingungen und spezifische Kontexte verlangen die Behandlung von Konfliktthemen, die durchaus bekannt, aber hinsichtlich ihrer jetzigen Geschwindigkeit des Wirkens und der Notwendigkeit ihrer Lösung, ihres Umfangs und ihres Einflusses auf das gesamte gesellschaftliche Zusammenleben neu sind.

Unsere Forschungen sind auf verschiedenen Skalen angelegt. In diesem Beitrag wird zunächst die regionale Ebene mit Bezug auf Mittedeutschland angesprochen. Danach wird die städtische Ebene mit Bezug auf Leipzig beleuchtet. Es folgt die Quartiersebene, auf der kleinteilige Differenzierungsprozesse mit ihren Ausprägungen und Konsequenzen untersucht werden.

2 WBGU – Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (Hg.), *Der Umzug der Menschheit: Die transformative Kraft der Städte*, Hauptgutachten, Berlin 2016.

3 Sigrun Kabisch und Christian Kuhlicke, »Urban Transformations and the Idea of Resource Efficiency, Quality of Life and Resilience«, in *Built Environment* 40/4 (2014), S. 475–485.

Regionale Ebene

Die Analyse der Raummuster in Deutschland, mit ihrem Fokus auf einwohnerbezogene Siedlungsentwicklung, zeigt eine räumlich und zeitlich unterschiedliche Entwicklung.⁴ Es wachsen die größeren Städte, hierin eingebunden die Universitätsstädte. Für Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen ist ein anhaltendes Bevölkerungswachstum in den Städten Leipzig, Dresden, Chemnitz, Halle, Magdeburg, Erfurt und Jena nachzuweisen.⁵ Noch vor wenigen Jahren als stark schrumpfende Städte bekannt, haben Leipzig und Halle den Wachstumspfad eingeschlagen.⁶ Dieses Wachstum wird unter anderem von überregionalem Zuzug gespeist. Er geht aber auch mit einer Umverteilung von Bevölkerung einher. So findet beispielsweise im Freistaat Sachsen das Bevölkerungswachstum der drei großen Städte in einem insgesamt bevölkerungsseitig schrumpfenden Bundesland statt. Seit 1990 zählt Sachsen 700.000 Einwohner weniger. Von 4,77 Mill. ist die Bevölkerungszahl auf 4,08 Mill. zurückgegangen.⁷ Dies ist ein Verlust von 15%. Im Zuge dessen ist das Durchschnittsalter seit 1990 um 7 Jahre auf 46,6 Jahre (2015) angestiegen.⁸

Die Auswirkungen dieser Entwicklungen schlagen sich in ländlichen Räumen, insbesondere peripher gelegenen, nieder. Diese Spezifizierung ist wichtig, denn ländliche Räume im Pendlereinzugsgebiet von Großstädten weisen Stabilitätsmerkmale auf. Beispielweise reicht die Strahlkraft Berlins bis 40 km ins Hinterland; nach dieser Entfernung setzt Schrumpfung ein. Diese Dimension ist auch für andere Regionen übertragbar. Im Leipziger Hinterland wirbt z. B. Eilenburg, das nordöstlich, 20 km entfernt von der Großstadt liegt, um Einwohnerzuzug. Dafür hat die Stadt eine Wohnstandortkampagne mit dem Slogan »Lieblingsstadt Eilenburg – das Beste an Leipzig« gestartet.⁹ Geworben wird u. a. mit dem Angebot preiswerter und attraktiver Wohnungen sowie der guten Verkehrsverbindung nach Leipzig. Des Weiteren bieten die Seenland-

4 Manuel Wolff und Tim Leibert, »Deutschlands neue Raummuster – Bevölkerungsentwicklungen auf Gemeindeebene 1990 bis 2014«, in *Nationalatlas aktuell* 10/3 (2016).

5 Ebd., Karte 1, Mittlere jährliche Bevölkerungsentwicklung 2011–2014.

6 Manuel Wolff und Annegret Hasse, »Stadtregion Leipzig-Halle jenseits der Schrumpfung: neues Wachstum und Stabilisierung«, in *Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen* (Hg.), *Statistischer Quartalsbericht I/2015*, Leipzig 2015, S. 36–42.

7 Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen (Hg.), *Bevölkerung im Freistaat Sachsen*, Kamenz 2016, https://www.statistik.sachsen.de/download/010_GB-Bev/K_Tabellen_2015.pdf (20.7.2017).

8 Freistaat Sachsen, *Demografiemonitor Sachsen*, <http://www.demografie.sachsen.de/monitor/html/atlas.html> (20.7.2017).

9 Große Kreisstadt Eilenburg, *Eilenburg*, www.lieblingsstadt-eilenburg.de (20.7.2017).

schaften im Leipziger ›Neuseenland‹ südlich der Stadt interessante Wohnstandorte. Allerdings ist auch hier für deren Inanspruchnahme und damit für die Entspannung des Wohnungsmarktes in Leipzig die Kombination aus attraktiver Wohnlage und Pendelerreichbarkeit der Städte Leipzig oder Chemnitz entscheidend.

Demgegenüber erfahren die eher peripher gelegenen Räume weiteren Einwohnerverlust. Damit sind qualitative Auswirkungen wie demographische Verschiebungen im Sinne von zunehmender Alterung, ökonomischer Schwäche, geringe Steuereinnahmen und Infrastrukturreduzierung, in deren Folge die öffentliche Daseinsvorsorge nicht mehr gewährleistet ist, verbunden. Soziale Probleme wie Langzeitarbeitslosigkeit, resignative Stimmung, ausgedünnte Zivilgesellschaft und deprivierte Lebenslagen treten gehäuft auf.¹⁰ Die Lebensqualität in den betroffenen Kommunen sinkt und setzt eine Abwärtsspirale in Gang. Weiterer Wegzug, Wohnungsleerstand sowie geringe Passfähigkeit des Wohnungsbestandes in Anbetracht der Zunahme von Senioren und Pflegebedürftigen sind weitere Herausforderungen vor Ort.¹¹ Damit vertiefen sich die sozialräumlichen Unterschiede zwischen wachsenden und schrumpfenden Regionen weiter.

Diese regionale Perspektive soll nun auf städtischer Ebene am Beispiel von Leipzig präzisiert werden.

Städtische Ebene

Leipzig verzeichnet seit Anfang der 2000er Jahre einen Einwohnerzuwachs. Dieser ist seit 2010 auf einen Wert von jährlich über 10.000 neuen Einwohnern (2–3 %) stark angestiegen. Darüber hinaus kann Leipzig seit 2014 ein Geburtenplus aufweisen. Leipzig gilt derzeit als die am schnellsten wachsende Großstadt in Deutschland (pro EW).¹² Gegenüber dem Tiefststand im Jahr 1998 mit ca. 440.000 Einwohnern hatte Leipzig am Ende des 2. Quartals 2016 bereits 572.890 Einwohner zu verzeichnen. Allein seit dem 2. Quartal 2015 wurde ein Einwohnergewinn von ca. 16.000 Personen registriert.¹³ Damit wurden

10 Patrick Küpper u. a., *Regionale Schrumpfung gestalten*, hg. von Johann Heinrich von Thünen-Institut und Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung, Braunschweig und Bonn 2013.

11 Peter Bischoff und Dieter Rink, *Nachhaltige Entwicklung im ländlichen Raum unter den Bedingungen von Schrumpfung*, Leipzig 2013 (= UFZ-Bericht 02/2013).

12 Annegret Haase und Dieter Rink, »Inner-city transformation between reurbanisation and gentrification: Leipzig, Eastern Germany«, in *Geografie* 120/2 (2015), S. 226–250.

13 Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen (Hg.), *Statistischer Quartalsbericht*

die bisherigen Einwohner-Prognosen bei weitem übertroffen. Denn Ende der 1990er Jahre war Leipzig noch als ›Schrumpfungshauptstadt‹ bekannt. Jetzt ist ein massives Wiederwachstum eingetreten, das mit erheblichem Bedarf an Wohnraum und sozialen Infrastruktureinrichtungen verbunden ist. Leipzig ist eine Stadt der Extreme¹⁴, die in zeitlich relativ kurzen Abschnitten exemplarisch für unterschiedliche städtische Entwicklungspfade steht. Je nach konzeptionellem Ansatz werden sie als Wachstum, Schrumpfung, Reurbanisierung, Wiederwachstum bezeichnet.

In allen Pfaden, also sowohl in der schrumpfenden als auch in der wieder wachsenden Stadt, sind sozialräumliche Differenzierungsprozesse bis hin zu residentieller Segregation festzustellen. Bislang stets als Merkmal knapper Wohnungsmärkte in wachsenden Städten betrachtet, auf denen Verdrängungen stattfinden, treten auch unter Schrumpfungsbedingungen sozialräumliche Differenzierungen auf. Entsprechende Belege konnten unsere Forschungen erbringen. Um das Jahr 2000 sah sich der Wohnungsmarkt in Leipzig mit 60.000 leeren Wohnungen, das waren 20% des Bestandes, konfrontiert. Somit war die Wohnmobilität hoch (›Mieterhopping‹). Ein intensives und problemloses Umzugsverhalten insbesondere jüngerer und statushöherer Gruppen führte zu Veränderungen sozialräumlicher Strukturen auf lokaler Ebene. In den von Leerstand, Brachen und Verfall gekennzeichneten Teilräumen blieben ältere und weniger mobile Bewohner zurück. Somit war der Bevölkerungsrückgang sozio-demographisch selektiv. In den weniger begehrten Teilräumen konzentrierten sich statusniedrige Gruppen trotz allgemein sinkender Mietpreise. Somit bleiben Segregationserscheinungen unter Schrumpfungsbedingungen nicht nur erhalten, in einzelnen Quartieren prägen sie sich neu aus und in manchen verschärfen sich auch.¹⁵

Das aktuell starke Bevölkerungswachstum hat eine große Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt ausgelöst. Infolgedessen hat im Jahr 2015 die Leipziger Baubürgermeisterin die Förderung des Abrisses von Wohnhäusern beendet. Auf die hohe Wohnungsnachfrage reagiert der Markt mit steigenden Miet- und Kaufpreisen, wodurch Verdrängungseffekte in begehrten Lagen ausgelöst

2/2016, *Quartalszahlen für das II. Quartal 2016*, Leipzig 2016, S. 47–66.

14 Dieter Rink, »Zwischen Leerstand und Bauboom: Gentrifizierung in Leipzig«, in Franz Eckardt, Renè Seyfarth und Franziska Werner (Hg.), *Leipzig: Die neue Ordnung der unsichtbaren Stadt*, Münster 2015, S. 88–107.

15 Katrin Grossmann u. a., »Sozialräumliche Segregationsmuster in schrumpfenden Städten«, in Peter A. Berger u. a. (Hg.), *Urbane Ungleichheiten. Neue Entwicklungen zwischen Zentrum und Peripherie*, Wiesbaden 2014, S. 89–116; Katrin Grossmann u. a., »The influence of housing oversupply on residential segregation. Exploring the post-socialist city of Leipzig«, in *Urban Geography* 36/4 (2015), S. 550–577.

werden. Anzeichen von Gentrifizierung und Segregation sind zu registrieren.¹⁶ In wenigen Jahren hat sich der Wohnungsleerstand auf ein geringes Maß von ca. 5 % reduziert, so dass Abriss heute kein Thema mehr ist und die Mieten steigen. Der Wohnungsneubau hat in den letzten Jahren zugenommen. Allerdings konzentrieren sich die geschätzten 8.000 neu gebauten Wohnungen fast ausschließlich im hochpreislichen Segment (>8 € pro qm).¹⁷ Eingestreut in zentrumsnahe gute Lagen entstehen »Mittelschichtinseln«¹⁸, die auf eine Distinktion der Bewohner und eine kleinräumige Segregation hinweisen.

Aber vielmehr ist bezahlbarer Wohnraum erforderlich. Verfügbare Flächen sind gut zu nutzen, mehrgeschossige Neubauten sind geplant. Laut Aussage von Leipzigs Oberbürgermeister Jung wird ein soziales Wohnungsbauprogramm gebraucht, das ca. 1.800 gestützte Wohnungen pro Jahr mit 6,50 € Kaltmiete umfasst. Dies sei eine zentrale Voraussetzung, um das Ziel zu erreichen, bis zum Jahr 2030 700.000 Einwohner zu beherbergen.¹⁹

Ergebnisse einer kürzlich veröffentlichten Analyse zeigen, dass unter den in den letzten 12 Monaten nach Leipzig Zugewanderten alle Altersgruppen vertreten sind. Das Durchschnittsalter beträgt 33 Jahre; es sind demnach nicht nur Studierende und Auszubildende. Obwohl der Arbeitsplatz oder der Studienplatz die zentralen Gründe sind, stehen laut der Befragung familiäre Bezüge und der betonte Wunsch, in einer attraktiven Stadt zu leben, an vorderer Stelle. Das Zusammenspiel der genannten Merkmale ist entscheidend. Gesucht werden Wohnungen in zentrumsnahen Gebieten, wo bereits in der jüngeren Vergangenheit Zuwanderung stattgefunden hatte. Hier gibt es jedoch Engpässe. Doch interessant ist, dass kein Stadtgebiet per se völlig abgelehnt wird. Somit gilt es, die Potenziale der verschiedenen Stadtteile noch stärker in die Öffentlichkeit zu rücken und diese als reizvolle Wohnstandorte zu empfehlen.²⁰ Diese Perspektive soll am Beispiel der Großsiedlung Leipzig-Grünau weiter verfolgt werden.

16 Dieter Rink, »Leipzig – Stadt der Extreme«, in *Leipziger Blätter, Sonderheft Leipzig wächst. Stadt. Mensch. Umland*, Leipzig 2015, S. 4–7; Haase und Rink, *Inner-city transformation* (Fn. 12).

17 Dieter Rink u. a., »Das gehobene Wohnsegment in Leipzig«, in *Stadt Leipzig, Amt für Statistik und Wahlen* (Hg.), *Statistischer Quartalsbericht II/2014*, Leipzig 2014, S. 25–30.

18 Susanne Frank, »Innere Suburbanisierung als Coping-Strategie: Die ›neuen Mittelschichten‹ in der Stadt«, in Berger u. a., *Urbane Ungleichheiten* (Fn. 15), S. 157–172.

19 *Leipziger Volkszeitung* (LVZ), 8.9.2016.

20 Juliane Welz, Sigrun Kabisch und Annegret Haase, »Meine Entscheidung für Leipzig. Ergebnisse der Wanderungsbefragung 2014«, in *Stadt Leipzig, Statistischer Quartalsbericht II/2014* (Fn. 17), S. 19–24.

Quartiersebene

Wird die Quartiersebene stärker beleuchtet, dann ist in Leipzig die räumliche Diversität von Baustrukturen und Lagebeziehungen sowie sozialen, infrastrukturellen und ökologischen Merkmalen zu beachten. Jedes Quartier weist eine spezifische Charakteristik auf. Um einen Überblick über die Diversität von Quartieren und damit eine Grundlage für weitere Analysen zu erhalten, wurde von uns eine systematische Erfassung von Typen sozialer Räume im Rahmen der Erarbeitung des »Sozialatlas der Stadt Leipzig« vorgenommen.²¹ Es konnten sieben Typen sozialer Räume ausgewiesen werden. Für die weitere Diskussion wird der Typ »Hochverdichtetes Großneubaugebiet mit gemischter Bewohnerstruktur«, heute benannt als »Großwohnsiedlung«, ausgewählt.

Als prominentes Beispiel steht dafür Leipzig-Grünau. Der von 1976 bis 1989 errichtete Plattenbaubestand umfasste zum Zeitpunkt seiner Fertigstellung etwa 35.000 Wohneinheiten für ca. 85.000 Bewohnerinnen und Bewohner. Aktuell wohnen ca. 42.000 Personen in der Großwohnsiedlung. Im Zuge der Stadtumbaumaßnahmen sind ca. 7.000 Wohnungen abgerissen worden.

Großwohnsiedlungen gelten gemeinhin als die städtischen Quartiere, in denen sich soziale Probleme konzentrieren und die für Segregation stehen. Die Prozesse nach der gesellschaftlichen Wende in Ostdeutschland manifestierten sich besonders in den Großwohnsiedlungen, die als bauliches Spiegelbild einer untergegangenen Gesellschaftsordnung deklariert wurden.²² Massiver Wegzug und Leerstand, der bis zu Abrisserfordernissen führte, wurden als Belege dafür betrachtet. Jedoch setzte sich in den Folgejahren die Erkenntnis durch, dass Großwohnsiedlungen sehr unterschiedliche Potenziale aufweisen und deren baulichen und sozialen Entwicklungschancen differenziert und kontextspezifisch zu bewerten sind.²³

Wichtige Argumente für dieses Herangehen liefert die »Intervallstudie Grünau«²⁴, eine über 35 Jahre geführte soziologische Langzeitbeobachtung der Prozesse in der Leipziger Großwohnsiedlung aus Bewohnerperspektive. Die Studie zeigt den Wandel von einem homogenen zu einem heterogenen

21 Sigrun Kabisch, Annegret Kindler und Dieter Rink, *Sozialatlas der Stadt Leipzig*, hg. von UFZ – Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle GmbH, Leipzig 1997.

22 Christine Hannemann, *Die Platte. Industrialisierter Wohnungsbau in der DDR*, Berlin 2000; Carsten Keller, *Leben im Plattenbau. Zur Dynamik sozialer Ausgrenzung*, Frankfurt a. M./New York 2004.

23 U. a. Nico Grunze, »Stadtumbau Ost und die ostdeutschen Großwohnsiedlungen – bunte Vielfalt statt graues Plattenbaueinerlei«, in Uwe Altrock u. a. (Hg.), *Jahrbuch Stadterneuerung 2012*, Berlin 2012, S. 279–296.

24 Alice Kahl, *Erlebnis Plattenbau. Eine Langzeitstudie*, Opladen 2003.

Stadtteil aus der Sicht der Bewohnerinnen und Bewohner. Es wurden bisher 10 repräsentative Befragungen von 1979 bis 2015 durchgeführt.²⁵ Die Ergebnisse belegen, dass die Beschreibung der Plattenbausiedlung als ›homogene graue Masse‹ längst der Vergangenheit angehört. Wird kleinteilig nach Ortsteilen bzw. Quartieren unterschieden, dann können sowohl sozialstrukturell als auch baustrukturell und bezogen auf das Wohnumfeld unterschiedliche Teilräume festgestellt werden. Sie unterscheiden sich demographisch, sozialstrukturell und hinsichtlich ihres Images. Imagekampagnen und gezielte gebietsinterne Differenzierungen werden durch äußere Attribute untersetzt, z. B. durch Bezeichnungen wie ›Quartier am See‹ oder ›Regenbogenviertel‹, durch intensive Farbgebung kombiniert mit hochwertigen Freiraummöblierungen und/oder durch die Umzäunung von Blockstrukturen. Dadurch soll hohe Wohnqualität, soziale Intaktheit und Sicherheit sowie eine Distinktion zu benachbarten, vermeintlich schwächeren Quartieren demonstriert werden. Die beginnende Ergänzung und Durchmischung des Plattenbaubestandes mit anderen Baustrukturen durch mehrgeschossige Neubauten innerhalb des Gebietes und durch Einfamilienhäuser und Zeilenbauten unmittelbar räumlich angrenzend an die Großwohnsiedlung sind Zeichen für die Stabilisierung und die Zukunftsfähigkeit des Stadtteils. Denn nach Jahren des Einwohnerverlustes sind nunmehr nicht nur eine Stabilisierung der Einwohnerzahl sondern auch ein leichtes Anwachsen festzustellen. Die jüngsten Befragungsergebnisse zeigen, dass der Zuzug durch unterschiedliche sozialstrukturelle und demographische Gruppen getragen wird und nicht allein durch Niedrigeinkommensbezieher.²⁶ Hierfür sind das differenzierte Wohnungsangebot und die ansprechenden Wohnumfeldbedingungen verantwortlich, welche auch Besserverdienende und Gutqualifizierte ansprechen.

Die Ergebnisse der soziologischen Erhebung von 2015 im Rahmen der »Intervallstudie Grünau« bestätigen, dass die Einwohner des Stadtteils sich anhaltend in hohem Maße wohlfühlen (Abb. 1).

Mehr als zwei Drittel aller Befragten (68 %) antworten 2015 auf die Frage, ob sie sich in Grünau wohlfühlen, mit ›ja‹. Knapp ein Drittel machte Einschränkungen geltend. Nur insgesamt elf Personen antworten mit ›nein‹. Seit 1979 wird diese Frage in der Intervallstudie Grünau gestellt. Nach anfangs hohen Zufriedenheitswerten, ging die Zustimmung zum Stadtteil Grünau in den 1990er

25 Sigrun Kabisch, Maximilian Ueberham und Max Söding, *Grünau 2015. Ergebnisse der Einwohnerbefragung im Rahmen der Intervallstudie »Wohnen und Leben in Leipzig-Grünau«*, Leipzig 2016 (= UFZ-Bericht 02/2016).

26 Ebd.



Abb. 1: Vergleich des Wohlfühlens in Grünau in den Stichproben 1979–2015.

Quelle: Kabisch u. a., Grünau 2015 (Fn. 25).

Jahren zurück. Langsam hat sich dies wieder gewandelt. Seit 2004 werden wieder anhaltend hohe Zufriedenheitswerte erreicht.

Damit wird die hohe Zustimmung der Befragten zu ihrem Stadtteil signalisiert. Werden die Befragungsergebnisse nach den Altersgruppen differenziert, dann zeigen sich Unterschiede. Ältere, insbesondere die Gruppe der über 65jährigen, stimmen mit fast 80 % uneingeschränkt der Aussage zu, dass sie sich in Grünau wohlfühlen. Jüngere machten dagegen in stärkerem Maße Einschränkungen geltend. Das Ergebnis wird auch durch die Zustimmung zu der Aussage »Die alten Grünauer hängen an Grünau« untermauert. Auf einer 5er-Antwortskala wurde der sehr hohe Mittelwert von 4,4 erreicht, allein 58 % aller Befragten wählten die höchste Kategorie »stimme voll zu« (5).

Die Frage nach dem Grad des Wohlfühlens wurde mit der Bitte um Erläuterung der Antwort mit eigenen Worten kombiniert. Zunächst ist festzustellen, dass etwa doppelt so viele zustimmende Erläuterungen gegeben wurden wie ablehnende. Vier Kriterien dominierten: der hohe Grünanteil, die gute Versorgungsinfrastruktur, die geschätzte Verkehrsanbindung und die Ruhe. Die hohe Zustimmung zu der Aussage »In Grünau kann ich städtisch wohnen und naturnah leben« (Mittelwert 4,1 auf einer 5er-Antwortskala) bestätigt das Ergebnis.

Demgegenüber bestimmen drei Aspekte die ablehnende Perspektive der Befragten: das als kritisch angesehene soziale Umfeld, die mangelnde Sauberkeit und Sicherheitsbedenken (Diebstahl). Dabei ragt die kritische Betrachtung des sozialen Umfeldes deutlich heraus. Es ist demnach festzuhalten, dass die materiell-physischen Merkmale der Großwohnsiedlung Grünau gewürdigt werden. Dagegen sind soziale Merkmale, die das Zusammenleben betreffen,

der Hauptgrund der Einschränkungen. Diese Einschätzungen und Wahrnehmungen aus Bewohnerperspektive konnten in den vorangegangenen zwei Erhebungen ebenfalls herausgefiltert werden. Sie sind offensichtlich die prägenden Bestandteile des Eigenbildes der Bewohnerinnen und Bewohner von ihrer Großwohnsiedlung.

Diese Komponenten haben auch in der differenzierten Betrachtung der fünf Ortsteile Grünaus Bestand. Allerdings erfahren sie in der detaillierten Analyse wichtige Ergänzungen. So erhalten z. B. die Angebote für Kinder hinsichtlich Kindertagesstätten, Schulen oder Spielplätzen und die Qualität derselben eine unterschiedliche Bewertung. Es kristallisiert sich der Ortsteil Grünau-Mitte als derjenige heraus, in dem die kritischsten Merkmalsausprägungen hinsichtlich der Zufriedenheit mit den Wohnbedingungen und auch bezüglich der Zukunftsperspektiven geäußert werden. Die detaillierte Betrachtung soziodemographischer Merkmale (z. B. relativ geringes Äquivalenzeinkommen, notwendige Unterstützung bei Mietzahlung) und der Beurteilung der Wohnbedingungen vor Ort stößt sogar auf Differenzierungen zwischen Blockstrukturen. Damit sind kleinteilige sozialräumliche Unterschiede, die von hoher Zustimmung zum Wohnstandort bis zur Ablehnung und einem problematischen Zusammenleben reichen, belegbar.

Um den Verweis auf die Flüchtlingsthematik zu Beginn dieses Beitrages wieder aufzunehmen: Anhand der Untersuchungsergebnisse kann gezeigt werden, dass in der ortsteilspezifischen Analyse die Wahrnehmung des Zusammenlebens mit Migranten auffällig war. Gefragt nach den Vorzügen und Schwächen ihre Ortsteils antworteten die Bewohner in den Ortsteilen, in denen Flüchtlingsunterkünfte existieren und in denen darüber hinaus der Anteil von Migranten an der Wohnbevölkerung sehr hoch ist, dass dies eine Schwäche des Ortsteils sei. Dies trifft für den bereits erwähnten Ortsteil Grünau-Mitte besonders zu. Hier führt die Überlagerung von Mängeln an den Wohnbedingungen, kritischen sozialstrukturellen Merkmalen und einem hohen Migrantenanteil zur Herausbildung von Problemen im Zusammenleben. In der Konsequenz denkt ein überdurchschnittlich großer Anteil der Befragten über einen Wegzug aus dem Quartier nach.

Die Untersuchungsergebnisse zeigen, dass im Umgang mit Migranten und Asylbewerbern Verunsicherung, Zurückhaltung bis hin zu Ablehnung unter den Bewohnerinnen und Bewohnern in der Großwohnsiedlung anzutreffen ist. Dies ist umso erstaunlicher, da etwa die Hälfte der Befragten bis zum Zeitpunkt der Erhebung keinen Kontakt zu Migranten und Flüchtlingen hatte. Doch gerade dann überwogen Sorgen und Ängste. Deshalb werden sachliche und wiederholte Informationsangebote zum aktuellen Stand der Entwicklung vor Ort erwartet.

Zusammenfassung

Die Analyse sozialräumlicher Differenzierung mit Bezug auf Prozesse der Bevölkerungsentwicklung lassen sich, wie gezeigt wurde, auf unterschiedlichen Skalen und für verschiedene Entwicklungspfade aufzeigen. Wachstums- und Schrumpfungprozesse im Sinne von Bevölkerungsgewinn oder -verlust auf regionaler, städtischer oder Quartiersebene werden von sozialräumlichen Ausprägungen begleitet. Unterschiedlich geprägte Siedlungsstrukturen gehören zur Vielfalt des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Sozialräumliche Differenzierungen werden erst dann problematisch, wenn sie verfestigte Strukturen bilden, die ungleiche Chancen an der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben produzieren – wenn die Wohnadresse zur stigmatisierten sozialen Adresse wird.

Diese Perspektive erlangt in Bezug auf Potenziale und Zukunftschancen von Großwohnsiedlungen besondere Bedeutung. Wie am Beispiel von Leipzig-Grünau gezeigt wurde, treffen hier Gunstfaktoren (bezahlbares Wohnungsangebot für unterschiedliche Bewohnergruppen, viel Grün und Ruhe, gute infrastrukturelle Versorgung) mit Herausforderungen des sozialen Zusammenlebens zusammen. Es sind kleinräumige Unterschiede festzustellen, die sich in einer Großwohnsiedlung voraussichtlich weiter ausprägen werden. Diese Differenzierung auf verschiedenen Ebenen ist aber nicht zwangsläufig und in jedem Fall als residentielle Segregation zu identifizieren. Gerade in dieser Unterschiedlichkeit der Teilräume und damit einer möglichen Auflösung des Gesamtkörpers Großwohnsiedlung liegen dessen Zukunftschancen.

Auch in Zukunft werden die Fragen sozialräumlicher Differenzierung bis hin zu Segregationserscheinungen für die Stadt- und Quartiersentwicklung zentral bleiben. Insbesondere sind durch die Notwendigkeit der Integration von Migranten neue Herausforderungen entstanden, die bislang durch die Forschung nur zum Teil aufgegriffen wurden.

Tim Leibert

Aktuelle demographische Entwicklungstrends in Sachsen-Anhalt: Licht am Ende des Tunnels im ›Labor des demographischen Wandels‹?

Jahrelang war der demographische Wandel in aller Munde. Ein bekanntes Nachrichtenmagazin erschien 2004 mit dem Aufmacher »Der letzte Deutsche. Auf dem Weg in die Greisenrepublik«¹, auf wissenschaftlichen Tagungen wurde gefragt: »Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir?«², und auf der politischen Ebene wurden Berichte³ und Konzepte erarbeitet und beschlossen. In der letzten Zeit ist es jedoch merkwürdig still um den demographischen Wandel geworden. Dazu hat sicherlich beigetragen, dass sich die Ergebnisse der aktuellen Bevölkerungsvorausberechnung nicht für mediale Hiobsbotschaften eignen. Das Statistische Bundesamt geht in der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung (2015) davon aus, dass die Einwohnerzahl der Bundesrepublik mittelfristig allenfalls leicht schrumpfen wird. In Abhängigkeit von den dem jeweiligen Modell zugrunde liegenden Annahmen zu Geburtenrate, Lebenserwartung und Höhe der internationalen Zuwanderung ist für 2030 mit einer Einwohnerzahl zwischen 79,2 Millionen (-2 %) und 82,3 Millionen (+2 %) zu rechnen.⁴ Aktuelle Studien kommen darüber hinaus zu dem Ergebnis, dass die Schrumpfung auf Bundesebene durch steigende Geburtenraten und eine Nettozuwanderung von mindestens 200.000 Personen pro Jahr mittel- bis langfristig deutlich abgeschwächt oder sogar verhindert werden

1 Jeannine Wintzer, *Geographien erzählen. Wissenschaftliche Narrationen von Geschlecht und Raum*, Stuttgart 2014, hier S. 246. Die Autorin beleuchtet in Abschnitt D kritisch die wissenschaftliche und öffentliche Diskussion zur demographischen Situation in (Ost-)Deutschland.

2 Wendelin Strubelt und Horst Zimmermann (Hg.), *Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir?*, gemeinsamer Kongress 2004 von ARL und BBR, Hannover 2005.

3 Bundesministerium des Inneren, *Demografiebericht. Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes*, Berlin 2011.

4 Statistisches Bundesamt, *Bevölkerung Deutschlands bis 2060*, Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden 2015.

könnte.^{5,6} Auch die Vorausberechnungen der einzelnen Bundesländer gehen aktuell davon aus, dass die zukünftige Bevölkerungsentwicklung günstiger ausfallen dürfte als noch vor einigen Jahren befürchtet. So lässt sich der sächsische Innenminister Markus Ulbig in der Medieninformation zu den Ergebnissen der 6. Regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung für den Freistaat Sachsen (2016) mit der Einschätzung zitieren: »Wir haben in Sachsen den dramatischen Bevölkerungsrückgang der vergangenen 25 Jahre gestoppt«.⁷

In diesem Beitrag soll anhand einer vom demographischen Wandel in besonderem Maße betroffenen Region – dem Bundesland Sachsen-Anhalt⁸ – der Frage nachgegangen werden, ob der demographische Wandel angesichts der aktuell recht hohen internationalen Zuwanderung nach Deutschland »aufgeschoben« ist. Durch einen Fokus auf die Gemeindeebene sollen dabei insbesondere die kleinräumigen Polarisierungen der demographischen Entwicklung verdeutlicht werden.

Der Einfluss des demographischen Wandels auf die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik lässt sich in einem Satz zusammenfassen: Die Bevölkerung wird weniger (Schrumpfung), grauer (Alterung), vereinzelter (Singularisierung) und bunter (Internationalisierung).⁹ Sachsen-Anhalt zeichnet sich durch eine Kombination aus Schrumpfung durch Sterbeüberschüsse und Abwanderung, Überalterung und reduziertem Reproduktionspotential aufgrund eines ausgeprägten »Frauenmangels« in den jüngeren Altersgruppen aus, wie sie außer in Sachsen-Anhalt und den anderen ostdeutschen Bundesländern in Europa nur in wenigen peripheren und extrem strukturschwachen Landesteilen Bulgariens und Portugals¹⁰ vorkommt. Als Folge jahrzehntelanger star-

5 Martin Bujard, »Folgen der dauerhaft niedrigen Fertilität in Deutschland. Demographische Projektionen und Konsequenzen für unterschiedliche Politikfelder«, in *Comparative Population Studies* 40/2 (2015), S. 131–164.

6 Hannes Weber, »Could Immigration Prevent Population Decline? The Demographic Prospects of Germany Revisited«, in ebd., S. 165–189.

7 Sächsisches Staatsministerium des Innern, »Medieninformation 052/2016: Bevölkerungsentwicklung für Sachsen bis 2030 neu berechnet«, Dresden 2016, https://www.statistik.sachsen.de/download/080_RegBevPrognose/SMI_052_Bevölkerungsvorausberechnung.pdf, hier S. 1 (2.8.2017).

8 Wilfried Köhler, »Sicherung der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum vor dem Hintergrund des demographischen Wandels in Sachsen-Anhalt«, in *Flächenmanagement und Bodenordnung* 3 (2013), S. 124–130, hier S. 125–127.

9 Paul Gans, *Bevölkerung. Entwicklung und Demographie unserer Gesellschaft*, Darmstadt 2011.

10 Tim Leibert, »Demographic Trends and Developments: The Study Regions in a European Comparison«, in Karin Wiest u. a. (Hg.), *Dealing with Female Brain Drain in Rural Europe: Results from the CENTRAL EUROPE Project WOMEN*, Leipzig 2014, S. 36–52.

ker und hochgradig alters- und geschlechtssektiver Abwanderung sowie relativ niedriger Geburtenraten weist die sachsen-anhaltische Bevölkerung eine sehr ungünstige Alters- und Geschlechtsstruktur auf. Vor diesem Hintergrund kann man Sachsen-Anhalt mit Fug und Recht als ein ›Labor des demographischen Wandels‹ betrachten, auch wenn eines der oben genannten Merkmale – die Internationalisierung – im Gegensatz zu den Stadtstaaten, aber auch den westdeutschen Flächenländern, noch in den Kinderschuhen steckt.

Bevor im Folgenden auf die kleinräumigen demographischen Entwicklungstrends in Sachsen-Anhalt und ihre Raummuster, Ursachen und Folgen eingegangen wird, sollen zunächst die aktuellen Muster der Bevölkerungsentwicklung auf Bundesebene skizziert werden.

Aktuelle demographische Raummuster in Deutschland

Die derzeitigen demographischen Entwicklungstrends in der Bundesrepublik scheinen die Einschätzung von Minister Ulbig zu bestätigen. Vergleicht man die mittlere jährliche Bevölkerungsentwicklung für die Zeiträume 2005–2010 und 2011–2014 zeigt sich ein markanter Umschlag von fast flächendeckender Schrumpfung in weiten Teilen der ländlichen Räume Ost- und Westdeutschlands zu einer deutlichen flächenmäßigen Ausweitung der wenigen in der Periode 2005–2010 vorhandenen Wachstumsinseln. Die Bevölkerungsverluste haben sich in Ostdeutschland abgeschwächt und beschränken sich in den alten Ländern zunehmend auf die ›traditionellen‹ Schrumpfräume – strukturschwache ›innere Peripherien‹ und Grenzräume wie Oberfranken, Nordhessen, Südniedersachsen oder die Westpfalz.¹¹ Vor diesem Hintergrund sprechen Wolff und Leibert¹² von »Deutschlands neuen Raummustern«, die durch drei übergeordnete Trends gekennzeichnet sind:

- Ein verstärktes Wachstum der Groß- und Universitätsstädte in Verbindung mit einer Verjüngung der Bevölkerung durch den Zuzug junger Menschen aus dem In- und Ausland, das auch zunehmend auf die Umlandgemeinden ausstrahlt.
- Vorrangig durch internationale Zuwanderung kommt es zu einem Wachs-

11 Manuel Wolff und Tim Leibert, »Deutschlands neue Raummuster. Bevölkerungsentwicklungen auf Gemeindeebene 1990–2014«, in *Nationalatlas Aktuell* 10 (05/2016) 3, http://aktuell.nationalatlas.de/bevoelkerungsentwicklung-3_05-2016-0-html/ (13.7.2016), hier Karten 1 und 2.

12 Ebd.

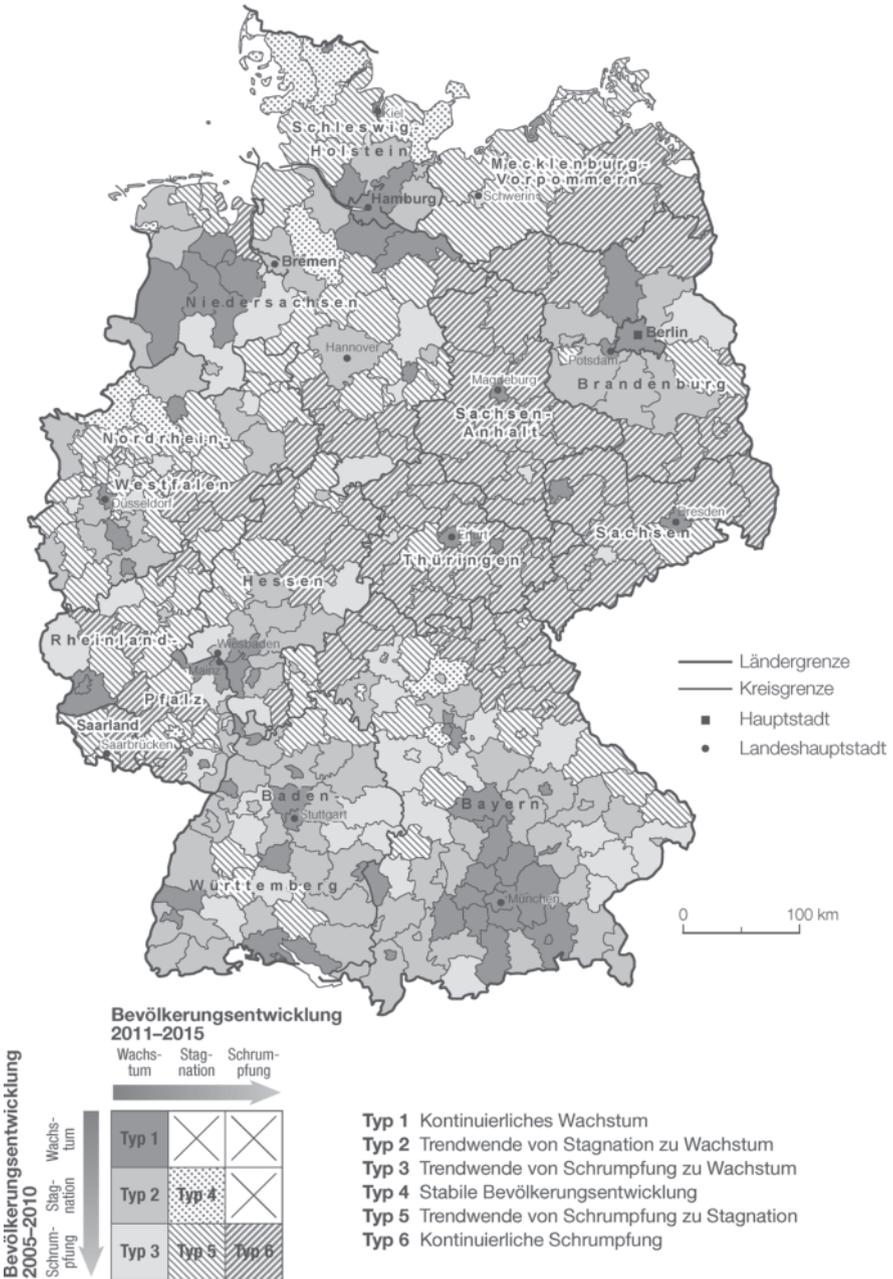
tum oder zumindest einer Stabilisierung bisher schrumpfender Städte aller Größenklassen. Während für Groß- und Mittelstädte eine echte Trendwende hin zu einer längerfristigen Reurbanisierung möglich erscheint, ist bei Kleinstädten in dünn besiedelten Gebieten eher davon auszugehen, dass sich das Wachstum gänzlich aus dem umliegenden, stark alternden und schrumpfenden ländlichen Raum speist und somit wohl eher kurzfristig bleiben wird.

- In ländlichen Räumen zeichnet sich trotz insgesamt rückläufiger Bevölkerungsverluste eine verstärkte Polarisierung von Wachstum und Schrumpfung ab. Diese übergeordneten Muster werden zusätzlich auf der Gemeindeebene von lokalen Sonderentwicklungen überlagert.

Diese Trends sind in Abbildung 1 deutlich erkennbar. Ein kontinuierliches Wachstum über den gesamten Betrachtungszeitraum (Typ 1) ist für die Mehrheit der kreisfreien Städte und einige Umlandkreise, insbesondere im Raum Hamburg und im Rhein-Main-Gebiet sowie für zwei überwiegend ländlich geprägte Wachstumsinseln – Oberbayern und das Weser-Ems-Gebiet – festzustellen. Die große Anzahl der Kreise der Typen 2 und 3 verdeutlicht den Umschlag von Schrumpfung bzw. Stagnation in Wachstum zwischen den betrachteten Zeiträumen in weiten Teilen der ländlichen Räume Westdeutschlands. Bemerkenswert ist insbesondere das erneute Bevölkerungswachstum in zahlreichen suburbanen Kreisen, insbesondere im Umland von Berlin. Offensichtlich deutet sich zumindest in Westdeutschland eine neue Suburbanisierung durch ein »Überschwappen« der Entwicklungsdynamik der Großstädte in ihr jeweiliges Umland an. Durch eine Stabilisierung der Bevölkerungsentwicklung zeichnen sich die zu den Typen 4 und 5 gehörenden Kreise aus. Im Vergleich zu den Typen 2 und 3 handelt es sich dabei tendenziell um eher strukturschwache und/oder infrastrukturell schlechter erschlossene Regionen. Typ 6 – kontinuierliche Schrumpfung – umfasst schließlich die oben angesprochenen »klassischen« Schrumpfungsregionen in Westdeutschland und praktisch den kompletten ländlichen Osten. Zu erwähnen ist an dieser Stelle, dass in allen diesen Kreisen zwischen 2005/10 und 2011/15 eine zum Teil deutliche Reduktion der mittleren jährlichen Schrumpfungsraten stattgefunden hat.

»Deutschlands neue Räumuster« kommen insbesondere durch zwei bedeutende Trendwenden im Wanderungsverhalten zustande: (1) steigende Außenwanderungsüberschüsse seit 2010 nach einer längeren Periode mit einer ausgeglichenen oder gar negativen internationalen Wanderungsbilanz¹³ sowie (2) einen massiven Rückgang der Ost-West-Wanderung, die in den 1990er und

13 Ebd., Grafik 1.



Eigene Berechnungen; Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2016); Statistische Landesämter (2016)

ifl Autor: T. Leibert
 Kartographie: B. Hölzel
 © Leibniz-Institut für Länderkunde 2016

Abb. 1: Typen der Bevölkerungsentwicklung 2005–2015, nach Kreisen. Quelle: Leibniz-Institut für Länderkunde, Leibert (2016).

2000er Jahren den dominanten Wanderungsstrom in der Bundesrepublik darstellte.^{14,15,16} Die mittlerweile weitgehend ausgeglichene Wanderungsbilanz der ost- mit den westdeutschen Bundesländern wird gerne auf eine zunehmende Zahl von Rückkehrern zurückgeführt, also gebürtigen Ostdeutschen, die nach einem längeren, in der Regel berufsbedingten, Aufenthalt in Westdeutschland in ihre alte Heimat zurückkehren.^{17,18}

Der Wanderungsverlust Ostdeutschlands gegenüber dem früheren Bundesgebiet (jeweils ohne Berlin) hat sich seit dem Höchststand 2001 von fast 100.000 Personen auf etwas mehr als 3.000 Frauen und Männer im Jahr 2014 verringert. Dieser Rückgang ist insbesondere auf ein Nachlassen der Abwanderung nach Westdeutschland zurückzuführen. Die Zahl der Ost-West-Wanderer ist zwischen 2001 und 2014 von knapp 192.000 auf 97.000 zurückgegangen. Die Zahl der West-Ost-Wanderer war dagegen im betrachteten Zeitraum – von einigen Ausreißern nach oben und unten abgesehen – mit Werten zwischen 85.000 und 95.000 relativ stabil.¹⁹ Vor diesem Hintergrund ist die Erzählung der zunehmenden Rückwanderung nach Ostdeutschland durchaus kritisch zu sehen. Empirisch belegen lässt sich zumindest, dass die aus Westdeutschland zurückkehrenden Erwerbstätigen zunehmend wieder in ihren Heimatkreis ziehen.²⁰ Eine vergleichbare Entwicklung ist in Sachsen-Anhalt festzustellen. Auch hier ist der verringerte Binnenwanderungsverlust in erster Linie auf ein Nachlassen der Abwanderung nach Westdeutschland zurückzuführen.²¹ Mit der Abschwächung der Ost-West-Wanderung haben sich auch die Zielgebiete der ostdeutschen Abwanderer verändert. Ein Anzeichen für eine ›Normalisierung‹ der innerdeutschen Binnenwanderungsmuster ist insbesondere die deut-

14 Robert Nadler und Mirko Wesling, »Zunehmende Rückwanderung von Arbeitskräften nach Ostdeutschland«, in *Nationalatlas Aktuell* 7 (12/2013) 11, http://aktuell.nationalatlas.de/rueckwanderung-11_12-2013-0-html/ (14.7.2016).

15 Paul Gans und Franz-Josef Kemper, »Die Bevölkerung und ihre Dynamik«, in Dirk Hänsgen, Sebastian Lentz und Sabine Tzschaschel (Hg.), *Deutschlandatlas. Unser Land in 200 thematischen Karten*, Darmstadt 2010, S. 15–36, hier S. 23–24.

16 Nikola Sander, »Internal Migration in Germany, 1995–2010: New Insights into East-West Migration and Re-urbanisation«, in *Comparative Population Studies* 39/2 (2014), S. 217–246, hier S. 228.

17 Stellvertretend für andere: Cornelius Pollmer, »Geh doch rüber«, in *Süddeutsche Zeitung*, 2.2.2016.

18 Anne Ramstorf, »Zurück in die Heimat«, in *SUPERillu* 19 (2016), S. 16.

19 Statistisches Bundesamt, *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Wanderungen 2014*, Wiesbaden 2016, hier S. 57–58.

20 Nadler und Wesling, Rückwanderung (Fn. 14), Karten 1 und 2.

21 Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit. Wanderungen und Wanderungsströme, Jahr 2014*, Halle (Saale) 2016, hier S. 34–35.

lich rückläufige Attraktivität von Baden-Württemberg als Wanderungsziel für ostdeutsche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer.²² Die Arbeitskräftewanderung konzentriert sich zunehmend auf die räumlich nächstgelegenen westdeutschen Bundesländer, insbesondere auf Bayern, Hamburg und Schleswig-Holstein, sowie – in geringerem Umfang – Niedersachsen.²³

Im Gegensatz zu den skizzierten Umwälzungen im Bereich der räumlichen Bevölkerungsentwicklung waren die Veränderungen bei der natürlichen Bevölkerungsentwicklung in den letzten Jahren eher gradueller Natur. Der 1997 einsetzende Trend zu steigenden Sterbeüberschüssen hat sich bis 2013 fortgesetzt, 2014 ist das Geburtendefizit dann aber auf den niedrigsten Wert seit 2008 gefallen.²⁴ Es bleibt abzuwarten, ob es sich dabei um eine kurzfristige Erholung im Zusammenhang mit der sogenannten ›Flüchtlingskrise‹ oder – was angesichts der Altersstruktur der deutschen Bevölkerung unwahrscheinlicher ist – den Beginn einer längerfristigen Trendwende handelt. Definitiv von »Deutschlands neuen Raummustern« kann man dagegen bei den aktuellen Entwicklungstrends der Geburtenrate sprechen. Auf Ebene der Bundesländer hat sich der Gegensatz zwischen dem ›kinderarmen‹ Osten und dem ›kinderreicheren‹ Westen, der viele Jahre für das Raummuster der Fertilität in der Bundesrepublik charakteristisch war, umgekehrt. Die zusammengefasste Geburtenrate ist inzwischen in den ostdeutschen Ländern, insbesondere in Sachsen, deutlich höher als in Westdeutschland.²⁵ Hierfür sind insbesondere eine niedrigere Kinderlosigkeit und eine zunehmende Zahl von Zweitgeburten²⁶ verantwortlich. Auch der traditionelle Stadt-Land-Gegensatz ist verschwunden. Dazu haben leichte Geburtenanstiege in den Großstädten beigetragen, die mit den 2007 eingeleiteten familienpolitischen Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf und den dadurch gesunkenen Opportunitätskosten der Elternschaft zusammenhängen könnten.²⁷ Signifikante Ost-West-Unter-

22 Werner Brachat-Schwarz, »Wanderungen von Ost nach West – und wieder zurück? Zum Wanderungsgeschehen zwischen Baden-Württemberg und den neuen Bundesländern«, in *Statistisches Monatsheft Baden-Württemberg* 9 (2015), S. 3–10, hier S. 4.

23 Nadler und Wesling, Rückwanderung (Fn. 14).

24 Wolff und Leibert, Raummuster (Fn. 11), Grafik 1.

25 Statistisches Bundesamt, *GENESIS-Online Datenbank*, Tabelle 12612-0104, zusammengefasste Geburtenziffern (je Frau): Bundesländer, Jahre, Altersgruppen, Wiesbaden 2016.

26 Joshua Goldstein und Michaela Kreyenfeld, »Has East Germany overtaken West Germany? Recent trends in order-specific fertility«, in *Population and Development Review* 37/3 (2011), S. 453–472.

27 Sebastian Klüsener, »Geburtenraten und Geburtsalter der Mütter im regionalen Vergleich«, in *Nationalatlas Aktuell* 7 (04/2013) 4, <http://aktuell.nationalatlas.de/geburten->

schiede (bei gleichzeitig geringen Unterschieden innerhalb Ostdeutschlands) bestehen dagegen beim Erstgeburtsalter und beim Familienstand.²⁸ Ostdeutsche Mütter sind jünger und seltener verheiratet. Das im Bundesvergleich niedrige Erstgeburtsalter (und möglicherweise auch die vergleichsweise hohe Zahl von Geburten pro 1.000 Frauen im gebärfähigen Alter) könnten auf selektive Wanderungen und die ökonomischen Rahmenbedingungen in Ostdeutschland zurückzuführen sein. Eine ungünstige Arbeitsmarktsituation befördert die selektive Abwanderung karriereorientierter Frauen. Dadurch würde in der verbleibenden Bevölkerung der Anteil der familienorientierten Frauen mit geringerem Erstgeburtsalter steigen, die seltener kinderlos bleiben²⁹ (aber offensichtlich keine größeren Familien bevorzugen). In Hinblick auf den Einfluss der sozioökonomischen Lage auf die Kinderlosigkeit und die Wahrscheinlichkeit weiterer Geburten zeichnet sich ab, dass Frauen und Männer sowie die verschiedenen Alters- und Bildungsgruppen unterschiedlich reagieren. Während Männer und Frauen in der zweiten Hälfte des gebärfähigen Lebensabschnitts, sowie Frauen mit hohem Bildungsniveau auf Arbeitslosigkeit mit Aufschub oder einem Verzicht auf (weitere) Kinder reagieren, neigen jüngere Frauen und Frauen mit niedrigem Bildungsniveau eher dazu, die Realisierung ihres Kinderwunsches vorzuziehen. Dies könnte auch darin begründet sein, dass eine Elternschaft für diese Bevölkerungsgruppe einen Lebenssinn stiftet und Unsicherheiten in der Lebensplanung reduzieren hilft.³⁰

In den folgenden Abschnitten werden die aktuellen demographischen Entwicklungstrends in Sachsen-Anhalt auf der Gemeindeebene beleuchtet. Zunächst werden die Raummuster der Schrumpfung und ihre räumliche und zeitliche Entwicklung dargestellt. Anschließend wird der Prozess der Alterung der Bevölkerung in den Blick genommen, bevor auf die aktuellen Wandertrends eingegangen wird. Als Synthese aus diesen drei Teilaspekten des demographischen Wandels, ergänzt durch die Raummuster des Reproduktionspotentials, wird schließlich der Frage nachgegangen, wo in Sachsen-Anhalt die Regionen mit besonderem demographischem Handlungsbedarf lokalisiert sind.

4_04-2013-0-html/ (15.7.2016).

28 Ebd.; Sebastian Klüsener, *Spatial Variation in Non-Marital Fertility across Europe: Recent Trends, Past Path Dependencies, and Potential Future Pathways*, Rostock 2015, hier S. 15–17.

29 Klüsener, Geburtenraten (Fn. 27).

30 Michaela Kreyenfeld und Gunnar Andersson, »Socioeconomic differences in the unemployment and fertility nexus: Evidence from Denmark and Germany«, in *Advances in Life Course Research* 21 (2014), S. 59–73, hier S. 65–69.

Phasen der kleinräumigen Bevölkerungsentwicklung in Sachsen-Anhalt 1964–2014

In Sachsen-Anhalt sind nach wie vor Schrumpfung und Alterung die dominanten demographischen Trends – es gibt aber auch Lichtblicke: Die Geburtenraten sind in den letzten Jahren gestiegen und die Abwanderung junger Erwachsener ist rückläufig. Eine demographische Erholung wird jedoch von der ungünstigen Altersstruktur verhindert, auf die unten noch detaillierter eingegangen wird.

Seit der Wiedervereinigung ist die Einwohnerzahl Sachsen-Anhalts praktisch flächendeckend zurückgegangen. Lediglich einige Gemeinden im Umland von Halle (Saale) und Magdeburg weisen im Jahr 2014 mehr Einwohner auf als 1990.³¹ Der dieser Entwicklung zu Grunde liegende Suburbanisierungsboom war allerdings – von besonders gut angebundenen direkten Stadtumlandbereichen abgesehen³² – weitgehend auf die 1990er Jahre beschränkt. Die besondere Dynamik der Suburbanisierung in Sachsen-Anhalt ist auf Steuervorteile, insbesondere Sonderabschreibungsmöglichkeiten, sowie die in den frühen 1990er Jahre kaum wirksame Regionalplanung zurückzuführen, aber auch auf die Verfügbarkeit von günstigem Bauland im Umland in Verbindung mit Defiziten auf den Wohnungs- und Immobilienmärkten der Kernstädte.³³ Das neue Jahrtausend hat auch im ›Speckgürtel‹ der Oberzentren zu einer Trendwende der Bevölkerungsentwicklung und – damit zusammenhängend – einem deutlichen Rückgang der Bautätigkeit geführt.³⁴ Die Bevölkerungsverluste reichen allerdings noch länger zurück: Im Zeitraum zwischen 1964 und 1990 ist die Zahl der Sachsen-Anhalterinnen und Sachsen-Anhalter von 3,23 auf 2,87 Millionen zurückgegangen.³⁵ Vor diesem Hintergrund kann man die langfristige Bevölkerungsentwicklung des Landes grob in vier Phasen einteilen:

- Eine Konzentration der Bevölkerung in den zentralen Orten (Kreis- und Bezirksstädte) und einigen kleineren Gemeinden mit bedeutenden Indus-

31 Tim Leibert, »Abwanderung Jugendlicher aus postsozialistischen ländlichen Räumen«, in *Geographische Rundschau* 67/9 (2015), S. 34–41, hier S. 36.

32 Klaus Friedrich, Susanne Knabe und Barbara Warner, *Kontinuitäten und Umbrüche im suburbanen Mosaik Sachsen-Anhalts. Die Zukunft eines Wohnungsmarktsegments im demographischen Wandel*, Leipzig 2014, hier S. 4.

33 Ebd., S. 3.

34 Ebd.; Leibert, Abwanderung (Fn. 31), S. 36.

35 Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, *Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Bevölkerung der Gemeinden nach Kreisen 1964–2010*, Halle (Saale) 2012, hier S. 10.

- triebetrieben außerhalb des (schrumpfenden) mitteldeutschen Chemiedreiecks zu DDR-Zeiten zulasten des ländlichen Raums.³⁶
- Eine Dekonzentration der Bevölkerung zulasten der zentralen Orte in den 1990er Jahren. In dieser Zeit verzeichneten vor allem die Umlandgemeinden von Halle (Saale) und Magdeburg starke Bevölkerungszuwächse, während die Entwicklung im ländlichen Raum uneinheitlich war. Einige kleinere Gemeinden sind zum Teil durch Suburbanisierungsprozesse der Mittelzentren sehr deutlich gewachsen, in anderen hat sich die Schrumpfung verlangsamt, eine dritte Gruppe hatte mit anhaltend hohen oder sogar verstärkten Einwohnerverlusten zu kämpfen.³⁷
 - Zwischen 2000 und 2010 fand eine erneute Konzentration der Bevölkerung statt, von der jedoch ausschließlich die Oberzentren Halle (Saale) und Magdeburg profitieren konnten, deren Einwohnerzahl sich nach erheblichen Verlusten stabilisiert hat. Dagegen hat sich die Schrumpfung im ländlichen Raum und in vielen Mittelzentren im Vergleich zu den 1990er Jahren noch verstärkt.³⁸ Charakteristisch für die Situation in Sachsen-Anhalt und in Ostdeutschland insgesamt ist ein Auseinanderdriften der Entwicklungsdynamik der Kernstadt und des Umlands im Sinne einer absoluten Zentralisierung. Die Stadtgrenze markiert einen deutlichen Bruch in der Bevölkerungsentwicklung: wachsenden (oder zumindest stabilen) Städten stehen schrumpfende Umlandgemeinden gegenüber.^{39,40} Eine Ursache dafür ist, dass in schrumpfenden Wohnungsmarktregionen wie Sachsen-Anhalt mittlerweile innenstadtnah ein attraktives Wohnungsangebot vorhanden ist. Viele potentielle Suburbanisierer behalten daher angesichts niedriger Mieten ihren Wohnsitz in der Kernstadt bei.⁴¹
 - Seit 2011 ist in zahlreichen Gemeinden eine Abschwächung der Schrumpfung festzustellen. Halle (Saale) und Magdeburg wachsen sogar leicht.⁴² Der Hauptgrund für die rückläufigen Bevölkerungsverluste in den kleine-

36 Tim Leibert und Karin Wiest, *SEMIGRA Final Report – Annex 2A: Case Study Report Sachsen-Anhalt*, Leipzig/Luxembourg 2012, hier S. 20–21.

37 Leibert, Abwanderung (Fn. 31), S. 36.

38 Ebd.

39 Frank Osterhage und Stefan Kaup, »Reurbanisierung als neue Phase der Stadtentwicklung? Eine Analyse der Bevölkerungs- und Beschäftigtenentwicklung in Deutschland 1999 bis 2009«, in Jörg Pohlan u. a. (Hg.), *Jahrbuch StadtRegion 2011/2012. Schwerpunkt: Stadt und Religion*, Opladen/Berlin/Toronto 2012, S. 125–141, hier S. 133.

40 Brigitte Adam, Jürgen Götdecke-Stellmann und Gabriele Sturm, *Divergenzen und Konvergenzen in Großstadregionen – kleinräumige Analysen*, Bonn 2015, hier S. 15.

41 Friedrich, Knabe und Warner, Kontinuität (Fn. 32), S. 19.

42 Wolff und Leibert, Raummuster (Fn. 11), Karten 1 und 2.

ren Kommunen ist der Zuzug von Asylbewerbern und Flüchtlingen, die sich allerdings weder aus freien Stücken für Sachsen-Anhalt, noch für die Gemeinden, in die sie zuziehen, entscheiden, sondern nach festen Quoten auf die Bundesländer, Kreise und Gemeinden verteilt werden. Es ist daher damit zu rechnen, dass Sachsen-Anhalt für viele Zuwanderer nur eine Zwischenstation bleiben wird und dass diejenigen, die dauerhaft in Deutschland bleiben können, in die westdeutschen Großstädte abwandern, wo sie durch die dort vorhandenen ethnischen, familiären oder religiösen Netzwerke einen einfacheren Zugang zu Arbeitsplätzen und Wohnraum erwarten können. Welcher Prozentsatz der internationalen Zuwanderer letztendlich in Sachsen-Anhalt bleibt, hängt vom vorhandenen Arbeitsplatzangebot und der Integrationsbereitschaft sowohl der lokalen Bevölkerung als auch der Zuwanderer ab. Nehmen die Zuwanderer die ortsansässige Bevölkerung als ihnen gegenüber überwiegend feindselig eingestellt wahr, dürfte dies ihre Abwanderungsneigung erheblich verstärken.

Zusammenfassend bleibt festzustellen, dass die fast flächendeckenden Einwohnerverluste in Sachsen-Anhalt die Folge einer ungünstigen natürlichen und räumlichen Bevölkerungsentwicklung sind. Ursächlich sind Geburtendefizite und Sterbeüberschüsse auf der einen und eine negative Wanderungsbilanz auf der anderen Seite. Die gleichen Triebkräfte sind auch für den demographischen Prozess verantwortlich, der im folgenden Abschnitt betrachtet wird: die Alterung.

Eine ›überalterte‹ und ›unterjüngte‹ Altersstruktur

Die Alterung, also die Zunahme des Bevölkerungsanteils und der absoluten Zahl älterer Menschen, ist ein zentraler Aspekt des demographischen Wandels sowohl auf der lokalen als auch auf der regionalen, nationalen und europäischen Ebene. Wie schnell und intensiv die Bevölkerung einer Raumeinheit altert, hängt von drei Faktoren ab: der Lebenserwartung, der Entwicklung der Geburtenrate sowie den altersspezifischen Bilanzen der Binnen- und Außenwanderungen.⁴³ Zur Messung der Alterung wird der Altenquotient verwendet, der definiert ist als das Verhältnis der Personen im Rentenalter (hier: über 65) zur Zahl der Frauen und Männer im erwerbsfähigen Alter (hier: 15 bis unter 65). Der Altenquotient kann näherungsweise als die Zahl der Rentnerinnen und Rentner definiert werden, die von 100 Erwerbstätigen über die umlage-

43 Gans, Bevölkerung (Fn. 9).

finanzierten Sozialversicherungssysteme unterstützt werden. Sachsen-Anhalt ist nach Sachsen das Bundesland mit dem zweithöchsten Altenquotienten. Im Jahr 2014 kamen auf 100 Männer im Alter zwischen 15 und 65 Jahren 31,9 Senioren (Bund: 27,4). Bei den Frauen ist das Verhältnis mit 47,2 Seniorinnen (Bund: 36,7) pro 100 Erwerbstätige noch ungünstiger. Die Dynamik der Alterung der sachsen-anhaltischen Bevölkerung wird besonders deutlich, wenn man die aktuellen Werte mit den Altenquotienten des Jahres 1995 vergleicht: Vor 20 Jahren kamen auf 100 Männer im erwerbsfähigen Alter 15,0 Senioren (Bund: 16,1). Bei den Frauen lag der Altenquotient mit einem Wert von 30,2 nur knapp über dem Bundesdurchschnitt (29,7).⁴⁴ Der Anstieg des Durchschnittsalters war in den 1980er Jahren noch moderat, hat sich dann in den 1990er Jahren beschleunigt und war zwischen 2000 und 2010 besonders dynamisch.⁴⁵

Analog zum Altenquotient kann auch ein Jugendquotient berechnet werden, der als die Relation der Kinder und Jugendlichen (hier: unter 15-Jährige) zur Erwerbsbevölkerung definiert ist. Sachsen-Anhalt belegt im Ranking der Jugendquotienten wiederum den vorletzten Platz, diesmal vor dem Saarland. Auf 100 Männer bzw. Frauen der Altersgruppe 15 bis 65 kommen im Land nur 17,9 Jungen (Bund: 20,3) und 18,0 Mädchen (Bund: 19,7). Im Vergleichsjahr 1995 kamen noch 23,5 Jungen bzw. 23,1 Mädchen auf 100 Personen im erwerbsfähigen Alter, beide Werte lagen damals knapp unter dem Bundesdurchschnitt.⁴⁶

Die zukünftige Bevölkerungsentwicklung einer Region ist in hohem Maße durch die Altersstruktur vorgezeichnet. Dies gilt insbesondere für die natürliche Bevölkerungsentwicklung. Die Zahl der Sterbefälle pro 1.000 Einwohner ist in Regionen mit einem hohen Seniorenanteil höher als in Räumen mit einer »jungen« Altersstruktur. Weiterhin wirkt sich ein hoher Bevölkerungsanteil der Frauen im gebärfähigen Alter positiv auf die Geburtenzahl aus. Vor diesem Hintergrund ist in Raumeinheiten mit einer vorteilhaften Bevölkerungsstruktur selbst bei einer relativ niedrigen Kinderzahl pro Frau ein Geburtenüberschuss möglich. Angesichts der bereits weit fortgeschrittenen Alterung der deutschen Bevölkerung ist dieser Prozess in der Bundesrepublik weitgehend auf prosperierende Großstädte beschränkt, deren Bevölkerung sich in den letzten Jahren durch die alters- und geschlechtsselektive Zuwanderung junger Menschen verjüngt hat. Im europäischen Vergleich lässt sich ein Aufschub der

44 Eigene Berechnungen; Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, *Regionaldatenbank Deutschland*, Düsseldorf 2016.

45 Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, *Bevölkerung 1964–2010* (Fn. 35), S. 80–81.

46 Eigene Berechnungen; Datenquelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, *Regionaldatenbank* (Fn. 44).

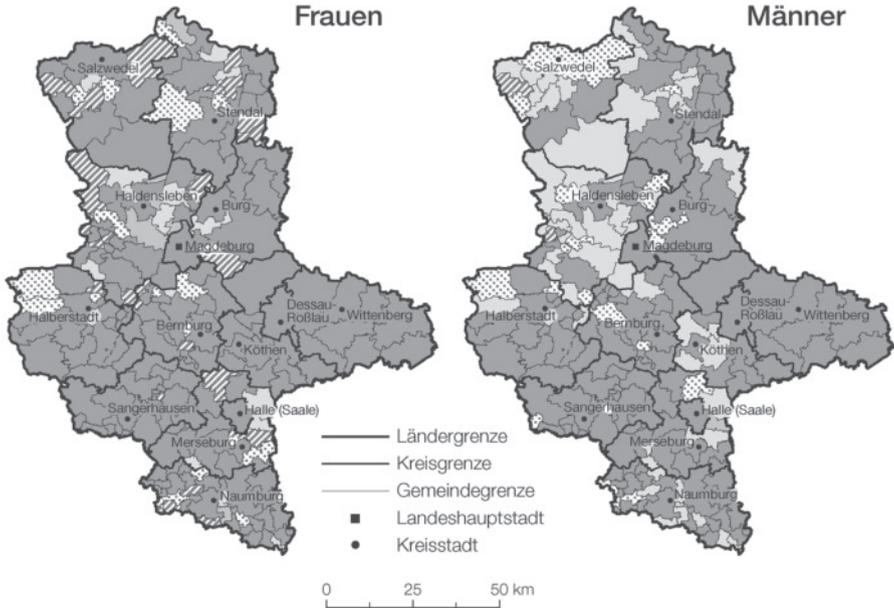
Schrumpfung durch günstige Bevölkerungsstrukturen beispielsweise in Polen beobachten.⁴⁷

In Folgenden wird anhand einer Typologie (Abb. 2), in die sowohl die regionalen Alten- und Jugendquotienten als auch der Bevölkerungsanteil im erwerbsfähigen Alter eingeflossen sind, dargestellt, welche Altersstrukturtypen derzeit auf der Gemeindeebene in Sachsen-Anhalt bestehen. Die Zuordnung zu den einzelnen regionalen Altersstrukturtypen unterscheidet sich in einigen Gemeinden für die weibliche und männliche Bevölkerung; das im Folgenden dargestellte übergeordnete Muster ist aber für Frauen und Männer sehr ähnlich.

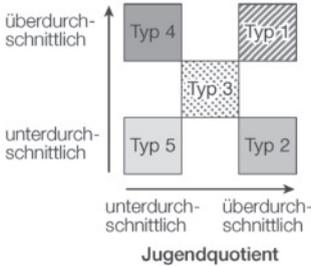
Typ 1 umfasst Gemeinden mit einem unterdurchschnittlichen Anteil an Einwohnern im erwerbsfähigen Alter. Sowohl der Jugend- als auch der Altenquotient liegen über dem Bundesdurchschnitt, was auf eine gewisse Polarisierung der Altersstruktur hindeutet. Zu Typ 1 gehören Gemeinden, die – bei hohem Seniorenanteil – durch den Zuzug junger Familien oder eine vergleichsweise hohe Geburtenrate ›verjüngt‹ wurden. Gemeinden mit hohem Kinder- und niedrigem Seniorenanteil gehören zu Typ 2. Dieser von der Altersstruktur her günstigste Typ kommt auf der Gemeindeebene in Sachsen-Anhalt kaum vor. Tendenziell handelt es sich dabei um Kommunen im Pendlereinzugsbereich von Halle (Saale) bzw. Magdeburg oder um kleine Gemeinden im ländlichen Raum. Die Gemeinden, deren Altersstruktur in etwa dem Bundesdurchschnitt entspricht, sind Typ 3 zugeordnet. Dieser Typ ist siedlungsstrukturell und sozioökonomisch sehr heterogen und umfasst neben suburbanen und strukturschwachen ländlichen Gemeinden auch einige Mittelzentren. Allerdings ist die Zahl der Gemeinden mit einer ›durchschnittlichen‹ Altersstruktur in Sachsen-Anhalt recht gering, was wiederum die ungünstige altersmäßige Zusammensetzung der Bevölkerung unterstreicht.

Die große Mehrheit der Gemeinden in Sachsen-Anhalt kann als ›überaltert‹ und ›unterjüngt‹ charakterisiert werden. Diese Gemeinden sind in Typ 4 zusammengefasst. Die überdurchschnittlichen Alten- und unterdurchschnittlichen Jugendquotienten sind insbesondere auf den Einfluss selektiver Wanderungen zurückzuführen. Die Abwanderung junger Menschen verstärkt die Alterung der zurückbleibenden Bevölkerung, während die ›Unterjüngung‹ dadurch ausgelöst wird, dass die – überwiegend jungen und weiblichen – Abgewanderten für eine Familiengründung nicht mehr zur Verfügung stehen. Für die Zukunft ist zu erwarten, dass in weiten Teilen des Landes mit einer verstärkten Schrumpfung sowohl von ›oben‹ (durch die erhöhte Sterberate der gealterten Bevölkerung) als auch von ›unten‹ (durch fehlende Geburten als

47 Leibert, Demographic Trends (Fn. 10), S. 37.



Altenquotient



- Typ 1 Gemeinden mit unterdurchschnittlichem Anteil an Einwohnern im erwerbsfähigen Alter
- Typ 2 Gemeinden mit hohem Kinder- und niedrigem Seniorenanteil
- Typ 3 Gemeinden mit durchschnittlicher Bevölkerungsstruktur
- Typ 4 „überalterte“ und „unterjüngte“ Gemeinden
- Typ 5 Gemeinden mit überdurchschnittlichem Anteil an Einwohnern im erwerbsfähigen Alter

Der **Altenquotient** gibt die Zahl der über 65-Jährigen je 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter (15-64) an.

Der **Jugendquotient** gibt die Zahl der unter 15-Jährigen je 100 Einwohner im erwerbsfähigen Alter (15-64) an.

*** Mittelwert für Quedlinburg und Ballenstedt**

Aufgrund der im Laufe des Jahres 2013 erfolgten Umgliederung eines Ortsteils von Quedlinburg nach Ballenstedt kann der dargestellte Indikator nicht gemeindegerecht berechnet werden.

 Autor: T. Leibert
Kartographie: A. Kurth
© Leibniz-Institut für Länderkunde 2015

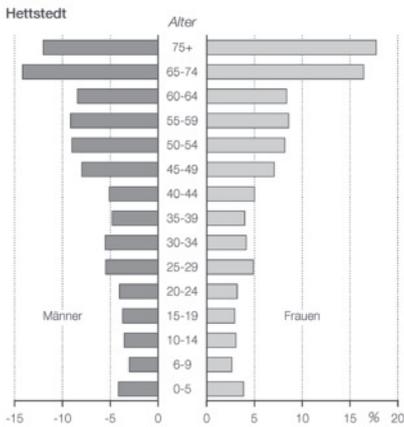
Eigene Berechnungen. Quelle der analysierten Daten: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2015)

Abb.2: Regionale Altersstrukturtypen Sachsen-Anhalt. Quelle: Leibniz-Institut für Länderkunde, Leibert (2015).

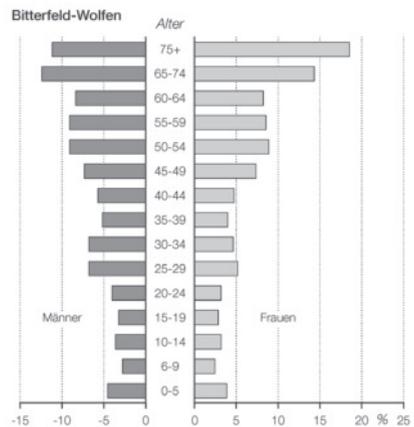
Folge der selektiven Abwanderung) zu rechnen ist. Eine demographische Stabilisierung Sachsens-Anhalts ist unter diesen Rahmenbedingungen kaum zu erwarten. Abbildungen 3 und 4 verdeutlichen das Ausmaß der Alterung am

Beispiel der Bevölkerungspyramiden zweier Mittel- (Bitterfeld-Wolfen; Zeitz) und Grundzentren (Hettstedt und Hohenmölsen). In allen Städten ist etwa jeder zweite Mann über 50, bei den Frauen liegt der Bevölkerungsanteil der über 50-Jährigen um die 60 %. Der Anteil der unter 15-Jährigen liegt dagegen bei den Jungen knapp über, bei den Mädchen knapp unter 10 %. Aus diesen Zahlen, insbesondere der Tatsache, dass etwa jede fünfte Einwohnerin der genannten Städte über 75 Jahre alt ist, lässt sich unschwer ableiten, dass kurz- und mittelfristig mit weiteren starken Bevölkerungsverlusten zu rechnen ist, sofern es nicht gelingt, Zuwanderer aus dem In- und Ausland anzuziehen.

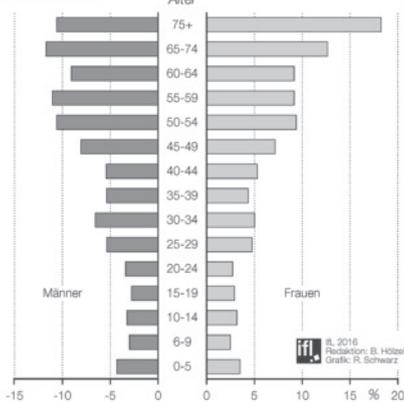
Alterspyramiden ausgewählter Kleinstädte 2014



Alterspyramiden ausgewählter Mittelstädte 2014



Hohenmölsen



Zeitz

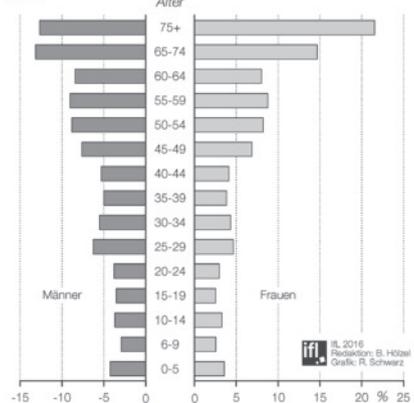


Abb. 3 und 4: Alterspyramiden ausgewählter Mittelstädte in Sachsen-Anhalt (2014). Quelle: Leibniz-Institut für Länderkunde, Leibert (2016).

Typ 5 wird von Gemeinden mit unterdurchschnittlichen Alten- und Jugendquotienten gebildet und weist folglich einen besonders hohen Bevölkerungsanteil der Erwerbsbevölkerung auf. In Sachsen-Anhalt gehören vorrangig kleinere Gemeinden im Nordwesten zu Typ 5. Dabei handelt es sich um Orte, in denen der hohe Anteil der Einwohner zwischen 15 und 65 auf eine zu DDR-Zeiten junge Bevölkerungsstruktur (niedriger Altenquotient) zurückzuführen ist. In den Typ 5-Gemeinden kann man nichtsdestotrotz von einem dynamischen Alterungsprozess sprechen, der allerdings durch die Berechnungsweise des Altenquotienten verdeckt wird. In der Erwerbsbevölkerung sind die höheren Altersgruppen, also die 50- bis 65-Jährigen besonders stark vertreten. Darin ist auch die Erklärung für den niedrigen Jugendquotienten zu sehen: Die Bevölkerungsstruktur wird von Altersgruppen dominiert, deren Kinder schon das Elternhaus verlassen haben und zumeist auch aus der Heimatregion abgewandert sind. Dass die Zahl der zu Typ 5 gehörenden Gemeinden bei den Männern deutlich höher ist als bei den Frauen, ist ebenfalls auf Wanderungsströme, in diesem Fall auf die bis in die jüngste Zeit stark ausgeprägte Geschlechtsselektivität der Abwanderung der unter 30-Jährigen, zurückzuführen.^{48,49}

Selektive Wanderungen als Hauptursache von Alterung und Schrumpfung

Die Wahrscheinlichkeit sowie die Ziel- und Quellgebiete der Binnenwanderung sind stark vom Alter abhängig. Die 18- bis unter 25-Jährigen stellen dabei die mobilste Altersgruppe dar. In dieser Lebensphase beziehen viele junge Erwachsene eine Wohnung am Studien- oder Ausbildungsort und/oder ziehen erstmals mit einer Partnerin oder einem Partner zusammen. Ländliche Räume sind in dieser Altersgruppe tendenziell Quellgebiete der Wanderungen, während Universitäts- oder Hochschulstädte sowie Städte, in denen Großunternehmen viele überregional nachgefragte Ausbildungsplätze anbieten, die Hauptzielgebiete der Wanderung sind.

Von besonderer Bedeutung für das Wanderungsgeschehen sind die Mobilitätspläne der jungen Erwachsenen, insbesondere der Schulabgänger. Im Folgenden sollen beispielhaft die Wanderungsbereitschaft und die Mobilitätspläne

48 Tim Leibert, »She leaves, he stays? Sex-selective migration in rural East Germany«, in *Journal of Rural Studies* 43 (2016), S. 267–279, hier S. 273–275.

49 Stephan Kühntopf und Susanne Stedtfeld, *Abschlussbericht: Wenige junge Frauen im ländlichen Raum: Ursachen und Folgen der selektiven Abwanderung in Ostdeutschland*, Wiesbaden 2012, hier S. 20.

von Schülerinnen und Schülern kurz vor dem Schulabschluss betrachtet werden, um herauszuarbeiten, warum so viele junge Frauen und Männer Sachsen-Anhalt verlassen. Für eine detailliertere Analyse der Wandermuster in ländlichen Räumen Sachsen-Anhalts sei auf die Veröffentlichungen zum EU-finanzierten Forschungsprojekt SEMIGRA (Selective Migration and Unbalanced Sex Ratio in Rural Regions) verwiesen.^{50,51,52}

Eine große Mehrheit der Jugendlichen in den strukturschwachen ländlichen Regionen Sachsen-Anhalts ist sehr skeptisch, was die allgemeine wirtschaftliche und soziale Entwicklung der ländlichen Räume angeht.⁵³ Auch ihre individuellen Zukunftsperspektiven in der Heimatregion schätzen sie als eher gering ein. Vor diesem Hintergrund ist eine weit verbreitete Mobilitätsbereitschaft festzustellen, die allerdings nach Geschlecht und Schulart unterschiedlich stark ausgeprägt ist.⁵⁴ Die anvisierten Wanderungsziele sind sehr divers. Neben westdeutschen Regionen werden auch ostdeutsche Großstädte, vor allem Berlin und Leipzig, häufig auch Magdeburg, seltener dagegen Halle (Saale) genannt. Ein Teil der befragten Schülerinnen und Schüler plant einen Umzug in landschaftlich attraktive ländliche Räume in anderen ostdeutschen Bundesländern, etwa an die Ostseeküste. Die Jugendlichen werden von ihren Eltern, Freunden und Lehrern in der Regel in ihrer Abwanderungsentscheidung bestärkt.^{55,56} Vielfach lässt sich sogar eine ›Abwanderungskultur‹ feststel-

50 Ebd.; Leibert, Abwanderung (Fn. 31).

51 Leibert und Wiest, Final Report (Fn. 36).

52 Karin Wiest, »Migration and everyday discourses: Peripheralisation in Rural Saxony-Anhalt from a gender perspective«, in *Journal of Rural Studies* 43 (2016), S. 280–290, hier S. 285.

53 Sonderauswertung der Datenbank der 2011 in den Landkreisen Altmark-Salzwedel, Anhalt-Bitterfeld, Harz, Mansfeld-Südharz, Stendal und Wittenberg mit Schülern der Klassenstufen 10 und 11 an insgesamt 18 Sekundarschulen und Gymnasien durchgeführten SEMIGRA-Schülerbefragung (n=499). Zu näheren Informationen zur Schülerbefragung siehe Leibert und Wiest, Final Report (Fn. 36), S. 49. Die Einschätzungen und Mobilitätspläne der in Dessau-Roßlau, Halle (Saale) und Magdeburg bzw. den jeweiligen Umlandgemeinden lebenden Schülerinnen und Schüler dürften von den dargestellten Mustern abweichen.

54 Wiest, Migration (Fn. 52), S. 285; vgl. auch Kim Philip Schumacher und Alexander Kunz, »Gendered Rural Labour Markets and Intent to Migrate – A Case Study in Northwestern Germany«, in Karin Wiest (Hg.), *Women and Migration in Rural Europe: Labour Markets, Policies and Representations*, Basingstoke 2016, S. 109–130, die für eine ländlich-periphere Region in Niedersachsen zu ähnlichen Ergebnissen kommen.

55 Karin Wiest und Tim Leibert, »Wandermuster junger Frauen im ländlichen Sachsen-Anhalt – Implikationen für zielgruppenorientierte Regionalentwicklungsstrategien«, in *Raumforschung und Raumordnung* 71/6 (2013), S. 455–469, hier S. 463.

56 Leibert, Abwanderung (Fn. 31), S. 39.

len: Ein Bleiben wird nicht ernsthaft in Erwägung gezogen, da ein Verbleib in der Heimatregion mit der Gefahr einer wirtschaftlichen und sozialen Marginalisierung verbunden wird. Daher suchen auch viele Jugendliche nicht vor Ort nach Arbeits- und Ausbildungsplätzen.⁵⁷

Als größte Probleme in ihren Heimatorten identifizieren die Jugendliche folgende Punkte:

- Das Themenfeld Arbeit, Ausbildung, Karriere und Gehalt wird als der entscheidende Standortnachteil wahrgenommen. Dabei steht nicht unbedingt der quantitative Mangel an Arbeits- und Ausbildungsplätzen im Vordergrund, sondern qualitative Aspekte wie die Branchenstruktur, Karrierechancen und insbesondere das geringe Lohnniveau in Sachsen-Anhalt.
- Infrastrukturelle Mängel, etwa bei Freizeit- und Einkaufsmöglichkeiten oder das als defizitär wahrgenommene ÖPNV-Angebot und fehlender Zugang zu schnellem Internet senken für viele Jugendliche die Attraktivität ihres Heimatortes und ihre persönliche Lebensqualität. Dabei wird auch der Vorwurf geäußert, die Kommunalpolitik kümmere sich nicht um die Belange von Kindern und Jugendlichen.
- Soziale Probleme, etwa ein fehlender gesellschaftlicher Zusammenhalt im Heimatort oder Alkoholismus, sowie die Alterung werden ebenfalls als die Lebensqualität senkende Charakteristika der ländlichen Heimatgemeinden genannt. Für viele Jugendliche sind auch die weiten Wege zu ihren Freunden ein wichtiges Problemfeld.

Diesen ›Push-Faktoren‹, die tendenziell eine Abwanderung fördern, stehen Haltefaktoren gegenüber. Positiv bewerten die Jugendlichen die soziale Verbundenheit in ihren Heimatorten, das naturnahe, sichere und beschauliche ländliche Leben sowie lokale Traditionen und kulturelle Veranstaltungen. Die Bewertung und Bedeutung der abwanderungsfördernden und abwanderungshemmenden Faktoren kann sich – je nach individuellen Vorlieben und Lebensplanungen – für die gleiche Gemeinde deutlich unterscheiden. Jugendliche, die über eine Vereinsmitgliedschaft in die lokale Zivilgesellschaft eingebunden sind, bewerten den sozialen Zusammenhalt in ihrem Heimatort anders als diejenigen, die vor Ort weniger verwurzelt sind. Auch die Bewertung der wirtschaftlichen Perspektiven wird stark von den individuellen Berufswünschen geprägt. Man wird daher nie alle Jugendlichen zum Bleiben bewegen können, egal wie gut die Lebensbedingungen und die Lage auf dem Arbeitsmarkt sind. Über die sachsen-anhaltische bzw. ostdeutsche Situation hinaus zeichnet sich

⁵⁷ Leibert, Abwanderung (Fn. 31), S. 38–41.

ab, dass sich auch in wirtschaftsstarken ländlichen Regionen, etwa in Süddeutschland, viele Jugendliche vor dem Schulabschluss mit Wegzugsgedanken tragen. Auch in den alten Bundesländern sind es vor allem die jungen Frauen, die über einen Wegzug aus dem ländlichen Raum nachdenken.⁵⁸

Über die oben schon angesprochenen Wechselwirkungen von Abwanderung, Alterung und Schrumpfung hinaus hat die räumliche Bevölkerungsentwicklung noch eine weitere Dimension: Abwanderung kann als eine »Abstimmung mit den Füßen« über die wahrgenommene Zukunftsfähigkeit einer Region interpretiert werden.⁵⁹ Abwanderung wird folglich in Modellen der Regionalentwicklung in Schrumpfungsregionen als eine unmittelbare Konsequenz des Mangels an Arbeitsplätzen bzw. der Schließung örtlicher Unternehmen eingeordnet.^{60,61} Die oben angesprochene Abwanderungskultur ergibt sich auch daraus, dass junge Menschen im ländlichen Raum in der Gewissheit aufwachsen, dass »all of the pathways to success that are understood to be strategic and/or successful are premised on pathways that lead [them] out of their rural homes and communities«.⁶² Die Fundamente für eine spätere Abwanderung werden schon früh im Lebenslauf gelegt. Auch in Hinblick auf die soziale Kohäsion ländlicher Räume wird Abwanderung in der Literatur als eine zentrale Problemlage eingestuft. Hier sei etwa darauf verwiesen, dass sich »abwärtsdriftende« ländliche Räume mit erheblichen gesellschaftlichen Desintegrationsproblemen und ausgeprägter alters- und geschlechtsselektiver Abwanderung durch ein überdurchschnittliches Niveau der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit auszeichnen: »Je größer die Abwanderung, desto feindseliger wird das Klima«.⁶³ Auf der anderen Seite sollte die Abwanderung

58 Heinrich Becker und Andrea Moser, *Jugend in ländlichen Räumen zwischen Bleiben und Abwandern – Lebenssituation und Zukunftspläne von Jugendlichen in sechs Regionen in Deutschland*, Braunschweig 2013, hier S. 92–94.

59 Matthias Bernt und Heike Liebmann, »Zwischenbilanz: Ergebnisse und Schlussfolgerungen des Forschungsprojekts«, in dies. (Hg.), *Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit? Deutsche Mittelstädte und ihr Umgang mit Peripherisierungsprozessen*, Wiesbaden 2013, S. 218–231, hier S. 219–220.

60 Paul L. Knox und Heike Mayer, *Kleinstädte und Nachhaltigkeit. Konzepte für Wirtschaft, Umwelt und soziales Leben*, Basel/Boston/Berlin 2009, hier S. 162; Gerlind Weber und Tatjana Fischer, *Gehen oder Bleiben? Die Motive des Wanderungs- und Bleibeverhaltens junger Frauen im ländlichen Raum der Steiermark und die daraus resultierenden Handlungsoptionen im Rahmen der Lokalen Agenda 21-Prozesse*, Wien 2010, hier S. 91.

61 Weber und Fischer, *Gehen oder Bleiben?* (Fn. 60).

62 Dianne Looker und Ted Naylor, »At risk« of being rural? The experience of rural youth in a risk society«, in *Journal of rural and community development* 4/2 (2009), S. 39–64, hier S. 54.

63 Wilhelm Heitmeyer, »Rechtsextremismus im ländlichen Raum«, in Frieder

aber nicht eindimensional ausschließlich als Bedrohung für ländliche Räume eingestuft werden. Sofern zu einem späteren Zeitpunkt eine Rückwanderung erfolgt, ist der Wegzug junger Menschen häufig sogar die Voraussetzung für eine wirtschaftliche Regeneration ländlicher Räume, da die dafür nötigen Qualifikationen mangels geeigneter tertiärer Bildungseinrichtungen anderswo erworben werden müssen.⁶⁴ Die große Zahl von Weltmarktführern, die ihren Sitz in ländlichen Regionen haben, zeigt, dass ›die Fläche‹ in Deutschland nicht nur für verlängerte Werkbänke, sondern auch für High-Tech und Innovation stehen kann.⁶⁵ Leider ist Sachsen-Anhalt unabhängig von der Raumkategorie ein ›weißer Fleck‹ auf der Deutschlandkarte der Weltmarktführer.⁶⁶ Zusammenfassend bleibt festzuhalten, dass eine nachhaltige Verbesserung der wirtschaftlichen Situation die Grundvoraussetzung für eine günstigere Wanderungsbilanz darstellt. Abwanderung ist gleichzeitig auch ein Teilprozess der sozioökonomischen Peripherisierung, die eine Abkopplung von den Zentren wirtschaftlicher und politischer Macht, ein Zurückfallen gegenüber den Innovationszentren und ein negatives Fremd- und Selbstbild umfasst.⁶⁷ Um die Abwanderung zu reduzieren, reicht eine wirtschaftliche Erholung unter Umständen nicht aus, solange eine Region als ›verlängerte Werkbank‹ oder ein Ort mit geringer Lebensqualität angesehen wird.

Räume mit besonderem demographischen Handlungsbedarf

Da sich das Leitziel der Landesregierung, in allen Teilräumen Sachsen-Anhalts gleichwertige und gesunde Lebens- und Arbeitsbedingungen unter Berücksichtigung der Prinzipien der Nachhaltigkeit und der Generationengerechtigkeit zu

Dünkel, Michale Herbst und Thomas Schlegel (Hg.), *Think Rural! Dynamiken des Wandels in peripheren ländlichen Räumen und ihre Implikationen für die Daseinsvorsorge*, Wiesbaden 2014, S. 131–146, hier S. 140.

64 Aileen Stockdale, »Migration: Pre-requisite for rural economic regeneration«, in *Journal of Rural Studies* 22/3 (2006), S. 354–366.

65 Ulrich Ermann, Thilo Lang und Marcel Megerle, »Weltmarktführer abseits der Agglomerationsräume«, in *Nationalatlas Aktuell* 6 (10/2012) 11, http://aktuell.nationalatlas.de/weltmarktfuehrer-11_10-2012-0-html/ (15.7.2016).

66 Ebd., Karte 1.

67 Manfred Kühn und Sabine Weck, »Peripherisierung – ein Erklärungsansatz zur Entstehung von Peripherien«, in Bernt und Liebmann, *Peripherisierung, Stigmatisierung, Abhängigkeit?* (Fn. 59), S. 24–46, hier S. 29–46.

erreichen und zu sichern,⁶⁸ nur mit leistungsfähigen und tragfähigen zentralen Orten erreichen lässt, kommt der demographischen Stabilisierung der Grund-, Mittel- und Oberzentren eine entscheidende Bedeutung für die territoriale, gesellschaftliche und wirtschaftliche Kohäsion des Landes zu. Im Folgenden soll daher der Frage nachgegangen werden, wie die Raummuster der oben angesprochenen wichtigsten demographischen Problemlagen – Schrumpfung, ungünstige Altersstruktur, Abwanderung junger Erwachsener und durch selektive Abwanderung geschwächtes Reproduktionspotential – in Sachsen-Anhalt aussehen und ob die zentralen Orte in diesem Zusammenhang schlechter oder besser aufgestellt sind als Gemeinden ohne zentralörtliche Bedeutung.

Wie eingangs erwähnt liegt die zusammengefasste Geburtenrate in Sachsen-Anhalt mittlerweile über dem Bundesdurchschnitt; durch die starke Geschlechtsselektivität der Abwanderung in der Vergangenheit hat sich allerdings im Land insbesondere in ländlichen Räumen ein zum Teil erheblicher ›Frauenmangel‹ in den jüngeren Altersgruppen herausgebildet.⁶⁹ Aus diesem Grund wird für die Synthese der demographischen Problemlagen statt der Geburtenziffer das lokale Reproduktionspotential, also der Anteil der Frauen in der geburtenstärksten Altersgruppe 20–39 an allen Frauen der Raumeinheit verwendet. In der folgenden Tabelle (Abb. 5) sind die Mittelwerte ausgewählter Indikatoren für die genannten Problemlagen für die zum jeweiligen Gemeindetyp⁷⁰ zählenden Kommunen aufgeführt. Dabei wird deutlich, dass die Großstädte über alle betrachteten Indikatoren die günstigsten Werte aufweisen. Suburbia steht bei der natürlichen Bevölkerungsentwicklung relativ gut da, ist aber in hohem Maße von der Abwanderung junger Erwachsener betroffen. Bei den Grund- und Mittelzentren fallen insbesondere die starke Alterung und – damit zusammenhängend – die hohe Sterberate auf.

68 Margrit Paepke, »Der Landesentwicklungsplan für Sachsen-Anhalt – Leitbild der Raumordnung für das Land«, in *Flächenmanagement und Bodenordnung* 3 (2013), S. 97–105, hier S. 97.

69 Leibert, Sex-selective migration (Fn. 48), S. 268.

70 Mittelzentren gemäß Landesentwicklungsplan, vgl. Paepke, Landesentwicklungsplan (Fn. 68), S. 97. Als Grundzentren werden hier Gardelegen, Genthin, Havelberg und Jessen (Grundzentren mit Teilfunktion eines Mittelzentrums) sowie Blankenburg (Harz), Gräfenhainichen, Hettstedt, Hohenmölsen, Klötze, Osterburg (Altmark), Querfurt, Wanzleben-Börde und Wolmirstedt (Grundzentren mit besonderer Bedeutung für die Versorgung im ländlichen Raum) bezeichnet. Als suburbane Gemeinden sind die an Halle (Saale) und Magdeburg angrenzenden (inkl. Niedere Börde) definiert, sofern es sich nicht um ein Grund- oder Mittelzentrum handelt. Aufgrund einer Teilausgliederung konnten bei den Indikatoren, die sich auf den Zeitraum 2011–2014 beziehen, das Mittelzentrum Quedlinburg und die Einheitsgemeinde Ballenstedt nicht berücksichtigt werden.

Tab. 1: Mittelwerte ausgewählter Indikatoren.

	Schrumpfung	Natürliche Bevölkerungsentwicklung		Wanderungsbilanz der 18–24-Jährigen pro 1000 Einwohner		Alterung	Reproduktionspotential
		Bevölkerungsentwicklung 2011–2014 in %	Geburten pro 1000 Einw. (Mittel 2011–2014)	Todesfälle pro 1000 Einw. (Mittel 2011–2014)	Frauen		
Halle (Saale) und Magdeburg	1,2	9,1	12,2	82,6	97,3	23,8	26,0
Dessau-Roßlau und Mittelzentren	-2,2	7,4	14,9	-2,4	27,1	26,8	18,4
Grundzentren	-2,8	7,0	14,1	-10,9	-23,6	25,2	17,4
Suburbane Gemeinden	-1,5	7,5	10,7	-79,8	-69,2	21,2	18,4
Übrige Gemeinden	-3,1	6,7	13,6	-55,1	-34,6	24,5	16,9
<i>Einheitsgemeinden</i>	-3,1	6,6	13,9	-50,4	-34,8	24,9	16,8
<i>Verbandsgemeinden</i>	-3,0	6,8	13,0	-66,4	-33,9	23,6	17,2

In Abbildung 5 ist dargestellt, in welchen Kommunen die genannten vier Problemlagen im Zeitraum 2011–2013 besonders drückend waren. Eine ausgeprägte Problemlage ist in der Abbildung bei Reproduktionspotential und Überalterung durch eine Abweichung von mindestens 20 % vom Bundesmittel definiert, die Grenzwerte für die beiden anderen Indikatoren wurden jeweils vor dem Hintergrund der Entwicklungstrends in ländlichen Räumen gewählt. Grundsätzlich wird von einer Problemlage gesprochen, wenn die Trends bei Abwanderung, Alterung, Schrumpfung und Reproduktionspotential deutlich negativer sind als in der jeweiligen Vergleichsregion. Das bedeutet, dass das Gros der Gemeinden ohne ausgeprägte demographische Problemlage nur im sachsen-anhaltischen Vergleich eine relativ unproblematische Bevölkerungsentwicklung aufweist. Im Vergleich zu Kommunen in anderen Bundesländern sind die demographischen Trends auch in den meisten dieser Städte und Gemeinden als ungünstig zu bewerten.

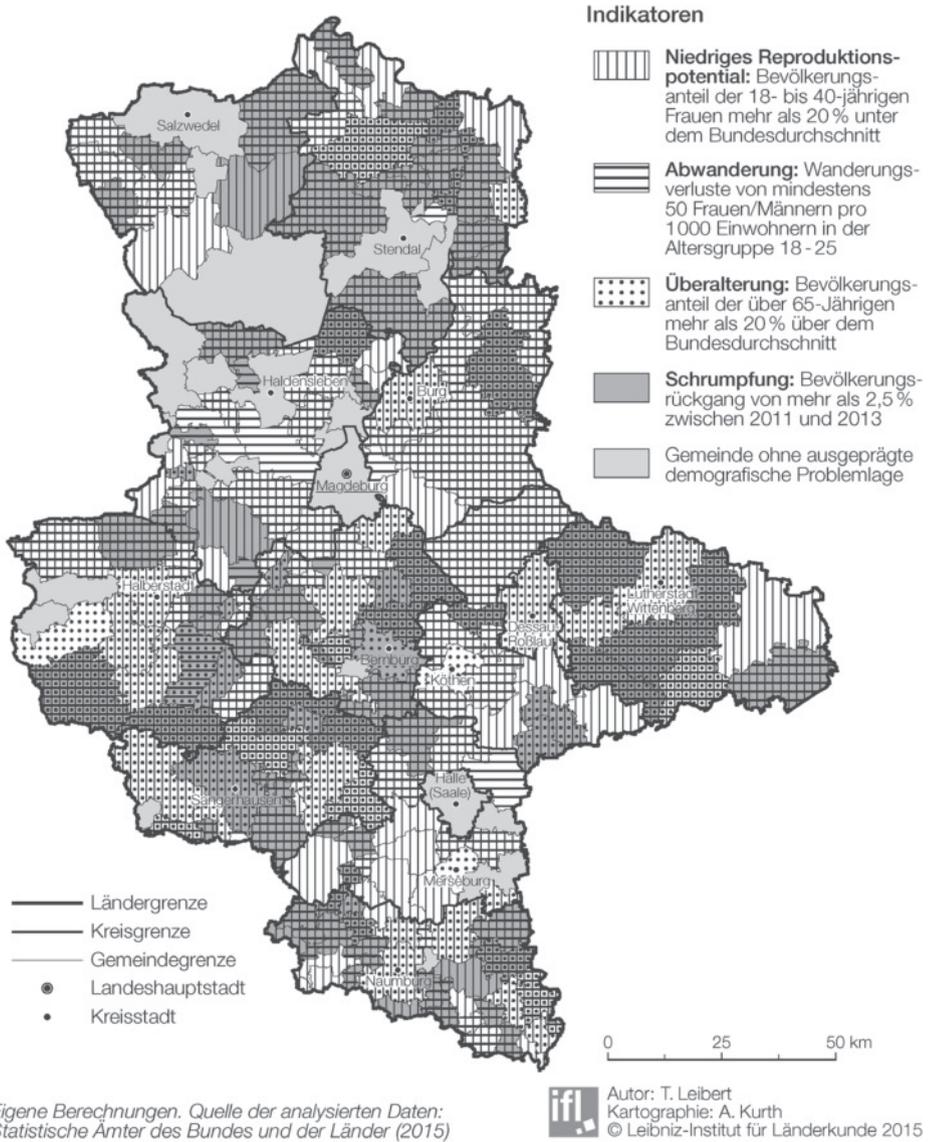


Abb.5: Synthese demografischer Problemlagen nach Gemeinden in Sachsen-Anhalt. Quelle: Leibniz-Institut für Länderkunde, Leibert (2015).

Auch die Karte belegt die Konzentration von demographischen Problemlagen in Gemeinden ohne zentralörtliche Funktionen. Deutlich wird aber auch, dass die in der Tabelle 1 verwendete Typisierung zu vereinfachend ist. Gerade bei den kleinen Gemeinden ergibt sich ein uneinheitliches Bild. Hier spielen auch die wirtschaftliche Lage und die Infrastrukturausstattung eine wichtige Rolle. Tendenziell stellt sich die demographische Situation in Regionen mit ausgeprägten wirtschaftlichen und sozialen Problemen, etwa im Kreis Mansfeld-Südharz, ungünstiger dar als in Regionen mit für sachsen-anhaltische Verhältnisse günstigen Entwicklungstrends, etwa im Bördekreis, wo sich die Einzugsgebiete der Oberzentren Braunschweig, Magdeburg und Wolfsburg überschneiden. Die Großstädte Halle (Saale) und Magdeburg sowie die Grund- und Mittelzentren sind in der Regel in geringerem Maß von ausgeprägten demographischen Problemlagen betroffen als die übrigen Städte und Gemeinden. Halle (Saale) und Magdeburg sowie Stendal können im betrachteten Zeitraum als Kommunen eingestuft werden, die zwar vor demographischen Herausforderungen stehen – insbesondere in Hinblick auf die ›überalterte‹ und ›unterjüngte‹ Altersstruktur (Abb. 2) – aber im Landesvergleich demographisch relativ gut aufgestellt sind. Zu den ›Gemeinden ohne ausgeprägte demographische Problemlagen‹ gehören ferner die Kreisstädte Haldensleben und Salzwedel sowie Gardelegen. In den genannten Städten ist der demographische Handlungsdruck noch überschaubar. Vorrangig sind Maßnahmen zum seniorengerechten Umbau der technischen und sozialen Infrastruktur. Ein Hauptziel der Regionalpolitik muss sein, die Attraktivität für Ausbildungswanderer zu erhalten und auszubauen, Maßnahmen zur Begrenzung der Abwanderung der Familienwanderer zu entwickeln und umzusetzen und die Lebensqualität von Familien zu steigern. Die meisten zentralen Orte sind jedoch von mindestens einer demographischen Problemlage betroffen, in der Regel ist diese Problemlage die Alterung. Vor diesem Hintergrund ist mittel-, wenn nicht sogar kurzfristig eine weitere Schrumpfung der sachsen-anhaltischen Grund- und Mittelzentren zu erwarten. Durch die sogenannte Flüchtlingskrise und die wirtschaftlichen Probleme in anderen EU-Staaten sind seit 2011 im Vergleich zum Zeitraum 1995–2010 deutlich mehr internationale Wanderer in die Bundesrepublik gekommen.⁷¹ Nur die Zukunft wird zeigen, wie viele der über Quoten auf die Gemeinden Sachsen-Anhalts aufgeteilten Migrantinnen und Migranten sich dort dauerhaft niederlassen. Es zu befürchten, dass die aktuell zu beobachtende Abschwächung der Schrumpfung weitgehend von Personen ohne Bleibewille und/oder -perspektive getragen wird und damit als nicht nachhaltig einzustufen ist.

71 Wolff und Leibert, Räumuster (Fn. 11), Grafik 1.

Schlussbetrachtung: Was ist zu tun?

Die Bevölkerungsentwicklung wird in hohem Maße von der Bevölkerungsstruktur beeinflusst, die wiederum – zumindest kurzfristig – nur schwer durch politische Maßnahmen gesteuert werden kann. Vor diesem Hintergrund ist es notwendig, Schrumpfung und Alterung als gegeben anzusehen und aktiv, vorausschauend und unter Einbeziehung der Bevölkerung und der Wirtschaft innovative Strategien zur Sicherung der Daseinsvorsorge und zum barrierefreien Umbau des Landes zu entwickeln. Angesichts der oben dargestellten Trends der Bevölkerungsentwicklung erscheint es sinnvoll, zur Umsetzung des grundgesetzlichen Auftrags der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse im Bundesgebiet durch die Garantie einer Grundversorgung mit Infrastrukturen und Dienstleistungen der Daseinsvorsorge⁷² im ländlichen Raum und in den Stadtregionen Halle (Saale) und Magdeburg unterschiedliche Strategien zu prüfen. Im ländlichen Raum sollte die Gemeinde der Ort sein, an dem Anpassungsmaßnahmen entwickelt und von den Bürgern durch Wahlen und Abstimmungen legitimiert werden. Dafür unbedingt notwendig wäre eine verbesserte Finanzierung der Städte und Gemeinden⁷³ sowie eine Vergrößerung der kommunalen Entscheidungsspielräume, damit vor Ort alternative Strategien zur Sicherung der Daseinsvorsorge entwickelt und umgesetzt werden können.⁷⁴ Eine besonders wichtige Rolle kommt der Verkehrsinfrastruktur und dem öffentlichen Nahverkehr zu, da ein Ausdünnen des Infrastrukturangebots von den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern durch eine erhöhte Mobilität kompensiert werden muss.^{75,76} Oberstes Ziel der Landespolitik sollte sein, durch eine gezielte Förderung von Halle (Saale) und Magdeburg die »Schrittmacherfunktion [der Oberzentren] für die Entwicklung des gesamten Landes«⁷⁷ zu unterstützen. Angesichts der äußerst ungünstigen demographischen Entwicklung von Dessau-Roßlau sind besondere Anstrengungen zur Sicherung der oberzentralen Funktionen angezeigt. Auch in einigen Mittel- und Grundzentren wären entsprechende Anstrengungen wünschenswert. Die in diesem Beitrag

72 Köhler, Sicherung (Fn. 8), S. 124.

73 Bernt und Liebmann, Zwischenbilanz (Fn. 59).

74 Reiner Klingholz, »Vielfalt statt Gleichwertigkeit – Die Regionalpolitik braucht eine neue Zielsetzung«, in *Informationen zur Raumentwicklung* 1 (2015), S. 23–27, hier S. 25–26.

75 Jutta Günther u. a., »Demographische Abwärtsspirale durch ein Ausdünnen sozialer Infrastrukturen?«, in Peer Pasternack und Isabell Maue (Hg.), *Lebensqualität entwickeln in schrumpfenden Regionen*, Lutherstadt Wittenberg 2013, S. 45–47.

76 Köhler, Sicherung (Fn. 8), S. 124.

77 Paepke, Landesentwicklungsplan (Fn. 58), S. 98.

diskutierten demographischen Trends sprechen dafür, dass Sachsen-Anhalt auch in Zukunft das ›Labor des demographischen Wandels‹ bleiben wird. Trotz einiger positiver Trends (deren Dauerhaftigkeit sich erst noch erweisen muss), etwa der steigenden Geburtenraten oder der rückläufigen Abwanderung junger Menschen, ist angesichts der ungünstigen Altersstruktur derzeit kein Licht am Ende des Tunnels erkennbar.

Ökonomische Rahmenbedingungen in Klein- und Mittelstädten – Chancen und Grenzen der Stadtentwicklung

1. Motivation

Stadtentwicklung – eine Aufgabe, vor der viele Klein- und Mittelstädte stehen –, beinhaltet unterschiedlichste Aufgabenfelder von einer eher kleinteiligen Stadterneuerung bis hin zur interkommunalen Zusammenarbeit in den verschiedensten Bereichen der Kommunen. In der Regel sind diesbezüglich finanzielle Mittelaufwendungen notwendig, die sich nicht zwingend aus der Maßnahme selbst refinanzieren lassen.

Die Kommunen stehen immer wieder vor der Herausforderung, ihr Handeln ökonomisch abzusichern. In Zeiten knapper kommunaler Kassen wird diese Anforderung zunehmend steigen. Die Kenntnis der Wertveränderungen ist insbesondere für die Kalkulation von unterschiedlichen Szenarien im Planungsstadium, aber auch z. B. für die Moderation des Lasten- und Vorteilsausgleichs im Stadtumbau wichtig. Damit erhöhen sich die Chancen für die Realisierung, da die Grenzen durch unrentable Kosten (Ausgaben größer als Einnahmen) transparent werden. Somit wird veranschaulicht, welche städtebaulichen Maßnahmen privatwirtschaftlich nicht zu finanzieren sind.

2. Bodenwerte

Stadtentwicklung ist zumeist auf investive Mittel angewiesen – sowohl im privaten als auch im öffentlichen Bereich. Egal, ob eine Baugebietsentwicklung erfolgt oder im Rahmen der Stadterneuerung im Bestand entwickelt wird. Die Refinanzierung erfolgt aus der Maßnahme. Private Investitionen refinanzieren sich aus dem Verkauf oder der Vermietung der Objekte. Aber auch die Schaffung öffentlicher Infrastrukturen, wie Erschließung, Folgekosten u. ä. werden per städtebaulichem Vertrag auf Developer bzw. Investoren übertragen und deren Finanzierung regelmäßig zu 100 % aus den Projekten realisiert. Während sich eine klassische Baugebietsentwicklung auf der ›Grünen Wiese‹ aus der Wertschöpfung der Flächenentwicklung finanzieren lässt, ist dies in der

Bestandsentwicklung nicht immer möglich. Speziell in Maßnahmen des besonderen Städtebaurechts, wie der städtebaulichen Sanierungsmaßnahme oder dem Stadtbau, werden zusätzlich staatliche Subventionen für den Ausgleich unrentabler Kosten benötigt.

Die Wertschöpfung aus der Baulandentwicklung ist in Abb. 1 dargestellt. Durch die Veränderung der Nutzbarkeit und der damit verbundenen höheren Qualität werden Wertsteigerungen erlangt.¹

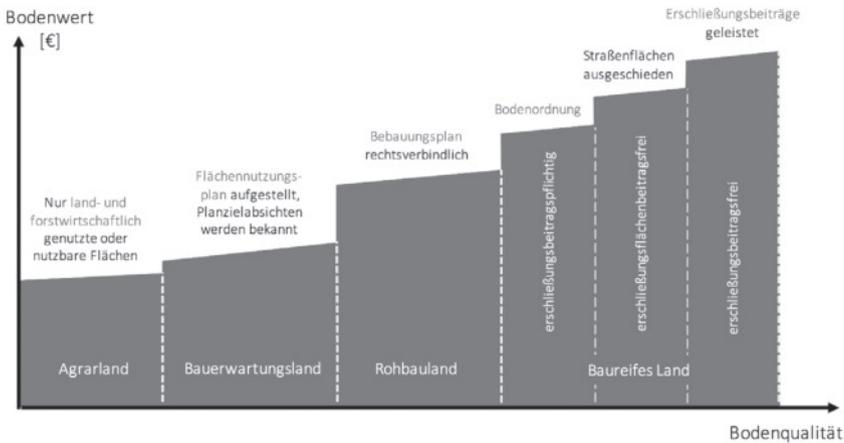


Abb. 1: Entwicklungsstufen des Baulands.²

Die Entwicklung in Deutschland ist allerdings heterogen: Während im Südwesten die Agglomerationen auf Wachstum ihrer Städte und damit verbunden insbesondere den Druck auf den Wohnungsmarkt reagieren müssen, gibt es viele andere Kommunen, die trotz der derzeitigen Zuwanderungen aus dem Ausland dem Bevölkerungsrückgang und Leerständen begegnen müssen.³ Die ökonomischen Rahmenbedingungen der deutschen Städte variieren stark. Während vor allem im Süden Deutschlands durch das hohe Bodenpreisniveau große Wertveränderungen durch eine Nutzungsänderung erreicht werden können, sind in vielen Regionen, bspw. in ländlichen Räumen, aber auch im Osten Deutschlands, die Bodenpreisniveaus eher gering (vgl. Abb. 2).

1 Nach Willi Bonczek, *Baugrundordnung und Stadtaufbau: Gezeigt am Beispiel Essen*, Essen 1957.

2 Ebd.

3 Alexandra Weitkamp, »Stadt, Land – Management: Aktuelle Herausforderungen und Entwicklungen im Kontext von Grund und Boden«, Vortrag anlässlich des Antrittskolloquiums, Technische Universität Dresden, 24.6.2015.

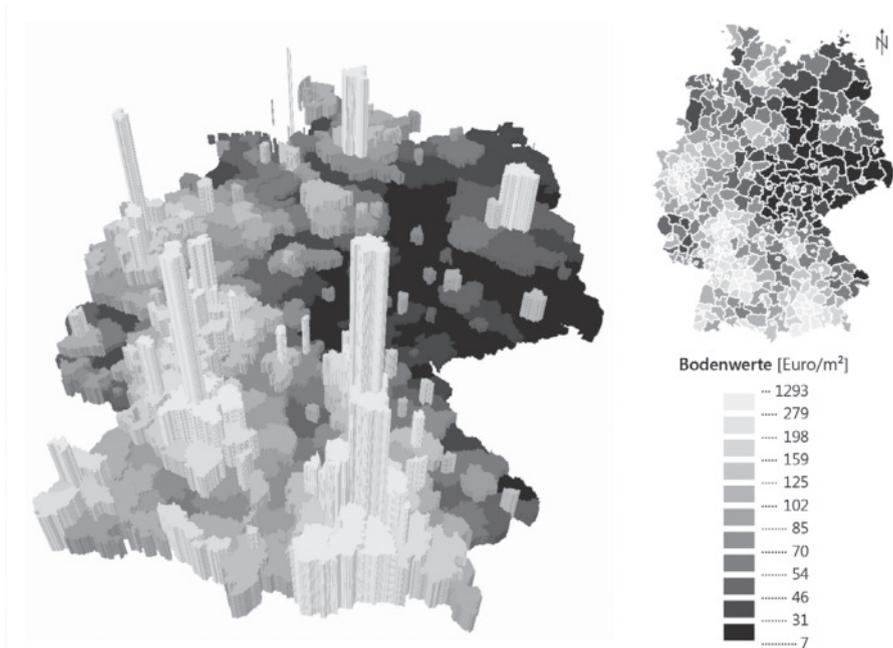


Abb.2: Baulandpreise in Deutschland. (Daten: BBSR 2016⁴ mit Stand 2012; Spanne: 7 – 1.300 EUR/m²).

Die Bodenwerte von werdendem Bauland liegen bei ca. 15–60%. Damit sind in hochpreisigen Regionen größere Wertschöpfungen möglich, aus denen die Entwicklung des Grund und Bodens finanziert werden kann.⁵ In diesen Regionen haben sich daher vielfach Baulandmodelle entwickelt, durch die sich – basierend auf einem Grundsatzbeschluss – Kosten und Verpflichtungen der Gemeinde auf den Developer überwälzen lassen.⁶ In niedrigpreisigen Regionen stellt sich hingegen eher die Frage, ob überhaupt die Erschließungskosten refinanzierbar sind: bei Bodenwerten von 50 EUR/m² oder gar weniger ist zu hinterfragen, wie Kosten in Höhe von 30–50 EUR/m² finanzierbar sind.

4 BBSR (Hg.), *INKAR online*, www.inkar.de, 2016.

5 Theo Gerardy u.a., *Praxis der Grundstücksbewertung*, Loseblattsammlung, München 2015.

6 Erwin Drixler u.a., »Kommunale Bodenpolitik und Baulandmodelle – Strategien für bezahlbaren Wohnraum? Eine vergleichende Analyse in deutschen Städten«, in DVW e. V. (Hg.), *DVW-Schriftenreihe* 76 (2014).

3. Kommunale Einnahmen und Ausgaben in der Stadtentwicklung

Mit der Siedlungsentwicklung sind für die Kommunen sowohl Einnahmen als auch Ausgaben verbunden. Werden neue Baugebiete entwickelt, so können Kommunen u. a. von hinzukommenden Einkommensteuererlösen profitieren. Sie erhalten spezielle Zuweisungen, z. B. für Grundschulen oder Kindertageseinrichtungen. Auch mit weiteren Steuereinnahmen kann gerechnet werden: Im Falle der Gewerbeentwicklung umfassen diese die Gewerbesteuer und Anteile der Umsatzsteuer bzw. die Grundsteuer. Daneben profitiert die Kommune von den Grundstückserlösen, sofern sie selbst der Developer ist. Mit den neuen Baugebieten verbunden sind allerdings auch Ausgaben. Diese umfassen Umlagen, ggf. Kostenanteile (z. B. für die Erschließung), Planungskosten und zusätzliche investive Kosten sowie laufende Kosten für die soziale und technische Infrastruktur.

Speziell die Folgekosten für die Infrastrukturen werden bei der Ausweisung neuer Baugebiete vielfach nicht kalkuliert. Allerdings ist nur mit Kenntnis aller Kosten und Nutzen sowie der Kenntnis über die zeitliche Abfolge von Maßnahmen in der Entwicklung eine fundierte Planungsentscheidung möglich.

Im Kontext der Baulandentwicklung ist die Erschließungseffizienz (Kosten- und Flächenaufwand der Erschließung im Verhältnis zum Nettobauland) von Bedeutung. Drei Parameter stellen die Infrastrukturkosten:

- bauliche Dichte (Geschossflächenzahl, Wohnungsdichte),
- Anordnung der bebauten Flächen im Gemeindegebiet und
- Maß der Konzentration von Siedlungsflächen im regionalen Kontext.

Die Kosten der inneren Erschließung werden daneben durch Topografie, Art der Erschließungsnetze sowie Grundstückseinteilung beeinflusst.⁷

Hier gilt es, die Bevölkerungs- und Wirtschaftsentwicklung der Kommune korrekt abzuschätzen, da im Falle einer Unterauslastung insbesondere der technischen Infrastrukturen mit steigenden Pro-Kopf-Kosten, die sich auf die Eigentümer des Gebiets auswirken werden oder durch den Steuerzahler auszugleichen sind, zu rechnen ist.

Schrumpfbedingte Rückgänge der Einwohnerdichte führen zu Kostenremanenzen, da die Fixkosten der Infrastruktur nicht in dem Maße der

⁷ Thomas Preuß und Holger, »Kosten der Flächeninanspruchnahme«, in Stephanie Bock u. a. (Hg.), *Nachhaltiges Flächenmanagement – Ein Handbuch für die Praxis: Ergebnisse aus der REFINA-Forschung*, Berlin 2011, S. 313–318.

Schrumpfung reduzierbar sind und dementsprechend auf immer weniger Nutzer verteilt werden.⁸

Bei technischen Infrastrukturen ist mit langfristigen Folgekosten zu rechnen, da diese nur mit großem Aufwand an die demographische Entwicklung anpassungsfähig sind: Siedentop schätzt das Einsparpotential auf rund 30%. Die soziale Infrastruktur hingegen ist (technisch betrachtet) einfacher anpassungsfähig, aber politisch schwer umsetzbar (vgl. Thematik KiTa- und Schulschließungen). Das Einsparpotential schätzt Siedentop auf 20–25%.⁹

Für die Baulandentwicklung ist daher zu empfehlen, dass Kommunen sich kalkulatorischer Werkzeuge bedienen, die die Abschätzung der Kosten der Baugebietsentwicklung (Vollkostenrechnung durch die städtebauliche Kalkulation) einschließlich der Kalkulation der Folgekosten erlauben. Daneben ist es die Aufgabe der Kommune, im Vorfeld der Baugebietsentwicklung einen realistischen Bedarf zu prognostizieren, der im Kontext der Region verankert werden sollte.

Dennoch ist die Entwicklung von Baugebieten zumeist rein privatwirtschaftlich möglich. Die damit verbundenen Bodenwertsteigerungen erlauben zudem das Umwälzen von Kosten, die die Gemeinde zu tragen hat (Erschließungsbeiträge, investive Kosten für die Erweiterung von sozialen Infrastrukturen). Die Gemeinde muss allerdings die für sie entstehenden Folgekosten im Blick behalten: Eine Weitergabe dieser an den Developer wird in den seltensten Fällen vereinbart.

4. Wertveränderungen durch Stadtumbau

Neben wachsenden Städten befinden sich in Deutschland viele Region, die von Schrumpfung betroffen sind. Demographischer und wirtschaftlicher Strukturwandel führt zur Funktionsentleerung vieler Innenbereiche. Diese Städte und Regionen bedürfen daher des Umbaus.¹⁰ Der Stadtumbau hat das Ziel, die Kommune umfassend funktional an heutige Bedürfnisse und zukünftige Erfordernisse anzupassen. Je nach Gebietskulisse werden Quartiere modernisiert und aufgewertet oder aber es wird durch Rück- und Teilrückbau auf den geringer

8 Ebd.

9 Stefan Siedentop u. a., *Siedlungsentwicklung und Infrastrukturfolgekosten – Bilanzierung und Strategieentwicklung*, www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/BBSROnline/2002_2006/DL_ON032006.pdf (26.6.2017).

10 Theo Kötter, »Der Umbau der Städte als Prozess: Handlungsfelder, Strategien und Instrumente«, in *Flächenmanagement und Bodenordnung* 4 (2006), S. 175–183.

werdenden Bedarf für die Nutzung reagiert.¹¹ Dies erfolgt durch Aufwertung und Anpassung der weiter bestehenden Quartiere und durch Umnutzung bzw. Wiedernutzung nicht mehr zukunftsfähiger Stadtteile aber auch durch Abriss oder Teilrückbau von Baubestand. Die freigezogenen Flächen werden wieder- bzw. zwischengenutzt oder aber renaturiert. Insgesamt soll die Schrumpfung geordnet vollzogen werden, um Infrastrukturkosten einsparen zu können und nicht auf die »perforierte« Stadt reagieren zu müssen. Der Gemeinde stehen zur Steuerung sowohl hoheitliche als auch finanzielle Instrumente zur Verfügung – insbesondere förderlich sind hierbei die Städtebaufördermittel.¹² Insgesamt ist der Stadtumbau aber konsensual ausgerichtet: Im Vordergrund stehen vertragliche Einigungen – sowohl zwischen den Eigentümern zur Erarbeitung und Durchsetzung gemeinsamer Umbaukonzepte als auch zwischen den Gemeinden und den Eigentümern.¹³

Mit dem rückläufigen Bedarf verbunden ist ein (Boden-)Wertverlust, der ggf. durch den Stadtumbau gedämpft, stabilisiert und sogar aufgehoben werden kann. Diesbezüglich unterscheidet Dransfeld drei Szenarien (vgl. Abb. 3).

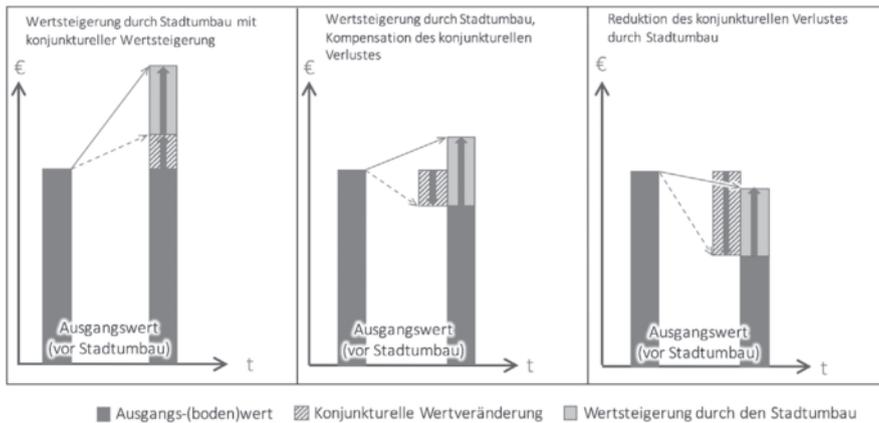


Abb. 3: Bodenwertveränderungen durch den Stadtumbau.¹⁴

11 Frank Friesecke, *Stadtumbau im Konsens!? – Zur Leistungsfähigkeit und Fortentwicklung des städtebaulichen Instrumentariums unter Schrumpfungsbedingungen*, Bonn 2008.

12 Weitkamp, Stadt, Land – Management (Fn. 3).

13 Werner Ernst u. a., *Baugesetzbuch Kommentar*, München 2013.

14 Egbert Dransfeld, *Grundstückswertermittlung im Stadtumbau: Verkehrswertermittlung bei Schrumpfung und Leerstand*, Bonn 2007 (= Forschungen / Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung 127), S. 29.

Es gelingt, durch den Stadtumbau eine Bodenwertsteigerung zu erzielen. Im ersten Szenario ist diese mit einer konjunkturellen Wertsteigerung verbunden. Für die Kommune stellt dieses Szenario sicherlich die beste Perspektive dar, da die Bodenwerte eine größtmögliche Wertsteigerung erfahren. Im zweiten Fall kann die durch den Stadtumbau bedingte Wertsteigerung den konjunkturellen Bodenwertverlust kompensieren. Die Bodenwerte werden stabilisiert. Im dritten Szenario wird der konjunkturelle Verlust durch die Bodenwertsteigerung des Stadtumbaus lediglich reduziert; es gelingt allerdings keine positive Entwicklung der Bodenwerte.¹⁵

Erschwerend kommt im Stadtumbau hinzu, dass der Lasten- und Vorteilsausgleich zwischen den Eigentümern konsensual geregelt ist. Im Fall des Abrisses trägt der Eigentümer die Kosten der Außerbetriebsetzung bzw. die Abrisskosten (ggf. höher als Grundstückswert) und verzichtet auf Mieteinnahmen bei rentierlicher Weiternutzung. Daneben hat er ggf. die Restschulden bzw. Hypotheken zu tragen und muss ggf. einen geringeren Bodenwert (durch Planänderung/Herabzonung oder im Fall des Szenario 3) hinnehmen. Allerdings verbessert sich die Liquidität, da der strukturelle Leerstand nicht umlagefähige Bewirtschaftungskosten erzeugt.¹⁶ Im Fall der Erhaltung trägt der Eigentümer die Kosten der Gebäudemodernisierung/ des Teilrückbaus, kann aber externe Mitnahmeeffekte für sich verbuchen wie Mietmehreinnahmen als Folge anderer Abrissmaßnahmen oder auch die Stabilisierung bzw. ggf. den Anstieg der Bodenwerte.

Diese Lasten und Vorteile sollen die Eigentümer im Stadtumbau konsensual ausgleichen, z. B. mit städtebaulichen Verträgen (Stadtumbauvertrag nach § 171 c BauGB¹⁷). Dies erweist sich immer wieder als schwierig, speziell wenn es mehrere Eigentümer betrifft. Interaktionen des Handelns beeinflussen oftmals eine sachliche Entscheidung.¹⁸

Stadtumbau lässt sich in der Regel daher nicht rein privatwirtschaftlich finanzieren: Es fehlen Bodenwertsteigerungen, die die Kosten ausgleichen. Den Eigentümern würden unrentable Kosten entstehen, sodass sie nicht motiviert werden, den Stadtumbau eigenständig zu finanzieren. Es bedarf regelmäßig der Unterstützung durch Fördermittel (Städtebauförderung).

15 Ebd.

16 Theo Kötter, »Stadtumbau – Handlungsfelder, Strategien und Instrumente«, in DVW e. V. (Hg.), *DVW-Schriftenreihe* 52 (2007), S. 23–46.

17 Baugesetzbuch in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 31.7.2009 (BGBl. I S. 2585).

18 Anja Jeschke, Alexandra Weitkamp und Tine Köhler, »Akteure im Landmanagement – Ein Ansatz zur spieltheoretischen Modellierung«, in *AVN Allgemeine Vermessungsnachrichten* 02 (2016), S. 39–49.

5. Fazit

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass sich Planung und Realisierung von Stadtentwicklungsprojekten auf Bodenwerte auswirken. Die Folgekosten einer Entwicklung sind abhängig von der baulichen Dichte (Geschossflächenzahl, Wohnungsdichte), der Anordnung der bebauten Flächen innerhalb des Gemeindegebiets und dem Maß der Konzentration von Siedlungsflächen in regionalem Maßstab. Im Stadtumbau können Bodenwerte oft nur stabilisiert bzw. die konjunkturelle Wertminderung verringert werden.

Daher bedarf es Kenntnis hinsichtlich der Wertveränderungen. Dies ist insbesondere für die Kalkulation von unterschiedlichen Szenarien im Planungsstadium notwendig. Aber auch Anderes, z. B. die Moderation des Lasten- und Vorteilsausgleichs ist wichtig, denn damit erhöhen sich die Chancen für die Realisierung. Grenzen sind dem Stadtumbau durch unrentable Kosten gesetzt (Ausgaben > Einnahmen): Diese sind privatwirtschaftlich nicht zu finanzieren. Insgesamt sind die Bodenwertsteigerungen in Klein- und Mittelstädten tendenziell geringer als in Großstädten.

Während sich somit die Siedlungserweiterung privatwirtschaftlich finanzieren lässt, müssen für schrumpfende Regionen regelmäßig Fördermittel unterstützend eingesetzt werden.

Diskussionen

Achim Hahn

Zukunftsstadt – Teilhaben statt Zuschauen

1. Zugang und erste Fragen

Woher wissen wir eigentlich, was das und wie das ist, worüber wir in den Wissenschaften von der Stadt reden? Neben der europäischen Stadt, der Welt-, Regional- und Zwischenstadt usw. jetzt also die Zukunftsstadt. Als Wissenschaftler ist man es eigentlich gewohnt, zumindest ein Vorverständnis des Gegenstandes vorzubringen, über den man Aussagen treffen will. Geht es zusätzlich um den Bereich der Planung, dann trauen wir es der gegenwärtigen Stadt offensichtlich nicht zu, ohne planerischen Eingriff sozusagen aus eigener Kraft ein bestimmtes Zukunftsziel zu erreichen. Was aber ist die gegenwärtige Stadt, was ihre Zukunft? Wie zeigt sie sich uns? Ist die Stadt oder dasjenige, um deren Teilhabe es uns gehen soll, überhaupt ein ›Gegenstand‹ unserer Welt, den man wissenschaftlich ›behandeln‹ kann, und inwiefern haben wir es überhaupt mit einem Objekt der Wissenschaften zu tun? Wie bestimmen wir seine Gegenständlichkeit? Und wie kann Teilhabe überhaupt in den Wahrnehmungsbereich einer Wissenschaft von der Stadt gelangen?

Mein Anliegen ist zum einen, daran zu erinnern, dass die Wissenschaften von Stadt auf begründete Aussagen, Behauptungen und Urteile ausgerichtet sind. Der Praktiker kann erwarten, dass die Wissenschaft ihn darin unterrichtet, was es mit dem ›Gegenstand‹ Stadt auf sich hat. Die Wissenschaften sind ihrerseits auf Exaktheit des Urteils eingestellt. Exaktheit setzt Eindeutigkeit und Berechenbarkeit voraus. Zum anderen stelle ich aber auch diese Frage: Sind die ›Begriffe‹ Stadt und Teilhabe überhaupt exakte und berechenbare Begriffe?

Die nicht willkürlich gestellten Fragen sollen die Aufmerksamkeit auf den Umstand lenken, dass dieses Thema möglicherweise bereits dort relevant geworden ist, wo wir uns als Wissenschaftler noch gar nicht in der Welt der Daten und Kategorien eingerichtet haben. Was ist denn Stadt, wenn nicht die uns selbstverständliche Alltagslandschaft, in der wir unser Leben führen. Und haben wir nicht gerade dadurch, dass wir unser Leben in einer städtischen Umgebung führen, immer schon Teil an diesem Städtischen? Wir sagen doch: unser Haus, unsere Straße, unser Viertel, unsere Stadt – ist diese Rede ohne Bedeutung?

Wenn wir darin übereinstimmen, das Thema »Zukunft Stadt« *grundsätzlich* angehen zu wollen, können wir nicht mit Anliegen der Profession Stadtplanung beginnen. Denn diese ist im umfassenden Sinne eine Idee des 19. Jahrhunderts, vor allem in Paris und Wien. Wir müssen stattdessen plausibel machen, dass es einen Versuch wert ist, ›hinter‹ bzw. ›vor‹ diese Ambitionen der Stadtentwickler und Stadtzertrümmerer der Moderne zu kommen. Egal ob wir die Wunschbilder von Stadt nehmen, die Camillo Sitte¹ für Wien oder der Baron Haussmann² für Paris vorlegten, so geht es doch meistens entweder um formal-ästhetische oder um formal-ökonomische Anliegen, die die Stadt für Planer interessant machten und machen. Niemals spielte die Lebenspraxis der Menschen selbst eine Rolle. Stadt, daran möchte ich in diesem Aufsatz appellieren, ist ein Phänomen, das sich in der Praxis des Umgangs mit ihr zeigt. Es zeigt sich, wenn wir ihr begegnen. Auch sie ist eine Antwort auf unsere Bedürftigkeit. Gibt es eine vor-wissenschaftliche ›Logik‹ der Stadt, die uns hilft, die Frage wieder zu entdecken, auf die die Stadt(-planung) eine Antwort sein sollte?

2. Wissenschaftstheoretisches Propädeutikum

Bevor wir diese Frage angehen können, werfen wir einen Blick auf die *Urstiftung* unseres Themas.³ *Bios politikos* nannten der platonische Sokrates und Aristoteles die menschliche Lebensweise, die sie studierten, von der sie lernen wollten. Aristoteles hat vom *zoon politikon* gesprochen und hat damit das Wesen des Menschen auf die räumlich-soziale Organisation, in der der Mensch nur sein Leben zu führen vermag, bezogen. Dies ist nicht die Aufstellung eines Idealtypus gewesen, sondern das Ergebnis vieler Gespräche und feinsten Beobachtung, von Teilhabe also. Was wir mit dieser Bestimmung vorfinden, ist nichts weniger als eine anthropologische Begründung der Stadt, besser des städtischen Lebens: Der Mensch ist nur Mensch als Teilhaber der Polis. Damit wird der räumliche Verbund gesellschaftlicher Institutionen zu einer Wesensbestimmung des Menschen. Der Mensch ist sowohl bestimmter Güter oder

1 Vgl. hierzu beispielsweise: Camillo Sitte, *Der Städtebau nach seinen künstlerischen Grundsätzen. Vermehrt um Großstadtgrün*, Reprint der 4. Auflage von 1909, Braunschweig, Wiesbaden 1983.

2 Vgl. hierzu beispielsweise: Benoit Jallon u. a., *Paris Haussmann: A Model's Relevance*, Zürich 2017.

3 Vgl. zum Folgenden die einschlägigen Studien zu Aristoteles, der polis und zum ›bürgerlichen Leben‹ bei Joachim Ritter, *Metaphysik und Politik. Studien zu Aristoteles und Hegel*, Frankfurt a. M. 1969.

Lebensmittel bedürftig als auch der Mitmenschen. Und die Polis war in den Augen der führenden Denker der Antike die bis dahin am besten geeignete Raum- und Sozialform, die dem Menschen ein gelingendes Leben ermöglichte. Teilhabe, Teilnahme und Kommunikation gründen dieses Gemeinwesen. Aristoteles erlebte den Zerfall dieser einmaligen städtischen Lebensform und versuchte, ihr Selbstverständnis auch ethisch zu legitimieren. Dabei begründete er die menschliche Existenz durch den *Logos*. *Logos* heißt zunächst nicht Vernunft oder gar Planungsvernunft, sondern die Befähigung zur Rede, zur Aussprache. Nur miteinander redend und einander mitteilend und zuhörend können wir so etwas wie die gute Stadt oder ein gelingendes städtisches Leben auf die Beine stellen. Und allein im redenden Austausch verhandeln wir, was Städtisches für uns sein kann und soll. Wenn wir mit Platon und Aristoteles von einer städtischen Lebensform ausgehen, dann muss dieses Leben ein Teilnehmen sein: Teilnahme setzt aber Teilhabe voraus. Innerhalb der städtischen Lebensform kann es nur um die Selbstbestimmung des Menschen im Zusammenleben mit Anderen gehen. Schon die antiken Denker wussten, dass menschliches Dasein mehr vom Leben erwartet als das pure Überleben. Ist dies einmal gesichert, und die Polis hatte nach Platons Bestimmung dafür zu sorgen, dass alle seine Bewohner genug Nahrung, Kleidung und Wohnraum hatten, dann kann daran gegangen werden, das »gute« Leben »zu führen«.

Überschlagen wir fürs Erste, was erreicht wurde. Das Faktum »Stadt« hatte ein Beginnen, das wir heute überhaupt nicht überschauen können. Platon und Aristoteles beschreiben eine bestimmte Ausprägung dieses Faktums, wenn sie die Polis und das Leben in ihr würdigten. Wir sind nach ersten Überlegungen dahin geführt worden, dass die städtische Lebenspraxis selbst das »Feld« ist, auf das sich Wissenschaft zunächst einmal einlassen muss, um die städtische Lebensform in ihrer jeweiligen Ausprägung zu verstehen. An welchen Zielen und Zwecken orientieren Menschen sich, wenn sie am städtischen Leben teilhaben? Aber wie kann Forschung diese Thematik aufnehmen und methodologisch begründen, wenn exakte Wissenschaft diesem Selbstverständnis der Lebenspraxis jede Legitimation für wissenschaftliche Objektivität abspricht? Benötigen wir eine neue Wissenschaft?

Inwiefern setzt nicht jede Wissenschaft von der Stadt selbst schon ein »Bild« von Stadt voraus, auf das sie sich dann in ihrer Methodologie und Methoden-anwendung wie selbstverständlich bezieht?^{4,5} Wenn man dagegen der Auffas-

4 Vgl. das Themenheft »Stadtentwicklung« der Beilage-Zeitschrift *Aus Politik und Zeitgeschichte* 17 (2010).

5 Beiträge in Stadt Bielefeld (Hg.), *Zukunft findet Stadt – Stadt findet Zukunft. Ein Symposium zum demographischen Wandel. Zukunft Stadt Demographischer Wandel*, Heft 4,

sung ist, die ersten Gründe für eine Wissenschaft müssten aus dem Leben selbst hervorgehen und aus der jeder Wissenschaft vorausgehenden Praxis entwickelt werden, dann meint man eine Wissenschaft, die ihre ersten Gründe den Erfahrungen der Menschen mit Stadt entnimmt. Wie könnte eine solche Wissenschaft ihrem Selbstverständnis näher kommen?

Insofern das Städtische gleichsam lebt und ausgefüllt ist von der Teilhabe der Bewohner, kann die Frage nach der Stadt als wissenschaftlicher Gegenstand nicht gedacht werden ohne Rekurs auf die Erfahrungen mit der Teilhabe selbst. So wird der Anfang genommen bei der lebensweltlichen Praxis, den Erfahrungen der Teilhabe. Diese Orientierungen sollten von Anfang an mit eingehen in die Feststellung des Gegenstands ›Stadt‹. Der Forschungsprozess wird zum explorativen Konstitutionsprozess dessen, was implizit schon vorliegt, dessen Prinzip aber noch offen und erst zu entdecken ist.

Dies hat Konsequenzen: Gibt sich die moderne Wissenschaft als ›kritisch‹, dann meint sie so agieren zu müssen, dass sie die Dinge grundsätzlich nicht so hinnimmt, wie sie sich uns im naiven Umgang mit ihnen darbieten. *Objektiv sein* heißt dieser Wissenschaft, davon abzusehen, welchen Eindruck die Dinge auf uns machen und welche Bedeutung sie für uns haben. Wenn aber Teilhabe am Städtischen der Inhalt des praktischen lokalen Lebens selbst ist, Teilhabe zur Praxisform *Wohnen und Leben in der Stadt* gehört, dann haben wir es mit einem Sachverhalt zu tun, dem wir als Forscher allerdings nachspüren können, indem wir den Eindruck, den das Städtische auf die Menschen macht, sowie die Bedeutsamkeit des Teilhabens für die Teilhaber uns begegnen lassen.

3. Den Anfang bewältigen

Wo fangen wir an, und wie begründen wir unser Anfangen? Wie reden wir vernünftig über Architektur und Stadt innerhalb einer *empirischen* Wissenschaft, die sich mit praktischen architekturnahen städtischen Lebenssituationen beschäftigt? Unter Anfang verstehe ich eine Grundlegung, hinter der nicht weiter gefragt und nach einem finalen Argument gesucht werden kann. Ein entsprechender Ausgangspunkt kann weder eine Theorie noch eine Wissenschaft sein, die nur durch eine weitere Theorie begründet eingeführt werden könnte. Wie begründen wir eine Theorie vom städtischen Verhalten und Handeln, ohne dabei auf schon methodisch gewonnene Konstruktionen einer Wissenschaft zurückzugreifen? Denn dies wäre kein Anfang in unserem Sinne. Von Paul Lorenzen stammt die Aussage, dass das Leben und die denkerische

Bielefeld 2007, <https://www.bielefeld.de/ftp/dokumente/Demo-Heft4.pdf> (3.8.2017).

Auseinandersetzung damit nur in einem bestimmten Verhältnis zu denken ist: »Alles Denken ist eine Hochstilisierung dessen, was man im praktischen Leben immer schon tut.«⁶ Was bedeutet dieses Diktum für die Ausgangssituation und den Aufbau einer Wissenschaft von der städtischen Lebensform?

Auch wenn wir als Wissenschaftler das Prinzip der Sache ›Stadt‹ als solches noch nicht wissen, deswegen fragen wir ja danach, so muss doch jedes Fragen motiviert sein. Fragend machen wir davon Gebrauch, dass es schon ein lebenspraktisches Vertrautsein mit der Sache des Städtischen gibt. Diese praktisch-pragmatische oder vorwissenschaftliche Bekanntschaft und Kenntnis von der Sache in ihrer lebensnahen Angemessenheit ist Ausgangssituation der gesuchten Methodologie. Insofern wir in irgendeiner Sprache fragen müssen, setzen wir auch diese immer schon voraus. Deshalb spielt für uns die *Umgangssprache* eine zentrale Rolle. »Im Halbdunkel des Wechselspiels von Reden und Handeln hat sie [die Umgangssprache] sich ausgebildet und sich unserem ›Umgang‹ mit der Welt und den Mitmenschen im Laufe der Jahrtausende geschmeidig angepaßt.«⁷ Worte wie Wohnen und Stadt, gut, schlecht, schön, hässlich usw. sind lebenspraktischer Natur, sie sind solche der Umgangssprache. Das ›könnende‹ Verstehen aus einer Vertrautheit mit der Sache ist nicht das Wissen, das die exakte Wissenschaft von der städtischen Lebensform anstrebt. Wir verzichten gerne auf diese formale Exaktheit, um durch diesen Verzicht unseren Ausgang bei lebenspraktischen Beispielen nehmen zu können. Durch das Geben von Beispielen wird unserer Wissenschaft in gewisser Weise der Weg zu den Sachen *gezeigt*, und gleichzeitig arbeitet ein solches Beginnen gegen die u. a. auch von Edmund Husserl kritisierte ›Lebensweltvergessenheit‹ der Theoriebildung. Am Grunde unseres Wissens, nämlich was es heißt, hier in der Stadt zu leben, liegen unsere Erlebnisse, Erfahrungen und Erwartungen. Erfahrungen stoßen uns im Leben zu, sie widerfahren uns als ›Geschick‹; aber wir können aus ihnen lernen.

Jede Erfahrung führt denjenigen, dem sie widerfährt, auf etwas Allgemeines. Husserl sagt: »Auf Voraussicht, wir können dafür sagen, auf *Induktion* beruht alles Leben.«⁸ Erfahrung ist Ausdruck des praktischen Bescheid-wissens über etwas. Sie induziert Erwartung. Wilhelm Szilasi sagt über die Erfahrung: Sie »ist von Anfang an auf die Sache gerichtet. Aber sie lernt ständig aus sich selber. Was sie lernt, ist die Angemessenheit, die sie in ständiger Bemühung

6 Paul Lorenzen, *Methodisches Denken*, Frankfurt a. M. 1968, S. 26.

7 Wilhelm Kamlah, *Philosophische Anthropologie. Sprachkritische Grundlegung und Ethik*, Mannheim u. a. 1972, S. 16.

8 Ullrich Melle (Hg.), *Husserliana: Edmund Husserl – Gesammelte Werke*, Band VI, S. 449.

um die Sache aus der Sache gewinnt.«⁹ Die impliziten und latenten Voraussetzungen der Erfahrung der *Angemessenheit*¹⁰ einer Sache, wie in unserem Fall der Umgang mit Städtischem und was einem dabei zugestoßen ist, kann die Erfahrung selbst *nicht* hervorbringen und ausdrücklich machen. Zum anderen bleibt jede Erfahrung an die konkrete Lebenssituation dessen gebunden, der sie gemacht hat. Erst wenn im Vergleich vieler Erfahrungen sich ein Allgemeines aufweisen lässt, kann die Befangenheit, in die das einzelne Erfahrungsleben notwendig verstrickt ist, überwunden werden. An dieser Stelle setzt dann die transsubjektive Haltung der »empirischen« Wissenschaft von der Stadt ein.

Einsichten in Orientierungsverhältnisse betreffen leibliche Erlebnisse und ursprüngliche Erfahrungen »mit« Grundsituationen sowie Sachverhalte (»Tatbestände«), denen sich der Mensch in seiner Welt bewusst und kontinuierlich konfrontiert sieht, die ihm als solche widerfahren. Einsichten können umgangssprachlich kommuniziert werden. Z. B.: »Ich wohne seit zwei Jahren in einem Neubaugebiet am Stadtrand von Dresden. Aber ich werde bald umziehen. Ich werde mir etwas Besseres suchen, möglicherweise einen Altbau in Zentrumsnähe. Irgendwo muss man ja schließlich bleiben!«, diese Sätze sind unmittelbar verständlich. Sie verweisen auf Prinzipien der Lebensführung, ohne sie als solche gesondert hervorheben und herausstellen zu müssen. Leben heißt Teilhaben heißt Wohnen. Solche Gewissheiten können nicht theoretisch hintergangen werden, sondern sind hinzunehmen. *Wohnen* heißt alltagsprachlich an einem Ort der Stadt verweilen, dort dauerhaft bleiben. Der Mensch baut, da er sich in seiner Welt immer schon »als Wohnender« erfährt und darum auch weiß. Städtebauliches Entwerfen und regelgerechtes Bauen sind eine Antwort auf diese menschliche Grundsituation des Wohnen-müssens. Wohnen-können heißt das Wohnen (im klugen Umgang mit den eigenen Wohnerfahrungen) vermögen, es so zu gestalten, dass man auch bleiben will. Jeder Umzug bedeutet das eigene Wohnen entwerfen, das eigene Leben planen. Architektonisches Entwerfen-können heißt, der jeweiligen Praxis des Wohnens und Bleibens eine passende Zukunft besorgen, ihr eine (der jeweiligen Auslegung der menschlichen Grundsituation) angemessene architektonische Form und Gestalt geben. Das Bauen ist eine Antwort auf die Bedrängnisse des Leibes und des Aufenthalts des Menschen in der Welt (einer Stadt). Das Bauen

9 Und weiter heißt es: »... Die wachsende Fertigkeit der Angemessenheit offenbar zu machen, kann die natürliche Erfahrung nicht aus sich selbst leisten.« (Wilhelm Szilasi, *Phantasie und Erkenntnis*, Bern/München 1969, S. 31).

10 Mit dem Ausdruck *Angemessenheit* wird unterstellt, dass Erfahrungen auch zu Einsichten führen können, ob und wie eine Sache den auf sie gerichteten »Erwartungen« entspricht.

ergänzt aber auch das Wohnen und gibt ihm einen zeitlich-historischen wie einen räumlich-landschaftlichen Ausdruck. Es kann, wie jedes handwerkliche Hervorbringen, scheitern. Wohnen heißt das Lebens-Mittel Architektur (die ›Bleibe‹) *wohnend* in Gebrauch nehmen. Und das Ziel dieses Gebrauchs ist das Wohnen selbst, nämlich dass es gelingt und ›gut‹ ist, dass der Wohnende bleiben kann (will).

Wir benötigen also eine Art ›Erfahrungswissenschaft des städtischen Lebens‹. Diese hätte uns den Weg von der einzelnen Wohngeschichte zu den Prinzipien einer städtischen Lebensform zu ebnen. Erfahrungen, so viel lässt sich schon sagen, haben wir Menschen erst dann ›ganz‹, wenn wir uns ihren Sinn ›für uns‹ auch sprachlich erschlossen haben. Erfahrungen werden zu Einsichten, wenn sie sich zu *Prinzipien* unseres Weltverständnisses verdichtet haben. *Prinzipien* sind die *guten Gründe*, die herbeigezogen werden, um ein gewesenes oder zukünftiges Verhalten vernünftig zu überdenken und zu entwerfen. In diesen Prinzipien findet unser Leben in der Stadt bis auf Weiteres seinen Halt. Wir verstehen zum Beispiel das Wohnen auch *prinzipiell*, insofern wir wissen, dass wir umziehen sollten, wenn die täglichen Fahrten zur Arbeitsstelle den familiären Frieden bedrohen. Bei jedem Umzug muss ich mir erneut die Frage vorlegen, um was es in meinem oder unserem Wohnen ›eigentlich‹ geht bzw. gehen soll. Denn das ›Gute‹ steht nicht ein für alle Mal fest, sondern bleibt von neuen Erfahrungen und Widerfahrnissen nicht unberührt. Aber ohne entsprechendes implizites Prinzipienverstehen könnte ich mich in meinem Wohnen gar nicht *vernünftig* verhalten.

Stadt- und Architekturtheorie versteht sich in der Blicknahme der Einheit der Praxisformen Wohnen, (tektonisch-konstruktives und gestaltendes) Entwerfen sowie Bauen. Diese praktische Welt ist nicht aus lauter Bauwerken zu einer mit Architekturen ausgestatteten städtischen Objektwelt zusammengesetzt, die sich als solche wahrnehmen und betrachten lässt. Praxisformen haben ihre eigene Situationslogik, insofern ›in‹ ihnen Menschen sich kommunikativ verständigen und vertrauten Gegenständen in ihrer Umgebung begegnen. Zunächst einmal haben wir gelernt, Praxisformen zu unterscheiden. Dafür mussten bestimmte Handlungen und Redehandlungen zusammengehen. Die Situation von Wohnenden ist eine andere als die des professionellen Entwerfers.

4. Vom Wohnen zur Teilhabe und Teilnahme

Es ist hoffentlich deutlich geworden, dass die Wissenschaft von der Stadt, um eine Bemerkung von Ludwig Landgrebe aufzunehmen, »selbst aus diesem Stil des vorwissenschaftlichen Lebens der ›Lebenswelt‹ hervorgewachsen«

ist.¹¹ Unsere Methodologie plädiert dafür, außerwissenschaftliche Vergegenwärtigungen von Einsichten und Erfahrungen mit dem Städtischen in Alltag, Literatur und Kunst mit den ihnen eigenen Darstellungsarten zu betrachten.¹² Und ebenso lässt sich das Vertrautsein mit einer Sache, was es z. B. mit dem Wohnen in dieser Stadt auf sich hat, auf verschiedene Weise ›verstehen‹¹³, z. B. in der Wahrnehmung, im Erinnern, im Meinen, im Vorstellen. Auch diese Praxis geht der Wissenschaft, die wir anstreben, voran. Wenn wir nur über die Erfahrungen und gelebten Prinzipien zur Sache selbst vorstoßen können, dann ist nicht zu erwarten, dass der am Ende gewonnene Begriff von der Sache in einer allgemeinen Definition münden kann. Vielmehr müssen wir der Breite und Mannigfaltigkeit des Erfahrungslebens auch in einer begrifflichen Klärung entsprechend Raum lassen. Eine Architektur oder Stadt *an sich* werden wir niemals zu Gesicht bekommen. Dennoch ist ein Zugang zur Erkenntnis der Sache in ihrer Vielgestaltigkeit möglich, wenn methodologisch darauf reagiert wird, dass wir Menschen die Architektur immer wieder unter neuen Umständen auch anders sehen. Um genau zu sein, stehen natürlich nicht Architektur und Stadt im Zentrum unserer Wissenschaft, sondern das Verhalten des Menschen zu Architektonischem bzw. Städtischem z. B. im Wohnen, Entwerfen/Planen und Bauen. Wir haben das Phänomen Stadt als ein historisches Ereignis zu begreifen, das als solches erst bewusst wurde, als ihre bis dahin bedeutendste Ausprägung, die griechische *Polis*, dem Verfall und Untergang entgegen ging.

In diese Anthropologie der Stadt ist die des Wohnens immer schon integriert. Die Stadt ist bewohnbar gemachte Welt. Die Perspektive des städtischen Wohnens ist die des dauerhaft an einem Ort-Bleibens, ist Umgang mit den mannigfaltigen räumlichen Erlebnissen und Erfahrungen z. B. von Geborgenheit, aber auch mit Erfahrungen von Unzufriedenheit und Nicht-mehr-wohnen-, Nicht-mehr-bleiben-können. Heim- und Fremdwelt sind aufeinander angewiesen und müssen sich ergänzen können, insofern nur bei gelingendem und nicht prekärem Wohnen der Stadtbewohner offen, bereit und gerüstet ist für die Welt draußen, er in der Lage ist, das Unvertraute und Unerwartete der großen Stadt als Herausforderung anzunehmen und Distanz zu bewältigen.

Wenn wir die lebenspraktische Fundierung unserer Wissenschaft beachten, dann ist der Gegenstand, das Städtische, gar nicht zu bestimmen ohne

11 Ludwig Landgrebe, *Phänomenologie und Geschichte*, Gütersloh 1968, S. 151.

12 Vgl. Gottfried Gabriel, *Logik und Rhetorik der Erkenntnis*, Paderborn u. a. 1997.

13 Vgl. Ludwig Wittgenstein, *Philosophische Untersuchungen*, Frankfurt a. M. 2001, § 150. »Die Grammatik des Wortes ›wissen‹ ist offenbar eng verwandt der Grammatik der Worte ›können‹, ›imstande sein‹. Aber auch eng verwandt der des Wortes ›verstehen‹. (Eine Technik ›beherrschen‹.)«.

irgendeinen Bezug auf die Teilhabe von Menschen am städtischen Leben. Vor diesem Hintergrund erster Prüfungen kann es nützlich sein, zunächst einmal umgangssprachlich zwischen Teilhaben und Zuschauen zu unterscheiden. Bei dem Wort Teilhaben schwingt eine gewisse Selbständigkeit und Selbstbestimmung mit an demjenigen, an dem man teilhat. Unser Tun und Lassen bestimmt zu einem gewissen Punkt mit das Geschehen, an dem wir teilhaben. Ja, der Teilhaber hat selbst Anteil an der Bestimmung dessen, woran er teilhat. Beim Zuschauen sind wir dagegen doch eher abgetrennt und abseits von dem Treiben, dem wir zuschauen, und haben auf das beobachtete Geschehen eher wenig Einfluss.

Teilhabe bedeutet immer auch Dabeisein und nicht als bloßer Zuschauer anwesend sein. Wer teilhat, weiß auch um das Ganze des Städtischen, von dem er seinen Teil hat. Der Städter bestimmt seinen Charakter auch durch die Weise seines Dabeiseins. Wie können wir uns das Teilhaben vorstellen? Wer führt uns in die Teilhabe ein? Ich kann dieses Problem an dieser Stelle nicht weiter vertiefen, möchte aber auf einen Aufsatz des Philosophen Dieter Thomä mit dem Titel »Leben als Teilnehmen« hinweisen. Thomä gibt darin zu bedenken, dass ein Verständnis von »Selbstbestimmung«, das sich nur auf Vernunft gründet und in dem nicht auch Gefühle und Leidenschaften ihren Platz haben, unvollständig ist. In seinem Text untersucht er die Position von J. G. Herder.¹⁴ Mit Herder stellt Thomä der Selbstbestimmung *Teilnehmung* und *Mitteilung* an die Seite. Denn es ist keine Selbstbestimmung möglich ohne Gemeinschaft, ohne soziale Geborgenheit. Wir Menschen sind stets angewiesen auf die Mitwirkung von Anderen. Partizipation gründet auf Kommunikation, Kommunikation auf Partizipation.¹⁵

Ich komme zurück zur Frage nach der Konstitution unseres Gegenstandes. Wenn Teilhabe nicht irgendeine Auswertungskategorie einer empirischen Wissenschaft neben beliebigen anderen sein soll, sondern wir es mit der Teilhabe ernst meinen, dann muss diese schon vor der wissenschaftlichen Festsetzung des Gegenstands dem Forscher etwas zu sagen haben. Denn Teilhaben ist Praxis, ist das Sich-immer-schon-eingelassen-haben auf Städtisches. Es ist in den Wissenschaftstheorien vom »lebensweltlichen Apriori« die Rede,¹⁶ um darauf hinzuweisen, dass jede Wissenschaft ihre Ausgangsüberzeugung nicht

14 Dieter Thomä, »Leben als Teilnehmen. Überlegungen im Anschluss an Johann Gottfried Herder«, in *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 59/1 (2011), S. 5–32.

15 Ebd., S. 17.

16 Vgl. Jürgen Mittelstraß, »Das lebensweltliche Apriori: Paul Lorenzen zum 70. Geburtstag«, in Carl Friedrich Gethmann (Hg.), *Studien zum Verhältnis von Phänomenologie und Wissenschaftstheorie*, Bonn 1991, S. 114–142.

wissenschaftlich beweisen kann. Auch eine Theorie der Stadt muss an eine vor-theoretische Praxis zurückgebunden werden. Die Praxis der Teilhabe im Sinne eines lebensweltlich eingeübten Könnens gibt unserer Wissenschaft erst ihren evidenten Grund.

Teilhabe, so möchte ich nun, das »lebensweltliche Apriori« aufnehmend, argumentieren, geht zurück auf das in der Daseins- und Wohnvielfalt gründende Kennen und Verstehen der Sache innerhalb unserer vorwissenschaftlichen Lebenspraxis. Wenn wir Teilhabe hier aufsuchen, dann begegnet uns das Städtische auf eine wissenschaftlich noch völlig ungefilterte Weise. Ist auf dieser praktisch-pragmatischen Ebene des Verständnisses vom Gegenstand ›Stadt‹ die Rede, dann stellt dieser sich nicht in exakt benennbaren Eigenschaften dar, sondern in seiner Erlebnisqualität und Erfahrungsvielfalt. Die Stadt ist ein dynamisches Gebilde. Sie ist so mannigfaltig wie es die Menschen sind, die in ihr leben. Deshalb benötigen wir als den Ausgangspunkt jeder begrifflichen Klärung ein Vor-Verständnis von Teilhabe an ihrer Basis, dort wo Menschen ihre Teilhabe handelnd praktizieren und den gesuchten ›Gegenstand‹ von ihm selbst her schon für sich besitzen. Nur wenn wir als Wissenschaftler auch davon wissen, haben wir die Chance, die Frage nach der Zukunft der Teilhabe als Forschungsaufgabe wirklichkeitsnah anzugehen.

Niemals kann Wissenschaft eine Lebenspraxis, auch die der Teilhabe nicht, konstituieren, aber sie kann dem Selbstverständnis einer bestehenden Praxis, das diese Praxis über sich selbst hat, nachgehen und es dahingehend untersuchen, welches Bild oder welche Idee oder welchen Daseinssinn von Stadt diesem Engagement zugrunde liegen. An welche Art von Wissenschaft wir dabei denken, haben wir andeutungsweise gezeigt.

An dieses wissenschaftstheoretische Vorverständnis anknüpfend, lassen sich Forschungsfragen aufwerfen. Ich denke dabei an Aufgaben, die dem nachgehen, wie Stadtbewohner heute mit ihrer Stadt umgehen, wie sie sie in Gebrauch nehmen, denn nur so verstehen wir, welche Anliegen der Stadt entgegengebracht werden und welche Erfahrungen ihre Bewohner mit der modernen Stadt gemacht haben. Ich denke an Fragestellungen, deren Bearbeitung nicht Selbstzweck ist, sondern die uns zu Begründungen für unser planerisches Handeln führen kann:

1. Was ist der primäre Daseinssinn der Stadt? Wie ist Selbstbestimmung in der Stadt heute möglich?
2. Was bedeutet heute Wohnen-können in der Stadt?
3. Wie nehmen die Menschen heute ihre Stadt ›in Gebrauch‹? Welche Erwartungen verbinden sie mit städtischer Praxis und welche Erfahrungen werden dabei gemacht?

Wenn es stimmt, dass der Mensch als bedürftiges und bedrängtes Wesen sowohl bestimmter Güter als auch der Anderen bedarf, dann müssen wir klären, ob die ›moderne‹ Stadt für diese Daseinsvorsorge tatsächlich entstehen kann. Auf diese Weise könnten der Stadtplanung wieder Sinn und Begründung zugespielt werden, die auch unabhängig von ästhetischem Unbehagen oder politischer Agitation einsichtig sind.

5. Ausblick auf Städtisches – jenseits von Wunschbildern, Statistik und städtebaulicher Bestandsaufnahme

Was Stadt unter der Perspektive von Teilnahme und Teilhabe bedeutet, lässt sich wohl in der Begegnung mit dem Wissen und Kennen innerhalb der jeweiligen vorwissenschaftlichen Lebenspraxis und ihrer konkreten Anschaulichkeit einsehen. Wenn wir das Phänomen ›Stadt‹ hier aufsuchen, dann begegnet uns das Städtische auf eine wissenschaftlich noch völlig ungefilterte Weise. Welche Sprache wird hier gesprochen? Die Kenner der qualitativen empirischen Stadt- und Sozialforschung wissen sehr gut, wovon ich spreche. Wenn uns Bewohner ihre Geschichten erzählen, dann bedienen sie sich der Umgangssprache. Sie selbst sind der Held des Vorgetragenen, und inhaltlich geht es um das, was sie erlebt, was sie erfahren haben und um das, was ihnen widerfahren ist. Statt mit wissenschaftlicher Prosa haben wir es hier eher mit ›Alltags-Literatur‹ zu tun, deren tiefer liegende Sinndimensionen alles andere als trivial sind.

Wir haben von Erfahrungen gesprochen, die Menschen in oder mit ihrer Stadt machen. Solche Erfahrungen sind oder werden zu ›Gebilden‹, die allein in Geschichten und Erzählungen ihren Platz haben. Diese Quellen sind für uns unentbehrlich, ansonsten könnten wir die Bedeutsamkeiten, die den Erfahrungen erst ihre Prägnanz und ihren Stil verleihen, überhaupt nicht verstehen und erkennen. Damit ist ein eigenes ›empirisches Feld‹ eröffnet: Literatur im weitesten Sinne. Ich bin davon überzeugt, dass die Wissenschaft von der Lebensform Stadt nicht auf eine gründliche Beschäftigung mit Theorien der sinnlichen Wahrnehmung (*aisthesis*) verzichten kann.¹⁷ Wie treten Architektur, Stadt oder Landschaften in unser Leben? Wie begegnen sie uns alltagsweltlich-pragmatisch? Wie können wir, wie der Wissenschaftler und Stadtforscher, davon Kenntnis bekommen? Wie werden Teilhabe und Teilnahme kommuni-

17 Achim Hahn, »Syn-Ästhesie oder: Die Kommunikation der Sinne. Zur Wahrnehmungslehre von Wilhelm Schapp und Maurice Merleau-Ponty«, in *Wolkenkuckucksheim. Internationale Zeitschrift für Theorie der Architektur* 31 (2013), S.67–89, http://cloudcuckoo.net/fileadmin/hefte_de/heft_31/artikel_hahn.pdf (3.8.2017).

kativ? Meine Antwort: Nur indem entsprechende Erlebnisse und Erfahrungen »in die Sprache finden«.

Um sich davon ein Bild machen zu können, sei am Ende ein Wort zu Romanliteratur und Stadt gesprochen. Schriftsteller verstehen es manchmal auf eine außerordentliche Weise, Intuitionen, Stimmungen und Empfindungen auszudrücken und in ihrer Wirkung zu beschreiben. Darüber hinaus reflektieren sie diese auf eine wissenschaftlich vielleicht »dilettantisch« oder »naiv« zu nennende Weise, heben aber gerade so das mentale Geschehen oftmals auf ein unüberbietbares sprachliches Niveau, das den Stadttheoretiker neidisch werden lässt. Ich möchte diese vorwissenschaftliche Leistung der Literatur »anschauliche Empirie« nennen. Erst die »Deutlichkeit« im Sprachgebrauch, die nicht mit der »exakten« Diktion in den Naturwissenschaften verwechselt werden sollte, macht die Phänomene überhaupt konkret wiedererkennbar, begreifbar und nachvollziehbar. Der Leser mag dann selbst entscheiden, ob er die Seelenstimmung oder räumliche Anmutung, die einer Romanfigur widerfährt, als glaubhaft annimmt oder als konstruiert zurückweist.

Es geht mir hier nicht um die Unterscheidung zwischen Fiktion und Realität. Gottfried Gabriel hat überzeugend dafür geworben, dass sich Literatur, nicht-propositionale Erkenntnis und wissenschaftliche Logik als Wahrheitsquellen nicht ausschließen, sondern produktiv ergänzen können.¹⁸ Milan Kundera schreibt in einem Essay: »Der Roman erforscht nicht die Realität, sondern die Existenz«.¹⁹ Entscheidend ist das hermeneutische Anliegen: Wie authentisch, das heißt, wie nah am Geschehen seelischer Ereignisse und mentaler Zustände gelingt es einem Autor, etwas zu verstehen und andere darin einzuweihen, daran teilnehmen zu lassen? Aber verstanden werden nicht Erlebnis oder Gefühl als solche und diese auch nicht, um noch einmal Kundera zu zitieren, »in einem abstrakten Raum ohne Figuren, ohne Situationen«²⁰, sondern verstanden wird der *Mensch*, dem diese Dinge widerfahren, er wird verstanden in seiner *Situation*, in seinem Betroffen-sein, dass ihm also ein Widerfahrnis dies oder das bedeutet.

Manche Schriftsteller sind Meister des »Schauens«, so auch Heimito von Doderer (1896–1966). Ein außerordentliches Beispiel für das In-Erscheinung-treten von Architektur und städtischem Raum und deren Aneignungsmöglich-

18 Gottfried Gabriel, »Zwischen Wissenschaft und Dichtung. Nicht-proportionale Vergegenwärtigungen in der Philosophie«, in *Deutsche Zeitschrift für Philosophie* 51 (2003), S. 415–425.

19 Milan Kundera, *Die Kunst des Romans*, München 2007, S. 60; vgl. auch Richard Rorty, »Heidegger, Kundera und Dickens«, in Richard Rorty, *Eine Kultur ohne Zentrum. Vier philosophische Essays*, Stuttgart 1993.

20 Ebd., S. 42.

keiten wie Wirkungen stellt sein Roman *Die Strudlhofstiege* dar. Wer in Wien lebt, wird Roman und Bauwerk selbstverständlich kennen. Nur so viel: Der Mensch erscheint darin als einer, der in Raum und Zeit verstrickt ist. An einer Stelle bin ich auf folgendes Zitat gestoßen: »Es hat jede Affär' ihren Hintergrund, ihr Milieu, wie man sagt, das Leben ist immer der beste Regisseur: die Kulissen stimmen unsagbar gut zu dem, was gespielt wird.«²¹ Der Roman ist auf über 900 Seiten für diese Beobachtung eine einzigartige Belegquelle. Der städtische Raum ist mehr als eine austauschbare Kulisse: Er ist mitverantwortlich für die jeweilige Weise, wie der Mensch in der Welt steht.

Was mich an Beispielen wie der *Strudlhofstiege* besonders fasziniert, ist, dass es Romanautoren oftmals besser als Architekturtheoretiker und Architekturkritiker wissen, was *wahrnehmen* und was der *Gebrauch* von Architektur im lebenspraktischen Vollzug bedeuten. Architekten kennen in der Regel nur einen Nutzer. Dieser ›User‹ sind sie selber oder Ihresgleichen. Das Bauwerk rückt indessen in die Umwelt des Menschen, die sich in seiner Nähe aufhalten, und wirkt auf ihr Verhalten auf eine Weise, deren Bedeutsamkeit wissenschaftlich nicht wirklich nachgegangen werden kann. Wie sollte Wissenschaft auch ›Existenz‹ erforschen können? Stadt, seine Menschen, Straßen, Plätze, Häuser und Parks werden vom Dichter als lebensweltlicher Anschauungs- und Gebrauchsgegenstand gezeigt. Diese Leistung des Autors von Doderer ist überragend. Was mich als Stadtforscher dann aber weiter interessiert, ist, folgender Frage nachzugehen: Inwiefern ist dieser pragmatisch-anschauliche Zugang zum Städtischen, hier also das nicht-wissenschaftliche Anschaulich-machen von Empfinden, Wahrnehmen und Beobachten, theoretisch einzuordnen und zu begründen? Der Stadtheoretiker wird ja nicht selbst Schriftsteller werden wollen. Wir bräuchten dafür allerdings eine Wissenschaft, die mehr auch beschreibt und nicht nur erklären will.

6. Fazit

Fassen wir am Ende zusammen: Unter der Perspektive der alltäglichen Daseinsvorsorge und Daseinsbewältigung sind Stadt und Wohnquartier immer schon in konkreter Anschaulichkeit pragmatisch angeeignet. Die Stadt tritt jetzt, d. h. in lebenspraktischer Hinsicht, eher als eine städtische Gegend, als eine städtische Situation in Erscheinung, die uns erlebend zustößt, von der wir ergriffen werden können, von der wir uns auch in Abwehrhaltung wegwenden.

21 Heimito von Doderer, *Die Strudlhofstiege oder Melzer und die Tiefe der Jahre*, München 2003, S. 146.

Erleben ist qualitatives Erfassen²² in der Mannigfaltigkeit von *Begegnungen*, *Erinnerungen*, *Lebenserfahrung*. Diese *vergegenwärtigen* Städtisches in Lebensgeschichten, die an konkreten Orten spielen, mit ihren Erwartungen und Enttäuschungen. Erzählungen sind vielsagend, und dies macht gerade die Qualität von Geschichten aus, die von unserer Erlebniswirklichkeit handeln. Die Literatur kann uns folgendes lehren: Wer seine Wahrnehmungsbereitschaft auf spontane Mitteilungsformen ausrichtet, wird von der Vielfalt der Bilder und Metaphern überrascht sein und ihnen entnehmen können, wie mannigfaltig Architektur, Stadt oder Landschaft in unser Leben getreten sind und wirken. Primär begegnet uns die Stadt nicht in kontemplativ-ästhetischer Einstellung, sondern alltagsweltlich-pragmatisch. In den seltensten Fällen ist der Mensch unbeteiligter Zuschauer. Erlebnisse der städtischen Wirklichkeit können auf verschiedene Weise zur Kenntnis gebracht werden, ohne dabei immer auf sprachliche Formen zurückzugreifen. Dennoch bleibt die Sprache das wichtigste Mitteilungsmedium. Fülle von Eindrücklichkeit geht auf die Einmaligkeit eines jeden Menschen zurück, insofern Menschen auf eine mannigfaltige Art und Weise in einem Quartier ihr Leben führen. Die »Zukunftsstadt« ist allein ein Thema der Gegenwart und ihrer Stimmungen.

22 Vgl. John Dewey, »Qualitatives Denken«, in ders., *Philosophie und Zivilisation*, Frankfurt a. M. 2003.

Catrin Schmidt

Grüne Stadt: Urbanität und Natur

Die Stadt der Zukunft wird aus meiner Sicht deutlich grüner sein als die historische Stadt. Waren Städte in ihrer Entstehungszeit ein klarer Gegenentwurf zur umgebenden Landschaft, ist die Polarität zwischen Stadt und Natur seit Schleifung der Stadtmauern zunehmend verblasst und in ein vielfältiges Patchworkmuster übergegangen, welches künftig noch enger und qualifizierter ineinandergewirkt werden sollte. Denn ohne eine hochwertige Grünausstattung werden unsere Städte schlichtweg nicht zukunftsfähig sein! Wir werden beispielsweise bei der zu erwartenden Verdopplung bis Verdreifachung der Anzahl der Hitzetage (> 30 °C) keine klimaangepasste Stadt ohne einen gezielten Einsatz klimaoptimierter Grünflächen entwickeln können. Dresden hatte z. B. in der Klimanormalperiode von 1961–90 durchschnittlich ca. 5,5 Hitzetage pro Jahr zu verzeichnen, 2015 wurden für Dresden-Klotzsche 23 Hitzetage konstatiert – und das wird voraussichtlich keine Ausnahme bleiben. Wir werden auch das Zukunftsthema Wasser einschließlich der Problematik der Starkregenereignisse nicht ohne klugen Einsatz vegetativer Elemente und Flächen angehen können. Zudem ist Stadtgrün ein, wenn nicht sogar *der* entscheidende Schlüssel für das Wohlbefinden der Bevölkerung in der Stadt. In einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage in Leipzig wurde die Nähe zu Parkanlagen von 92 % der Befragten als sehr wichtig für ihr Wohlbefinden eingeschätzt; zwei Drittel der Leipziger besuchen mindestens zweimal in der Woche Parkanlagen.¹ 30 % befragter Dresdner gaben in einer kommunalen Bürgerumfrage an, dass mehr Grün und behagliche Klimaverhältnisse ausschlaggebend für ihren geplanten Umzug sind.² Grün ist also durchaus mitunter einen Umzug wert. Aber nicht nur das: Nach Untersuchungen in Leipzig fällt der Wohnungsleerstand im Umfeld von Parks und Wäldern signifikant geringer aus als im Umfeld von Brachflächen. Vergleicht man zudem bebaute Gebiete innerhalb des Sichtbereiches

1 Dieter Rink in Catrin Schmidt u. a., *Zwischenbericht zum Forschungs- und Entwicklungsvorhaben »Urbane Wälder«*, im Auftrag des Bundesamtes für Naturschutz, Leipzig 2011.

2 Stadt Dresden (Hg.), *Kommunale Bürgerumfrage*, Dresden 2012.

von Parks und Wäldern mit denen außerhalb, lässt sich anhand der Leipziger Studie belegen, dass sowohl der Wohnungsleerstand als auch der Leerstand von Ladengeschäften innerhalb des Sichtbereiches von Grünflächen erheblich niedriger ist als außerhalb, im Falle von Ladengeschäften um mehr als 20%.³ Grünflächen haben also auch ganz klar positive wirtschaftliche Effekte. Nach einer bundesweiten Studie von Hoffmann und Gruehn⁴ beeinflussen freiraumbezogene Parameter sogar zu 25 bis 37% den Bodenrichtwert in Städten – ausschlaggebend ist hierbei die Ausstattung mit öffentlichen Grünflächen hoher Aufenthaltsqualität.

Aber trotz alledem wird, wenn es im Wettbewerb um zunehmend rare Flächen hart auf hart geht, in vielen Fällen eben doch *für* eine Bebauung und *gegen* Grün entschieden. Vor diesem Hintergrund ist mit dem Blick auf unsere Zukunftsstadt zu fragen, wie freiraumbezogene Argumente in den stadtpolitischen Aushandlungsprozessen »gehärtet« werden können, wie sie durchsetzungsstärker gemacht werden können. Vier Punkte möchte ich dabei hervorheben.

1. Verbindliche Rahmen setzen

Wollen wir eine ausreichende quantitative Ausstattung der Zukunftsstadt mit Grün absichern, sind klare und verbindliche Rahmensetzungen nötig – wir brauchen Leitplanken. Es gibt bekanntermaßen Richtwerte der Gartenamtsleiterkonferenz, die grundsätzlich ein zentrales und strategisch wichtiges Instrument darstellen. Aber sie stammen von 1973. Seither haben sich neue Typen von Stadtgrün wie Gemeinschaftsgärten oder Naturerfahrungsräume und neue Akteurskonstellationen entwickelt. Die Funktionen des Stadtgrüns sind noch vielfältiger geworden, beispielsweise hat die Funktion des Klimaschutzes und der Klimaanpassung enorm an Bedeutung gewonnen. Die Richtwerte benötigen insofern eine Weiterentwicklung, und vor allem: Sie brauchen eine Spezifizierung, denn Stadt ist nicht gleich Stadt. Die Stadt Dresden hat gerade

3 Catrin Schmidt, »Urbane Wälder zwischen Forst und Park«, in Institut für Dendrochronologie, Baumpflege und Gehölzmanagement Tharandt e.V. (Hg.), *Aktuelle Fragen der Baumpflege und -verwendung, Stadtbaumeigenschaften und -wirkungen*, Tagungsband Dresdner StadtBaumtage, Tharandt 2015, S. 144–154.

4 Anne Hoffmann und Dietwald Gruehn (Hg.), *Bedeutung von Freiräumen und Grünflächen in deutschen Groß- und Mittelstädten für den Wert von Grundstücken und Immobilien*, LLP-report 010, Dortmund 2010.

eine solche stadtsspezifische Konkretisierung der Richtwerte begonnen.⁵ Zu hoffen ist, dass daraus künftig klare Rahmensetzungen für Bebauungspläne erwachsen.

2. Vielfalt an Stadtgrün schaffen

Quantität ist nur die eine Seite der Medaille, nicht weniger entscheidend ist die Qualität unserer Grünflächen. Vervielfältigen sich die Ansprüche der Bevölkerung und die sonstigen Anforderungen, ist ein gut ausgeklügeltes System ganz unterschiedlicher Grünflächentypen vonnöten. Das heißt: ›Ja‹ zu neuen urbanen Wäldern, auch in der Kernstadt, denn sie vermögen in besonderer Weise, dem Wunsch nach Naturerlebnis mitten in der Stadt Rechnung zu tragen. Sie können zudem hervorragend als Klimakomfort-Insel fungieren. Genauso freilich ein klares ›Ja‹ zu Parkanlagen! Kein anderer Grünflächentyp erfüllt nach Zählungen auf Leipziger Grünflächen so viele soziale Funktionen und vermag beispielsweise den Bedürfnissen von Jugendlichen so gut Rechnung zu tragen.⁶ Aber auch ein ›Ja‹ zu Stadtwildnis, zu Naturerfahrungsräumen, zu Kleingärten und gern noch vielen weiteren Typen von Stadtgrün: Die Vielfalt macht es. Aber um diese Vielfalt zu kreieren, brauchen wir ein strategisches Vorausdenken. Es gibt Stadtentwicklungskonzepte; warum also gibt es nicht als Pendant ›Grünkonzepte‹, die die geeignete grüne Infrastruktur vordenken? Ich denke, wir brauchen eine Stärkung und kreative Weiterentwicklung der Landschaftsplanung im städtischen Raum.

3. Dynamik zulassen

Zudem sollten wir noch stärker als bislang Dynamik zulassen. Dabei gibt es schon eine Vielzahl sehr gelungener Beispiele, wie Sukzessionsbereiche gezielt gestalterisch in Parkanlagen integriert werden können, so dass sie nicht an Attraktivität verlieren, sondern gewinnen. Aber es lohnt sich aus meiner Sicht, noch einen Schritt weiter zu gehen und Stadtwildnis als *Konzept* zu verstehen,

⁵ Catrin Schmidt, Marius Seidel und Frank Großkopf, *Entwicklung einer Methodik für die Ermittlung stadtsspezifischer Richtwerte für die quantitative und qualitative Ausstattung mit öffentlich nutzbarem Grün in Dresden*, im Auftrag des Stadtplanungsamtes der Stadt Dresden, Dresden 2014.

⁶ Catrin Schmidt, »Wald versus Park. Der Beitrag urbaner Wälder im Mosaik städtischer Grünflächen«, in *Stadt und Grün* (2015), S. 24–29.

nämlich als dynamisches Gesamtsystem mit wechselnden Sukzessionsflächen, aber einem über die Zeit in etwa gleich bleibendem Anteil an städtischen Flächen, auf denen sich Natur frei entwickeln kann. Brachflächen verfügen nach umfangreichen Vergleichsuntersuchungen über die höchste Artendiversität, auch gegenüber Parkanlagen und Wäldern.⁷ Das ist ein Wert, der erst noch bewusst gemacht werden muss.

4. Landschaftliche Teilhabe fördern

Eine wesentliche Herausforderung ist zugleich, mehr landschaftliche Teilhabe zu fördern. Damit meine ich nicht, dass sich Städte aus ihrer kommunalen Verantwortung heraushehlen sollten. Es muss hoheitliche Aufgabe einer Stadt bleiben, eine attraktive Grünausstattung sicherzustellen. Aber immerhin wurde Ende des 19. Jahrhunderts eine Reihe von Grünflächen bürgerschaftlich initiiert. Daran sollte wieder stärker angeknüpft werden, indem z. B. Modellprojekte einer bürgerschaftlichen Entwicklung von Grünflächen gefördert werden, indem Initiativen des Gemeinschaftsgärtnerns unterstützt oder alternative Organisations- und Managementansätze für die Pflege von Parkanlagen initiiert werden. Albert Einstein meinte einmal, dass Probleme selten durch dieselbe Denkweise gelöst werden, durch die sie entstanden sind. Ganz in diesem Sinne plädiere ich für Mut zum Experimentieren! Auf jeden Fall stehen eine grüne und eine lebendige und offene Stadt nicht nebeneinander, wie sie es zwangsläufig auf dem Programm der Tagung *Zukunftsstadt: grün – offen – lebendig*⁸ tun, sondern sie gehören untrennbar zusammen.

⁷ Andreas Roloff und Sonja Heemann in Schmidt u. a., Zwischenbericht zum Forschungs- und Entwicklungsvorhaben »Urbane Wälder« (Fn. 1).

⁸ Tagung *Zukunftsstadt: grün – offen – lebendig*, 22.10.2015, Dresden, veranstaltet von der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, der Sächsischen Akademie der Künste und dem Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung

Stefan Rettich

Zuwanderung und die Wohnungsfrage: Anmerkungen zu Standard, politischen Steuerungs- instrumenten und zur Rolle der Kommunen

Wie wird die Zuwanderung unsere Städte verändern, welchen Einfluss hat sie auf die ohnehin offene Wohnungsfrage und welche Herausforderungen stellen sich für Politiker, Architekten und Stadtplaner? Kurz: Wie schaffen wir das, wie kommen wir aus dem Krisenmodus der Erstunterbringung in eine geordnete Stadtentwicklung mit gesicherter Wohnraumversorgung? Eine eindeutige Antwort gibt es nicht. Wie in anderen Politikfeldern, dem Arbeitsmarkt oder der demografischen Überalterung gibt es Chancen, aber auch enorme Risiken des Scheiterns und der Fehlentwicklung, bis hin zur Gettoisierung oder der Neuaufgabe eines Bauwirtschaftsfunktionalismus.

Nach Prognosen des für den Wohnungsbau und die Städtebauförderung zuständigen Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) werden mindestens 350.000 neue Wohnungen pro Jahr benötigt. Das sind etwa 100.000 Wohnungen mehr als derzeit pro Jahr in Deutschland fertiggestellt werden. Als ein erster Anreiz wurde die Förderung des sozialen Wohnungsbaus für den Zeitraum bis 2019 von bislang 2 Mrd. Euro auf 4 Mrd. Euro angehoben. Ein weiterer, wesentlicher Punkt, der vom BMUB zur kurzfristigen Lösung des Wohnungsmangels eingebracht wurde, ist ein Förderprogramm für den Bau und die Nutzung kleiner modularer Wohneinheiten, sogenannter ›Variowohnungen‹, das 2015 mit einem Volumen von 120 Mio. Euro aufgelegt wurde und noch ausgeweitet werden soll. Offenbar führen gleiche Problemlagen auch zu gleichen Antworten und nebenbei zu einer neuen Sicht auf die Nachkriegsmoderne, die in ähnlicher Situation auf dieselben Konstruktionsmethoden setzte. Auf Grund der aktuellen Lage können wir uns besser vergegenwärtigen, welche enormen Leistungen in dieser Zeit unter noch schwierigeren Bedingungen als heute zu leisten waren. Architekten können und sollten neue Typologien für die aktuelle Wohnungsfrage entwickeln und möglichst schnell modulare und pragmatische Vorschläge zur Reduzierung von Standards entwickeln, was auf Bundesebene ebenfalls diskutiert wird. Ob diese Vorschläge aufgegriffen werden, liegt an der Politik, ihren Förderprogrammen und besonders an den Banken, die diese kofinanzieren müssen. Die Wohnungsfrage bleibt daher, was sie immer war, eine politische.

Von der neoliberalen zur gerechten Stadt?

Ein Blick zurück in die jüngere Vergangenheit zeigt, dass mit dem Wohnungsmangel in den Großstädten und der neu gestellten Wohnungsfrage das marktliberale Modell der letzten beiden Dekaden in Teilen abgelöst wurde und es eine stärkere staatliche Steuerung hin zu mehr sozialer Gerechtigkeit gibt. Unter dem Eindruck der Finanzmarktkrise wird in vielen Städten beispielsweise der Verkauf kommunaler Wohnungen und Einrichtungen der Daseinsvorsorge ausgesetzt. Die Höchstgebotspraxis beim Verkauf kommunaler Grundstücke hat deutlich abgenommen und in vielen Großstädten werden mittlerweile die Eckpunkte des Münchner SoBoN Modells¹ auf die Entwicklung neuer Flächen angewendet. Außerdem kommen Milieuschutzsatzung, Zweckentfremdungs- und Umwandlungsverbot in vielen Kommunen zum Einsatz. Mit dem Bestellerprinzip bei der Bezahlung von Maklern und mit der Mietpreisbremse hat der Bund ebenfalls Instrumente eingeführt, die in angespannten Wohnungsmärkten angewendet werden können, um ungezügelter Mietpreissteigerungen entgegenzuwirken. Im Krisenmodus der Flüchtlingsunterbringung berufen sich die Stadtstaaten sogar auf ihr Polizeirecht und haben sich eine juristische Option für die Beschlagnahmung leerstehender Gebäude geschaffen. Die Erfordernisse aus der Zuwanderung könnten diese Tendenz weiter stützen und langfristig zu einer noch stärker gesteuerten und gerechteren Stadtentwicklung führen. Es kann aber auch ganz anders kommen: Die marktliberalen Akteure könnten von der großen Nachfrage, den in Aussicht gestellten Fördermitteln und von den geplanten Standardsenkungen profitieren und ihr Modell der Gewinnmaximierung weiter ausbauen.

Bauland- und Immobilienspekulation verhindern

Das deutsche Steuerrecht begünstigt Leerstände und Brachflächen. Eigentümer können Verluste abschreiben, die ihnen z. B. durch die Grundsteuer entstehen. Das fördert Spekulation und behindert die Innenentwicklung. Exemplarisch zeigt das der Büroflächenleerstand in deutschen Großstädten, der gerade in

¹ Das Modell einer sozial gerechten Bodennutzung (SoBoN) wurde 1994 in München eingeführt, mit dem Ziel, Grundstückseigentümer an den Planungsfolgekosten zu beteiligen. Das Modell basiert inhaltlich auf der Münchner Mischung. Idealerweise soll ein Standort je zur Hälfte Wohnen und gewerbliche Nutzung vereinen. Das Wohnsegment folgt einem Drittelmix von Mietwohnungen, Eigentumswohnungen und Sozialwohnungen. Prämisse ist, dass den Planungsbegünstigten mindestens ein Drittel der durch die Überplanung erzielten Bodenwertsteigerung als Gewinn zugesichert wird.

angespannten Wohnungsmärkten besonders hoch ist. Allein in Frankfurt sind es 1,4 Mio. m².² Das entspricht dort rein rechnerisch einem Potenzial von ca. 20.000 Wohnungen³ in integrierten Lagen. Die Skelettbauweise der Bürobauten ist für eine einfache und preiswerte Umnutzung gut geeignet. Denkbar ist, Teile der Gebäude als Übergangsunterkunft zu nutzen, während die anderen Teile zeitgleich in dauerhaften und sozial gemischten Wohnraum transformiert werden. Um dies zu fördern und um der Spekulation entgegenzuwirken, müssen Verlustabschreibungen bei Leerstand zeitlich befristet und (Wohn-)Zwischennutzung gesetzlich erlaubt werden. Auch Bauland sollte mobilisiert und gegen den Willen der Eigentümer seinen Zwecken zugeführt werden können. In Österreich wurde dazu das Instrument der Vertragsraumordnung⁴ eingeführt, mit der Grundeigentümer zu einer widmungskonformen Bebauung innerhalb einer bestimmten Frist verpflichtet werden können. Auf diese Weise könnten sowohl Potenziale im baulichen Bestand (Leerstand) wie auch städtebauliche Reserven der inneren Stadt (Baulücken und Brachflächen) aktiviert werden, damit ein Wachstum an den Rändern erst gar nicht erforderlich wird.

Der Bund, so scheint es, geht hier als leuchtendes Beispiel voran und wirft Teile seiner Immobilien in die Waagschale. Zur weiteren Unterstützung des Sozialen Wohnungsbaus sowie der Flüchtlingsunterbringung hat der Haushaltsausschuss des Bundestages im November 2015 die verbilligte Abgabe von Konversionsflächen an Kommunen gewährt.⁵ Danach können Kommunen Konversionsflächen mit einem Abschlag von bis zu 80 % auf den Verkehrswert erwerben. Das ist immens. Allerdings ist das gesamte Programm auf vier Jahre und auf ein Maximalvolumen von 100 Mio. Euro begrenzt und steht unter Haushaltsvorbehalt. D.h. der Haushaltsausschuss muss die Richtlinie jährlich erneut bestätigen. Bedenkt man, dass der Bund über 35.000 ha Konver-

2 Wirtschaftsförderung Frankfurt – Frankfurt Economic Development – GmbH (Hg.), *Büromarkt Frankfurt a. M. Überblick*, 1/2014, http://frankfurt-business.net/wp-content/uploads/2014/10/BueroMarktFrankfurtamMain_No1_2014.pdf (20.7.2017).

3 Die Wohnungszahl entspricht dem Ansatz einer durchschnittlichen 2–3 Zimmer Wohnung mit 70 m².

4 Die Vertragsraumordnung wurde 1992 im Bundesland Salzburg eingeführt, um dem Phänomen der Bodenhortung zu begegnen und um innerstädtische Flächen für die Bebauung zu mobilisieren. Nach planungsrechtlicher Anpassung auf Grund von Verfassungsklagen kommt die Vertragsraumordnung mittlerweile in allen österreichischen Bundesländern zum Einsatz.

5 2015 wurde vom Haushaltsausschuss des Bundestages einer Richtlinie der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) zur verbilligten Abgabe von Konversionsgrundstücken (VerBRKonv) zugestimmt. Die Maßnahme ist ursächlich eine Umsetzung aus Kapitel 4.2 des Koalitionsvertrags der 18. Legislaturperiode und basiert nicht auf dem zusätzlichen Bedarf an Wohnraum durch Zuwanderung.

sionsflächen verfügt, wirkt die Maßnahme doch recht bescheiden und es stellt sich die Frage, ob einer Politik der offenen Grenzen nicht auch eine Bereitstellung von Bundesimmobilien und -flächen ohne Obergrenzen folgen müsste. Zumindest die Grundstücke in städtebaulich integrierter Lage müssten vom Bund offenerherziger zur Verfügung gestellt werden. Geschieht dies nicht, werden immer mehr Kommunen größere Flächen an den Stadträndern ausweisen müssen. Das gefährdet zum einen das Primat der Innenentwicklung und damit die Ziele der Klimapolitik⁶, zum anderen bergen randstädtische Siedlungen in nicht integrierten Lagen das negative Potenzial der Gettoisierung und die Gefahr des Scheiterns sozialer Integration und der Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Ein Grund, weshalb dies nicht erkannt wird, liegt an der Zuständigkeit. Die Liegenschaften des Bundes sind beim Finanzministerium angesiedelt und werden dort von der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA) verwaltet – mit der Maßgabe, nicht benötigte Immobilien meistbietend zu veräußern. Diese rein monetäre Bewertung der Liegenschaften müsste dringend durch einen strategischen Blick auf deren planerische Bedeutung in den Kommunen ergänzt werden. Am Beispiel des Berliner Dragoner Areals wird ein Umdenken bereits sichtbar.⁷ Idealerweise sollte die BImA beim BMUB angesiedelt werden, wo entsprechende Fachkenntnis vorhanden ist.

Neue Stadtviertel mit erschwinglichen Mieten bauen

Das sozial-räumliche Gefüge in unseren Städten hat sich umgestülpt. Nach mehreren Jahrzehnten der Suburbanisierung ist die Mittelschicht in die Großstädte zurückgekehrt und mit ihr die Spekulation. Gerade in den angespannten Wohnungsmärkten ist kostengünstiger Wohnungsbau in zentralen Lagen kaum mehr möglich. Der Bau von 350.000 Wohnungen pro Jahr auf innerstädtischen Flächen oder durch Nachverdichtung allein ist nicht realistisch, insbe-

6 2010 betrug der Flächenverbrauch in Deutschland 77 ha pro Tag. Die Bundesregierung verfolgt das Ziel, die Flächeninanspruchnahme bis 2020 auf 30 ha je Tag zu reduzieren. Das sogenannte 30-ha-Ziel ist Bestandteil der nationalen Nachhaltigkeitsstrategie, die 2002 von der Bundesregierung festgelegt wurde.

7 Das Dragoner Areal ist eine 4,7 ha große ehemalige Kaserne in Berlin Kreuzberg, die seit 1923 als Finanzamt genutzt wurde. Als Bundesliegenschaft wurde das Grundstück nach dem Prinzip des Maximalerlöses in einem Bieterverfahren zum Verkauf ausgeschrieben. Der Haushaltsausschuss des Bundestages hat dem Verkauf an einen österreichischen Investor für 36 Mio. Euro zugestimmt. Der Haushaltsausschuss des Bundesrates, der ab einer Verkaufssumme von 15 Mio. Euro ebenfalls zustimmen muss, hat den Verkauf abgelehnt. Das Grundstück wird nun unter veränderten Verkaufsprämissen erneut ausgeschrieben.

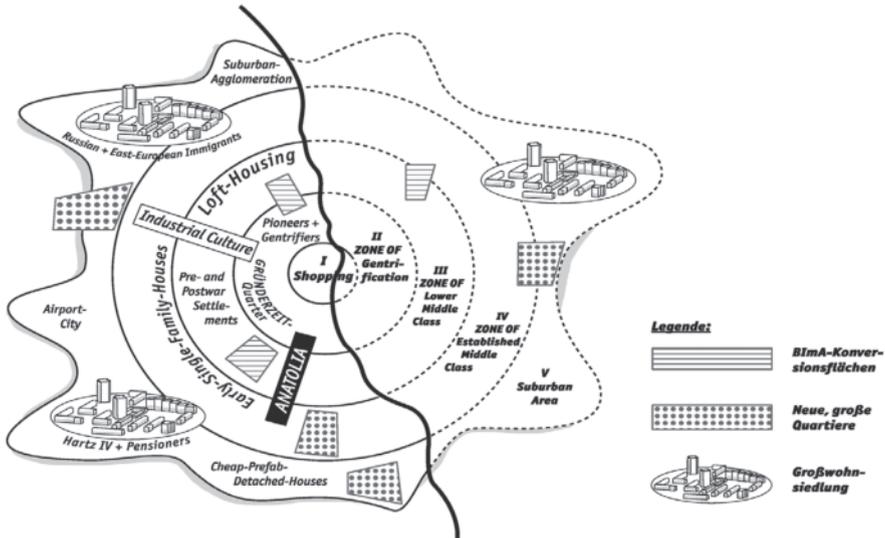


Abb. 1: Grafik: KARO*, Christian Burkhardt und Stefan Rettich.

sondere wenn vergünstigte Konversionsflächen des Bundes nur limitiert zur Verfügung stehen. In der Summe deutet vieles auf die Entwicklung von neuen, größeren Quartieren auf kommunalen Flächen hin. Der Hamburger Senat hat beispielsweise im Oktober 2015 alle sieben Bezirke der Stadt zum Ausweis von 8 ha großen Flächen verpflichtet, um darauf Sozialwohnungen zu errichten, die bis Dezember 2016 bezugsfertig sein sollen. Auf jeder Fläche wird der Bau von ca. 800 Sozialwohnungen angestrebt, die zunächst in enger Belegung je 4.000 Flüchtlinge aufnehmen sollen. Die Sozialbindung ist auf 15 Jahre angelegt. Danach wird mit einem Rückgang der Bewohnerdichte auf ca. 2.000 Bewohner gerechnet.⁸ Auch Berlin hat ein ähnliches Vorhaben unter dem Schlagwort »Pionierwohnungsbau« angekündigt, bei dem Flüchtlinge die Pionierfunktion der Erstbesiedelung einnehmen sollen.^{9,10} Das bleibt nicht ohne Gegenreaktion.

8 Magnus Kutz, »Flüchtlingsunterkünfte mit der Perspektive Wohnen«, Pressemitteilung der Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen Hamburg vom 6.10.2015, <http://www.hamburg.de/bsw/presse/4612224/2015-10-06-bsw-fluechtlingsunterkuenfte-perspektive-wohnen/> (20.07.2017).

9 Berlin will kurzfristig zehn neue Siedlungen mit insgesamt 50.000 Wohnungen errichten. Unter dem Schlagwort Pionierwohnungsbau sind an zehn Standorten zunächst Wohnungen für Flüchtlinge nach vereinfachtem Planungsrecht (§ 246 BauGB) geplant, die dann durch Wohnungen für alle gesellschaftliche Schichten in einem geregelten Verfahren ergänzt werden sollen.

10 Berliner Senat (Hg.), »Masterplan Integration und Sicherheit – Entwurf«,

In Hamburg haben sich bereits mehrere Bürgerinitiativen gegründet, die im Zusammenschluss ein Volksbegehren planen.

Nicht nur deshalb gilt es, bei der Neuauflage von Quartieren in Stadtrandlage alte Fehler zu vermeiden. Vernetzung und Anschluss an den Siedlungskörper, wie auch eine hochwertige Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr, müssen Voraussetzung sein. Die ideale Korngröße dieser Quartiere muss definiert werden. Sie sollten so klein wie möglich, aber so groß wie nötig sein, damit sich eine Mindestausstattung mit KiTa, Grundschule und Nahversorgung lohnt. Die Analyse von stadtteilspezifischen Altersgruppen kann einen Anhalt dafür geben, wie viele Wohnungen in welcher Stadt dafür erforderlich sind.

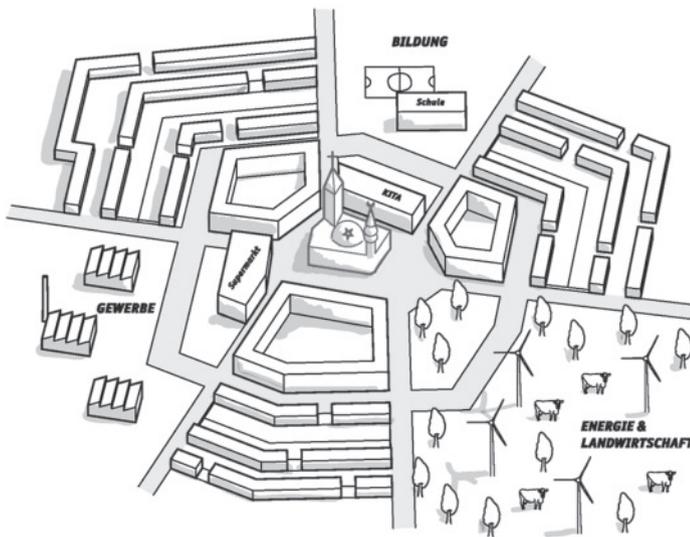


Abb. 2: Grafik: KARO*, Christian Burkhardt und Stefan Rettich.

Die Quartiere sollten neue integrationsfördernde Bautypologien besitzen. Schule, KiTa und andere Bildungseinrichtungen sowie Räume zur Religionsausübung könnten beispielsweise in einem Integrationshaus in der Quartiersmitte aufgehen. Nutzungsmischung sollte ebenso selbstverständlich sein wie die Produktion von erneuerbaren Energien zur dezentralen Selbstversorgung. Manche Städte wie Freiburg wachsen seit längerem in größeren Baufeldern an den Rändern. Sicher sind das Rieselfeld und Vauban Mittelstandsmodelle, aber

15.03.2016, <https://www.berlin.de/rbmskzl/aktuelles/politik-aktuell/2016/entwurf-masterplan-integration-und-sicherheit.pdf> (20.07.2017).

sie zeigen auch, dass der Erfolg von der Korngröße abhängt und von der Frage, wer investiert. Sind es viele kleine Baugruppen, die sich zur Zuwanderung bekennen und alternative Wohnmodelle ausprobieren wollen, sind Mischung, Integration und Identifizierung mit dem Stadtteil im Fundament bereits verankert, ohne dass der Staat dies großartig finanzieren müsste. In den Fokus rücken auch die Großwohnsiedlungen und ihre Flächenressourcen mit dem Potenzial zur Nachverdichtung.

Bestehende Großwohnsiedlungen urbanisieren

Erfolgreiche Ankunftsquartiere zeichnen sich durch preiswerten Wohnraum und Aneignungspotenzial aus, durch Stadt- und Gebäudestrukturen, die den Aufbau von Mikroökonomien ermöglichen. Vor der Phase der Reurbanisierung war diese »Zone in Transition« in erster Linie in den ehemaligen gründerzeitlichen Arbeitervierteln angesiedelt, die nach ihrer Gentrifizierung keinen kostengünstigen Wohnraum mehr bieten. Die neuen Ankunftsorte sind jetzt die monostrukturellen Großwohnsiedlungen der Spätmoderne, weil anerkannte Flüchtlinge zunächst nur dort freie und erschwingliche Wohnungen finden werden. Die Siedlungen müssen umgebaut und urbanisiert werden, ihre Strukturen bieten keine adäquaten Räume für Integration und Selbstorganisation. Insbesondere in den Erdgeschosszonen muss Raum für Aneignung, Begegnung und informelle Mikroökonomien geschaffen werden. Für die Großwohnsiedlungen ist das eine enorme Chance, denn ihre Flächenressourcen bieten auch das Potenzial zur Nachverdichtung mit ergänzenden Typologien und damit zur stärkeren sozialen Durchmischung. Gelingt dies nicht, sind auch die Aufstiegschancen der Neuankömmlinge minimiert. Es droht die Gefahr der Gettobildung und der weiteren Stigmatisierung der Siedlungen. Ein gelungenes Beispiel ist die Nachverdichtung der Hamburger Siedlung am Altenhagener Weg von Heidenreich & Springer. Urbanität durch Mischnutzung ist hier zwar weder geplant noch gewollt, aber die respektvolle Fortschreibung der Siedlung mit hochwertigem Wohnungsbau in modernem Raumbild dient der Stabilität des Quartiers und fördert die soziale Mischung.



Abb 3: Grafik: KARO*, Christian Burkhardt und Stefan Rettich.

Standards neu denken

Die überinstrumentalisierten Energieeinsparverordnungs- (ENEV) und Passivhäuser sind keine Antwort auf die Wohnungsfrage. Einen Beitrag zum Klimaschutz kann man auch durch reduzierte Wohnflächen oder durch eine Pufferzone leisten, die nur in wärmeren Jahreszeiten ein großzügiges Wohnzimmer bietet. Zudem bedürfen nicht alle Menschen derselben Standards, benötigen barrierefreie Wohnungen, haben dasselbe Lärmempfinden oder dieselben Heizgewohnheiten. Viele können auf einen Keller oder einen teuren Bodenbelag verzichten, aber immer mehr benötigen günstige Mieten. Nach Jane Jacobs gehören auch Gebäude verschiedenen Alters und Zustands zu den Voraussetzungen für die Mannigfaltigkeit eines Quartiers.¹¹ Es ist also von Vorteil, wenn ein gewisser Anteil an Gebäuden in einem neuen Quartier mit geringeren Standards gebaut und ausgestattet werden, um über einen Mix an Mieten auch ein gemischtes Milieu zu gewährleisten. Auch das BMUB arbeitet an der Überprüfung von Baustandards und Normen, um das Bauen bezahlbarer zu machen, und hat im »Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen« im Juli 2015 eine Baukostensenkungskommission eingesetzt. Beispielhaft wird auf

¹¹ Jane Jacobs, »Tod und Leben großer amerikanischer Städte«, in *Bauwelt Fundamente* 4 (1963), S. 114.

den Umgang mit dem Stellplatznachweis bei Bauantragsverfahren hingewiesen. In Hamburg und Berlin ist dieser wegen veränderten Mobilitätsverhaltens gänzlich abgeschafft, in Bremen wird für intelligente Mobilitätskonzepte eine Reduzierung der Stellplatzverpflichtung auf bis zu 20 % in Aussicht gestellt. Es ist sicher kein Zufall, dass es gerade die Stadtstaaten sind, die hier eine Vorreiterrolle spielen. Denn hier decken sich Landeskompetenz und kommunale Erfordernis.

Die Überprüfung unserer Überregulierung darf aber nicht zu einer Deregulierung und zu Substandards führen, mit dem Ziel, Wohnungen schnell und als möglichst billige Ware herzustellen. Vielmehr sollte im Vordergrund stehen, wie mit reduzierten Standards auch neue Spielräume für soziale Innovationen hervorgebracht werden können. Das Berliner Baugruppenprojekt in der Ritterstraße 50 (von ifau, Jesko Fezer und Heide & von Beckerath) zeigt, wie das gelingen kann: Hier gibt es ein ausgefachtes Betonskelett mit Sonnendeck auf dem Dach, einen Gemeinschaftsraum im Souterrain, der das Haus in der Nachbarschaft verankert, und eine platzsparende, innenliegende Treppe, die das Haus zusammenhält. Mehr braucht es nicht. Umlaufende, vorgehängte Balkone bilden eine ästhetische Klammer und sind Zeichen gebauter Gemeinschaft, denn die Bewohner haben sich bewusst für den Austausch und gegen den Bau von Balkontrennwänden entschieden. Auch André Kempe und Oliver Thill, zwei deutsche Architekten mit Büro in Rotterdam, drehen seit Jahren an der Standardschraube im Wohnungsbau. Sie sparen am ganzen Haus, nur um sich an einer Stelle richtig auszutoben, um sich beispielsweise eine schicke Eingangstür, eine geschosshohe Verglasung oder einen Luftraum im beengten Reihenhaus leisten zu können.

Eine weitere Strategie, die in diese Richtung zielt, ist die des wachsenden Hauses. Der Berliner Stadtbaurat Martin Wagner hat diese Konzeption bereits in den 1930er Jahren im Rahmen eines großen Wettbewerbs erprobt. 24 Prototypen von Anbauhäusern, entworfen von den prominentesten Vertretern des Neuen Bauens, konnten danach in der Schau »Sonne, Luft und Haus für Alle« im Jahr 1932 in Berlin gezeigt werden. Es waren minimale Grundmodule, die durch Addition bedarfsgerecht wachsen konnten.¹² Auch das Vorzeigeprojekt Quinta Monroy in Iquique (Chile) von Alejandro Aravena, dem Direktor der Architekturbiennale 2016 in Venedig, gehört in diese Kategorie. Mit der Pro-

12 Martin Wagner, *Das wachsende Haus*, kommentierte Neuauflage, Leipzig 2015. Die Publikation von Martin Wagner wurde im Rahmen des Ausstellungsprojekts Wohnungsfrage von Jesko Fezer, Christian Hiller, Nikolaus Hirsch, Wilfried Kühn und Hila Peleg neu herausgegeben.

jektreihe »Elemental« wurde Wohneigentum für die Ärmsten geschaffen, mit Baugrund, Infrastruktur und Rohbau. Anders als bei Wagner ist alles, was darüber hinaus benötigt wird, Sache der Bewohner. Sie bauten ihre Häuser selbst aus und erweiterten diese nach Bedarf im Rahmen des gegebenen Systems.

Einen neuen Bauwirtschaftsfunktionalismus verhindern

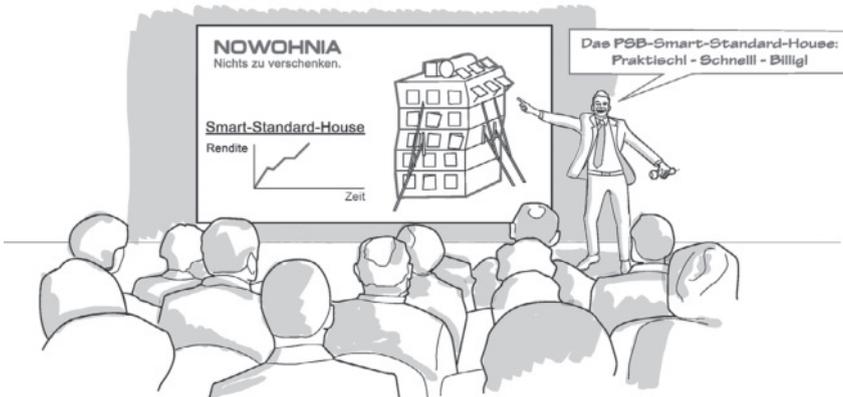


Abb. 4: Grafik: KARO*, Christian Burkhardt und Stefan Rettich.

Die vom BMUB eingesetzte Kommission zur Baukostensenkung könnte mit ihren Vorschlägen nicht nur das Bauen günstiger machen, sie könnte auch neue Spielräume für Experimente sozialer Innovation schaffen. Andererseits könnte die Reduzierung von Standards einen neuen, wiederum staatlich geförderten Bauwirtschaftsfunktionalismus hervorbringen, der bessere Barackenbauten produziert. Besonders aufmerksam sind die großen börsennotierten Wohnungskonsortien zu beobachten, deren Geschäftsmodell schon heute aus einer einträglichen Kombination besteht. Sie bieten stark nachgefragte Sozialwohnungen bereits heute in Teilen mit fragwürdigen Substandards auf dem Wohnungsmarkt an und beziehen dafür sichere Transfermittel der Sozialämter. Es besteht die Gefahr, dass diese nichtgemeinnützigen Unternehmen ihr Geschäftsmodell auf den Neubau von Sozial- und Flüchtlingswohnungen ausdehnen werden.

Die Top-Down Verordnung von Baustandards, auch deren vereinheitlichte Reduzierung, ist daher eine Sackgasse. Wohnungsmärkte sind divers und regional sehr verschieden. Standards können daher besser von kommunalen Instanzen gesetzt und von diesen flexibel und ganzheitlich bewertet werden. Es

gilt auf der einen Seite, den billigen Substandard windiger Investoren zu verhindern, und auf der anderen Seite, preiswerten Wohnraum mit spezifischen räumlichen Qualitäten zu ermöglichen. Dabei könnte eine organisierte Qualitätskontrolle helfen. Vergleichbar mit Gestaltungsbeiräten, die sich um eine Verbesserung der Baukultur bemühen, könnten unabhängige ›Kommunale-Standard-Räte‹ Bebauungskonzepte hinsichtlich ihres spezifischen Ansatzes für einen reduzierten, aber bedarfsgerechten Standard mit Blick auf soziale Innovation beurteilen.

Sonder-AfA als Instrument zur Förderung preiswerten Wohnraums?

Eine ungelöste Frage ist nach wie vor, wie der private Sektor stärker für den Wohnungsneubau aktiviert werden kann und welcher Anreize oder Förderprogramme es dafür bedarf. Bereits im Jahr 2015 wurde vom BMUB eine degressive, zeitlich limitierte Sonder-AfA für den Wohnungsneubau ins Gespräch gebracht, die schließlich im Februar 2016 von der Bundesregierung durch das zuständige Ministerium für Finanzen als Gesetzesentwurf vorgelegt wurde. Demnach sollten zusätzlich zu der normalen (linearen) 2 %-igen AfA¹³ innerhalb von drei Jahren 29 % aller Herstellungskosten bis zu einer Summe von 2.000 Euro/m² abgeschrieben werden können. Vorausgesetzt, dass die Herstellungskosten von 3.000 Euro/m² nicht überschritten werden, die Wohnungen in einer Wohnungsmarktregion mit angespannter Wohnungslage erstellt – und mindestens zehn Jahre vermietet werden. Das BM für Finanzen schätzte die Gesamtkosten dafür bis 2020 auf 1,2 Mrd. Euro, in Form von Steuerminderungen.

Die Gesetzesinitiative wurde von der Opposition, aber auch von Teilen der SPD-Fraktion kritisch diskutiert. Angemahnt wurde vor allem, dass der Gesetzesentwurf keine Sozialbindung oder Mietpreisobergrenzen vorsieht, sodass es nicht zu der anvisierten Herstellung von preiswertem Wohnraum kommen würde und stattdessen Mitnahmeeffekte für den Bau von Wohnungen im oberen Mietsegment zu erwarten seien.¹⁴ Die Linke mahnte zudem an, dass

¹³ AfA steht für Abschreibung durch Abnutzung. Schafft man Wohnraum, den man nicht selbst nutzt, gewährt der Gesetzgeber auf die veranlagte Einkommensteuer eine Abschreibung von 2 % pro Jahr auf alle Herstellungskosten. Dies gleichbleibend über 50 Jahre hinweg, als sogenannte lineare AfA. Man geht davon aus, dass nach 50 Jahren der Wert einer Immobilie vollständig aufgebraucht, also abgenutzt ist. Der Bestandwert nach 50 Jahren und evtl. Immobilienwertsteigerungen bleiben unberücksichtigt.

¹⁴ Vom Verfasser wurde Ende Mai 2015 eine Presseanfrage an die Fraktionen zu dem

weder kommunale Wohnungsunternehmen noch Genossenschaften in den Genuss der Förderung kommen würden und verwies darauf, dass der Städte- und Gemeindetag sich deshalb gegen den Gesetzentwurf ausgesprochen habe. Ergänzend kann angeführt werden, dass weder städtebaulich integrierte Lage, Bautypologie, noch funktionale Mischung als Förderkriterien verbindlich festgeschrieben wurden, sodass in der Summe die Gegenargumente überwogen und der Bundestag den Gesetzesentwurf nicht gebilligt hat.

In den neuen Ländern machte man bereits kurz nach der Wiedervereinigung folgenschwere Erfahrungen mit dem Instrument einer Sonder-AfA. Zur Erinnerung: Die Sonder-AfA-Ost war ein zeitlich begrenztes Sonderabschreibungsprogramm für Immobilien in den neuen Bundesländern und Berlin, die nach dem 31.12.1990 und vor dem 1.1.1995 fertiggestellt wurden. Neben der normalen (linearen) 2 %-igen AfA konnten danach innerhalb der ersten fünf Jahre zusätzlich 50 % aller Herstellungs- oder Anschaffungskosten eines Gebäudes abgeschrieben werden. Dies führte in der Spitze zu Steuereinbußen im zweistelligen Milliardenbereich pro Jahr bei der veranlagten Einkommenssteuer.¹⁵

Die Sonder-AfA wurde damals eingeführt, um privates Kapital für die Finanzierung des Aufbau-Ost zu mobilisieren. Dabei kam es zu erheblichen Fehlallokationen mit negativen Auswirkungen auf die Stadtentwicklung. Investoren agierten in der Regel als Zwischenhändler. Wohnungsgrößen und Typologien wurden daher weniger am tatsächlichen Bedarf als an der Kaufkraft von Kleinanlegern ausgerichtet. Zudem wurde oft in nicht integrierten Lagen gebaut, da sich die meisten innerstädtischen Grundstücke noch in der Rückgabephase an die rechtmäßigen Eigentümer befanden. Zentraler Grund war hier der im Einigungsvertrag festgeschriebene Restitutionsgrundsatz mit der Prämisse: »Enteignetes Grundvermögen wird grundsätzlich [...] zurückgegeben.«¹⁶ Die Klärung der Eigentumsverhältnisse und oftmals damit verbundene juristische Streitigkeiten dauerten Jahre. Also flossen die Mittel hauptsächlich in die jungfräulichen Speckgürtel der Städte. Dort waren Grundstücke ohne Restitutionsansprüche zu erwerben, sie waren zudem günstiger und, da in der Regel

Gesetzesentwurf einer Sonder-AfA für den Wohnungsneubau gestellt. Die hier aufgeführten Gegenargumente bilden eine Schnittmenge der Opposition mit der SPD-Fraktion. Die CDU-Fraktion hat den Gesetzesentwurf ohne Einschränkungen geteilt.

15 Schäfer u. a., »Fehlsteuer-Ost«, in *Der Spiegel* Nr. 46/1997, S. 30–48.

16 Gemeinsame Erklärung der Regierungen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Regelung offener Vermögensfragen, vom 15.6.1990 (BGBJ. II s. 1237). Als Anlage III wurde diese Erklärung gem. Art. 41, Abs. 1 Bestandteil des Einigungsvertrages. Zitiert nach: Lorenz Claussen, »Der Grundsatz Rückgabe vor Entschädigung«, in *Neue Justiz* 7/1992, S. 297 ff.

keine Bauleitplanung vorlag, mit einer höheren Grundstücksauslastung und ohne funktionale Vorgaben zu realisieren. Gebaut wurde daher viel Falsches, zudem am falschen Ort. Die hohen Leerstände der 1990er Jahre im Wohnungswie im Bürosektor zeugen davon. Viele Kleinanleger haben ihr Geld verloren, weil ihre Wohnungen entweder leer standen oder nicht die versprochene bzw. erhoffte Miete einbrachte.

Will man von dieser Fehlentwicklung lernen, dann darf es heute keine Sonder-AfA ohne funktionelle und lokale Steuerung durch die Kommunen mehr geben. Wirkungsweise, Verfügbarkeit und Lage der Grundstücke sowie das potenzielle Agieren der Immobilienmarktakteure sollte in Szenarien durchgespielt werden, um Fehlallokationen vorrausschauend zu begegnen. Eine Sonder-AfA könnte zum Beispiel auf gut integrierte aber schwer entwickelbare Grundstücke begrenzt werden, um diese für den privaten Sektor attraktiv zu machen. Es gibt keinen Grund, Mitnahmeeffekte für Filetgrundstücke durch Steuergelder zu fördern.

Gasträume: Willkommens-Systeme der Flüchtlingsunterbringung fördern

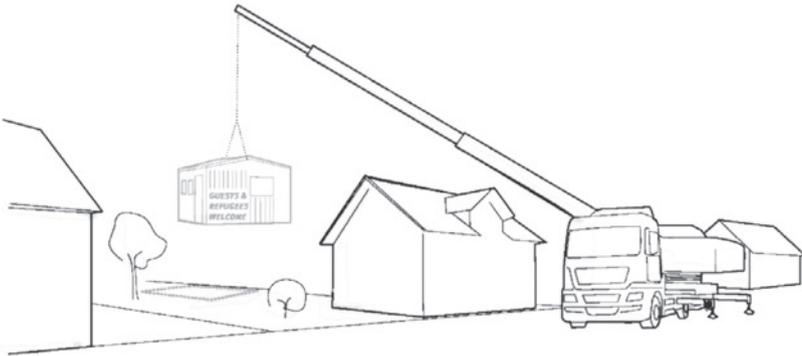


Abb. 5: Grafik: KARO*, Christian Burkhardt und Stefan Rettich.

Viele Ursachen für Migration stehen in zeitlich versetzter Wechselwirkung mit Handlungen der westlichen Welt. Dazu gehören neben den Irakkriegen und dem Syrienkonflikt insbesondere der Nachhall der Kolonialzeit oder etwa CO₂-Emissionen der Industrienationen, die klimabedingte Umweltverschlechterungen in Drittstaaten hervorrufen. Europa steht in der Verantwortung

und wird sich auf Migrationsereignisse dieser neuen Art einstellen müssen. Die aktuelle Überforderung in den Städten zeigt, dass wir darauf nicht vorbereitet waren und keine geeigneten Systeme entwickelt haben, auf die wir jetzt zurückgreifen können. Die zu Beginn unerwartet herzliche Willkommenskultur der Deutschen bietet einen Ansatz für ein resilientes System. Staatlich geförderte Gästehäuser und -zimmer könnten die Spitzen künftiger Migrationswellen kappen. Auch Geringverdienende könnten in ihren Wohnungen enger zusammenrücken, Zuwanderer aufnehmen und dabei von staatlicher Förderung profitieren. Zeltstädte wären verzichtbar, Container bei Bedarf preiswert und die dezentrale Unterbringung bei hilfsbereiten Bürgern böte sprachliche und kulturelle Integration von der ersten Minute an.

Die Kommune als Kommandozentrale ausstatten

Asyl- und Flüchtlingspolitik sind Bundessache. Der Bund ist aber auf Amtshilfe der Kommunen und auf das lokale Ehrenamt angewiesen. Zudem müssen die langfristigen Auswirkungen auf kommunaler Ebene gelöst werden: Wohnungsbau, Erstintegration, Ausbau der sozialen Infrastruktur und der Bildungseinrichtungen wie auch die Folgekosten gescheiterter Integration. Die Kommunen sind die Kommandozentralen dieser Krisenbewältigung. Sie benötigen dafür deutlich mehr und flexiblere Handlungskompetenzen und ein stärkeres Mitspracherecht bei der Ausgestaltung und der Implementierung von Förderprogrammen für den Wohnungsbau oder der Überlassung von Grundstücken durch die BImA. Auch werden investive Mittel allein nicht ausreichen. Bund und Länder werden zusätzliche kommunale Personalressourcen für Steuerung, Stadtentwicklung und soziale Aufgaben finanzieren müssen, die sich aus der Zuwanderung ergeben.

Melanie Humann, Klaus Overmeyer

Nutzergetragener Städtebau oder wie Bürger ihre Stadt an Planung beteiligen

Stadtsafaris, Quartiersforen, Ideentische, Online-Bürgerdialoge – kein Planungsverfahren scheint heute mehr ohne Beteiligung auszukommen. Impulsgeber sind dabei nicht nur die Städte und Gemeinden selbst, sondern zunehmend auch eine aktive Stadtgesellschaft, Initiativen und ›Raumunternehmen‹ als selbstbestimmte Raum- und Projektentwickler, die sich aufgelassene Orte schrittweise aneignen, besondere Nutzungsmischungen und Netzwerke bilden und über kluge Finanzierungsstrategien eine langfristige Perspektive aufbauen. Mit ihren Projekten ermöglichen sie für sich und andere die direkte Teilhabe an städtischen Entwicklungsprozessen. Dieser ›Nutzergetragene Städtebau‹ etabliert sich angesichts eines zunehmend unkontrollierbaren Immobilienmarktes als stabilisierendes Modell nachhaltiger und sozial gerechter Stadtentwicklung, da langfristige statt kurzfristige Interessen verfolgt werden, die Entwicklung von Vielen statt einigen Wenigen getragen wird und lokale statt globale Kreisläufe gefördert werden.

In der Planungsgeschichte gibt es eine lange Tradition der offenen Planung, um Nutzerinteressen und übergeordnete Planung zu vereinen. Einige Ansätze zielen darauf ab, »die Nutzer in den Prozess des Bauens einzubeziehen; andere bemühen sich um die Möglichkeiten des Ausbaus und Veränderens gebauter Strukturen für ein noch nicht vorhersehbares Wachstum; dritte [...] nach veränderbaren Gebäudearten«¹. Die Ansätze fokussieren entweder die Förderung von Bottom-up-Aktivitäten oder sie zeigen Wege auf, rigide Top-down-Planungen zu flexibilisieren. In den internationalen Planungswissenschaften prägt seit einigen Jahren die »strategische Planung« die Debatte. Sowohl auf der Ebene der Raum- als auch der Stadtplanung verbindet die strategische Planung Leitkonzepte mit der Umsetzung konkreter Impulsprojekte. Sie folgen nicht mit zeitlichem Abstand aufeinander, sondern entwickeln sich sukzessive in einem ständigen Wechselspiel. Strategische Planung ist eine lernende Planung. Die ständige Rückkopplung zwischen langfristigen Konzepten und direkten

1 Philipp Oswalt u. a., »Offene Planung«, in Philipp Oswalt, Klaus Overmeyer und Philipp Misselwitz (Hg.), *Urban Catalyst*, Berlin 2013, S. 165–189.

Projekten führt zu einer kontinuierlichen Anpassung von Planwerk und Maßnahme.

Auf der Ebene von Governance-Prozessen zeichnen sich strategische Planungen durch das Zusammenspiel von verwaltungsgesteuertem Handeln wie auch von flexiblen Organisationsstrukturen und Netzwerken privater Akteure, insbesondere der Nutzer, aus.

Der planungsstrategische Ansatz liefert für Stadtentwicklung mit Raumunternehmen eine Vielzahl von Anknüpfungspunkten. Dazu zählen

- ein offener Planungsprozess, in dem Planungsziel und tatsächliche Entwicklung kontinuierlich gegenseitig rückgekoppelt und angepasst werden,
- die Vagheit von Vorgaben in Verbindung mit einer Konzentration auf strategische Orte und realistische Projekte sowie
- die wachsende Bedeutung von evolutionären Organisationsprozessen².

Bisher finden in der Praxis städtebaulicher Entwicklungsvorhaben diese Ansätze kaum Berücksichtigung. Mit Blick auf ein neues Planungsverständnis für Stadtentwicklung durch Raumunternehmen kristallisieren sich allerdings drei zentrale Handlungsfelder heraus, für deren jeweilige Themen es keine übertragbaren Patentrezepte gibt. Diese drei Handlungsfelder werfen vielmehr wesentliche Fragen auf, die ortsbezogen verhandelt werden müssen:³

1. Organisation und Nutzungsentwicklung

Im Gegensatz zu herkömmlichen städtebaulichen Projekten steht bei nutzergetragenen Quartiersentwicklungen die Nutzung am Beginn des Prozesses. In der Folge treffen oftmals formelle Organisationsstrukturen von Seiten der Eigentümer und der Verwaltung auf eher informelle Zusammenschlüsse der Nutzer. Eine entscheidende Fragestellung ist, wie sich die Nutzer organisieren und welchen Einfluss sie auf die Steuerung des Entwicklungsprozesses nehmen können.

2. Ökonomie und Wertschöpfung

Nutzerbasierte Projekte zeichnen sich häufig durch ein Zusammenspiel von nicht kommerziellen und gewinnorientierten Nutzungen aus. Sie generieren eine Öffentlichkeit mit stadtweiter Ausstrahlung und einen Wert für die

² Klaus-Stephan Otto und Thomas Speck (Hg.), *Darwin meets Business: Evolutionäre und bionische Lösungen für die Wirtschaft*, Wiesbaden 2011.

³ Lisa Buttenberg, Klaus Overmeyer und Guido Spars (Hg.), *Raumunternehmen: Wie Nutzer selbst Räume entwickeln*, Berlin 2014, S. 152–160.

Stadtgesellschaft, der sich nicht ausschließlich monetär bemessen lässt und den es in städtebaulichen Verfahren wie auch in Verhandlungsprozessen mit privaten Investoren zu sichern gilt. Die öffentliche Hand übernimmt dabei mit ihren eigenen Flächen eine Vorreiterrolle.

3. Raumstrategien

Der Umgang mit bestehenden Gebäuden und Freiflächen stellt eine wichtige Ressource in der Entwicklung von Umstrukturierungsgebieten dar. Raumstrategische Ansätze kombinieren die Offenhaltung von Räumen für Aneignungs- und Selbstorganisationsprozesse, für Rückbau und punktuelle Neugestaltungen. In der Entscheidung über den Umgang mit dem Raum sollten planerisches Wissen und Erfahrungswissen der Nutzer fließen. Das setzt den Verzicht auf flächendeckende Realisierung, die Verschränkung von informeller mit regulatorischer Planung, wie auch die vertikale und horizontale Kooperation zwischen Akteuren voraus.

Praxis des Unfertigen

Die Praxis des Unfertigen ist für nutzergetragene Entwicklungen Voraussetzung und Qualität zugleich, widerspricht aber dem Determinismus der Planung. In dem Spannungsfeld zwischen Festlegung und Offenheit bewähren sich Ansätze, die im Rahmen eines Gesamtkonzeptes kleinräumliche Bereiche definieren, für die mit den Beteiligten und externen Experten Spielregeln vereinbart und planungsrechtlich gesichert werden.⁴

Wichtig ist dabei, Spielregeln an die ›Begabung‹ der einzelnen Bereiche und die zeitliche Entwicklung zu koppeln. Neben den klassischen städtebaulichen Parametern wie Dichte, Erschließung und öffentlichen Räumen eines Bereichs betrifft dies auch seine weichen Standortfaktoren: Welche Räume eignen sich für eine Ausdehnung von Bestandsnutzungen? Wo ist Schutz vor Lärm gefragt und an welcher Stelle eine radikale Öffnung zur Nachbarschaft? Was sind Laborräume, in denen für einen bestimmten Zeitraum unterschiedliche Nutzungen im Wechsel getestet werden können und wo sollten Impulse durch Neubauten gesetzt werden? Welche Atmosphären, Öffentlichkeiten und mögliche Nutzungsmilieus zeichnen die Bereiche aus? Die zeitliche Dynamisierung von

⁴ Gerd Schmidt-Eichstaedt und Klaus Overmeyer, »Mellowpark Campus«, *Studie zur Umsetzung eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes für die nutzergetragene Entwicklung eines 7 ha großen Jugendsportgeländes im Rahmen des EXWOST Forschungsprogrammes*, Berlin 2010.

Planung und Spielregeln schafft mehr Flexibilität, weil die Entscheidungsfindung über einen längeren Zeitraum gestreckt wird und so aktuelle Entwicklungen und Planung kontinuierlich aufeinander abgestimmt werden können.

Stadt machen mit Raumunternehmen

Können Raumunternehmen einen wirklichen Beitrag zur sozialen und ökonomischen Entwicklung von Nachbarschaften und Quartieren leisten?

In Hamburgs Hafencity wurde der Masterplan im östlichen Bereich zu Gunsten einer nutzergetragenen Entwicklung geändert,⁵ im Rotterdamer Bahnhofsquartier haben Akteure mitten in der niederländischen Finanzkrise einen Büroblock in Eigenregie übernommen⁶ und in Basels größtem Entwicklungsgebiet im Rheinhafen hat sich im Zuge eines Vergabeverfahrens ein Trägerverein zur Nutzung der öffentlich zugänglichen Räume⁷ gebildet.

Allen Projekten gemein ist, dass es um die nutzergetragene Entwicklung eines größeren Gebietes geht und nicht mehr um die bloße Zwischennutzung oder den Erhalt von einzelnen Bestandsgebäuden. Deutlich wird an den Projekten auch, dass Nutzer nicht als zahlende Mieter oder potenzielle Eigentümer gefragt sind, sondern als eigenständige Raumentwickler, die ein Stadtviertel mit ihren Ideen, ihrem Engagement und ihrer Verantwortung mit voranbringen. Es geht den Menschen um neue Formen des Zusammenlebens und der Gemeinschaft, um Teilhabe durch zivilgesellschaftliches Engagement, die Re-Lokalisierung von Produktionskreisläufen und Lebenswelten, um sinnvolle Lebensarbeit und nachhaltiges Wirtschaften.

Nicht mehr expansives Wachstum um jeden Preis, sondern vielmehr die Frage, wie wir in Zukunft in der Stadt gut leben können, rückt in den Vordergrund: Raumunternehmen schaffen Nachbarschaften, die darauf Antworten suchen. Das macht sie für die kommende Stadt attraktiv.

5 Hafencity Hamburg GmbH, *Die Überarbeitung des Masterplans*, <http://www.hafencity.com/de/konzepte/die-ueberarbeitung-des-masterplans.html> (12.7.2016).

6 Schieblock, *het Schieblock / Blog*, <http://www.schieblock.com> (12.7.2016).

7 Verein I_LAND – Zwischennutzung Klybeckinsel, *Vermietung Teerfläche ExEsso für temporäre Projekte*, <http://i-land.ch> (12.7.2016).

Berichte & Notizen

Veronika Gottmann

Herausforderung Quartiersmanagement. Engagement in Gebieten mit besonderen sozialen Bedarfen am Beispiel des Stadtteils Dresden Prohlis

1. Baulich-räumliche Struktur

Prohlis ist ein typischer Vertreter ostdeutscher Großwohnsiedlungen, gelegen am süd-östlichen Stadtrand von Dresden. Das Wohngebiet wurde in den 70er und 80er Jahren auf landwirtschaftlichen Flächen und Dorfstrukturen des alten Dorfes Prohlis erbaut. Es ist geprägt durch eine Hauptverkehrsachse mit Straßenbahn, die von 10-geschossigen Bauten sowie an markanten Punkten von mehreren Punkthochhäusern mit 17 Geschossen gesäumt ist. Die Bebauung der Nebenstraßen besteht meist aus 6-geschossigen Zeilenbauten, die grüne Wohnhöfe umschließen.

Das Gebiet ist seit Beginn der 1990er Jahre Fördergebiet der Städtebauförderung im Rahmen verschiedener Programme wie ›Städtebauliche Weiterentwicklung großer Neubaugebiete‹, ›Stadtumbau-Ost – Programmteil Aufwertung‹ sowie seit 2000 Teil des Fördergebiets ›Prohlis – Wohngebiet am Koitschgraben‹ der ›Sozialen Stadt‹. Dieses Städtebauförderprogramm hat neben der baulich investiven Aufwertung das Ziel, sozial belastete Gebiete mit einem integrierten Ansatz auch in sozio-kulturellen, nicht-investiven Bereichen zu beleben. Prohlis ist eines von vier Soziale-Stadt-Gebieten in Dresden neben Gorbitz, dem Wohngebiet am Koitschgraben und seit 2015 auch der nördlichen Johannstadt.

Vergleichbar mit anderen Großwohnsiedlungen hat Prohlis seit 1990 massiv an Bevölkerung verloren. Lebten 1990 etwa 23.500 Menschen dort, sank die Bevölkerung bis 2009 auf 14.672, dies ist ein Verlust von 37,6%. Seitdem stabilisieren sich die Bewohnerzahlen bzw. nehmen leicht zu, zum Stichtag 31.12.2014 lebten in Prohlis 15.240 Einwohnerinnen und Einwohner.¹ Dies ist

¹ Alle Daten zur Sozialstruktur aus der aktuellen Sozialstudie mit Stand 31.12.2014: SAS Regional-, Verkehrs- und Umweltforschung GbR Dresden, *Soziale Situation im Wohngebiet Prohlis 2015*, Dresden 2016, S.4., http://www.qm-prohlis.de/assets/Sozialstudie_Prohlis_2015.pdf (2.8.2017).

Teil des allgemeinen Bevölkerungswachstums in Dresden, jedoch auch Auswirkung des Abrisses von 2.428 Wohneinheiten im Gebiet, vor allem durch den vollständigen Rückbau des Wohngebietes ›Sternstädtchen‹ in den Jahren 2003 bis 2010 und einzelner Blöcke im Kerngebiet Prohlis.²

2. Soziale Struktur

Das Plattenbaugebiet Prohlis ist eines der am stärksten sozial belasteten Wohngebiete in Dresden. Im Gebiet sind nur 29,6 % der erwachsenen Bevölkerung erwerbstätig, 51,0 % sind Rentnerinnen und Rentner. Der Erwerbstätigenanteil bleibt konstant niedrig, die Zunahme der Erwerbstätigkeit in Dresden kommt hier nicht an. Die Zahl der Arbeitslosen sinkt seit 2006 nur leicht, aktuell sind 14,7 % der Bevölkerung arbeitslos.³

Besorgniserregend ist aber vor allem der hohe Anteil von Bezieherinnen und Bezieher nach SGB II. Er beträgt in der Altersgruppe 15–64 Jahre 31,4 % und ist damit mehr als drei Mal höher als in Dresden insgesamt (10,0 %). Alarmierend vor allem aber ist der Anteil der Kinder und Jugendlichen unter 15 Jahren, die zu fast 60,0 % (57,2 %) in Bedarfsgemeinschaften mit Bezug von Leistungen nach dem SGB II leben (Dresden gesamt: 17,2 %). Gesamtstädtisch ist dieser Anteil gesunken, in Prohlis jedoch nur geringfügig, so dass eine sich verschärfende Spaltung der Stadt konstatiert werden muss.⁴ Erschwerend kommt hinzu, dass viele dieser oft bildungsfernen Familien mit multiplen Problemlagen belastet sind. Unter allen Haushalten mit Kindern beträgt der Anteil an Alleinerziehenden fast 40,0%.⁵ Die arbeitslosen bzw. in Bedarfsgemeinschaften lebenden Familien sind oft mit der Lebensgestaltung oder der Erziehung überfordert und benötigen zusätzliche Hilfestellungen. Die Fallzahlen von ambulanten Hilfen zur Erziehung oder im schlimmsten Falle von In-Obhut-Nahmen sind im Gebiet andauernd hoch. Dies zeigt auch Auswirkungen auf die Bildungssituation. Gemäß zweitem Bildungsbericht der Stadt Dresden sind in Prohlis, neben anderen benachteiligten Gebieten, die Zahlen zu Förderschulempfehlung und Rückstellungen die höchsten. Bei den Übertrittsquoten zum Gymnasium ist Prohlis eines der Schlusslichter im Vergleich zu gesamtstädtischen Durchschnitt bzw. zu anderen Quartieren.⁶

2 Landeshauptstadt Dresden, Stadtplanungsamt.

3 SAS, Soziale Situation (Fn. 1), S. 12 f.

4 Ebd., S. 14.

5 Ebd., S. 8.

6 Landeshauptstadt Dresden (Hg.), 2. *Dresdner Bildungsbericht*, Dresden 2014, S. 31 f.

Die Sozialstruktur im Gebiet ist »zweigeteilt«: Es leben hier viele Ältere, die »Erstbezieherinnen und Erstbezieher« und somit gut mit dem Gebiet verwurzelt sind. Sie fühlen sich meist wohl und wissen die Qualitäten zu schätzen. In den letzten 25 Jahren sind sie bewusst in Prohlis wohnen geblieben. Sie sind sozialstrukturell durchschnittlich gut situiert, mit zwei Renten aus zwei meist noch ungebrochenen Erwerbsbiographien ist die finanzielle Lage ausreichend bis gut, auch sind die Mieten in Prohlis moderat. Diese Gruppe stabilisiert das Gebiet in finanzieller Hinsicht, vor allem für die lokalen Einzelhandelsunternehmen ist sie von großer Bedeutung. Aber auch sozial und kulturell haben die Prohliser Seniorinnen und Senioren ausreichend Ressourcen, um sich über den täglichen Alltag hinaus für das Wohngebiet zu interessieren, sich in Gruppen oder Vereinen zu engagieren und die Angebote der sozio-kulturellen Infrastruktur gern wahrzunehmen.

Weiterhin gibt es größere Gruppen von allein lebenden Menschen, mehrheitlich Männer, die arbeitslos und häufig mit missbräuchlichem Alkoholkonsum allein in einer 1-Raum-Wohnung leben.

Die jüngeren Bewohner, die in den 1990/2000er Jahren in die zahlreichen leerstehenden Wohnungen gezogen sind, haben einen deutlich schlechteren sozialen Status, häufig sind sie von Erwerbslosigkeit und dem Bezug von Leistungen nach dem SGB II betroffen.

Zwischen diesen verschiedenen Gruppen gibt es immer wieder Konflikte durch die unterschiedliche Art der Lebensführung: hier die Seniorinnen und Senioren, die, zu DDR-Zeiten sozialisiert, mit zunehmendem Alter einen hohen Anspruch an Ruhe, Ordnung und Sauberkeit haben – dort die Jüngeren, die allein schon auf Grund ihres Alters andere Vorstellungen haben und deren Leben oft signifikant vom Fehlen alltagsstrukturierender Erwerbstätigkeit und den damit verbundenen Auswirkungen geprägt ist. Nicht selten werden im Gebiet Abfälle, Kippen, Kronkorken vom Balkon geworfen; Hunde spielen ungestört in Sandkisten auf Spielplätzen und Eltern üben ihre Aufsichtspflicht gegenüber ihren Kindern nicht immer so aus, wie sich die Seniorinnen und Senioren das vorstellen. Lärmbelästigungen in späten Abendstunden führen regelmäßig zu Anwohnerbeschwerden. Auffällig ist die fehlende Dialogfähigkeit beider Seiten; Initiativen zur Verbesserung der Nachbarschaftskommunikation gestalten sich schwierig.

3. Herausforderung Zuwanderung

Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund lag lange Zeit bei etwa 11 %, mehrheitlich Aussiedlerinnen und Aussiedler mit deutschem Pass sowie etwa 5 % Ausländerinnen und Ausländer, dies mit einem großen Anteil aus

Osteuropa bzw. den Nachfolgestaaten der Sowjetunion. Bis Ende 2014 ist der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer auf 6,4% gestiegen, die Zahl der Deutschen mit Migrationshintergrund blieb gleich. Bis jetzt dürfte die Zahl der Ausländerinnen und Ausländer weiter durch Flüchtlingszuwanderung gestiegen sein und liegt damit über dem städtischen Durchschnitt. In Prohlis befinden sich mehrere Gewährleistungswohnungen, in denen Flüchtlinge durch die Kommune während des Asylverfahrens untergebracht werden, im Juni 2016 waren dies etwa 500–600 Flüchtlinge. Weitere 150 Flüchtlinge lebten in diesem Zeitraum in einem Übergangwohnheim, ihre Herkunftsländer sind hauptsächlich Syrien, Eritrea, Afghanistan und Somalia.⁷

Aber auch nach Abschluss des Asylverfahrens nehmen viele Flüchtlinge hier dauerhaft ihren Wohnsitz, da sich in Prohlis preiswerte und nach SGB II angemessene Wohnungen befinden. Wie die weitere Entwicklung aussehen wird, ist noch unsicher, da nicht abzusehen ist, wie viele der in Deutschland bleibenden Flüchtlinge tatsächlich in Dresden eine Heimat finden oder in andere Städte umziehen werden.

Im Stadtteil müssen von beiden Seiten – der Aufnahmegesellschaft und den Zugewanderten – Bemühungen zu einer gelingenden Nachbarschaft geleistet werden, die die Würde und Rechte aller in Prohlis Lebenden anerkennen. Ziel muss eine Willkommenskultur sein, die in einer gelingenden Integration der Zuwanderinnen und Zuwanderer mündet. Die Zuwanderung stellt Prohlis (und auch andere Gebiete wie Gorbitz oder Johannstadt) vor neue Aufgaben. Dass ausgerechnet in den bereits vorher belasteten Wohngebieten Dresdens durch die dort lebende Bevölkerung Integrationsarbeit geleistet werden muss, ist oft eine Herausforderung. Wenn gerade die Menschen, die wenig eigene Ressourcen haben, die sich bereits ausgegrenzt und benachteiligt fühlen (und es zum Teil auch sind), sich nun mit neuen Nachbarn, neuen Kulturen und neuen Anforderungen auseinandersetzen müssen, braucht es besondere Anstrengungen aller im Gebiet Tätigen, Engagierten und dort Lebenden, diese Integrationsaufgabe gemeinsam zu einem befriedigendem Ergebnis zu führen. Nachbarschaftskonflikte, die selbstverständlich auftreten, wenn mehrere junge Männer ohne geregelten Tagesablauf neben älteren Ehepaaren wohnen, dürfen sich nicht zu ausländerfeindlichen oder rassistischen Auseinandersetzungen entwickeln.

Hier wird es weiterhin starke Unterstützung für das Gebiet und die darin befindlichen Gemeinbedarfseinrichtungen geben müssen. Bereits seit 2014 setzt sich ein Netzwerk ›Prohlis ist bunt‹ für eine Willkommenskultur und eine Begegnung sowie Unterstützung der Flüchtlinge ein. Schwierig gestaltet sich

⁷ Landeshauptstadt Dresden, Sozialamt, Juni 2016.

die Situation vor allem dadurch, dass es wenig Ehrenamtliche aus dem Gebiet selbst gibt, die sich für Flüchtlinge engagieren wollen. In Dresden kann man beobachten, dass die Welle des Engagements und der Hilfsbereitschaft teils stark in den Vierteln auftritt, in denen wenige Flüchtlinge leben. Dort jedoch, wo die meisten Flüchtlinge in Dresden untergebracht sind, finden sich deutlich weniger Engagierte. In der Dresdner Neustadt bspw. gab es zu Hochzeiten geschätzt zwei Engagierte auf einen Flüchtling, in Prohlis leben etwa 700 Flüchtlinge bei ca. 60–70 Engagierten.

Zudem kann davon ausgegangen werden, dass es in größerem Umfang innerhalb der Bewohnerschaft Ressentiments gegen Flüchtlinge bzw. Migranten allgemein oder eine diffuse Angst vor allem Fremden gibt. Dies zeigt sich immer wieder in Gesprächen mit den Bewohnerinnen und Bewohnern sowie in den letzten Wahlergebnissen.

Engagement hat etwas damit zu tun, Ressourcen übrig zu haben, die man anderen ›schenken‹ kann. In Prohlis ist feststellbar, dass dies für viele Menschen schwierig ist, weil das eigene Leben von existentiellen Nöten, Ämterbürokratie oder physischen, psychischen Belastungen geprägt und die Alltagsorganisation herausfordernd ist.

4. Engagement braucht Strukturen!

Dennoch ist überraschend und überaus positiv, dass sich in Prohlis viele, die selbst in sozial schwierigen Situationen leben, engagieren und aktiv sein wollen. Die Menschen im Gebiet haben Ressourcen und möchten sie auch einsetzen. Jedoch reichen die eigenen Kräfte nicht so weit, dass selbsttragende, selbständige Engagementformen entstehen. Es ist nicht allen Menschen im Wohngebiet möglich, sich selbst zu organisieren und z. B. einen Verein zu gründen oder selbständig ein Netzwerk zu koordinieren. Es braucht, beispielsweise für Initiierung von Projekten, Abstimmungstreffen und Organisation von Räumlichkeiten, Koordination und Unterstützung. Beispielsweise für Menschen, die Freizeitangebote oder Kurse zu Themen und Hobbys, mit denen sich beschäftigen, anbieten wollen, sind ›Andockstrukturen‹ notwendig.

Es gab Beispiele in Prohlis für solches Engagement, das aber ohne Unterstützung nicht dauerhaft bestehen konnte. Ein Bürgercafé hatte sich an den Jugendinitiativladen ›Bunker‹ (gefördert als Pflichtaufgabe der Kommune nach KJHG als offenes Angebot der Jugendsozialarbeit) angeschlossen. In dessen Außengelände gab es im Sommer einmal in der Woche einen Treffpunkt für Bürgerinnen und Bürger zum Austausch. Die Gruppe der Engagierten, zum Großteil Empfänger von Leistungen nach dem SGB II und teilweise in belas-

tenden Situationen lebend, kümmerte sich selbständig um Bewirtung, Kuchen und Aufbau von Tischen. Der Träger der Jugendeinrichtung stellte Räume und Ausstattung bereit, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Einrichtung halfen bei gruppeninternen Aushandlungs- und Lernprozessen und kümmerten sich um Aufwandsentschädigungen als Anerkennung für die Engagierten. Nach Beendigung der Förderung für das Jugendprojekt fand sich kein neuer Träger für das Bürgercafé, der Räume oder die formale Trägerschaft zur Absicherung von Versicherung und Aufwandsentschädigungen zur Verfügung stellen wollte. Ebenso wenig konnten einzelne professionelle Sozialarbeiter zur Betreuung und Unterstützung der Gruppe gefunden werden, so dass sie sich nach längerer Suche auflöste. Erst im Oktober 2016 konnte auf Initiative des Netzwerkes »Prohli ist bunt« ein Begegnungscafé als Treff an jedem Montag für geflüchtete Menschen sowie Prohlikerinnen und Prohliker im Palitzschhof (wieder-)eröffnet werden.

Ein weiteres Beispiel ist der Umsonstladen, der, getragen von 3–4 Frauen aus Prohli, ebenfalls in den großzügigen Räumlichkeiten des »Bunkers« existiert hatte. Bürgercafé und Umsonstladen wirkten miteinander synergetisch im Hinblick auf die Erfahrung von Selbstwirksamkeit und demokratischer Teilhabe. Nach dem Ende des »Bunkers« gelang es, einen (ehrenamtlichen) Verein aus Prohli zu gewinnen, dieser übernahm Teile der Kosten und vor allem eine formale Trägerschaft für den Umsonstladen, so dass der Mietvertrag unterschrieben werden konnte und die Einwerbung von Sponsoringgeldern möglich war. Sozial schwache Bürger, insbesondere wenn sie Leistungen nach dem SGB II beziehen, werden niemals einen weiteren Mietvertrag unterzeichnen oder gar Fördermittel oder Spenden über ihr Konto buchen lassen. Hierfür braucht es zwingend verlässliche Trägerstrukturen. Die organisatorische Betreuung sowie Unterstützung wurde letztendlich durch das Quartiersmanagement übernommen, da ansonsten dieses für das Gebiet wichtige und anerkannte Projekt hätte eingestellt werden müssen.

Es ist gut, diese Projekte »gerettet« zu haben, jedoch kann man die bestehenden Strukturen und Ressourcen der professionellen oder ehrenamtlichen Träger im Gebiet nicht überfordern.

Um mehr für das Wohngebiet zu erreichen und weitere Angebote zu generieren, ist eine ausreichend finanzierte und mit Räumlichkeiten ausgestattete Gemeinwesenarbeit dringend erforderlich. Es gibt Engagement in Prohli, gerade der sozial Schwachen, aber es braucht Strukturen. Ohne diese kann der »Schatz« des Gebietes nicht gehoben werden und es bleibt bei betreuenden paternalistischen Strukturen, die wenig Raum für das Erleben von Selbstwirksamkeit lassen. Es braucht Gemeinwesenarbeit, um das Empowerment für Bevölkerungsgruppen zu leisten, die eigentlich wenig Power bzw. Ressourcen haben.

Aus diesem Grund engagieren sich das Quartiermanagement, das Ortsamt Prohlis, das Stadtplanungsamt, das Amt für Kultur und Denkmalschutz sowie viele Akteure im Gebiet für ein Bürgerhaus Prohlis, das Ort für Gemeinwesen- und Vereinsarbeit sein soll. Es ist angedacht, ein Gebäude bereitzustellen, in dem fachlich geschulte Kräfte neben eigenen Angeboten das Engagement der Prohliserinnen und Prohliser unterstützen. Dies könnte sich in der Bereitstellung von Räumlichkeiten, der Organisation von Öffentlichkeitsarbeit, informellen Strukturen wie Ehrenamtsvereinbarungen, bis hin zur finanziellen Förderung, dem Einwerben von Sponsoringmitteln und der Zahlung von Aufwandsentschädigungen zeigen. Auch könnten die Angestellten bei möglichen Konflikten oder Kommunikationsproblemen vermitteln und die freiwillig Engagierten coachen. Weiterhin sollten dort die bestehenden Vereine zentral gelegene, gemeinsame Büroräume erhalten, so dass sich zwischen den Vereinen sowie der Gemeinwesenarbeit Synergien und ein befruchtender Austausch ergeben könnten. Orte wie ein Bürgerhaus, in denen Unterstützung für eigenes Engagement geleistet, Raum für interkulturelle Begegnungen und Austausch geboten und damit Integration erlebbar wird, sind besonders in Stadtteilen wie Dresden Prohlis wichtige Bausteine einer funktionierenden Gesellschaftsstruktur.

Arne Myckert

Kommunale Wohnungswirtschaft und demographischer Wandel – Erfahrungen der KommWohnen Görlitz GmbH bei der Umsetzung eines revitalisierenden und ökologischen Stadtumbaus

Aufgrund der stark schwindenden Einwohnerzahlen in Görlitz in den 1990er und 2000er Jahren war insbesondere der kommunale Vermieter gezwungen, durch Rückbau Überkapazitäten am Wohnungsmarkt abzubauen.

Zunächst wurden Wohnblöcke komplett abgerissen, da dies der kostengünstigste und schnellste Weg war, die Anzahl der Wohnungen und die damit verbundenen Bewirtschaftungskosten zu reduzieren.

In der Folge entstanden Quartiere, in denen die neu entstandenen Baulücken zu einem Verlust der städtebaulichen Ordnung geführt haben. Gleichzeitig konnte der Leerstand nicht wie gewünscht eingedämmt werden, da die oberen Geschosslagen der verbliebenen Wohnblöcke aufgrund der fehlenden Aufzüge zunehmend schwerer vermietbar waren.

Als Konsequenz daraus nahm KommWohnen in den Jahren 2012 und 2013 800 Wohneinheiten durch geschossweisen Rückbau im bewohnten Zustand vom Markt. Diese Form des Rückbaus erwies sich als nachhaltiger, da hier aufgrund der nunmehr fehlenden unattraktiven höheren Geschosslagen eine Vollvermietung erzielbar war.

Allerdings stellte sich aufgrund der wesentlich höheren Rückbaukosten (Faktor 3 bis 5) heraus, dass dieses Konzept des geschossweisen Rückbaus nicht für alle Gebäudearten sinnvoll war. Bei einigen Bautypen lagen die Aufwendungen im Vergleich zu dem erzielbaren Nutzen bei der Vermarktung in keinem wirtschaftlichen Verhältnis.

Aus diesem Grund verfolgte KommWohnen im Rahmen eines Pilotprojektes mit dem »Görlitzer Haus« seit 2014 einen neuen Ansatz. Nach Abriss bis auf die Kellerdecke wurden bei einem ehemaligen Fünf-Geschosser drei Etagen neu aufgebaut, statt nur zwei durch geschossweisen Rückbau zu entfernen. Mit diesem Konzept war die Erschließung aller Wohnungen im 1. und 2. Obergeschoss durch einen Aufzug verhältnismäßig kostengünstig realisierbar, so dass mit diesem Konzept nicht nur dem Einwohnerschwund entgegengewirkt wurde, sondern auch der zunehmenden Überalterung der Gesellschaft Rechnung getragen werden konnte.

Mit einem vergleichbaren Problem sieht sich KommWohnen derzeit im innerstädtischen Bereich konfrontiert. Die zunehmende Überalterung der Gesellschaft führt auch im innerstädtischen Bereich ohne barrierefreie Wohnungsangebote, die sich jedoch in den Gebäuden der Görlitzer Gründerzeit wirtschaftlich kaum realisieren lassen, zu steigendem Leerstand. Auch die Etagenhöhen und die Wohnungszuschnitte entsprechen nicht dem Bedürfnis dieser älteren Zielgruppe.

Da gleichzeitig eine Nachfrage nach klassischen Gründerzeitgebäuden mit originalen Grundrissen nicht in ausreichendem Maße gegeben ist, verfallen nennenswerte Bestände an historischen Bauten in der Innenstadt.

Aus Sicht von KommWohnen bestünden hier nur Chancen, indem komplett abgerissen und neu gebaut bzw. abgerissen wird und ein Neubau hinter der historischen Fassade erfolgt. So könnten die Bedürfnisse dieser Zielgruppe auch im innerstädtischen Bereich erfüllt und dadurch dieser Bereich stärker belebt werden. Dies verhindert die fatale Wirkung von Bauruinen auf ihre Nachbargebäude. Durch die stärkere Anzahl von innerstädtischen Bewohnern könnten sich die Gewerbetreibenden im innerstädtischen Bereich durch steigende Nachfrage dieser wachsenden Bewohnerzahl stabilisieren und möglicherweise auch ein Wachstum der Angebotsflächen erzeugen.

Bertram Schiffers

Stadtland Thüringen – Modellentwicklung für die Landstadt von Übermorgen

1. Stadtland Thüringen

Stadtland ist das Thema und die Arbeitsthese der Internationalen Bauausstellung (IBA) Thüringen. Stadtland ist zugleich eine Beschreibung der kleinteiligen Siedlungsstruktur des Freistaates Thüringen (Abb. 1). Der Begriff steht für veränderte Beziehungen zwischen Individuen und Natur, Siedlung und Landschaft sowie Gesellschaft und ihren Ressourcen. Stadtland vollzieht eine Einbettung der Siedlungstätigkeit in natürliche, landschaftliche, stoffliche und Ressourcenzusammenhänge, wo einige Jahrhunderte lang Abkopplung im Vordergrund stand. Der IBA Thüringen geht es um einen veränderten, gesellschaftlichen ›Stoffwechsel‹. Aus gleichberechtigten und innovativen Stadt-Land-Beziehungen entstehen neue Lösungen. Der Begriff Stadtland Thüringen beruht auf einer gleichnamigen Publikation zur Stadtentwicklung.¹ Der Regionalbezug wird zur thematischen Klammer für die Diskurse und Projekte der IBA Thüringen. Mit der Erweiterung des Horizonts von Stadt und Dorf in das Stadtland setzt sie den Wandel im regionalen Maßstab auf die Tagesordnung und nimmt systemische Lösungen in den Blick.

Angesichts der üppigen und vielerorts untergenutzten Siedlungskulisse wird der Umgang mit dem Vorhandenen zur wichtigsten Entwicklungsaufgabe. Anstelle stetig zu wachsen, neue Flächen zu verbrauchen und immer wieder neu zu bauen, vertreten die Projekte der IBA Thüringen das Weiter- und Wiederverwenden sowie das Umnutzen und Umbauen von Standorten und Gebäuden. Die IBA Thüringen interessiert sich für den kleinstmöglichen Eingriff in das gebaute Thüringen. Wir fragen, wie man sich im Bestand von gestern auf die Anforderungen von morgen vorbereiten kann.

Die IBA konzentriert sich in ihrer Arbeit auf fünf Baustellen, in denen Umdenken und Umbauen, Kooperationen und eine Kultur des guten Planens und Bauens im Mittelpunkt stehen: ›LeerGut‹ heißen Modellfälle zur Aktivierung

¹ Bauhaus-Universität Weimar und Thüringer Ministerium für Bau und Verkehr (Hg.), *Stadtland Thüringen – Wege des Städtebaus*, Weimar 2007.

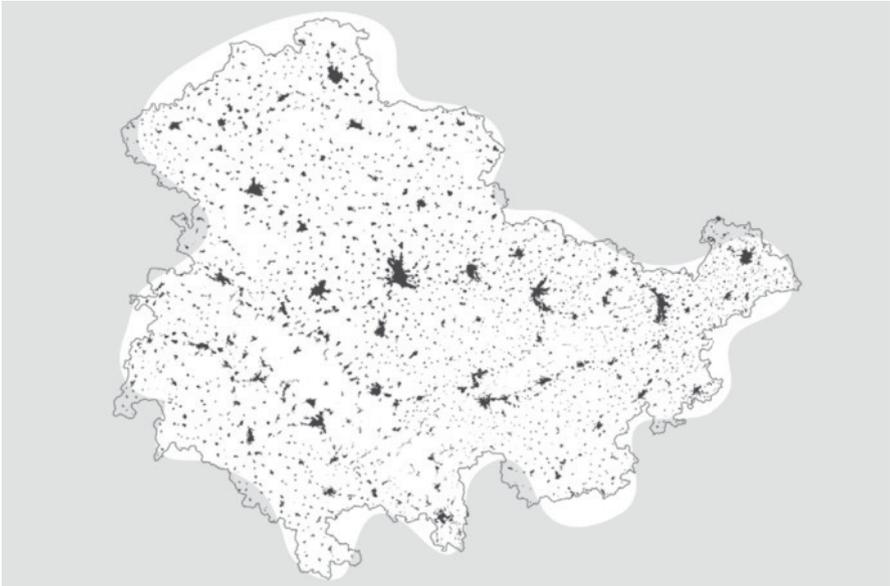


Abb. 1: Siedlungsstruktur des Freistaates Thüringen.² GeoBasisDE / TLVermGeo 2016.

von Leerständen. ›Selbstverantwortungsland‹ zielt auf gesellschaftliche Innovationen. ›Land in Sicht‹ meint u. a. die grüne Infrastruktur in Städten und eine vielfältige Produktivität und Erlebbarkeit von Landschaften. Die ›Landstadt von Übermorgen‹ meint einen attraktiven und nachhaltigen Lebensort. Eine ›Baukultur Made in Thüringen‹ erwächst aus den örtlichen Herausforderungen und Ressourcen, zeigt sich jedoch konsequent zeitgenössisch.

Die IBA Thüringen verfolgt das Thema Stadtland als Fortschrittsidee für Thüringen. Kultur und Bildung betrachtet sie nicht als Privileg der Städte, sondern sucht Impulse für die Zukunftsgestaltung auch im ländlichen Raum. Damit ruft sie einen inhaltlichen – nicht politisch-administrativen – Raumbegriff auf, der gleichzeitig die besondere Raumstruktur Thüringens und den Wandel des Verhältnisses von Stadt und Land beschreibt.

² Quelle: IBA Thüringen 2016, Kartenmaterial: GeoBasisDE/TLVermGeo, <https://www.iba-thueringen.de/sites/default/files/termine/image/Stadland.jpg> (18.7.2017).

2. Reallabor Bauausstellung

Die IBA Thüringen versteht sich als Reallabor bei der Entwicklung und der Gestaltung neuer Strukturen in der Stadt und in der Kulturlandschaft. Ziel ist es, den demografischen, energetischen und damit vielerorts auch gesellschaftlichen Wandel aktiv zu gestalten und ihm einen zeitgenössischen baulichen Ausdruck zu verleihen.

Für viele Aufgaben gibt es keine einfache Blaupause: Stadtentwicklung ohne externes Kapital, gemeinschaftlich organisierte Infrastruktur, postfossile Mobilität in einer Region, dezentrale Stromversorgung, Einwanderung auf das Land zur Sicherung von Arbeitskräften sind nur einige Beispiele. Vertraute Erklärungsmuster historischer Entwicklungen greifen nicht mehr. Es gilt, die neuen Ideen praktisch zu erproben. Viele Lösungen ergeben sich erst im intensiven Austausch, im Planungsprozess oder auf der Baustelle.

Die Arbeitsweise der IBA ist gemeinschaftlich und kooperativ. Sie sucht Allianzen und Koproduktionen zwischen Zivilgesellschaft, Markt und Staat und setzt auf interdisziplinäre Entwicklungsprozesse. Um Innovationen zu generieren, initiiert die IBA Thüringen Wettbewerbe und Workshops. Sie bezieht künstlerische Positionen ein und regt Leitbildprozesse an. IBA-Projekte beruhen auf einem Netzwerk von Akteuren sowie einem Austausch, der die Grenzen von Fachkompetenzen und Gebietskörperschaften überschreitet.

Die IBA Thüringen verfolgt ein Programm der radikalen Innovation und des Experiments. Sie will der Zukunft von Thüringen anhand von beispielgebenden Projekten ein überzeugendes Gesicht und eine Gestalt verleihen. Ihre Erfahrungen sind eine ›Open Source‹ und werden anderen Interessierten bereitgestellt. Voraussetzung für das Umdenken ist, Thüringen anders zu sehen und zu erklären.

Das IBA-Projektverfahren ist dreistufig angelegt. Mit einer Ideenskizze können Akteure den Status eines IBA-Kandidaten erhalten. Hierzu kann die IBA Thüringen gezielt aufrufen oder selbst initiativ werden. Nach einem Qualifizierungsprozess empfehlen sich die IBA-Kandidaten für den IBA-Projektstatus. Erreichen die IBA-Projekte dann in der Realisierungsphase den geforderten Grad an Qualität und Innovation, erhalten sie das IBA-Label und werden Teil der Ausstellung. Diese Schritte erfordern alle ein positives Votum des IBA-Fachbeirates.

Für die Meilensteine Zwischenpräsentation 2019 und Ausstellung 2023 sorgt die IBA Thüringen für nationale und internationale Wahrnehmung. Angesichts der laufenden dynamischen Projektprozesse geben die nachfolgenden Kapitel lediglich die Thesen und Erfahrungen der ersten Schritte wieder. Die Qualifizierungsprozesse der IBA-Kandidaten sind auf www.iba-thueringen.de zu verfolgen.

3. Landstadt von Übermorgen

Zum 31.12.2015 wies der Freistaat Thüringen mit seinen 2,17 Mio. Einwohnern (1990: 2,61 Mio. EW) noch 849 Gemeinden aus, wovon ein Großteil zu Verwaltungsgemeinschaften zusammengeschlossen war. Der Freistaat hatte nur vier Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern, dies waren Erfurt, Weimar, Jena und Gera. Alle anderen 122 Gemeinden mit der Bezeichnung Stadt lagen darunter, ihre Einwohnerzahl betrug im Durchschnitt 7.416.³ Die amtliche Bevölkerungsprognose rechnet für Thüringen im Jahr 2035 noch mit 1,87 Mio. Einwohnern. In den meisten Landstädten nimmt die Bevölkerung weiterhin ab. Zwar weist Thüringen eine üppige und bis auf die Bergregionen regelmäßig gestreute Siedlungsstruktur auf (vgl. Abb. 1), gleichzeitig ist die Mehrzahl der kleineren Orte von Leerstand und Funktionsverlust geprägt.

Entsprechend hat die IBA Thüringen die Landstadt von Übermorgen für sich als Baustelle erklärt. Hierzu hat sie sieben Arbeitsthesen formuliert:

1. *Die Landstadt* – Die Städte leben seit Langem nicht mehr von und mit dem Land, das sie umgibt. Welche Flächen, Produkte und Dienstleistungen sind geeignet, um neue Beziehungen zwischen Ortschaft und Landschaft zu knüpfen?
2. *Die vernetzte Stadt* – Viele Landstädte sind zu klein, um autark zu bestehen. Mit wem und wie müssen sie sich vernetzen, um lebensfähig zu bleiben? Wie organisieren sie ihre soziale und kulturelle Infrastruktur und die Mobilität hierzu?
3. *Die Heimat Stadt* – Das Internet macht die Bürger ortsunabhängig. Wo und wie bilden Bauen und Wohnen im Bestand eine regionale Identität mit Bindungskraft aus?
4. *Die offene Stadt* – Schrumpfende Städte sind auf Zuwanderung angewiesen. Wo begegnen sich Einheimische und Fremde, wo docken die Neuen an? Wie verändert das die Baukultur?
5. *Die Provinzstadt* – Viele Thüringer Städte liegen ›unterm Radar‹. Wo und wie wird ihr mittlerer Maßstab produktiv und ihr Charme sichtbar?
6. *Die Stadt zum Altwerden* – Der demografische Wandel ist vorprogrammiert. Wie und wo kann man in den kleinen Thüringer Städten gut alt werden?
7. *Die enkeltaugliche Stadt* – Infrastruktur, Baukulisse, Verwaltungsaufwand und Ressourcenverbrauch sind zu groß. Welche angepassten, regionalen und flexiblen Lösungen hinterlassen wir der nächsten Generation?

3 Thüringer Landesamt für Statistik, <http://www.statistik.thueringen.de> (29.7.2016).

Eine Diskussion dieser Thesen fand in einer IBA-Planungswerkstatt mit 25 Vertretern aus Landstädten, Hochschulen und Planungsbüros am 3. und 4. März 2016 in Tabarz statt. Hieraus entstanden fünf Arbeitsgruppen. Das Team *Thüringen DNA* wollte den Eigensinn und individuellen Charakter der Landstadt herausarbeiten. Dies war auch Grundlage für das Team *Zielgruppen*, dem es um die Ansprache potenzieller Neubürger ging. Mit *Stadt-Land-Band* bezeichnete die dritte Gruppe eine neuartige Achse zwischen Landstadt und Landschaft, die die jeweiligen Qualitäten erlebbar macht und in Beziehung setzt. Die Gruppe *Landschafts-Windpark* versuchte, die Schaffung eines regionalen Energiekreislaufes mit der bewussten Gestaltung der Kulturlandschaft zu verbinden. Das Team *Selbstverantwortung* überlegte, wie die Schnittstelle zwischen Staat und Bürgern in Orten mit geringer Investitions- und Verwaltungskraft effizienter zu gestalten ist. Für die IBA Thüringen zeigte sich, dass Lösungen am besten vor Ort gemeinsam mit den Akteuren zu erarbeiten sind.

Schauplätze mehrerer IBA-Kandidaten sind Städte, die in Thüringen »in der zweiten Reihe« stehen. Sie alle schöpfen für ihre Modellprojekte Impulse aus neuen Verbindungen zwischen unterschiedlichen Akteuren und zwischen Stadt und Land. So will Nordhausen in der Stadtregion und gemeinsam mit ihren Bürgern zur Modellstadt im energetischen Wandel werden. Die Stadt strebt für zwei Quartiere eine innovative Energieversorgung an. Zeulenroda-Triebes und die ansässigen Unternehmen zielen gemeinsam auf eine Willkommenskultur, die ausländische Auszubildende und Fachkräfte in die Region anzieht und ihnen Perspektiven zum Bleiben eröffnet. In Gera arbeiten ein Bürgerverein und die Stadtverwaltung intensiv auf Augenhöhe zusammen, um mit einem experimentellen Städtebau eine große zentrale Brachfläche wieder für das städtische Leben und damit auch für die Region zurückzugewinnen.

4. Neue Kulturlandschaft

Das IBA-Thema Stadtland steht auch für einen neuen Blick auf die Kulturlandschaft. Anstatt die Landesfläche weiter zu segregieren, unter anderem in Agrarindustrie, Schutzgebiete, Ausgleichsflächen und Gewerbeparks, sucht die IBA Thüringen die multifunktionale Landschaft. In dieser Vision ist sie produktiv, ökologisch und für den Menschen attraktiv. Die Landstädte und Dörfer sind dann keine Inseln in einer funktional aufgeteilten Fläche mehr, sondern werden wieder zu einem integralen Bestandteil der Kulturlandschaft. In Hinblick auf öffentliche Dienste und Infrastrukturen nimmt die IBA Thüringen weniger das Zentrum, als vielmehr die vernetzte Region in den Blick. Dabei setzt sie auf eine bewusste Inwertsetzung und Gestaltung der Landschaft.

Für dieses Verständnis von Stadtland schlägt die IBA Thüringen zunächst einen großmaßstäblichen und landschaftlichen Zugang vor. Dazu gehören die ›ewigen‹ Logiken, z.B. die Wasser- und Abwasserzusammenhänge, die Topografie oder die Landnutzung. Darüber liegen die ökonomischen, infrastrukturellen und lebenspraktischen Beziehungen der postindustriellen und postagraren Lebensstile. Damit lässt sich das Stadtland Thüringen als Austragungsort von kulturellen, technischen und ökonomischen Veränderungsprozessen darstellen. Angesichts von sozialen und demografischen Herausforderungen wie Urbanisierung, Landflucht und Flüchtlingsströmen erfährt das Stadtland Thüringen weitere Bedeutungsebenen und -verschiebungen.

Mit einem derart regionalisierten Stadtverständnis stellt sich auch die Frage nach der administrativen Struktur der Landstädte. In der Verflechtung mit dem Umland entstehen Verantwortungsgemeinschaften für unterschiedlich große Territorien. Hierin gilt es gleichzeitig ein effizientes Maß von Bürokratie zu organisieren und soweit möglich die Selbsthilfe in den Kleinstädten und Dörfern zu ermöglichen. »Der lebenspraktische Alltag schreibt hier die Tagesordnung und ein Globalbudget oder Bürgerhaushalt wird in die Hände der Verantwortlichen gelegt. Aus diesem kann man zahlen, ohne nach Programmen zu schielen und Förderquoten zu berücksichtigen. Die übergeordneten Verwaltungsebenen halten Spezialwissen für die komplizierten Verwaltungsabläufe bereit, sie verstehen sich als Helfer und Ermöglicher, wenn nicht gar als Dienstleister.«⁴

Die IBA Thüringen will diese spezifischen Stadtland-Beziehungen und Lebensverhältnisse sichtbar machen. Damit sind auch die Potenziale zur Bewältigung und Gestaltung der Wandlungsprozesse von Demografie und Klima angesprochen. Anhand der regionalen Ressourcen und mit den lokalen Akteuren will die IBA Thüringen an ausgewählten Standorten die Landstädte und Kulturlandschaft zukunftsgerecht und beispielhaft weiterentwickeln. Dabei gilt es eine neue Baukultur zu erproben. Aus der Einbettung in eine reizvolle Landschaft, einer regional verankerten Produktion und einer angepassten Verwaltung kann Stadtland Thüringen zu einer Lebensqualitätsformel werden.

⁴ Marta Doehler-Behzadi, »Keine Verwaltungseffizienzoptimierungsmaschine«, Gastbeitrag in *Ostthüringer Zeitung*, 18.6.2016, S. 7.

Zum Abschluss der Thomas-Müntzer-Ausgabe



Thomas-Müntzer-Ausgabe. Kritische Gesamtausgabe

Im Auftrag der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig herausgegeben von Helmar Junghans † u. Armin Kohnle

Band 1: Schriften, Manuskripte und Notizen. Herausgegeben von Armin Kohnle und Eike Wolgast unter Mitarbeit von Vasily Arslanov, Alexander Bartmuß und Christine Haustein (= Quellen und Forschungen zur sächsischen Geschichte, Band 25 I). Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2017. XXVI + 546 Seiten, 138 Notenabbildungen. Festeinband

Band 2: Thomas Müntzer Briefwechsel. Bearbeitet und kommentiert von Siegfried Bräuer und Manfred Kobuch (= Quellen und Forschungen zur sächsischen Geschichte, Band 25 II). Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2010. LII + 581 Seiten, 33 Abbildungen, 1 Tabelle. Festeinband

Band 3: Quellen zu Thomas Müntzer. Bearbeitet von Wieland Held (†) und Siegfried Hoyer (= Quellen und Forschungen zur sächsischen Geschichte, Band 25 III). Evangelische Verlagsanstalt, Leipzig 2004. 294 Seiten. Festeinband

Mit Erscheinen von Band 1 im Sommer 2017 ist die dreibändige Thomas-Müntzer-Gesamtausgabe nach über 30 Jahren der Planung und Durchführung abgeschlossen. Sie war ursprünglich ein Projekt aus der Zeit der deutschen Teilung und wurde von einer privaten Kooperation zwischen ost- und westdeutschen Reformationshistorikern getragen. Im Vorfeld des auf 1989 festgelegten Müntzer-Jubiläums der DDR waren die Pläne für eine Thomas-Müntzer-Gesamtausgabe

konkreter geworden. Nach der damals vereinbarten Arbeitsteilung sollten für den Müntzer-Briefwechsel (Band 2) Siegfried Bräuer (Berlin) und Manfred Korbach (Leipzig) verantwortlich sein, für die Müntzer-Schriften (Band 1) Gottfried Seebaß und Eike Wolgast in Heidelberg. Im November 1984 machte sich die Historische Kommission bei der Sächsischen Akademie der Wissenschaften (SAW) dieses Projekt, das bis 1989 abgeschlossen sein sollte, zu eigen. Mit der deutschen Einheit verlor die Müntzer-Thematik jedoch ihre politische Brisanz. So bedurfte es eines von der Ost-West-Konstellation unabhängigen wissenschaftlichen Neuanfangs, der mit der Begründung des Projekts »Quellen und Forschungen zur sächsischen Geschichte« an der SAW im Jahr 1992 erfolgte. Im Auftrag der Akademie übernahm Helmar Junghans die wissenschaftliche Gesamtverantwortung. 2004 wurde das bereits seit eineinhalb Jahrzehnten vorliegende Manuskript von Band 3 endlich zum Druck gebracht.

Bis zur Publikation des weitaus komplizierteren Briefwechsel-Bandes vergingen weitere Jahre, wobei der Tod von Helmar Junghans im Jahr 2010 einen schweren Rückschlag bedeutete. Dennoch konnte Band 2 noch in seinem Todesjahr erscheinen. Damit blieb die Lücke des Bandes 1, ohne den die Edition ein Torso bleiben musste. Der Tod von Gottfried Seebaß (2008) hatte die Arbeit zwischenzeitlich zum Erliegen gebracht. Erst die Finanzierung eines Wissenschaftlichen und eines Technischen Mitarbeiters durch die Fritz-Thyssen-Stiftung für ein Jahr machte einen Neustart möglich. 2013/14 arbeiteten Vasily Arslanov und Alexander Bartmuß an dem Band, eine zu kurze Zeit, um mehr als eine grobe Texterfassung abzuschließen. Die ausstehenden Arbeiten wurden von den Herausgebern in den folgenden Jahren neben anderen Aufgaben erledigt.

Müntzers Hinterlassenschaft an Druck- und Handschriften ist zwar nicht sonderlich umfangreich, seine Schriften gehören aber zu den anspruchsvollsten Texten des 16. Jahrhunderts und erfordern nicht nur theologische, sondern auch sprachhistorische und musikwissenschaftliche Kompetenz. Unter den in Band 1 edierten 40 Texten finden sich neben den acht schon zu Müntzers Lebzeiten gedruckten theologischen Schriften und zahlreichen Fragmenten auch seine drei umfangreichen liturgischen Werke, die mit einer modernen, von Christine Haustein erarbeiteten Notenumsetzung wiedergegeben werden. Die meisten Müntzer-Schriften werden nicht zum ersten Mal, aber erstmals nach modernen kritischen Standards ediert. Die Randglossen, die Müntzer bei der Lektüre der Kirchenväter Cyprian und Tertullian anfertigte, waren bisher nur teilweise bekannt. Mit der dreibändigen Müntzer-Ausgabe steht der Forschung damit auf etwa 1400 Druckseiten eine verlässliche Textgrundlage zur Verfügung, die nicht nur für Historiker und Theologen, sondern auch für Germanisten und Hymnologen von Interesse ist.

Armin Kohnle



Philipp Jakob Spener: Briefe aus der Dresdner Zeit

Band 4: 1690–1691. Herausgegeben von Udo Sträter und Johannes Wallmann in Zusammenarbeit mit Klaus vom Orde. Mohr Siebeck, Tübingen 2017. XLIV + 821 Seiten, Festeinband

Von der auf 23 Bände geplanten Ausgabe der Briefe Philipp Jakob Speners (1635–1705) liegen mit dem vierten und letzten Band der Teilreihe »Briefe aus der Dresdner Zeit« nun inzwischen zehn Bände vor. Mit diesem Band ist das zweite von insgesamt fünf Modulen abgeschlossen. Während das erste, das abgeschlossen ist, den Briefwechsel zwischen Spener und August Hermann Francke aus den Jahren 1689 bis 1704 beinhaltet (255 Briefe) und nur einen Band umfasst, sind nun 659 Briefe Speners aus der Zeit ediert, in der er Oberhofprediger am kurfürstlich-sächsischen Hof in Dresden war (1686 bis 1691). Die Erschließung dieser Briefe ist über die Register, die in jedem einzelnen Band dargeboten werden (Personen-, Orts- und Bibelstellenregister) nun um ein Sachregister erweitert worden, das die wichtigsten Themen aus allen vier Bänden in einem gemeinsamen Index zusammenfasst. Dadurch wird eine gezielte Auswertung aller Texte noch besser ermöglicht. Sowohl für Theologen als auch für Historiker mit ganz unterschiedlichen Fragestellungen wird eine Fülle von Informationen geliefert. Dabei kann es sich ebenso um Einzelheiten von lokalhistorischem Interesse handeln wie um die ganz Europa betreffenden Fragen. Es werden theologische Fragestellungen erörtert, die von den Vertretern der späten lutherischen Orthodoxie an diejenigen gerichtet wurden,

die als »Pietisten« bezeichnet wurden. Daneben steht Spener als Berater in kirchenpolitischen und kirchenrechtlichen Problemen zur Verfügung. Schließlich wenden sich viele – Geistliche und Laien – mit Fragen ihres persönlichen Lebens an den Oberhofprediger. Mit den vorliegenden Briefen werden wir in die Zeit der beginnenden Frühaufklärung geführt. So ist es auch nicht verwunderlich, dass Spener seine Meinung zu auftretenden Problemstellungen dieser Zeit vertritt: zu der – theologischen und naturwissenschaftlichen – Bewertung von Kometen, zum Naturrecht, zu den Fragen, ob man zu Forschungszwecken menschliche Leichen sezieren darf, ob der Abschluss von Versicherungen dem Gottvertrauen widerspricht u. v. m. Die Eigenart dieses Epistolariums ergibt sich zum einen durch die intensive Vernetzung, die Spener schon als Senior des lutherischen Predigerministeriums in der freien Reichsstadt Frankfurt a. M. entwickelt hatte, und zum anderen durch die seit 1686 exponierte Stellung als Dresdner Oberhofprediger; in dieser Funktion war er nicht nur der oberste Geistliche des Kurfürstentums, sondern hatte damit die höchste geistliche Stelle des Luthertums inne, weil der sächsische Kurfürst den Vorsitz der lutherischen Stände (*corpus evangelicorum*) einnahm.

Trotz der Vielzahl an Einzelfragen bietet der nun vorgelegte Band 4 des Moduls mit den Briefen vom Januar 1690 bis zum Juni 1691 zwei besondere inhaltliche Schwerpunkte. Zum einen geht es um die Frage nach dem Schicksal und der Zukunft Speners in Dresden. Schon im Frühjahr 1689 war es wegen eines beichtväterlichen Schreibens zu einem Zerwürfnis zwischen ihm und seinem Landesherrn gekommen. Die Beziehung der beiden Männer ließ sich nicht mehr wiederherstellen, so dass der Kurfürst sogar damit drohte, seine Residenz nicht mehr zu betreten, so lange der unliebsam gewordene Geistliche noch dort wirkte. Im vorliegenden Band spiegeln sich die intensiven Verhandlungen zwischen den Vertretern der kurfürstlichen Häuser von Sachsen und Brandenburg, die damit zum Abschluss kommen, dass Spener im April 1691 als Propst nach Berlin berufen wurde und Johann Georg III. von Sachsen ihm die Dimission erteilte, der Berufung zu folgen. Im Juni des gleichen Jahres trat er sein neues Amt an.

Ein zweites Hauptthema, das sich in unterschiedlicher Weise durch die Briefe des Bandes zieht, ist die Frage, wie man sich zu der pietistischen Bewegung verhalten solle. In Leipzig, wo der Name »Pietisten« als spöttische Bezeichnung im Sommer 1689 entstanden war, sollte eine durch die kurfürstlichen Behörden veranlasste Untersuchung klären, ob dadurch die Rechtgläubigkeit und kirchliche und gesellschaftliche Ordnung gefährdet werde. An anderen Orten, so etwa in Hamburg und in Gießen, wurden die Kritiker der pietistischen Frömmigkeit aktiv. Spener galt überall als Mentor der Pietisten, so dass die dort und anderswo entstehenden Streitigkeiten in seinem Briefwechsel

auftauchen. Die in den kommenden Jahren zahlreich gedruckten Streitschriften erhalten somit eine wertvolle Ergänzung, weil die Schreiben Speners die allererste Zeit dieser Unruhen skizzieren und kommentieren und gleichzeitig in der Form von Briefen deutlich dichter an den Ereignissen sind als die für die Öffentlichkeit bestimmten Druckerzeugnisse.

Die Dresdner Wirksamkeit Speners, die in biografischen Darstellungen als »Übergangsphase« bisher meist lediglich kurz dargestellt und in ihrer Bedeutung nur unzureichend erfasst wurde, erhält durch die Vollendung des »Dresdner Moduls« nun die Grundlage für eine kirchen- und frömmigkeitsgeschichtliche Forschung, die weit über die biografischen Fragen hinausgeht.

Neben der Drucklegung des vierten Bandes der Dresdner Briefe kann an dieser Stelle auch darauf hingewiesen werden, dass inzwischen die beiden ersten Bände (ebenso die Bände 4 und 5 der »Frankfurter Zeit« und der Briefwechsel mit August Hermann Francke) mit den Briefen von 1686 bis 1688 vollständig digitalisiert und frei zugänglich von der Sächsischen Landes- und Universitätsbibliothek vorgehalten werden.¹ In Kürze werden weitere, bereits erschienene Bände aus der Frankfurter und Dresdner Zeit auf diese Weise digital zur Verfügung stehen.

Klaus vom Orde

¹ <http://nbn-resolving.de/urn:nbn:de:bsz:14-qucosa2-80174> (20.9.2017).



Lebensfragen. Nikolaj Ivanovič Pirogov (1810–1881) als Erinnerungsfigur. Dargestellt anhand seiner Biografien

Von Oxana Kosenko (= Relationes. Schriftenreihe des Vorhabens »Wissenschaftsbeziehungen im 19. Jahrhundert zwischen Deutschland und Russland auf den Gebieten Chemie, Pharmazie und Medizin« bei der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Band 20) Shaker, Aachen 2017. XXXVI + 198 Seiten, 11 Abbildungen, Festeinband

Der Chirurg Nikolaj Pirogov kann als zentrale Identifikationsfigur der russischen Medizin gelten und ist keineswegs nur in historisch interessierten Kreisen präsent. Sein Ansehen hat den Untergang des Zarenreichs und der Sowjetunion überdauert; die Feierlichkeiten zu seinem 200. Geburtstag 2010 haben dies eindrucksvoll gezeigt. Das Projekt der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig zu den deutsch-russischen Wissenschaftsbeziehungen im 19. Jahrhundert würdigt mit dem vorliegenden Band nun ebenfalls diese bedeutende Persönlichkeit, da Pirogov im Zuge seiner Ausbildung und später durch seine Tätigkeit im Volksbildungsministerium auch einen Beitrag zum internationalen Wissenschaftsaustausch geleistet hat und insbesondere mit vielen deutschen Medizinerinnen in Verbindung stand. Vor dem Hintergrund der neueren Forschung zu »Erinnerungskulturen« charakterisiert Oxana Kosenko zunächst aufgrund unterschiedlicher Quellen die wichtigsten Stationen in Pirogovs Lebenslauf und stellt dabei – wie schon der einleitende Essay von Ortrun Riha, in dem Pirogovs Autobiografie unter medizinhistorischen Aspekten ausgewertet

wird – zahlreiche Widersprüchlichkeiten und Brüche fest. Im zweiten Teil vergleicht Kosenko dann die vorliegenden (russischsprachigen) Pirogov-Biografien in Bezug auf Tendenz, Anspruch, Methode und historischen Kontext, was umso wichtiger erscheint, als sich bei der Analyse herausstellt, dass Pirogov in der deutschen Medizingeschichte eine Leerstelle ist, deren Ausprägung so weit geht, dass selbst in neuesten Nachschlagewerken seine Lebensdaten falsch angegeben werden. Da nunmehr aber auch ein aktueller Eintrag zu Pirogov in der Personendatenbank des Projekts zu finden ist, dürfte dieses Problem behoben sein.

Ortrun Riha

Autoren

Anne Bräuer,

Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e. V. (IÖR)

Prof. Clemens Deilmann,

Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e. V. (IÖR),
c.deilmann@ioer.de

Veronika Gottmann,

Stadtteilbüro und Quartiersmanagement Prohlis

Prof. Dr. Achim Hahn,

Technische Universität Dresden, Institut für Baugeschichte, Architektur-
theorie und Denkmalpflege, achim.hahn@tu-dresden.de

Prof. Melanie Humann,

Hochschule für Technik und Wirtschaft Dresden, Fakultät Architektur /
Bauingenieurwesen, Büroinhaberin von Urban Catalyst GmbH,
humann@htw-dresden.de

Prof. Dr. Sigrun Kabisch,

Helmholtz-Zentrum für Umweltforschung (UFZ), sigrun.kabisch@ufz.de

Prof. Dr. Armin Kohnle,

Universität Leipzig, Institut für Kirchengeschichte, Ordentliches Mitglied
der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig,
kohnle@rz.uni-leipzig.de

Iris Lehmann,

Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e. V. (IÖR),
i.lehmann@ioer.de

Dr. Tim Leibert,

Leibniz-Institut für Länderkunde (IfL), t_leibert@ifl-leipzig.de

Dr.-Ing. Matthias Lerm,

Stadtverwaltung Jena, Dezernat Stadtentwicklung und Umwelt,
matthias.lerm@jena.de

Dr. Juliane Mathey,

Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e. V. (IÖR),
j.mathey@ioer.de

Prof. Dr. Dr. h. c. Bernhard Müller,

Direktor des Leibniz-Instituts für ökologische Raumentwicklung e. V.
(IÖR), Technische Universität Dresden, Ordentliches Mitglied der Sächsi-
schen Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, b.mueller@ioer.de

Arne Myckert,

KOMMWOHNEN Service GmbH, Görlitz, a.myckert@kommwohnen.de

Prof. Dr. Michael Opielka,

Wissenschaftlicher Leiter und Geschäftsführer des ISÖ – Institut für
Sozialökologie in Siegburg, Ernst-Abbe-Hochschule Jena,
michael.opielka@isoe.org

Dr. Klaus vom Orde,

Sächsische Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, Edition der Briefe
Philipp Jakob Speners (1635–1705) vor allem aus der Berliner Zeit (1691–
1705), vomorde@saw-leipzig.de

Prof. Klaus Overmeyer,

Bergische Universität Wuppertal, Professor für Landschaftsarchitektur,
Büroinhaber von Urban Catalyst GmbH

Prof. Stefan Rettich,

Universität Kassel, Fachgebiet Städtebau, Inhaber KARO* architekten,
rettich@asl.uni-kassel.de

Prof. Dr. Dr. Ortrun Riha,

Universität Leipzig, Karl-Sudhoff-Institut für Geschichte der Medizin
und der Naturwissenschaften, Ordentliches Mitglied der Sächsischen
Akademie der Wissenschaften zu Leipzig, riha@medizin.uni-leipzig.de

Dr. Stefanie Rößler,

Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e. V. (IÖR),
s.roessler@ioer.de

Dr. Bertram Schiffers,

Internationale Bauausstellung Thüringen GmbH,
bertram.schiffers@iba-thueringen.de

Prof. Dr.-Ing. Catrin Schmidt,

Technische Universität Dresden, Institut Landschaftsarchitektur,
catrin.schmidt@tu-dresden.de

Prof. Dr.-Ing. Alexandra Weitkamp,

Technische Universität Dresden, Geodätisches Institut,
alexandra.weitkamp@tu-dresden.de

Prof. Dr.-Ing. Wolfgang Wende,

Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e. V. (IÖR),
Technische Universität Dresden, w.wende@ioer.de

Prof. Dr. Hans Wiesmeth,

Professor i. R. für Allokationstheorie an der Technischen Universität
Dresden, Präsident der Sächsischen Akademie der Wissenschaften zu
Leipzig, hans.wiesmeth@tu-dresden.de